

Jörn Schütrumpf

Putsch statt Revolution

Die Kommunistische Internationale
in Mitteldeutschland 1921

VSA:



Jörn Schütrumpf
Putsch statt Revolution

Dr. Jörn Schütrumpf war bis 2022 Leiter der Fokusstelle Rosa Luxemburg am Historischen Zentrum der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin. Er hat u.a. die Schriften von Paul Levi herausgegeben. Zuletzt veröffentlichte er im VSA: Verlag den Band »Fememorde der deutschen Rechten« (2024).

Jörn Schütrumpf

Putsch statt Revolution

Die Kommunistische Internationale in Mitteldeutschland 1921

Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

www.rosalux.de



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons

Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License

(abrufbar unter www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

© VSA: Verlag 2025, St. Georgs Kirchhof 6, D-20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Druck und Buchbindearbeiten: CPI books GmbH, Leck

ISBN 978-3-96488-245-5

Inhalt

Einleitung

Der Pyrrhussieg	7
Der März-Putsch 1921	12
Die Umwandlung der KPD in eine russische Partei	20

Dokumente 25

Béla Kun an Grigori Sinowjew, Lenin und Karl Radek, 26. März 1921	25
Béla Kun an Grigori Sinowjew, 28. März 1921	26
Béla Kun an Grigori Sinowjew, 29. März 1921	27
Zentralausschusssitzung der VKPD am 17. März 1921	31
Untersuchungsrichter an den Reichskommissar, 3. Januar 1922 . . .	44
Aktennotiz des Reichskommissars, 11. Januar 1922 (Auszug)	46
Dokumente über den März-Putsch	47
❖ Bowitzky, Offiz[ier] M.P. und politischer Kommissar für Mansfeld	
❖ Bericht des Genossen Lemck aus Halle	48
❖ Bericht des Genossen Merker, Mansfeld	53
❖ Aus dem Bericht des Genossen Schmidt, Vorsitzender der Hallenser Parteileitung, am 13. April 1921	65
❖ Bericht des Genossen Schmidt, Vorsitzender der Hallenser Parteileitung	65
❖ Aussage des Genossen Richard Wegner, M.P.-Leiter für Pommern/Mecklenburg	70
❖ Bericht aus dem Ortsverein Hamburg und Bezirk Wasserkante, Leupold und Köppen	71
Hugo Eberlein: Bericht über den Märzaufrüstung 1921 in Mitteldeutschland	74
Sitzung der Reichsgewerkschaftszentrale mit ihrem Beirat und zwei Vertretern der Zentrale der KPD, 30. März 1921	80
Paul Levi: Unser Weg. Wider den Putschismus	98
Béla Kun an Lenin, 6. Mai 1921	147

Paul Frölich an Lenin, 6. Mai 1921	149
Paul Levi: Was ist das Verbrechen? Die Märzaktion oder die Kritik daran?	156
Leo Trotzki: Rede auf dem III. Kongress der Kommunistischen Internationale, 2. Juli 1921	199
Personenregister	213

Einleitung

Der Pyrrhussieg

Die Vorgeschichte des Putsches der Kommunistischen Internationale im März 1921 in Mitteldeutschland reicht bis ins Jahr 1903 zurück. Damals spalteten sich in London die russischen Sozialdemokraten in Menschewiki, in eine sogenannte Minderheit, die in Wirklichkeit stets die Mehrheit stellte, sowie in Bolschewiki, also in eine »Mehrheit«, die in Wirklichkeit aber immer in der Minderheit blieb. Eine der wenigen Konstanten innerhalb der Bolschewiki war bis zur Eroberung der Macht am 7. November 1917 Lenin, ihr Kopf; ansonsten wechselten sich Zulauf, Spaltungen und Abspaltungen, oft getrieben von Haarspaltereien, in rascher Folge ab.¹ – Allerdings beteiligten sich beileibe nicht alle russischen Sozialdemokraten an diesem Spiel; viele blieben schlichtweg Parteimitglieder, unter ihnen Leo Trotzki, Anatoli Lunatscharski und Adolf Joffe.

Das bestgehütete Geheimnis des kleinen Zirkels um Lenin war sein Politikverständnis: Da jede Herrschaft verlogen, in ihren Grundfesten verkommen, ausbeuterisch und demütigend sei, könne sie nur mit den zivilisationsfeindlichen Methoden der Herrschenden bekämpft und – überwunden werden. Alles sei erlaubt, müsse aber stets dementiert werden. So folgten die Bolschewiki in ihrer Praxis dem russischen Anarchokommunisten Sergej Gennadijewitsch Netschajew (1847–1882); er hatte sich für sein Streben nach der Revolution zu allen erforderlichen Mitteln, einschließlich des revolutionären Terrors, bekannt. Für die Außenwelt stülpten sich die Bolschewiki jedoch das Kostüm europäischer Sozialdemokraten über.

Nach ihrer Übernahme der Macht brach im zweiten Halbjahr 1918 ein – von den Bolschewiki durchaus erwarteter – Bürgerkrieg aus, den sie im zweiten Halbjahr 1920 mit einem Desaster für die innere Konterrevolution wie für die ausländischen Interventen siegreich beendeten. Was die Bolschewiki allerdings nicht erwartet hatten, war, dass sich nach ihrem Sieg die Weltgeschichte wieder einmal überschlagen würde. Sie hatten Anfang 1921 alles erreicht, was in Russland in einer Revolution zu erreichen war: Der Weltkrieg war beendet, und die Bauern waren der letzten feudalen Fesseln

¹ Vgl. Jörn Schütrumpf (Hrsg.): »Mit den Leninisten können wir nicht weiter zusammengehen...« oder: Wie Lenin Rosa Luxemburg »besiegte«; www.rosalux.de/publikation?tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Bnews%5D=49686&tx_news_pi1%5Bnews_uid%5D=0&cHash=9073bbd9dacc54f21882fcb7129545c4

ledig; der Weg für eine unbeschränkte Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise in der Landwirtschaft war freigekämpft. Mit den Zielen der Bolschewiki hatte das allerdings wenig bis nichts zu tun.

Nur Rosa Luxemburg – in ihrer gnadenlosen Nüchternheit – hatte diesen Punkt vorausgesehen: »Das Proletariat kann als der am meisten revolutionäre Faktor womöglich in die Rolle des Liquidators der alten Ordnung schlüpfen und ›nach der Macht greifen‹, um der Konterrevolution vorzubeugen, um nicht zuzulassen, dass die Revolution durch die ihrer Natur nach reaktionäre Bourgeoisie versumpft. Noch ist keine Revolution anders beendet worden denn als Diktatur einer Klasse, und alle Fakten verweisen darauf, dass das Proletariat nunmehr zu diesem Liquidator werden könnte. Freilich täuscht sich kein Sozialdemokrat in der Annahme, das Proletariat könnte sich an der Macht halten, denn hielte es sich, würde es zur Herrschaft seiner Klassenidee kommen, würde der Sozialismus verwirklicht werden. Dafür reichen heute die Kräfte nicht, weil im russischen Staat das Proletariat in der genauen Wortbedeutung eben eine Minderheit der Gesellschaft ausmacht. Die Verwirklichung des Sozialismus durch eine Minderheit ist jedoch unbedingt ausgeschlossen, da bereits die Idee des Sozialismus die Herrschaft einer Minderheit ausschließt. Also wird das Proletariat nach seinem politischen Sieg über die Zarenherrschaft tags darauf die Macht an die Mehrheit verlieren. Konkret gesagt: Nach dem Sturz der Zarenherrschaft geht die Macht an den revolutionärsten Teil der Gesellschaft, an das Proletariat über, denn dieses Proletariat wird alle Posten einnehmen und solange auf dem Posten bleiben, bis es die Macht in die Hände der legal dazu Berufenen, also in die Hände der neuen Regierung legt, die nur durch die Konstituante, durch die von der ganzen Bevölkerung gewählten gesetzgebenden Körperschaft bestimmt werden kann. Aber angesichts der Tatsache, dass in der Gesellschaft nicht die Arbeiterklasse, nicht das Proletariat die Mehrheit ausmacht, sondern das Kleinbürgertum und die Bauern, wird es auch in der Konstituante zu keiner Mehrheit der Sozialdemokraten, sondern der bäuerlich-kleinbürgerlichen Demokraten kommen. Wir können das bedauerlich finden, wir können es aber nicht ändern.«²

Lenin war nicht bereit, sich mit derlei »Defätismus« abzufinden, er hielt nichts von Rückschlägen, selbst wenn sie zu einer bürgerlich-parlamentarischen Republik als Voraussetzung für eine Selbstorganisation und Selbstbewusstwerdung des Proletariats führten. Er setzte auf Durchbrüche und auf – kurze Wege. Lenin und mit ihm die Bolschewiki interessierte, als sie

² Rosa Luxemburg: Blanquismus und Sozialdemokratie [1906], in: dies: Arbeiterrevolution 1905/06. Polnische Texte, hrsg. von Holger Politt, Berlin 2015, S. 218.

sich 1917 in den Kampf warfen, vor allem eines: deren (erhoffte) Funktion als Eröffnungsrevolution eines proletarisch-sozialistischen Sturmes über Europa. An dessen Ende sollte eine postkapitalistische Gesellschaft stehen, gegründet auf sozialer Freiheit für alle. Als »nationale« Revolution war für diese Weltbürger die Russische Revolution, zumindest anfangs, völlig uninteressant, zumal sie wussten: Mit diesem Russland war kein Staat, sondern nur Bürokratie zu machen; von Sozialismus gar nicht zu reden.

Dass das russische Proletariat die Macht, falls es sie überhaupt je ergriffe, nicht einmal im Verein mit dem politisch deutlich erfahreneren polnischen Proletariat – unter anderem repräsentiert durch Leo Jogiches und Rosa Luxemburg – dauerhaft würde behaupten können, war seit Langem jedoch auch Lenin klar. Allerdings glaubte er, aus dem Dilemma einen genialen Ausweg gefunden zu haben: Er plädierte für ein Bündnis aus Feuer und Wasser, aus Proletariat und armer land-, also kapitalbedürftiger Bauernschaft.

Als internationale Eröffnungsrevolution scheiterte die Russische Revolution mangels erfolgreicher Anschlussrevolutionen zwar – die Revolutionen in Deutschland, Österreich und Ungarn erlagen der Konterrevolution –, doch erfüllten die Bolschewiki durch den Sieg im Bürgerkrieg national ihre Aufgabe, trieben jedoch mit diesem Sieg zugleich den Widerspruch zwischen sozialer und politischer Hegemonie, der jeder radikalen Revolution innewohnt³, an seinen Schnittpunkt. Nie übt ein sozialer Hegemon, also der »Auftraggeber« – im Falle der Russischen Revolution war das bis 1921 das Proletariat – als Ganzes die politische Hegemonie aus. Entweder sind es aktivistische Gruppen wie in der Revolution der Franzosen 1791 bis 1793 die Gironde und 1793/94 die Jakobiner sowie in der Russischen Revolution 1917 bis 1921 die Bolschewiki. Oder eine fehlende bzw. zu schwache Bourgeoisie oder – im Falle Russlands – ein zu schwaches Proletariat wird als politischer Hegemon durch das Militär, 1918 die Rote Armee und die Tscheka⁴, »substituiert«.

Als »Jakobiner mit dem Volke«⁵ hatten die Bolschewiki etwas erreicht, was anfangs nicht einmal sie selbst sich zugetraut hatten: So wie die fran-

³ Vgl. Manfred Kossok: 1917 – eine periphere Revolution?, in: ders.: Sozialismus an der Peripherie. Späte Schriften, hrsg. von Jörn Schütrumpf, Berlin 2016, S. 17; ausführlich dazu Michael Brie, Jörn Schütrumpf: Rosa Luxemburg. Eine revolutionäre Marxistin an den Grenzen des Marxismus, Hamburg 2021, S. 192f.

⁴ Tschreswyttschaika: Abkürzung für »Außerordentliche Kommission«, übliche Abkürzung: Tscheka, die erste Geheimpolizei Sowjetrusslands.

⁵ Wladimir I. Lenin: Die Konterrevolution geht zum Angriff über (»Jakobiner ohne Volk«), in: ders.: Werke (im Folgenden LW, Bd. 24, Berlin 1955ff., S. 537.

zösischen Revolutionäre von 1789 ff. hatten sie den Krieg genutzt, um die Revolution zu vertiefen, und damit das Interesse der Arbeiter, vor allem aber der Bauern an einem Sieg im Bürgerkrieg immer weiter stabilisiert. Mit dem Sieg im Bürgerkrieg waren sie Anfang 1921 reif für den Thermidor. Denn der soziale Hegemon – die revolutionäre, durchaus an einer Diktatur des Proletariats, aber nicht an einer Diktatur der Bolschewiki interessierte Arbeiterschaft – sah die Ergebnisse der Revolution durch den Sieg im Bürgerkrieg gesichert. Damit schien die Herrschaft der Bolschewiki überflüssig geworden, zumal sie mit der Etablierung ihrer Parteidiktatur den proletarischen Konsens einseitig aufgekündigt hatten. Dieser hatte beinhaltet, die Gesellschaft über ein System direkt gewählter Räte zu demokratisieren und die sozialistische Produktionsweise als Voraussetzung für die soziale Freiheit aller gemeinsam durchzusetzen.

Der Thermidor, also der Rückschlag der Russischen Revolution, ging nicht von den Liberalen oder den zaristischen Kräften aus – die waren im Bürgerkrieg vernichtend geschlagen worden. Er ging vielmehr von den Elitekampftrouppen der Bolschewiki aus: von den Kronstädter Matrosen und Arbeitern; Trotzki hatte sie einst »den Ruhm und den Stolz der Revolution« genannt. Doch der Aufstand der Kronstädter gegen die Diktatur einer Partei scheiterte. Im März 1921 ertränkten die Bolschewiki ihre bisherige Prätorianergarde in deren eigenem Blut.

Diese Niederlage der Arbeiter offenbarte die ganze Schwäche des bisherigen sozialen Hegemonen. Sie zeigte an, dass, selbst wenn die Arbeiter dem politischen Hegemonen, den Bolschewiki, nicht unterlegen wären, sie ihre soziale Hegemonie nie und nimmer hätten aufrechterhalten können. Sie wären im nächsten Moment von den nachdrängenden Bauernmassen in die Bedeutungslosigkeit zurückgestoßen worden, aus der sie die Revolution für vier Jahre herausgeholt hatte.

Denn mit dem Sieg im Bürgerkrieg war auch für die Bauernmassen jegliches Interesse an einer weiteren Herrschaft der Bolschewiki – ebenso an einem weiteren Bündnis, nachdem die Arbeiterschaft, der bisherige soziale Hegemon, niedergeworfen worden war – erloschen: Im ganzen Land brachen Bauernaufstände aus. Damit hatte sich der Leninsche Ausweg, das Bündnis aus Feuer und Wasser, von Proletariat und landarmer Bauernschaft, als Sackgasse erwiesen. Es hatte beim antifeudalen Durchbruch durchaus getragen. Doch um den Rückschlag der Revolution zu umgehen, wie es Lenin konzipiert hatte – dafür war dieses Bündnis ungeeignet.

Mit ihrem Sieg über ihren bisherigen »Auftraggeber« hatten die Bolschewiki nicht nur nichts gewonnen, sie hatten alles verloren. Im Frühjahr 1921 standen sie allein da: Sie hatten den ursprünglichen »Auftrag-

geber«, die Arbeiterschaft der Städte, erst verprellt, dann vertrieben. Und mit dem ehemaligen Bündnispartner verkehrten sie per Gewalt der Gewehrläufe. Bauernaufstände kann man niederwerfen. Und das taten die Bolschewiki bis ins Jahr 1922 hinein auch, mussten aber begreifen: »Was niemals aus den Gewehrläufen kommt, ist Macht.«⁶

Da die Bolschewiki jedoch nicht freiwillig von der politischen Herrschaft lassen wollten (und möglicherweise auch gar nicht konnten), ließ ihr Sieg ihnen nichts anderes übrig, als sich in den Dienst der stärksten sozialen Kraft, der Bauernschaft, zu stellen. Sie luden zudem – allerdings vergeblich – den internationalen Teil der zuvor national weitgehend vertriebenen Bourgeoisie zu Investitionen ein. Es handelte sich um einen nicht in einem Satz nennbaren Typ staatlich gelenkter Marktwirtschaft, genannt »Neue Ökonomische Politik« (NÖP). Seltsamer ist seit Pyrrhus kein Sieg gewesen.

So erlebte die Russische Revolution ihren Rückschlag, ihren Thermidor, nicht nur einmal, sondern gleich zweimal: als unvermeidbar gescheiterten proletarischen Thermidor. Und als Thermidor, mit dem die lebensfähigen Ergebnisse der Revolution, namentlich die der Agrarrevolution, gesichert wurden, ausgeführt von den Revolutionären selbst und deshalb ohne Entmachtung, gar Ermordung der Revolutionäre: Der »Thermidor der Russischen Revolution [...] unterscheidet sich von anderen Thermidoren weder durch seinen Inhalt noch durch seine Wirkungen, nur durch seine Form. Es war ein ›trockener‹ Thermidor. Er ging still und friedlich im Busen und in der Organisation der Bolschewiki vor sich. Nicht freilich, ohne sein Gorgonenhaupt sofort der Arbeiterklasse zu zeigen: in Kronstadt. Die Wirkungen aber waren die gleichen wie die seines größeren Bruders. [...] Der März 1921 hat die russische Arbeiterklasse doppelt getroffen. Er lieferte die Klasse selbst den Bauern aus und, im Gefolge der Bauern, den Schiebern, Spekulanten und, in deren Gefolge, den Großkapitalisten. Er nahm ihnen zugleich ihre Führer, indem aus den Jakobinern von gestern die Thermidoren von heute wurden.«⁷

⁶ Hannah Arendt: Macht und Gewalt. München 2005, S. 54. Das war Hannah Arendts Antwort auf Mao Tse-tungs Diktum: »Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen.« Mao Tse-tung: Worte des Vorsitzenden Mao Tse-tung, Beijing 1966, S. 74.

⁷ Paul Levi: Ihre Gefängnisse, in: ders.: Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe, Band I/4: Spartakus. Abschied ohne Ankunft, 1921/22, hrsg. von Jörn Schütrumpf, Berlin 2020, S. 1255f.

Der März-Putsch 1921

Um den antikapitalistischen Charakter ihrer Revolution doch noch zu retten, bedurften die Bolschewiki einer Ausweitung der Revolution auf Westeuropa – etwas, was sie offiziell natürlich vehement bestritten. Der Druck, den sie auf die VKPD⁸ ausübten, entspringe nicht ihrem Eigennutz, erklärte der VKPD-Zentrale am 28. Januar 1921 Karl Radek⁹: »In der inneren russischen Lage liegt nicht das Motiv des Vorwärtsdrängens, aber je später wir zur Macht gelangen in Westeuropa, um so größer ist die Zersetzung. Man bekommt dann die Macht und hat nicht das Notwendigste, um es den Arbeitern zu geben. Das ist der treibende Gedanke, warum wir auf Aktivierung drängen.«¹⁰

In der Schaltzentrale der Kommunistischen Internationale, im sogenannten Kleinen Büro, hingegen sprach Radek Klartext und warnte am 21. Februar 1921 vor Eskapaden: »Wenn wir in einer Teilaktion losschlagen, und die Orgesch¹¹ sich auf uns stürzt, so werden wir niedergeschlagen, und weder die Mehrheitssozialisten noch die Unabhängigen werden sich für uns schlagen.«¹²

Mit dieser Position scheiterte Radek allerdings am Vorsitzenden der Kommunistischen Internationale, Grigori Sinowjew¹³, sowie dem einfluss-

⁸ Die Mehrheit der USPD hatte sich im Dezember 1920 mit der KPD zur Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (VKPD) vereinigt.

⁹ Karl Radek, eigentlich Sobelsohn (1885–1939), war ein führender Politiker der Bolschewiki polnischer Herkunft und bis zu seiner Entmachtung 1924 ihr Deutschland-Spezialist; er setzte ab 1920 in der KPD die Unterwerfung unter die Bolschewiki sowie – international – die von Lenin in die linke Politik eingeführte Diffamierung von Opponenten als eine nicht in Frage zu stellende Methode kommunistischer Politik durch; im 2. Moskauer Schauprozess 1937 wurde er zu zehn Jahren GULag verurteilt und am 19. Mai 1939 auf Befehl Stalins ermordet.

¹⁰ Karl Radek auf der Sitzung der Zentrale mit dem Vertreter des Exekutivkomitees für Deutschland, 28. Januar 1921, in: Paul Levi: Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe, Band I/3: Spartakus. Das Ende des Linkssozialismus in der Kommunistischen Internationale, 1921/22, hrsg. von Jörn Schütrumpf, Berlin 2020, S. 340.

¹¹ Orgesch: »Organisation Escherich«, 1919 gegründeter Dachverband der am 25. April 1919 von Gustav Noske initiierten bürgerlichen Einwohnerwehren, benannt nach ihrem bayrischen »Reichshauptmann« Georg Escherich (1870–1941). Ziel der Orgesch war es, eine weitere revolutionäre Entwicklung zu verhindern und, wenn möglich, Ergebnisse der Revolution, u. a. die republikanische Staatsform, rückgängig zu machen. 1921 wurde die Orgesch auf Druck der Entente durch die Reichsregierung aufgelöst. Die Bewaffnung der Orgesch »versickerte« in der illegalen »Schwarzen Reichswehr«.

¹² Karl Radek, zitiert in Curt Geyer: An die Zentrale der VKPD, 21./22. April 1921, in Levi I/3, S. 649.

¹³ Grigori Sinowjew, eigentlich Owsej-Gerschen Radomylski-Apfelbaum (1883–1936), war ein enger Mitarbeiter Lenins und von 1919 bis zu seinem Sturz 1926 Vorsitzender der

reichen Abram Guralski¹⁴ und dem damals noch sich linksradikal gebärdenden Nikolai Bucharin¹⁵. Wider besseres Wissen schrieb Radek am 14. März 1921 nach Berlin: »Eben, weil diese Möglichkeiten bestehen, müsst Ihr alles tun, um die Partei zu mobilisieren. Man kann keine Aktion aus dem Revolver schießen. Wenn Ihr jetzt nicht alles tut, um durch das ununterbrochene Drängen nach Aktion der kommunistischen Masse das Gefühl ihrer Notwendigkeit beizubringen, werdet Ihr in einem großen Moment wieder versagen. Bei den weltpolitischen Entscheidungen weniger auf die »radikale« Formel als auf die Tat, das Setzen der Massen in Bewegung, denken.«¹⁶

Da war – mit dem Segen des Kleinen Büros der Kommunistischen Internationale – die Troika aus Béla Kun¹⁷, Abram Guralski und József Pogány¹⁸ schon längst Richtung Deutschland abgereist:¹⁹ »Es ist nicht das erste Mal, dass Lenin und Trotzki irgend etwas zugestimmt haben, weil die Sinowjew–Radek–Béla Kun sie belogen hatten.«²⁰

Im Gepäck hatte die Troika eine taufrische »Offensivtheorie«: Diese »Offensivtheorie ist [...] in keinem deutschen Schädel entstanden. Sie wurde nach Deutschland mitgebracht als ein Reisepräsent aus Kreisen – wie man offiziös sich ausdrückt –, die dem kleinen Bureau der Exekutive nicht allzu

Kommunistischen Internationale; 1936 war er zusammen mit Lew Kamenew (1883–1936), ebenfalls ein enger Mitarbeiter Lenins, im ersten Moskauer Schauprozess (»Strafsache gegen das Terrorzentrum Trotzki–Sinowjew«) Hauptangeklagter; beide wurden ermordet.

¹⁴ Abram bzw. Samuel Guralsky, Parteiname: August Kleine (1890–1960), wurde 1919 von der Kommunistischen Internationale als Emissär nach Deutschland geschickt; 1950 durch den NKWD festgenommen, war er von 1952 bis 1958 im Gulag inhaftiert.

¹⁵ Nikolai Iwanowitsch Bucharin (1888–1938) gehörte zur Führung der Bolschewiki, Lenin bezeichnete ihn als »Liebling der Partei«; seit 1921 vertrat er die Neue Ökonomische Politik und verbündete sich gegen Trotzki und Sinowjew mit Stalin, er selbst wurde 1928/29 von Stalin entmachtet und 1938 als Hauptangeklagter im »Dritten Schauprozess« zum Tode verurteilt und ermordet.

¹⁶ Karl Radek an Brandler, Thalheimer, Frölich, Meyer, Böttcher, Felix [Schmid], 14. März 1921, in: Hinter den Kulissen der Märzaktion, in Levi I/3, S. 877.

¹⁷ Béla Kun, Parteiname: Spanier (1886–1938), war 1919 Führer der ungarischen Räterepublik, danach Mitglied des »kleinen Büros« des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale; vgl. Henrik Ungar [d. i. Berthold Wolf]: Die magyarische Pest in Moskau, Leipzig–Zürich–Wien 1921; Ilona Duczynska: Zum Zerfall der KPU, in: Unser Weg. Zeitschrift für kommunistische Politik, Jg. 4, Nr. 5, 1. März 1922. Béla Kun wurde während der von der Stalinschen Bolschewikiführung organisierten Kommunistenverfolgung ermordet.

¹⁸ Joseph Pogány (1883–1938) war 1919 in der ungarischen Räterepublik Volkskriegskommissar; im März 1921 war er im Auftrag der Kommunistischen Internationale zusammen mit Béla Kun Initiator des Mitteldeutschen Putsches der KPD; 1922 wurde er in die USA gesandt, wo er sich John Pepper nannte; während der von der Stalinschen Bolschewikiführung organisierten Kommunistenverfolgung wurde er ermordet.

¹⁹ Vgl. Curt Geyer: An die Zentrale der VKPD, 21./22. April 1921, in Levi I/3, S. 656.

²⁰ Levi: Im Vorbeigehen [19. November 1921], in: Levi I/4, S. 1042.

fernstehen. Die deutschen Zentrale-Mitglieder waren nur die Trottel, sie unbesehen anzunehmen.«²¹

Am 26. März 1921 meldete Béla Kun aus Deutschland über den KPD-Putsch in Mitteldeutschland an Grigori Sinowjew und Lenin: »Beginn schwer mit Hoffnung auf Steigerung und Zusammenfassung nach Ostern. Zentrale proklamierte Generalstreikparole und folgende Losungen: Entwaffnung der Konterrevolution, Bewaffnung und sofortige Bildung von Ortswehren aus Kreisen organisierter Arbeiter, Angestellten und Beamten. Sichert die Macht in den Betrieben. [...] Eigene Absicht: Schaffung günstiger Lage zur Entscheidung ohne Illusion, dass Machteroberung möglich. Eigene Lage: entscheidende Kampf Stimmung, vollkommene Sabotage der Rechten, Organisationsmangel. Putschstimmung als Reaktion gegen die bisherige Untätigkeit bei den entschlossensten Elementen der Masse. Zusammenarbeit mit KAPD-Führern, die nicht Herren ihrer Mitglieder sind. Andauernder Kampf in Mitteldeutschland, Waffen vorhanden, beginnt auch im Rheinland. Bisheriges höchstes Resultat: Unabhängigenpartei offen gegenrevolutionären Standpunkt eingenommen. Abwirtschaftung Levi-Gruppe.«²²

Paul Bowitzky, der sich selbst als Offizier der illegalen KPD-Kampforganisation »Militärpropaganda« und als politischer Kommissar für das Mansfeld bezeichnete, berichtete am 12. April 1921 an die Zentrale der KPD: »Es war am Freitag, dem 18. März, als der Genosse [Alfred] Oelssner und der Genosse [Georg] Schumann, Halle, mit dem direkten Auftrag der Parteizentrale in Halle erschienen, die Aktion unverzüglich einzuleiten. Den Anlass hierzu sollte die Besetzung Mitteldeutschlands mit Sipo²³ und Schupo²⁴ abgeben. [...]

Am Dienstag, dem 22., erschien dann der Genosse Hugo [Eberlein]²⁵ aus Berlin als Beauftragter der Zentrale, um die Aktion in Mitteldeutsch-

²¹ Levi: Der Parteitag der VKPD [August 1921], Levi I/3, S. 861.

²² Béla Kun an Grigori Sinowjew, 26. März 1921. Telegramm aus Berlin, in: im vorliegenden Band S. 25f. – Paul Levi (1883–1930) war der erste Vorsitzende der KPD, die er bis kurz vor seinem Ausschluss aus der Partei im April 1921 zusammen mit Clara Zetkin führte.

²³ Sipo: Die Sicherheitspolizei war eine paramilitärische Polizeieinheit.

²⁴ Schupo: Die Schutzpolizei ist eine uniformierte Einheit der Landespolizei.

²⁵ Hugo Eberlein (1887–1941) führte bei den Wahlen zum Preußischen Landtag am 20. Februar 1921 die Liste mit dem Landeswahlvorschlag der VKPD an und genoss seit der Landtagswahl Immunität; er leitete als Verantwortlicher der Abteilung »Militärpropaganda« und als Vertreter der VKPD-Zentrale von Halle/Saale aus den März-Putsch 1921. Um ein »Fanal« zu setzen, wollte er – als angebliche Tat der Sicherheitspolizei – bei vollem Betrieb das Gebäude der VKPD-Zeitung »Klassenkampf« (»Produktiv-Genossenschaft«) sprengen und bis zu zwanzig Menschen ermorden lassen (»Hugo mit der Zündschnur«), was durch die militärischen Leiter vor Ort allerdings vereitelt wurde; im Exil wurde Hugo

land vorwärtszutreiben und zu leiten. Er machte nunmehr über die Durchführung der Aktion ganz konkrete Vorschläge und brachte den Auftrag der Zentrale, unter allen Umständen in Mitteldeutschland eine Parole zu schaffen, die durchschlagend für das ganze Reich in Frage kommen könnte. Dies war insofern außerordentlich schwer, weil die zur Besetzung erschienenen Sipomansschaften sich trotz aller Provokationen außerordentlich zurückhielten. Es war selbst im Mansfeldischen nicht möglich gewesen, sie irgendwie, selbst durch Beschimpfungen, aus ihrer Reserve herauszulocken. Sie spielten Karten, rauchten ihre Pfeife und brachten ihre Freude über die Zusammenrottung der Arbeiterschaft unverhohlen zum Ausdruck. [...] Es wurde dann von dem Genossen N. 7 der Vorschlag gemacht, dann doch in freundschaftlicher Weise sich mit den Sipomansschaften zu unterhalten, einzudringen in ihre Wachtlokale und Unterkünfte, sie entweder dadurch zur Abwehr zu reizen, und falls dies nicht gelänge, ihnen einfach dann ihre Waffen gewaltsam zu entreißen.«²⁶

Und weiter Bowitzky: »In der Nacht noch wurde der Auftrag gegeben, [...] das Gebäude der Prod[uktions]-Gen[ossenschaft] unter allen Umständen zu sprengen, ganz gleich, ob am Tage oder in der Nacht. Die Bezirksleitung hat sich jedoch im letzten Augenblick ganz energisch gegen diesen Wahnsinn verwahrt, und ich erhielt persönlich den Auftrag, [...] den mit der Durchführung beauftragten Genossen abzufangen und dieselbe zu verhindern. [...] Bei der Durchführung am Tage wären ungefähr zwanzig unserer besten Genossen ein Opfer dieses Anschlags geworden, welche Bedenken aber von dem Genossen Hugo [Eberlein] in der Nacht vorher mit einer Handbewegung abgetan wurden.«²⁷

Vorangegangen war am 17. März 1921 eine Zentralaussschusssitzung, auf der Levis Nachfolger als Parteivorsitzender, Heinrich Brandler²⁸, die neue »Offensivtheorie« erklärt hatte: »Ich behaupte, dass wir heute schon zwei bis drei Millionen nichtkommunistischer Arbeiter im Reich haben, die wir durch unsere kom[munistischen] Organisation, glaube ich, beeinflussen,

Eberlein während der von der Stalinschen Bolschewikiführung organisierten Kommunistenverfolgung gefoltert und ermordet.

²⁶ Dokumente über den März-Putsch, im vorliegenden Band S. 50.

²⁷ Dokumente über den März-Putsch, im vorliegenden Band S. 52.

²⁸ Heinrich Brandler aus Reichenberg (heute Liberec), Parteiname: Joseph (1881–1967), war Mitbegründer der »Gruppe Internationale« (Spartakusgruppe) und der KPD und 1921 sowie 1923/24 ihr Vorsitzender; bis Anfang 1924 einer der einflussreichsten Führer der KPD, wurde er von 1924 bis 1928 in Moskau festgehalten (»komintern-iert«) und war ab 1929 zusammen mit August Thalheimer Vorsitzender der antistalinistischen Kommunistischen Partei Deutschlands-Opposition (KPD-O); er emigrierte 1933, zuletzt nach Kuba; ab 1949 lebte er u. a. in Hamburg.

die in Aktionen, auch in einer Angriffsaktion von uns, unter unserer Parole kämpfen werden. [...] Es wird wahrscheinlich sein, dass unsere Genossen in Mitteldeutschland [...] vor Ostern den Kampf aufnehmen werden [...] Ich bin der Meinung, dass wir imstande sind, unsere Partei so zu mobilisieren, dass wir eine vernichtende Niederlage in diesem Kampfe nicht bekommen.«²⁹

Nachdem die Niederlage vernichtend ausgefallen war, versuchte Heinrich Brandler, seine Haut zu retten: »Unsere Genossen im Mansfelder Gebiet haben nun diese Parole etwas zu forsch aufgefasst oder nicht so befolgt, wie sie war.«³⁰

Levi, der während des März-Putsches in der Wiener Landes-Heil- und Pflegeanstalt Steinhof die Folgen des an der deutsch-französischen Front im Februar 1916 erlittenen Nervenzusammenbruchs behandeln ließ, kehrte noch während des Putsches nach Berlin zurück: »Ich konstatiere, dass damals ein Antrag, mich mit meiner Kritik zu hören, zweimal durch Abstimmung abgelehnt wurde; man wollte und brauchte keine Kritiker. Und einen Tag danach, als ich das katastrophale Ergebnis hörte, dass Zentrale und Zentralausschuss in einer Resolution auf ihrem Fehler beharrten, habe ich die Broschüre in Druck gegeben, und sie ist erschienen am 12. April.³¹ Am 12. April, als die Broschüre erschien, waren keine Kämpfe irgendwo im Deutschen Reiche mehr im Gange.«³²

Zu diesem Zeitpunkt hatten die Bolschewiki schon längst Levi zum Gegner erklärt. Auf dem Parteitag der Bolschewiki, der zwischen dem 8. und 16. März 1921 in Moskau durchgeführt worden war, hatte Grigori Sinowjew erklärt: »Wir hatten einen Streit mit Gen. Levi auf dem II. Kongress der Kom[munistischen] Intern[ationale]. Wir alle, die wir wussten, wie wenig gebildete Führer in den Reihen der KPD übriggeblieben sind, und insbesondere Gen. Radek, der die deutschen Verhältnisse besser kannte als jeder von uns, waren bemüht, den Gen. Levi zu stützen und ihm in seinem Kampfe gegen die Gegner beizustehen; aber je weiter, um so mehr überzeugten wir uns davon, dass Gen. Levi dem Opportunismus zuneigt. Und jetzt, während ich vor Ihnen Rechenschaft ablege, besteht unter uns nicht der leiseste Zweifel, nicht mehr die leiseste Meinungsverschiedenheit darüber, dass der geistige Kampf gegen diesen Genossen absolut notwendig ist. Und auch diejenigen unter uns, die wie der Gen. Radek aus begrifflichen

²⁹ Zentralausschusssitzung am 17. März 1921, im vorliegenden Band S. 40.

³⁰ Heinrich Brandler in der Sitzung der Reichsgewerkschaftszentrale mit ihrem Beirat und zwei Vertretern der Zentrale der KPD, 30. März 1921, im vorliegenden Band S. 80.

³¹ Levi: Was ist das Verbrechen? Die Märzaktion oder die Kritik daran? Rede auf der Sitzung des Zentralausschusses der VKPD am 4. Mai 1921, im vorliegenden Band S. 185.

³² Ebenda.

Gründen, in Anbetracht ihrer Verbundenheit mit der deutschen Arbeiterbewegung, am meisten bestrebt waren, den Augenblick unseres Bruches mit Gen. Levi hinauszuschieben, denken jetzt im Interesse der Arbeiterpartei Deutschlands anders. In dieser Hinsicht besteht jetzt unter uns eine vollständige Solidarität: Es lässt sich nicht weiter hinziehen, und Gen. Radek hat als erster den geistigen Kampf gegen Levi und seine Gruppe eröffnet.«³³

Levi wusste, was die Stunde geschlagen hatte: »Wenn die russischen Genossen Kämpfe ansagen, dann bin ich nicht kindlich genug, um nicht zu wissen, was das bedeutet. Und ich bin mir auch klar gewesen, dass, als in Deutschland die Aktion abgebrochen wurde, es kein falscher Zungenschlag eines Vertreters der Exekutive gewesen war, als er schon während der Aktion sagte, wenn sie zur ›Säuberung‹ der deutschen Partei vom ›rechten Flügel‹ führt, dann sei die Aktion gerechtfertigt. Und die Zentrale damals hat das auch bestätigt, indem sie ›organisatorische Maßnahmen‹ bei Abbruch der Aktion beschloss.

Und dann wurde die Aktion abgebrochen ›mit organisatorischen Maßnahmen‹, und am selbigen Tag bereits lädt man den Genossen Richard Müller³⁴ und den Genossen Wolff vor das hohe Synhedrion³⁵ und hat sie zunächst von ihren Ämtern abberufen. Ich bin doch nicht einfältig genug, um nicht zu wissen, was das heißt. Ein paar Tage später hätte man sie ausgeschlossen, und, nachdem Müller und Wolff ausgeschlossen waren, hätte man ein paar andere Genossen ausgeschlossen, dann hätte man den Genossen Däumig³⁶ ausgeschlossen auf Grund seines Briefes.³⁷ Und dann wären wieder ein paar ausgeschlossen worden, und nach nicht gar langer Zeit auch ich.

³³ Vom X. Parteitag der RKP. Berichte des Gen. Sinowjew über die Kom[munistische] Intern[ationale], zitiert in: Levi: Schlusswort auf der Sitzung des Zentralausschusses der VKPD [4. Mai 1921], im vorliegenden Band S. 197, FN 251.

³⁴ Richard Müller (1880–1943) war während der Novemberrevolution Vorsitzender des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte Großberlin (vgl. Ralf Hoffrogge: Richard Müller. Der Mann hinter der Novemberrevolution, 2., erweiterte Auflage 2018); von Dezember 1920 bis April 1921 war er Leiter der Reichsgewerkschaftszentrale der KPD. Er wie auch Fritz Wolff wurden nach der Sitzung der Reichsgewerkschaftszentrale mit ihrem Beirat und zwei Vertretern der Zentrale der KPD, am 30. März 1921 (im vorliegenden Band S. 80), von allen Funktionen entbunden.

³⁵ Synhedrion: Anspielung auf den »Hohen Rat« im vorantiken Jerusalem, der das höchste religiöse und politische Gremium sowie zugleich das oberste Gericht des Judentums darstellte.

³⁶ Ernst Däumig (1866–1922) war 1919/20 zusammen mit Arthur Crispian Vorsitzender der USPD und bis zum 24. Februar 1921 zusammen mit Paul Levi Vorsitzender der VKPD. Arthur Crispian war 1915 Redakteur und 1917 Herausgeber der linken oppositionellen Wochenschrift »Der Sozialdemokrat« in Stuttgart und ab 1919 einer der Vorsitzenden der USPD sowie nach der Vereinigung mit der SPD 1922 einer der Vorsitzenden der SPD; 1933 emigrierte er.

³⁷ Vgl. Ernst Däumig: Brief an die Zentrale [28. März 1921], in Levi I/4, S. 1566ff.

Verehrte Genossen, solch ein Spiel mache ich nicht mit. Da habe ich frank und frei gesagt: Wollt Ihr die ›Leviten‹ rauskriegen, dann bin ich Manns genug, mit meiner Visitenkarte und meiner politischen Anschauung mich vor die ›Leviten‹ zu stellen. Wenn ihr reinigen wollt, so lasse ich mich auch von Euch nicht auf Grund eines organisatorischen Paragraphen ausschließen. Dann wollen wir wissen, warum wir auseinandergehen, das bin ich Euch und mir schuldig.«³⁸

Und: »Sie können mir [...] glauben: Es war toll genug, ehe ich mich entschloss loszuschlagen. Ich bin auch in der italienischen Frage ganz Ihrer Meinung. Es ist der alte Unsinn, dass man in Moskau immer glaubt, wenn Serrati³⁹ in Italien oder Levi in Deutschland nicht die Sowjetrepublik verhinderten: Dann wäre sie schon längst gekommen. Die Moskauer vergessen vollständig die ganz und gar anderen Verhältnisse in Westeuropa und in Russland. Hier war eine Agrarrevolution und durchweg 95 Prozent der Bevölkerung revolutionär; in Italien spielen die Bauern nur eine geringere revolutionäre Rolle und in Deutschland eine gegenrevolutionäre. In Westeuropa ist das Proletariat zäh organisiert, in Russland war es die Masse nicht. Das sind so Unterschiede, die man eines Tages auch in Moskau wird begreifen müssen. Leider haben sich die guten Leute in den Kopf gesetzt, nur durch Schaden klug werden zu wollen.«⁴⁰

Über den Strippenzieher des März-Putsches, Béla Kun, schrieb später Victor Serge:⁴¹ »Seine eigene Rolle bei der Niederlage der Sowjets in Ungarn war erbärmlich (aber man sprach kaum darüber, weil man um seinen Namen eine Volkslegende entstehen lassen wollte). [...] Ich kann mich des Gedankens nicht erwehren, dass Béla Kun sein ganzes Leben lang von dem Gefühl des Versagens beherrscht wurde und unaufhörlich wieder-

³⁸ Levi: Schlusswort auf der Sitzung des Zentralkomitees der VKPD [4. Mai 1921], im vorliegenden Band S. 198.

³⁹ Giacinto Menotti Serrati (1872–1926) war Herausgeber des »Avanti!«, Organ der seit 1912 durch die Parteilinke geführten Sozialistischen Partei Italiens (PSI) und Aktivist der Zimmerwalder Bewegung, er führte 1919 die PSI in die Komintern. Während des II. Kongresses der Komintern Mitglied des Präsidialausschusses und ins EKKI gewählt, widersetzte er sich dem Prinzip der Komintern, mit den Reformisten zu brechen, und blieb 1921, nach der Abspaltung einer italienischen kommunistischen Partei, Vorsitzender der PSI. 1924 führte er jedoch den linken Flügel der PSI in die kommunistische Partei, in deren ZK er gewählt wurde.

⁴⁰ Levi: An John Bertram Askew, Juli 1921, in Levi I/3, S. 821.

⁴¹ Victor Serge (eigentlich Wiktor Lwowitsch Kibaltschitsch, 1890–1947) war ein anarchistischer Politiker und Schriftsteller sowie von 1919 bis 1924 Funktionär und Emissär der Kommunistischen Internationale in Berlin und Wien; 1928 aus der KPR(B) ausgeschlossen, war er von 1933 bis 1936 in der UdSSR inhaftiert, danach kehrte er nach Frankreich zurück und lebte ab 1941 in Mexiko; sein Tod ist ungeklärt.

gutzumachen suchte. Nach Deutschland geschickt, hatte er am 18. März 1921 in Berlin eine blutige Aufstandsbewegung ausgelöst, die angesichts der unleugbaren Schwäche der kommunistischen Partei zum Scheitern bestimmt war. Die Partei ging geschwächt und, durch den Ausschluss Paul Levis, der sich diesem »Aufstandsabenteuer« widersetzt hatte, geteilt aus der Niederlage hervor. Als Gescheiterter und Getadelter, von Berlin zurückgekehrt, war Béla Kun in die Krim gegangen, um sich dort auszuzeichnen. Vor dem Exekutivkomitee der Internationale untersuchte Lenin die Berliner Affäre gründlich, diesen Putsch, der ohne die Stütze der Massen eingeleitet worden war«. ⁴²

Die Zeche bezahlten mitteldeutsche Arbeiter: Bei den Kämpfen kamen etwa 180 Menschen ums Leben, darunter 35 Polizisten. Wieviel Verwundete es gab, ist unbekannt. An die 6.000 Beteiligte wurden verhaftet, von denen 4.000 zu insgesamt 2.000 Jahren Gefängnis verurteilt wurden, darunter acht zu lebenslanger Haft; außerdem wurden vier Todesurteile vollstreckt. Der andere große Verlierer war die VKPD: Von den etwa 375.000 Mitgliedern – andere Quellen sprechen von bis zu 500.000 – ging die Mitgliederzahl auf ca. 160.000 im August und ca. 140.000 im November 1921 zurück.

Einen Erfolg konnte die Kommunistische Internationale jedoch verbuchen. Am 14. April 1921 meldete August Thalheimer⁴³ an Karl Radek: »Wir entfernen rücksichtslos Paul Levi«. ⁴⁴

⁴² Victor Serge: Beruf: Revolutionär. Erinnerungen 1901–1917–1941. Frankfurt am Main 1967, S. 159f.

⁴³ August Thalheimer (1884–1948) war Mitglied der Zentrale von Spartakusbund und KPD und Chefredakteur der »Roten Fahne«; für das Scheitern des von der KPdSU geplanten »deutschen Oktober« 1923 wurde er zusammen mit Heinrich Brandler zum Bauernopfer gemacht, nach beider Sturz 1924 wurden er und seine Frau zusammen mit dem Ehepaar Brandler bis 1928 in der UdSSR im »Ehrenexil« festgehalten (»kom-interniert«); 1928 aus der KPD ausgeschlossen, gründete er zusammen mit Heinrich Brandler die KPD-Opposition, 1933 emigrierter er, zuletzt nach Kuba.

⁴⁴ Brief Thalheimers an Radek vom 14. April 1921, in: Hinter den Kulissen der Märzaktion, in Levi I/3, S. 885.

Die Umwandlung der KPD in eine russische Partei

Paul Frölich,⁴⁵ auf dem Gründungsparteitag der KPD neben der kompletten Führung des Spartakusbundes als einziger Vertreter der Gruppe »Arbeiterpolitik« in die Parteizentrale gewählt, galt – mangels eigenem politisch-konzeptionellen Talent – von Anfang an als Mann der Bolschewiki. Frölich hatte Rosa Luxemburg bis zu ihrem Tod bekämpft, nicht zuletzt, weil die Polin mit Lenin wegen dessen nicht enden wollenden Intrigen über Kreuz war. 1912 brach sie auch öffentlich – allerdings nur auf Polnisch und daher in Westeuropa unbemerkt – mit dem Russen.⁴⁶ Aber selbst dann, wenn die Kunde von diesem Bruch nach Westeuropa gedrungen wäre, hätte es dort niemanden interessiert. Denn die Linke in Westeuropa war schon lange nur noch genervt von den Querelen in der russischen Sozialdemokratie, zu der seit 1906 auch die Sozialdemokratie des Königreiches Polen und Litauens (SDKPiL), Rosa Luxemburgs Partei, sich zählte: unreife Russen, die nichts fertigbringen, außer sich gegenseitig der Unfähigkeit und des Verrates zu bezichtigen.

1913 wurde Rosa Luxemburg auch außerhalb des russischen Reiches deutlich. Gegenüber der Redaktion des »Sozial-Demokraten« (Kopenhagen) verwahrte sie sich gegen einen »Vertreter der russischen sozialdem[okratischen] Fraktion Lenin. Diese Fraktion, die in Russland selbst die Spaltung der Arbeiterpartei und rücksichtslosen Fraktionskampf seit Jahren systematisch betreibt, die ein von niemandem anerkanntes fiktives »Zentralkomitee« gebildet hat, die alle Einigungsbestrebungen hartnäckig hintertreibt und dadurch die russische Parteibewegung an den Rand des Ruins gebracht hat – diese Fraktion ist eine höchst unsichere und unberufene Quelle«.⁴⁷

Frölich nahm Rosa Luxemburg seit 1915 besonders ihre Ablehnung, den Bolschewiki zu folgen und eine eigene Partei zu gründen, übel; später

⁴⁵ Paul Frölich (1884–1953) war als Vertreter der Internationalen Kommunisten Deutschlands Ende 1918 Mitbegründer der KPD und bis 1924 Mitglied ihrer Zentrale, ab 1923 arbeitete er zusammen mit seiner Partnerin Rosi Wolfstein (1888–1987) als Editor der – offiziell von Clara Zetkin und Adolf Warski (1868–1937) herausgegebenen – *Gesammelten Werke* von Rosa Luxemburg, 1928 wurde er aus der KPD ausgeschlossen; er war Mitglied der Leitung der KPD-Opposition und ab 1932 der SAPD, Anfang 1934 emigrierte er, zuletzt in die USA. Vgl. auch Paul Frölichs im französischen Exil verfasste Schrift: *Politische Autobiographie 1890–1921*, hrsg. und mit einem Nachwort von Reiner Tossdorff, Berlin 2013.

⁴⁶ Vgl. Jörn Schütrumpf (Hrsg.): »Mit den Leninisten können wir nicht weiter zusammengehen...« oder: Wie Lenin Rosa Luxemburg »besiegte«; abrufbar unter www.rosalux.de (vgl. FN 1).

⁴⁷ Rosa Luxemburg an die Redaktion des »Sozial-Demokraten« [Kopenhagen], 20. Oktober 1913, in: dies.: *Gesammelte Briefe*, Bd. 6, Berlin 1993, S. 193.

intrigierte er gegen Levi, angefangen 1919, wegen dessen Weigerung, putschistische Abenteuer zu verklären: »Ich glaube, bevor man diskutiert, ist es das Beste, die Tatsachen, über die man diskutiert, etwas schärfer zu fassen, als Genosse Werner [d. i. Paul Frölich] das getan hat. Die Geschichte der Münchener Räterepublik lässt sich ganz kurz folgendermaßen wiedergeben: Mehrheitler, Unabhängige und Anarchisten schließen im ›Café Stephani‹ und den umliegenden Bezirken eine ›Räterepublik‹, deren souveränes Reich von Schwabing bis nach Pasing und von Laim bis nach Freimann reicht. Die Kommunisten stehen dieser Räterepublik mit schärfster Kritik gegenüber: Die Räterepublik war keine ›Frühgeburt‹, wie Genosse Werner meint, sondern ein prodigiosum aliquid, eine Missgeburt; denn dem Schoße eines mehrheitlich-unabhängig-anarchistischen Kaffeehauszirkels kann eine Räterepublik ebenso wenig entspringen wie dem Schoße eines Gorillaweibchens ein Menschenkind.«⁴⁸

So wie Rosa Luxemburg stand Levi einer – für beide undenkbaren – Unterordnung der deutschen Linken unter die Politik der Bolschewiki im Wege. Zusammen mit Giacinto Menotti Serrati hatte sich Levi – wenngleich ohne Erfolg – auf dem II. Kongress der Kommunistischen Internationale gegen das Ansinnen der Bolschewiki gewendet, via »21 Bedingungen«⁴⁹ die 1919 gegründete Kommunistische Internationale in eine internationale russische Partei zu verwandeln.⁵⁰ Im Rückblick schrieb Paul Frölich: »Seit seiner Rückkehr vom II. Weltkongress⁵¹ führt er einen Kampf gegen die

⁴⁸ [Levi:] Münchener Erfahrungen. Die Kehrseite [4. August 1919], in: Paul Levi: Ohne einen Tropfen Lakaienblut. Schriften, Reden, Briefe, Band I/2: Spartakus. An der Spitze der deutschen Kommunisten 1919/20 (Band I/2), Berlin 2018, S. 1165.

⁴⁹ Vgl. Lenins 21 Punkte. Der II. Kongreß der III. Internationale in Moskau. Reden und Beschlüsse der Delegierten Lenin, Radek, Dr. Levi, Serrati, Berlin 1920.

⁵⁰ Aus dem »bolschewistisch« redigierten Protokoll des Kongresses lässt sich das allerdings nicht herauslesen; vgl. Der II. Kongress der Kommunistischen Internationale. Protokoll der Verhandlungen vom 19. Juli in Petrograd und vom 23. Juli bis 7. August 1920 in Moskau, Hamburg 1921. – So erklärte Serrati z. B., zu den Kongressen der Zweiten Internationale »versammelten sich Leute, die einander seit langer Zeit kannten [...]«. »Es war im Allgemeinen eine Versammlung von Advokaten. Hier ist das nicht der Fall. Wir kennen einander nicht genügend.« Serrati versuchte die Delegierten vor übertriebener Eile bei der Annahme politischer Entscheidungen zu warnen: »Vielleicht weil die gegenwärtigen geschichtlichen Bedingungen der verschiedenen Länder uns allen ohne Zweifel viel zu unklar sind, als dass wir die Bedingungen eines Landes auf andere übertragen und uns über die Lage eines jeden Landes ein bestimmtes und klares Urteil bilden könnten.« Zitiert in Alexander Vatlin: Das Jahr 1920. Der zweite Kongress der Kommunistischen Internationale. Aus dem Russischen von Wladislaw Hedeler, Berlin 2019. S. 339.

⁵¹ Gemeint ist der II. Kongress der Kommunistischen Internationale vom 19. Juli in Petrograd und vom 23. Juli bis 7. August 1920 in Moskau.

Moskauer Exekutive, in den er, zum Glück vergeblich, die ganze deutsche Partei hineinzuzerren versuchte.«⁵²

Zu einem ersten öffentlichen Zusammenstoß zwischen Levi und den führenden Bolschewiki führte deren Versuch, die anarcho-syndikalistische KAPD⁵³ hinter dem Rücken der KPD-Führung als zweite deutsche Partei in der Kommunistischen Internationale zuzulassen.⁵⁴ Wilhelm Pieck, der stets dem am meisten Versprechenden⁵⁵ gefällige Überlebenskünstler unter den KPD-Führern, klärte ein Jahr später die Öffentlichkeit über die Motive auf: »[...] kam das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale zu der Meinung, dass die Kommunistische Partei Deutschlands nicht genügend für die Steigerung der revolutionären Energie des Proletariats Sorge. Daher begann das Exekutivkomitee, die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands als ein notwendiges und nützliches Werkzeug für den Kampf mit dieser angeblichen Passivität der Kommunistischen Partei Deutschlands zu benutzen.«⁵⁶

Karl Radek, der im Sommer 1920 noch an Levis Seite gestanden hatte, schrieb nach Levis Ausschluss aus der KPD: »In Moskau, auf dem II. Kongress der Kommunistischen Internationale, traten wir beide gegen die Aufnahme der KAPD als einer voll berechtigten Partei in die Kommunistische Internationale auf. Aber auch in dieser Verfechtung des richtigen Standpunktes zeigte Levi eine solche Maß- und Gesinnungslosigkeit, dass er das größte Misstrauen der ganzen Exekutive erweckte. [...] Aber bevor sich im Feuer des Kampfes neue, bessere Führer herausbilden werden, brauchen wir Levi, besonders im Reichstag, für die Agitation, und man müsse ihn halten. [...] Nach seiner Rückkehr aus Halle⁵⁷ erzählte mir Sinowjew, Levi scheine sich einzuordnen und voll der besten Absichten zu sein. Zu meiner großen Verwunderung erfuhr ich bald, Levi wolle sich nach Frankfurt zurückziehen, er sei der Politik und des Kampfes müde. Da er das Vertrauen der linken Unabhängigen genoss und dazu helfen konnte, die reibungslose

⁵² Paul Frölich: Der Fall Levi, in Levi I/4, S. 1535.

⁵³ Zu Levis Bekämpfung anarcho-syndikalistischer Bestrebungen vgl. seine Rede auf dem 2. Parteitag der KPD (Spartakusbund) [20. Oktober 1919], in Levi I/2, S. 1212–1238.

⁵⁴ Vgl. Levi: An das ZK der KPR, 22. Juli 1920, in Levi I/3, S. 13ff.

⁵⁵ In der Abfolge: Rosa Luxemburg, Karl Radek, Grigori Sinowjew, Jossif Stalin.

⁵⁶ Wilhelm Pieck: Der Parteikonflikt in der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands, in Levi I/4 S. 1676.

⁵⁷ Parteitag der USPD in Halle/Saale (12. bis 17. Oktober 1920), auf dem sich die USPD unter Mitwirkung des nach Halle entsandten Vorsitzenden des Exekutivkomitees der Komintern, Grigori Sinowjew, spaltete. Der linke Flügel vereinigte sich im Dezember 1920 mit der KPD zur Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (VKPD); vgl. auch Levi: Der Parteitag in Halle und die Kommunisten; in Levi I/3, S. 140–144.

Zusammenarbeit der beiden Teile herbeizuführen, die jetzt vor der Vereinigung standen, übte ich zusammen mit dem Genossen Thalheimer auf ihn den größten Druck aus. Wir erklärten ihm: In einer kommunistischen Partei werden die Genossen von der Partei auf den Posten gestellt, sie haben kein Verfügungsrecht über sich, wer sich nicht füge, der sei Deserteur. Wir drohten ihm mit einem Ausschlussantrag für den Fall, dass er sich zurückziehe.«⁵⁸

Nachdem Radek auf dem II. Kongress der Kommunistischen Internationale an der Seite Levis eine Niederlage erlitten hatte und als Sekretär der Kommunistischen Internationale durch Michail Kobezki, einen willfähigen Mann Sinowjews, ersetzt worden war,⁵⁹ hatte er sich nach Deutschland begeben und – mit der Absicht, in die Spitze der Kommunistischen Internationale zurückzukehren – in der KPD eine eigene Fraktion aufgebaut:

Radek besitzt »einen eigenen Apparat, den er sich im vergangenen Winter [...] mit Hilfe von Felix Wolf⁶⁰ aufgebaut hat und der sich auf die ehemalige ›Gruppe Arbeiterpolitik‹ stützt. Die ausgesprochene Direktive, die dieser Apparat erhalten hat, und die sich dann die gesamte Linke zu eigen machte, war: gegen Trotzki.«⁶¹

Mit dieser Fraktion eröffnete Radek, anfangs verdeckt, den Kampf um die KPD-Führung – bis im Februar 1921 »[...] die Krise in der VKPD, auf

⁵⁸ Karl Radek: Der Fall Levi, in *Levi I/4*, S. 1584f.

⁵⁹ Karl Radek, seit Anfang 1920 in der Nachfolge der entsetzt vor den Bolschewiki – erneut – in die Emigration flüchtenden Angelica Balabanoff (1869–1965, vgl. dies.: Lenin oder: Der Zweck heiligt die Mittel, hrsg. von Jörn Schütrumpf, 2., korrigierte Auflage, Berlin 2016) Sekretär der Kommunistischen Internationale, hatte vor dem II. Kongress zusammen mit Levi gegen die Einladung von Anarchisten, Syndikalisten und Anarchosyndikalisten und stattdessen für die Gewinnung der sozialdemokratischen und sozialistischen Kräfte plädiert. Da Radek und Levi an Sinowjew und Bucharin scheiterten, schlug am 6. August 1920 das Politbüro des ZK der KP Rußlands vor, Radek nach dem II. Kongress durch ein »unbeschriebenes Blatt«, Michail Kobezki, seit 1903 Mitglied der SDAPR[B], zu ersetzen. Am 10. August schrieb Sinowjew an Jakob Reich, der in Berlin das illegale Westeuropäische Sekretariat der Komintern aufgebaut hatte: »Schicken Sie nichts an Radek. Kobezki ist statt seiner als Sekretär des EKKI eingesetzt [... D]ie Linie von Radek und Levi [ist] von unserem ZK und dem EKKI abgelehnt worden ...« Zitiert in: Alexander Vatlin: Das Jahr 1920. Der zweite Kongress der Kommunistischen Internationale, S. 90, FN 196. – Michail Kobezki (1881–1937) wurde während der von der Stalinschen Bolschewikiführung organisierten Kommunistenverfolgung ermordet.

⁶⁰ Felix Wolf (eigentlich Werner Waldemar Richard Rakow, 1893–1936) kam Ende 1918 zusammen mit Karl Radek und Ernst Reuter (1889–1953) nach Deutschland, er war Mitbegründer der KPD sowie des Kominternverlages Carl Hoym Nachf. Hamburg; ohne offizielle Funktion führend in der KPD, war er einer der Hauptverantwortlichen für die Märzaktion; während der von der Stalinschen Bolschewikiführung organisierten Kommunistenverfolgung wurde er ermordet.

⁶¹ Levi: Über den Jenaer Parteitag [August 1921], in *Levi I/3*, S. 898.

deren Herbeiführung der Genosse Radek als Vertreter der Exekutive in Deutschland hingearbeitet hatte, zum offenen Ausbruch« kam.⁶²

Mit dem März-Putsch der Kommunistischen Internationale zu Ostern 1921 war die KPD auf eine schiefe Ebene geraten, die zu verlassen ihre Führung nie ernsthaft erwogen hat. Am Ende stürzte die Partei mit einem »Heil Moskau« auf den Lippen in den Abgrund.

Das letzte Wort sei Paul Levi überlassen: »Der Sozialismus als solcher hat an Werbekraft verloren. Die wichtigste internationale Aufgabe des klassenbewussten Proletariats ist heute die, den Glauben an den Sozialismus zu erhalten, zu stärken, zu verhindern, dass die Massen am Sozialismus verzweifeln. Und wir dürfen uns dabei auch gar nicht verhehlen: Das schwerste Gewicht, das heute auf dem Sozialismus lastet, heißt Russland, und wenn Kritik an Russland vermag, die schwere Lage des Sozialismus zu erleichtern, so gestehen wir: Uns ist das Schicksal des sozialistischen Gedankens, des dauernden Interesses der Arbeiterklasse wertvoller als der verblässende Ruhm selbst der glänzendsten und ruhmvollsten Episode der proletarischen Geschichte – aber einer Episode.«⁶³

⁶² Curt Geyer: An die Zentrale der VKPD, 21./22. April 1921, in Levi I/3, S. 658.

⁶³ Levi: Einiges über die russische Außenpolitik [1. April 1922], in Levi I/4, S. 1205.

Dokumente

Béla Kun an Grigori Sinowjew, Lenin und Karl Radek, 26. März 1921

Telegramm aus Berlin

Berlin, 26.3.1921

Sinowjew | Kopie Lenin Radek Kobetzky

[T]eilkampfbartige Aktionen. Beginn schwer mit Hoffnung auf Steigerung und Zusammenfassung nach Ostern.¹ Zentrale proklamierte Generalstreikparole und folgende Losungen: Entwaffnung der Konterrevolution, Bewaffnung und sofortige Bildung von Ortswehren aus Kreisen organisierter Arbeiter, Angestellten und Beamten. Sichert die Macht in den Betrieben. Organisiert die Produktion durch Betriebsräte und Gewerkschaften. Schafft Arbeit für Arbeitslose. Sichert Existenz der Kriegsoffer und Rentenempfänger. Kämpft für Beschlagnahme der Wohnungen der Reichen, schafft Wohnungen für Obdachlose. Verhindert Transporte von Truppen und Waffen ...² Gegenrevolution einstweilen von Mehrheitlern³ und Unabhängigen⁴ geleitet. Orgesch verharret in Bereitschaft. Entente nicht aggressiv. Deutsche Regierung fortsetzt nach London Versumpfungspolitik selbst in oberschlesischer Frage.⁵ Eigene Absicht: Schaffung günstiger Lage zur Entscheidung ohne Illusion, dass Machteroberung

¹ Am 19. März 1921 wurden Polizeiabteilungen in das Mansfelder und Eislebener Industriegebiet geschickt, um nach Waffen zu suchen, die nach den gegen den Kapp-Putsch gerichteten Märzaufständen des Jahres 1920 versteckt worden waren. Als Provokation empfunden, markierte dies den Beginn der »Märzaktion«, in der auf Beschluss des Zentralaussschusses der VKPD mit Mitteldeutschland als Zentrum im Rahmen von gewaltsamen Widerstandsaktionen eine putschistische Politik in Gang gesetzt wurde, die seitens der Polizei zur Besetzung wichtiger Industriebetriebe führte. Der proklamierte Generalstreik scheiterte und führte mit über 180 Toten zum Einsatz von Regierungstruppen, einer für die deutsche Arbeiterbewegung tragischen und für den inneren Zusammenhalt der Komintern höchst schädlichen Niederlage. Die hier veröffentlichten Telegramme sind der endgültige Beleg für die maßgeblich von der seitens der Komintern entsandten Troika (der neben Béla Kun Samuel Guralsky und József Pogány angehörten) durchgesetzten Linie, mit allen Mitteln einen kommunistischen Aufstand in Deutschland vom Zaun zu brechen.

² Auslassung im Original.

³ Gemeint sind die Mehrheitssozialdemokraten (SPD).

⁴ Unabhängigen: Gemeint ist die (Rest-)USPD, die sich 1920 nicht mit der KPD vereinigt hatte.

⁵ Am 20. März 1921 stimmten 59,6 Prozent der Wähler für den Verbleib bei Deutschland, für eine Abtretung an Polen votierten 40,4 Prozent. Am 20. Oktober 1921 beschloss die Alliierten, einer Empfehlung des Völkerbundes folgend, Oberschlesien zu teilen und das ostoberschlesische Industriegebiet Polen zuzuschlagen.

möglich. Eigene Lage: entscheidende Kampf Stimmung, vollkommene Sabotage der Rechten, Organisationsmangel. Putsch Stimmung als Reaktion gegen die bisherige Untätigkeit bei den entschlossensten Elementen der Masse. Zusammenarbeit mit KAPD-Führern, die nicht Herren ihrer Mitglieder sind. Andauernder Kampf in Mitteldeutschland, Waffen vorhanden, beginnt auch im Rheinland. Bisheriges höchstes Resultat: Unabhängigenpartei offen gegenrevolutionären Standpunkt eingenommen. Abwirtschaftung Levi-Gruppe. Internationale Besprechung ohne besonderes Resultat erfolgt.⁶ An Sitzung nicht teilgenommen. Nachher französischen Deputierten gesprochen mit folgendem Rat: Stellungnahme gegen die kapitalistische Wiedergutmachung. Sendung von Arbeiterdelegationen in besetzte Gebiete zum Ziel der Verbrüderung mit deutschen Arbeitern. Besonderer Aufruf für Arbeiter in besetzten Gebieten im Interesse der VKPD. Rückenstärkung deutscher kommunistischer Partei.

Typoskript in deutscher Sprache, aus: RGASPI, Moskau, 495/293,15, 12–13; hier nach der deutschen Erstveröffentlichung: Dok. 34, in: Hermann Weber, Jakob Drabkin, Bernhard H. Bayerlein, Alexander Galkin: Deutschland, Russland, Komintern. II. Dokumente. Nach der Archivrevolution. Neuerschlossene Quellen zu der Geschichte der KPD und den deutsch-russischen Beziehungen [1918 bis 1943]. Wissenschaftliche Bearbeitung: Bernhard H. Bayerlein, Gleb J. Albert. Unter Mitarbeit von Marianna Kortschagina und Natalja Lebedewa, Berlin & Boston 2014, S. 139f.

Béla Kun an Grigori Sinowjew, 28. März 1921

Berlin am 28.3.1921

Lieber Genosse!

Ich weiß, wie stark Sie in Anspruch genommen sind, so setze ich meinen letzten Brief nur in Schlagworten fort.

Die Aktion geht weiter vor sich. Sie ist schwer vonstattengegangen, die Osterfeiertage haben ihre Entwicklung benachteiligt, wir hoffen aber, dass sie sich bis Donnerstag entwickeln wird. Beiliegend eine flüchtig entworfene Meldung, die sie auf dem Plane verfolgen können. Die KAP arbeitet

⁶ Wahrscheinlich ist die von der »Confédération générale du travail« (CGT) nach Paris einberufene Wiederaufbaukonferenz gemeint; vgl. Der Wiederaufbaukongress in Frankreich, in: Vorwärts. Berliner Volksblatt. Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Jg. 38, Nr. 136, 22. März 1921, Abendausgabe.

mit uns zusammen, sie macht aber viele Dummheiten; ich habe beigefügten Brief an Goldstein⁷ gerichtet. [...]

Die internationale Beratung hat gar keine Bedeutung. Ich habe zwar die Vorschläge vorbereitet, war aber auf der Konferenz selbst nicht anwesend. Von der Konferenz und von ihren Beschlüssen referiert Stoecker⁸, Brandler sendet Ihnen Bericht über den Stand der Aktion.

Ich sende Ihnen [Paul] Levis Erklärung ein.⁹ Der ganze rechte Flügel hat sich zurückgezogen und sabotiert und harrt auf die erste Gelegenheit, um uns zu überrumpeln. Wenn eine Niederlage sich zeigt, werden wir den Angriff gegen sie beginnen, wenn der Sieg käme, dann wären sie ja tot.

Typuskript in deutscher Sprache, aus: RGASPI, Moskau, 495/293,15, 12–13; hier nach der deutschen Erstveröffentlichung: Dok. 36, in: Hermann Weber, Jakob Drabkin, Bernhard H. Bayerlein, Alexander Galkin: Deutschland, Russland, Komintern. II. Dokumente. Nach der Archivrevolution. Neuerschlossene Quellen zu der Geschichte der KPD und den deutsch-russischen Beziehungen [1918 bis 1943]. Wissenschaftliche Bearbeitung: Bernhard H. Bayerlein, Gleb J. Albert. Unter Mitarbeit von Marianna Kortschagina und Natalja Lebedewa, Berlin & Boston 2014, S. 144.

Béla Kun an Grigori Sinowjew, 29. März 1921

29. März 1921

Die Erklärung schicke ich noch heute telegraphisch an Sie. Vorläufig ist sie noch nicht erschienen. Ich habe den August [Thalheimer] gebeten, dass [er] die Erklärung mit folgender kurzer Anmerkung publizieren soll:

»Der Umstand, dass Levi in der Zeit der Aktion der VKPD seine Erklärung durch die Rosta in Wien publiziert, enthebt uns von der Pflicht, uns jetzt mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen, als die deutsche Arbeiterschaft hier in Deutschland im Feuer steht.«

⁷ Arthur Goldstein (1887–1943) war 1920 Gründungsmitglied der KAPD, zeitweilig verantwortlicher Redakteur der »Kommunistischen Arbeiterzeitung«; er wurde im KZ Auschwitz ermordet.

⁸ Walter Stoecker (1891–1939) war 1920 mit der USPD zur VKPD gekommen und 1921 zusammen mit Heinrich Brandler kurze Zeit Vorsitzender der VKPD und bis 1929 – als Vorgänger von Ernst Torgler – Vorsitzender der KPD-Reichstagsfraktion; er kam im KZ Buchenwald um.

⁹ Vgl. Levi: Erklärung, 24. März 1921, in: Levi I/3, S. 574ff.

Ich betone noch einmal, dass gegen Levi der Kampf nur auf deutschem Boden ausgekämpft werden kann. Schicken Sie aber auf die Erklärung sofort telegraphisch eine Antwort.

Beiliegend ein Situationsbericht nur über die örtlichen Kampfhandlungen und Streikbewegungen. Der Kampf war auch wegen der inneren Verhältnisse der Partei nötig. Die Ereignisse zeigen die Richtigkeit unserer Schätzung der Partei. Karl [Radek] hat vollkommen Recht gehabt in seinem Bericht, und auch [Abram] Guralsky, ausgenommen die Beurteilung des »Offenen Briefes«. ¹⁰ Jetzt kann ich dasselbe auch aus organisatorischen Gesichtspunkten konstatieren. Über die Parteifunktionäre hat das Gefühl des Selbstvertrauens seine Margarine ausgegossen, und nach der Vereinigung – die nicht durch eine Aktion erkämpft, sondern auf diplomatischem Wege erklügelt war – begann die Selbstzufriedenheit der fetten Menschen bei ihnen sich zu äußern:

»Unsere Propaganda ist gelungen! Wir sind eine gewaltige einheitliche Partei!«

Und ein Teil der Funktionäre begann sich schon einzurichten so, wie es in der alten SPD üblich war.

Diese Leute haben ein Glück darin gehabt, dass die Gegensätze auf einem neutralen Boden ihr Haupt erhoben: in der italienischen Frage, für die die Massen der Partei nur ein sehr geringes Interesse haben. Der Auseinanderfall der Partei ist auch so begonnen. Die einzelnen Fraktionen haben hintereinander ihr Haupt erhoben. Es stand gegen eine ziemlich einheitliche Rechte ein Zentrum und eine Linke, die aus einer ganzen Reihe einander ohne Vertrauen gegenüberstehenden Fraktionen bestanden. Einer solchen Gesellschaft ist es freilich kaum möglich, in eine erfolgreiche Offensive gegen Levi vorzugehen. Organisation besaß die Partei nicht, die Agitation war nicht revolutionär, die parlamentarische Fraktion piffte ¹¹ auf die Zentrale, die Redaktion revoltierte gegen August [Thalheimer], ¹² wenn er einen

¹⁰ Vgl. Offener Brief der Zentrale der VKPD an Allgemeinen Deutscher Gewerkschaftsbund, Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, Allgemeine Arbeiter-Union und Freie Arbeiterunion (Syndikalisten), SPD, USPD, KAPD, in: Die Rote Fahne. Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), 4. Jg., Nr. 11, 8. Januar 1921, Morgenausgabe, wiederveröffentlicht in: Levi I/3, S. 272–275; Curt Geyer an die Zentrale der VKPD, 21./22. April 1921; in: ebenda, S. 644–664. Im »Offenen Brief« – eine Idee von Karl Radek, verfasst von Paul Levi – schlug die Zentrale der VKPD ein »gemeinsame[s] Vorgehen gegen die Kapitaloffensive« vor; der Brief bildete den Auftakt zur Einheitsfrontpolitik.

¹¹ Im Original: pfeifte.

¹² Gemeint ist der Widerstand der Redaktion der »Roten Fahne« gegen ihren Chefredakteur August Thalheimer.

revolutionären Ton anstimmen wollte, die Parteikorrespondenz¹³ machte eine eigene Politik gegen die Zentrale. Illegale Organisation besitzt die Partei nicht, und die Legalität kann sie nicht ausnützen – mit einem Worte ist sie das Muster davon, wie eine kommunistische Partei nicht aussehen soll.

Über die Aktion beiliegend ein Situationsbericht. Über die Perspektiven Folgendes:

Die Mentalität der Arbeiterschaft ist in die Richtung des Kampfes und der Notwendig der Bewaffnung eingestellt. Es sind Verfügungen getroffen worden, dass die Aktionen vorläufig wenigstens bezirkswise einheitlich zusammengefasst werden. Bis Donnerstag werden etwa 1½ Millionen Arbeiter auf den Beinen sein, und dann wird es sich entscheiden, ob die Orgesch dazwischentritt oder nicht. In Bayern machen die Mehrheitlichen und die USPD eine ganz eigene und besondere Politik: Tritt die Orgesch in den Kampf, so gehen sie sofort mit uns.

Das unvermeidlich notwendige Hindrängen der USPD zur Gegenrevolution gibt uns Hoffnungen, dass wir ihre Massen mit uns reißen können. Die SPD-Masse ist einstweilen ein großes Fragezeichen, ein großer Teil von ihr ist aber neutral.

Wir können den Kampf nicht bis ins Äußerste treiben, aber wenn uns nur eine Steigerungsmöglichkeit vorhanden bleibt, und die bevorstehende Bergarbeiterbewegung gibt dazu die Hoffnungen, so müssen wir die Regierung unbedingt stürzen. Ob uns das gelingen wird, das weiß ich freilich nicht, aber ich hoffe mit Grund, dass es gelingen wird.

Die bisherigen Resultate sind folgende:

- 1) das Hineindringen der Levi-Gruppe in eine stille, aber offensichtliche Sabotage und die Befreiung dieser Partei von dieser Hemmung;
- 2) das allmähliche Sich-Zusammen-Schmieden des linken Flügels mit dem Zentrum und eine einheitliche Front gegenüber der Levi-Gruppe;
- 3) das offene Sich-Bekennen der USPD;
- 4) das vorläufige Unschädlichmachen der KAPD.

[...] James¹⁴ arbeitet großartig, er hat aber kein Geld. Kopp¹⁵ sabotiert alles. Ich kann nicht mit Worten diese Schweinereien qualifizieren.

¹³ Gemeint ist der bis Sommer 1921 von Anna Geyer (Parteiame: Waldemar, 1883–1973), einer Vertrauten von Paul Levi, geleitete »Kommunistische Pressedienst«.

¹⁴ Gemeint ist Jakob Reich aus Lemberg, Parteiame: James Thomas (1886–1955); er leitete, bis er ab 1925 in den Hintergrund gedrängt wurde, in Berlin das illegal tätige Westeuropäische Sekretariat der Kommunistischen Internationale; 1929 trat er der KPD-Opposition bei, später der SAPD und tauchte in den USA unter dem Namen Arnold Thomas Rubinstein unter.

¹⁵ Viktor Kopp (1880–1930) war der offizielle Vertreter Sowjetrusslands in Deutschlands, u. a. Leiter der sowjetischen Repatriierungskommission; am 7. Juni 1920 meldete die Dedektei

Meine feste Überzeugung ist, dass ein paar führende Leute und ein Kadre guter Parteifunktionäre nach dem Westen entsandt werden müssen. Auf dem dritten Kongress wird unsere Richtung ganz sicher eine entscheidende Mehrheit haben, aber es hilft nicht unserer »Matuschka«.¹⁶ Nach Beurteilung der Lage ist diese Hilfe sehr dringend notwendig.

Ich habe die Absicht, vorläufig hier zu bleiben, und in zwei Wochen, wenn es die Verhältnisse und Ereignisse in Deutschland erlauben, auf eine Woche in die Tschechoslowakei zu gehen.

Mit den deutschen Genossen lebe ich in bester Freundschaft. Wir arbeiten in bestem Einvernehmen. Die Form des Zusammenarbeitens ist absolut nicht die Form des Diktats, sondern der Zustimmung als Notwendigkeit aller gemeinsamen Beratungen und Beschlüsse.

Schreiben Sie mir und beantworten Sie mir meine Telegramme.

Mit der alten Hochschätzung und Freundschaft
Ihr [sign.:] Spanier¹⁷

Typoskript in deutscher Sprache, aus: RGASPI, Moskau, 495/293,15, 12–13; hier nach der deutschen Erstveröffentlichung: Dok. 37, in: Hermann Weber, Jakob Drabkin, Bernhard H. Bayerlein, Alexander Galkin: Deutschland, Russland, Komintern. II. Dokumente. Nach der Archivrevolution. Neuerschlossene Quellen zu der Geschichte der KPD und den deutsch-russischen Beziehungen [1918 bis 1943]. Wissenschaftliche Bearbeitung: Bernhard H. Bayerlein, Gleb J. Albert. Unter Mitarbeit von Marianna Kortschagina und Natalja Lebedewa, Berlin & Boston 2014, S. 145–147.

»Deutsche Wirtschaftshilfe« (vgl. die »Deutsche Wirtschaftshilfe«, in: Die Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund), 3. Jg., Nr. 161, 20. August 1920) ihren Kunden aus der Großindustrie: »Bei KOPP fand gestern in der Fasanenstraße eine Sitzung statt, an der Crispian, Malzahn, Dr. Rosenfeld, Dr. Hupfeld, Oskar Cohn, Paul Levi und Dr. Thalheimer teilnahmen.« Agentenberichte, in Levi I/, S. 1847.

¹⁶ Matuschka: Mütterchen, »Mütterchen Russland«. Kun meint hier, dass die Verschiebung von Funktionären zur Untergrundarbeit in den Westen für das Wohl Sowjetrusslands nützlicher sei als die Erlangung der Mehrheit auf dem bevorstehenden III. Kongress der Kommunistischen Internationale durch die Verfechter der Offensivtheorie. Siehe zur Motivation Béla Kuns auch seinen Brief an Lenin vom 6. Mai 1921, im vorliegenden Band S. 147.

¹⁷ Spanier: D. i. Béla Kun.

Zentralausschusssitzung der VKPD am 17. März 1921

Zur Tagesordnung, »Die politische Lage und die Aufgaben der Partei«, spricht Gen. Brandler.

Genossen! Wir haben Sie zur heutigen Sitzung telegraphisch zusammenberufen, weil wir der Meinung sind, dass die außen- und innenpolitischen Spannungen so zugenommen haben, dass wir vor wichtigen Ereignissen stehen, die uns verpflichten, den ausschlaggebenden Funktionären im Z[entral-]A[usschuss] die Information zu geben und mit ihnen zu beraten. Die Zentrale hat mich beauftragt, Ihnen einleitend zu sagen, was zu dem T[ages-]O[rdnungs]-Punkt auszuführen ist. Ich will, um Zeit zu sparen, nicht ausführlich die allgemeinen und weitergreifenden außen- und innenpolitischen Verhältnisse schildern. Es ist das erst in der letzten ZA-Sitzung getan worden und hat sich seitdem, soweit die allgemeine Linie in Frage kommt, nicht geändert. Außenpolitisch ist die Situation so, dass durch die Verhandlungen in London,¹⁸ durch das Inkrafttreten der Sanktionen, die Spannung zwischen den beiden verhandelnden Körperschaften, zwischen der Bourgeoisie der besiegten und Siegerstaaten die Lage in ein Stadium getreten ist, dass sie auf die Dauer nicht in dem Schwebezustand bleiben kann. Am 20. April laufen die Sanktionen ab, und wenn es nicht zu Verhandlungen kommt, tritt eine Verschärfung der Sanktionen ein. – Über die allgemeine Linie ist dasselbe zu sagen, was Levi in der letzten Sitzung ausgeführt hat, nur dass sich seit dem Referat die Gegensätze zwischen den imperialistischen Staaten verschärft haben, die Gegensätze zwischen Amerika und England sich zugespitzt haben. Wenn nicht durch die Revolution eine andere Wendung hier eintritt, werden wir in Kürze vor einem amerikanischen-englischen Krieg stehen. Zu erfahren, wie sich in den Ländern Westeuropas die Revolutionskraft entwickelt, ist für uns so wichtig, dass die Zentrale sich verpflichtet fühlte, in den nächsten Tagen eine Konferenz mit den Vertretern dieser westeuropäischen Länder einzuberufen, auf der wir uns von unseren Genossen aus England, Frankreich, Italien, Belgien usw. informieren lassen wollen, wie die Dinge dort jetzt stehen und wie unsere Genossen die Kraft der Partei, der revolutionären Aktion einschätzen.

Wir wollen beraten, wie wir und diese westeuropäischen Länder als kommunistische Partei in diese Entwicklungsverhältnisse aktiv eingreifen können. Wir werden in der nächsten ZA-Sitzung über die Konferenz berichten.

¹⁸ Am 7. März 1921 hatte in London die deutsche Delegation angesichts der ruinösen Forderungen der Entente die Londoner Reparationsverhandlungen scheitern lassen. Im Gegenzug besetzten ab dem 8. März alliierte Truppen Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort.

Wenn wir auf der Konferenz zu irgendwelchen konkreten und bindenden Beschlüssen kommen in Richtung auf bestimmte Aktionen, werden wir so rasch als möglich die Vertreter in der Provinz von den Beschlüssen benachrichtigen. Heute wollen wir nur insofern Stellung nehmen, dass wir auf die Möglichkeiten, die sich aus der Situation ergeben können, unsere Parteikörperschaft einstellen, dass sie den verschiedenen Situationen gewachsen ist. Innerpolitische Schwierigkeiten liegen in dem Bereich der Wahrscheinlichkeiten und Möglichkeiten dadurch, dass 1) am 20. März die Sanktionen verschärft werden, ferner am gleichen Tage die Abstimmung in Oberschlesien stattfindet, die mit großer Wahrscheinlichkeit militärische Konflikte zwischen deutschen und polnischen Imperialisten heraufbeschwören wird. Soweit wir informiert sind, ist jetzt die alte französische Besatzungsformation abgelöst worden durch englische Truppen; während die französischen Truppen eine polenfreundliche Stellung eingenommen haben, sollen – nach Informationen – die jetzigen englischen Besatzungstruppen eine ziemlich starke deutschfreundliche Stellung einnehmen. Es ist mit 90 Prozent Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, dass es zum bewaffneten Konflikt kommt. Die polnische Konterrevolution rüstet, und die deutsche Regierung arbeitet planmäßig, wie dokumentarisch belegt ist, seit Anfang Oktober für militärische Konflikte vor und hat sich auf die militärischen Auseinandersetzungen eingestellt. Der Redner gibt durch Verlesen Kenntnis von diesen Dokumenten, von denen er bemerkt, dass sie nicht veröffentlicht werden sollen. – Wie haben wir als kom[munistische] Partei auf einen deutschen nationalen Putsch, auf einen Krieg zwischen Polen und Deutschland zu reagieren? Das sind Fragen, die wir heute in dieser Parteikörperschaft unserer Überzeugung nach eingehend besprechen müssen, wobei wir unsere Genossen verpflichten müssen, dass sie in der Richtung der heute gefassten Beschlüsse den Parteiapparat so einstellen, dass er in der Lage ist, wenn diese Ereignisse eintreten, die hier in greifbarer Nähe liegen, darauf so zu reagieren, wie es den gefassten Beschlüssen entspricht.

Wir haben weiter Konfliktstoff innerpolitisch von außerordentlicher Bedeutung. Die bayerische Konterrevolution hat mobilisiert und zieht ihre Elemente zusammen, ungefähr in der Gegend zwischen Rosenheim, Garmisch-Partenkirchen, München, um das Gebiet des Starnberger Sees. Ich will hier nur andeuten, dass die Aufforderung Kahrs im bayerischen Landtag, dass sich Bayern nicht von der Entente entwaffnen lassen wolle, eine Bestätigung findet, dass die bayerische Konterrevolution sich für ernsthafte Auseinandersetzungen gerüstet hat. Ich verweise hier ebenfalls auf Nachrichten, die uns aus ganz authentischer Stelle vorliegen. – Redner verliest ein darauf bezgl. Dokument. – Aus all diesem sehen wir,

dass die Wahrscheinlichkeit besteht, dass eine Verschärfung der Sanktionen eintreten wird, auch schon darum, weil die alten Bestimmungen des Abkommens von Spa¹⁹ und die Bestimmungen von Paris, dass bis zum 15. März im Reichstag das Entwaffnungsgesetz angenommen und verkündet sein soll, bis heute nicht geschehen ist. Unsere ökonomischen Verhältnisse spitzen sich immer mehr zu. Tatsache dafür ist, dass das Unternehmertum die Betriebe stilllegt, die eingeschränkten Betriebe säubert, aber auch, wo voll gearbeitet wird, wird darauf hingearbeitet, die Kommunisten, Betriebsräte usw. aus dem Betrieb zu entfernen. Ferner werden alle Lohnbewegungen in ihrer Entwicklung erstickt; alle Lohnbewegungen enden mit einer Niederlage, weil bei der Arbeitslosigkeit die Aussicht, die Löhne zu erhöhen, immer mehr schwindet. Die Verhandlungen in Rheinland-Westfalen in Bezug auf das Überstundenabkommen sind gescheitert. Der alte Bergarbeiterverband hat einstimmig die Vorschläge des Unternehmertums verworfen. Ich verweise dann darauf, dass in Mitteldeutschland die Versuche, aus dieser unmöglichen Situation herauszukommen durch Einzelstreiks, fast alle gescheitert sind. Die Lohnbewegungen der Braunkohlearbeiter sind fast alle erfolglos verlaufen. In Ostpreußen, unter den Landarbeitern ist die Situation so, dass alle, die mit den dortigen Verhältnissen vertraut sind, mit einer ganz gewaltigen Landarbeiterbewegung rechnen. Gen. aus Ostpreußen werden über die Einzelheiten noch berichten. In der »Roten Fahne« sehen wir heute, wie sich Hörsing²⁰ durch den Erlass planmäßig einstellt zur Niederschlagung der Bewegung.²¹ Ich

¹⁹ Die Konferenz im belgischen Spa (5. bis 16. Juli 1920) in der Villa La Fraineuse – der Residenz des deutschen Kaisers während des Weltkrieges – war die erste Zusammenkunft nach dem Ersten Weltkrieg, an der mit Reichskanzler Fehrenbach und Außenminister Simons auch deutsche Regierungsmitglieder teilnahmen. Die Alliierten waren vertreten durch David Lloyd George, Lord Curzon (Großbritannien), Alexandre Millerand (Frankreich), Léon Delacroix, Paul Hymans (Belgien), Carlo Graf Sforza (Italien) und Chinda Sutemi (Japan). Es ging um die Frage der Reparationen sowie um die Entwaffnung Deutschlands. Hierfür nahmen Reichsfinanzminister Joseph Wirth, Reichswehrminister Otto Geßler sowie dessen Stellvertreter Hans von Seeckt an den Sitzungen teil. Beschlüsse: Herabsetzung der Kohlelieferung; erleichterte Lebensmittelversorgung der deutschen Bergleute; Verlängerung der Termine für die geforderte Abrüstung. Die Alliierten einigten sich zudem, welchen Anteil der Reparationsleistungen jedes Land erhalten sollte: Frankreich 52%, England 22%, Italien 10%, Belgien 8%, weitere Alliierte 8%. Die absolute Höhe der Forderungen wurde jedoch nicht festgelegt.

²⁰ Otto Hörsing (1874–1937) war ab Januar 1919 Vorsitzender des Zentralarbeiter- und Soldatenrates für die Provinz Oberschlesien, zwischen April 1919 und Januar 1920 Reichskommissar für Oberschlesien und die Provinz Posen; seit Februar 1920 leitete er die Verwaltung der preußischen Provinz Sachsen.

²¹ Vgl. Die Konterrevolution schlägt zu! Eine unerhörte Provokation der mitteldeutschen Arbeiterschaft, in: Die Rote Fahne. Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Par-

führe das alles nur an, um Ihnen zu zeigen, wie gespannt die Situation ist und um uns darüber klar zu werden, was wir als Funktionäre der VKPD zu tun haben, um unsere Partei so leistungsfähig zu machen, dass wir diesen Aktionen, denen wir entgegengehen, ob wir wollen oder nicht – und ich bin der Meinung, wir müssen sie wollen –, gewachsen sind. Wir wollen darüber sprechen, welche praktischen und taktischen Wege wir einschlagen müssen, um zu der Schlagkraft, die im gegebenen Moment erforderlich ist, zu kommen. Ich will, ehe wir auf die konkreten Vorschläge, die wir in der Zentrale besprochen haben, eingehen, kurz den Verlauf der Entwicklung unserer Partei und Organisation schildern. [...] ²² Wir sehen, dass in der deutschen Revolution alle revolutionären Aktionen bisher gescheitert sind aus der Haupttatsache heraus, dass es den revolutionären Kräften noch nicht möglich war, sich einheitlich zu konzentrieren, zu einer einheitlichen Leitung revolutionärer Aktionen zu kommen. Wir sehen die Kämpfe des Januar, der März- und Maitage des Jahres 1919, die alle daran scheiterten, weil wir, eine kleine Vorhut, diese revolutionären Kämpfe begonnen und weil die Kämpfe nacheinander stattfanden, erst in Berlin, Bremen, Rheinland-Westfalen, Mitteldeutschland, Sachsen, München. Durch die Tatsache, dass die Kämpfe nacheinander stattfanden, isoliert ausbrachen, war es möglich, auch bei der Schwäche der Staatsmacht, die damals dem kapitalistischen Unternehmertum zur Verfügung standen, diese Aktionen niederzuschlagen, und dass sich im Kampfe mit diesen Teilaktionen des Proletariats erst sich die neue kapitalistische gegenrevolutionäre Staatsmacht wieder befestigte, dass Noske die Weißen Garden schaffte usw. Wir sehen dann den Kapp-Putsch vor Jahresfrist, dass zum ersten Male das Proletariat in 20–25 deutschen Städten ganz spontan den Kampf aufnahm, aber nicht aus einem geschlossenen, einheitlichen, revolutionären Willen heraus, sondern aus der Tatsache heraus, dass die Konterrevolution es für nötig ansah, ohne dieses Feigenblatt der Ebert-Noske-Regierung auskommen zu können, versuchte, die Orgesch-Regierung durch die Kapp-Lüttwitz-Regierung ²³ offen zu proklamieren. Diese immerhin schon große Einigkeit machte es möglich, dass innerhalb von vier Tagen die Kapp-Lüttwitz-Leute erledigt waren. Doch nun kann man sagen, dieses Abenteuer der Kapp-Lüttwitz war in sich nicht gefestigt; das

tei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), 4. Jg., Nr. 127, 17. März 1921, Morgenausgabe.

²² Auslassung im Original.

²³ Walther Freiherr von Lüttwitz (1859–1942) war Oberbefehlshaber der »Vorläufigen Reichswehr in Berlin und Umgebung«, er leitete 1919 die Niederschlagung der Januarunruhen und war 1920 am Kapp-Putsch beteiligt.

mag bis zu einem gewissen Grade zutreffen, aber dass vier Tage Generalstreik und teilweiser bewaffneter Aufstand genühten, mit diesen Leuten fertig zu werden, zeigt die ungeheure Kraft der revolutionär handelnden Massen, wenn sie in den wichtigsten Gebieten gleichzeitig kämpfen. Dieser gleichzeitige Kampf war kein einheitlicher Kampf, sondern aus diesen Wirren heraus stellte sich eine mehr oder weniger einheitliche Linie als Diagonale heraus. Die Früchte der Kämpfe gingen wieder verloren, weil es nicht möglich war, die kämpfenden Proletarierrmassen im Kampfe zu einer einheitlichen Leitung zusammenzuführen, es war nicht möglich, dass sich die Genossen in Sachsen, Rheinland usw. eine zentrale Leitung schaffen konnten, die die Macht dieser aktiv, revolutionär handelnden Proletarier hätte vertreten können. Weil eine einheitliche Leitung für Rheinland-Westfalen, Sachsen usw. nicht möglich war und weil die Streikleitung in Berlin ebenfalls nicht in Verbindung mit den Leitungen aus dem Reiche stand, konnten die revolutionär tätigen Proletarier unter den Einfluss der Mehrheitssozialisten und Unabhängigen kommen. Warum war die Zusammenfassung nicht möglich? Weil wir in all den Kämpfen, in diesen revolutionären Aktionen, die das deutsche Proletariat durchgemacht hat, keine große revolutionäre Massenpartei in Deutschland besaßen. Was wir in all den revolutionären Kämpfen hatten, war die kleine KPD (Spartakusbund), die zwar in der Lage war, die mehr oder weniger richtigen Losungen in die Kämpfe zu werfen, und während dieser Kämpfe versuchte, die Losungen in die Massen zu tragen. Aber der Spartakusbund war viel zu schwach, dass er die Leitung der Aktionen und Bewegungen hätte an sich reißen können. Dies war nur vorübergehend in den Gebieten möglich, in denen der Spartakusbund organisatorisch befestigt war. Es ist kein Zufall und nicht auf die Genialität einzelner Genossen zurückzuführen, dass in Westsachsen wir verhältnismäßig rasch die Macht in die Hände bekommen und einigermaßen zu arbeiten imstande waren. Wir konnten aber dort nichts mit der Macht anfangen, weil wir isoliert waren und darum nicht weitergehen konnten, besonders nicht mehr, nachdem in den übrigen Gebieten die Massen niedergeschlagen waren. Hätten wir in den Kapp-Putsch-Tagen kommunistische Organisationen in den ausschlaggebenden Orten von der Stärke und dem Einfluss wie in Chemnitz gehabt, wäre die Aktion im Großen und Ganzen so ausgegangen, wie sie in Westsachsen ausgegangen wäre. Dann wäre keine Macht in Deutschland imstande gewesen, uns niederzuschlagen.

So mustergültig, wie sich die Genossen [das] vorstellen, war die Organisation der kommunistischen Partei in Chemnitz nicht. Sie hatte ihre Mängel, wie diese in der Gesamtpartei auch vorhanden waren. Die tra-

ditionelle Arbeit der kommunistischen Partei in Sachsen während des Krieges und in der Nachkriegszeit setzte sich im Augenblick der Aktion in die Tatsache um, dass sich die ernsthaft revolutionär kämpfenden Arbeiter unter die Führung der kommunistischen Partei als selbstverständlich unterordneten. Jetzt stehen wir in einer Situation, die Ereignisse wie vor einem Jahre oder ähnlich jederzeit auszulösen imstande ist. Wie können wir, wenn wir in solche Aktionen hineinkommen, auf diese reagieren? Ich behaupte, ganz anders wie wir es vor einem Jahre konnten. Kein Mensch weiß besser als ich, dass unsere 500.000 Mitglieder zählende Partei noch nicht so gefestigte Organisationen hat, wie wir es wünschen, und doch behaupte ich, ist zum ersten Male, wenn wir in solche revolutionären Aktionen hineinkommen, ein Faktor da, den wir in solchen revolutionären Kämpfen noch nicht hatten, eben durch die Tatsache der Existenz der VKPD, dass wir eine geschlossene Partei haben, die in allen Einzelheiten nicht so funktionieren mag, wie wir alle es wünschen, und die, wenn sie nach dem alten Organisationschema Vereinsmeierei treibt, niemals die Organisation werden kann, die sie im Kampfe sein muss. Die Organisation wird ihre Mängel und Schwächen ablegen in den Aktionen selbst. Wenn ein Teil der Genossen wegen des aggressiven Vorgehens der Gewerkschaftsbürokratie alle zwei bis drei Wochen die taktische Linie revidiert, so schätzen die Genossen die Kraft der Gewerkschaftsbürokratie höher ein, als sie ist. Die Offensive der Gewerkschaftsbürokratie ist meiner Überzeugung nach nicht ein Kennzeichen der Schwäche unserer Organisation, sondern eine Quittung dafür, wie sehr wir das Gesindel auf Leder knien können; ihr Vorgehen zeigt nur, dass sie sehen, dass es ihnen jetzt an den Kragen geht. Die Einstellung, die Gewerkschaften zu erobern durch Neuwahl der Ortsleitungen, die Gewerkschaften zu erobern durch Eroberung der Mehrheit auf dem Verbandstage, die Gewerkschaften [zu] erobern durch statutengemäße Neuwahlen eines kommunistischen Hauptvorstandes, diese Einstellung, die leider ein Teil unserer Genossen hat, ist so zu bemessen wie die jener Leute, die die Revolution machen wollen durch die Erlangung der Mehrheit im Parlament. Die Eroberung der Gewerkschaften geht nicht so vor sich, dass wir die Kasse, den Namen, die Institutionen der Gewerkschaftssessel bekommen, sondern durch die Gegenwirkung der Gewerkschaftsbürokratie werden wir die Mitglieder bekommen. Es kommt uns nicht darauf an, dass wir die Kasse, die Institutionen bekommen, es kommt uns darauf an, dass wir die Arbeitermassen hinter uns bringen, dann haben wir die Gewerkschaften. Damit will ich nicht sagen, dass wir nicht auch die Kassen nehmen, wenn wir sie bekommen können.

Wie war die Wirkung gerade in den Gebieten, wo unsere Genossen die Nerven nicht verloren haben, wo unsere Organisation kräftig, stark genug war, nicht jeden Augenblick zu schwanken, die Parolen zu ändern. Da trat Folgendes ein: Ehe wir z. B. aus dem Bauarbeiterverband hinausgeschmissen wurden, war unser Einfluss verhältnismäßig gering. Die Tatsache, dass wir hinausgeworfen wurden, hat dazu geführt, dass wir unseren Einfluss verfünffacht oder gar verzehnfacht haben. Wir empfehlen unseren Genossen, und haben es durchgesetzt, dass unsere Genossen sagen, wir fühlen uns nicht herausgesetzt, wir werden allen statuarischen Bestimmungen entsprechen, wir tun es nur, um auf den nächsten Verbandstag zu kommen und dort eine Mehrheit zu gewinnen, sehen es aber nicht als eine Niederlage an, wenn uns das auf dem nächsten Verbandstag nicht gelänge. Nun wird gesagt, sie schmeißen soviel Zweigvereine heraus, dass wir die Mehrheit auf dem Verbandstag nicht bekommen; dann haben wir aber auch die Mehrheit hinter uns. Ein großer Teil nichtkommunistischer Arbeiter waren noch in dem Schlepptau der Paeplov.²⁴ Durch dieses brutale, statutenwidrige, aus der Angst geborene Vorgehen des Paeplov gegen die Kommunisten haben wir alle diese Leute hinter uns bekommen. Wenn die Paeplov und Gen. jetzt den Zweigverein herausgeschmissen haben, so hat das zur Folge, dass die Bauarbeiter eigentlich nicht durch die Tätigkeit unserer Kommunisten, sondern – in dankbarer Weise müssen wir das konstatieren – durch die Tätigkeit von Paeplov hinter uns stehen.

Diese Dinge sind nicht ein Zeichen der Schwäche der kom[munistischen] Organisationen. Trotz der Fehler der Organisation behaupte ich, geht es vorwärts, wie es noch nie vorwärts gegangen ist. Unser Einfluss wird über unsere Organisation von 400.000 bis 500.000 kom[ummunistischen] Mitgliedern hinausgehen. Ich behaupte, dass wir heute schon zwei bis drei Millionen nichtkommunistischer Arbeiter im Reich haben, die wir durch unsere kom[munistischen] Organisation, glaube ich, beeinflussen, die in Aktionen, auch in einer Angriffsaktion von uns, unter unserer Parole kämpfen werden. Ist diese meine Auffassung richtig, dann verpflichtet uns dieser Stand der Dinge, dass wir den inner- und außerpolitischen Spannungen gegenüber uns nicht länger nur passiv abwartend verhalten können, nicht länger die außer- und innerpolitischen Dinge nur agitatorisch verwerten dürfen, sondern dann verpflichtet uns die jetzige Situation, mit Aktionen einzugreifen, um die Dinge in unserem Sinne zu ändern. Wenn wir das wollen, ist es notwendig – und das ist der Hauptgrund, weshalb wir

²⁴ Fritz Paeplov (1860–1934) war seit 1913 Vorsitzender des Deutschen Bauarbeiterverbandes.

heute die Bezirkssekretäre, Zentralaussschuss, Redakteure eingeladen haben –, unsere Tätigkeit in den Organisationen anders einzustellen, als wir sie bisher eingestellt haben. Wir müssen unsere Tätigkeit in den Organisationen unmittelbar auf die Aktion einstellen.

Was sind für Möglichkeiten vorhanden, die jetzt zu wirklichen Aktionen, zu Kämpfen führen können? Aus der oberschlesischen [Abstimmung] ergibt sich wahrscheinlich die Möglichkeit von Verwicklungen zwischen den Polen und Deutschen. Wie kann dazu die Stellung der KPD sein? Unserer Überzeugung nach – und das ist in der Zentrale einstimmig gesagt worden – ist das mindeste, wofür die KP kämpfen muss, wenn sich die Regierung in ein Abenteuer mit Polen und Oberschlesien einlässt, diese Regierung zu stürzen. Das scheint das einzige zu sein, das mindeste, das erste Etappenziel, das für die Aktion in Frage kommt. Um die Aktion gegen die kriegerische Verwicklung in Oberschlesien zwischen der polnischen und deutschen Konterrevolution wuchtig zu gestalten, müssen die Schichten und die Arbeitermassen, die das nicht begreifen, mit hineingeworfen werden, um alle Kräfte, die unzufrieden sind, zu mobilisieren.

Wenn es zu diesem Konflikt kommt, muss die Hauptforderung, um die sich alle anderen gruppieren müssen, in der Richtung des Bündnisses mit Sowjetrußland liegen, und das erste Ziel ist, dass diese Regierung gestürzt wird. Es kann zu einer Verschärfung der Sanktionen – zu einer weiteren Besetzung des Industriegebietes – kommen, die diese Regierung und die Parteien, die diese Regierung stützen, verursacht haben und die die Not des Proletariats ungeheuer steigern müssen. Um irgendetwas demgegenüber zu unternehmen, kann unserer Überzeugung nach ebenfalls wieder nur sein, wenn wir durchsetzen wollen, dass etwas gemildert wird: Sturz und Beseitigung der Regierung. Es gibt kein Zwischenziel, immer wieder drängt sich der Sturz der Regierung in den Vordergrund. Bringen wir durch eine von der kommunistischen Partei geleitete Aktion diesen Sturz der Regierung nicht zustande, ist diese Aktion eine Niederlage, dann bringen wir auch nichts zustande in einer Lohnerhöhung, in der Richtung des Bündnisses mit Sowjetrußland usw. Die erste Voraussetzung, auch der kleinsten Lohnbewegung in der jetzigen Situation ist, dass die Regierungsverhältnisse geändert werden.

Weitere Konfliktmöglichkeiten: Es kann aus dem Landarbeiterstreik in Ostpreußen eine ernsthafte Bewegung entstehen. Wenn die Landarbeiter dort unter dem unmittelbaren Druck der Junker, der Sipo, der Orgeschleute auf die Beine kommen wollen, um ihre nackte Existenz zu retten, um Löhne zu bekommen, die sie in ihrer Kampfkraft zu erhalten imstande sind, kann sich der Kampf auf die Lohnbewegungen nicht beschränken.

Wenn sie den Kampf siegreich bestehen, bedeutet das: Sturz der Regierung. Mitteldeutschland: Wenn Sie sich den schönen Erlass von Hörsing in der »Roten Fahne« ansehen, sind Sie dann der Meinung, dass wir uns in diesem Augenblick nicht beschränken dürfen auf propagandistische Auswertung der Dinge, sondern dass wir unseren mitteldeutschen Genossen sagen müssen: Diese Propaganda gegen diese Zustände muss ein Ende nehmen. Dass wir unsere Genossen in Mitteldeutschland auffordern, die ganze Kraft der Parteiorganisation einzusetzen, vielleicht in Gestalt eines Generalstreiks, gegen diese Dinge den Kampf aufzunehmen? Über den neuen Erlass von Hörsing haben wir in der Zentrale noch nicht gesprochen. Wir in der Zentrale beurteilen die Situation so, dass wir die Kraft der ganzen Partei einsetzen müssen, um die inner- und außerpolitischen Spannungen zu verschärfen, dass wir den ganzen Parteiapparat einsetzen müssen, um die Verschärfung zu provozieren. Es werden verteilt sozusagen die in Frage kommenden Losungen, die jetzt nicht Gegenstand einer öffentlichen Propagandatätigkeit sein sollen. Diese Losungen haben wir herausgegriffen, es sind Losungen, die in der Hauptsache in Frage kommen bei Konflikten, die sich in den nächsten Wochen ergeben werden. Und es wird von den örtlichen Kampfbedingungen abhängen, ob wir zu diesen Losungen noch welche hinzufügen oder weglassen, ob wir die eine oder die andere Losung in den Vordergrund stellen. Worauf es ankommt, ist, dass wir unseren Parteiapparat so auf die Beine stellen und unsere Genossen verpflichten, alles zu tun, dass sie unseren Apparat so ausbauen, dass wir bis Ostern imstande wären, den Kampf – sagen wir mal am ersten Osterfeiertag – [zu] beginnen; ob das geschieht, wird heute nicht beschlossen. Ich bin der Meinung, unsere Genossen in Mitteldeutschland und vielleicht unsere Genossen in Ostpreußen werden für die Vorbereitungen gar keine Zeit bis Ostern haben. Es wird wahrscheinlich sein, dass unsere Genossen in Mitteldeutschland, wenn dieser Erlass Wirklichkeit werden wird – und das wird er wahrscheinlich – vor Ostern den Kampf aufnehmen werden, dass sie aus diesen in Frage kommenden Parolen die wichtigsten Parolen herausnehmen und zum Kampf übergehen. Und wenn unsere Genossen in Mitteldeutschland, in Halle, aus der Abwehr dieser Verordnung, den Kampf beginnen, und die Konterrevolution zum Niederschlagen aufmarschiert, werden wir im übrigen Reich schon vor Ostern gezwungen sein, zur Unterstützung unserer Genossen in Mitteldeutschland die Genossen aufzufordern, alles zu tun, um mittels unseres Parteikörpers zu mobilisieren, was zu mobilisieren ist.

Das ist der Sinn der aufgestellten Losungen; und wenn es uns gelingt, dass wir die Aktion gewinnen, wird es von der Stoßkraft abhängen, was wir verwirklichen können. Es gibt Pessimisten, die sagen, wenn wir den Kampf

provozieren, wird es bei dem heutigen Stand unserer Organisation mit einer Niederlage enden. Ich bin nicht der Meinung, Ich bin der Meinung, dass wir imstande sind, unsere Partei so zu mobilisieren, dass wir eine vernichtende Niederlage in diesem Kampfe nicht bekommen.

Es gibt zwei Alternativen:

Sind wir nicht imstande, aus diesem Anlass heraus, in dieser Situation eine große Bewegung über das ganze Reich zustande zu bringen, und beschränkt sich die Bewegung auf die Gebiete, wo wir starke Organisationen haben, sind wir auch in den organisatorisch starken Gebieten imstande, uns eine Rückendeckung und Rückzuglinie zu sichern, dass der Kampf nicht mit einer [...] ²⁵ Katastrophe enden kann.

Sind wir umgekehrt imstande, über diese von unserer Parteiorganisation beherrschten Gebiete hinaus eine ernsthafte Bewegung zustande zu bringen, brauchen wir uns nicht mit der Rückendeckung zu beschäftigen. Dann sage ich, dass man auch auf die Gefahr einer empfindlichen Niederlage hin den Kampf aufnehmen muss. Eine solche Niederlage wäre eher zu ertragen, als dass wir dieser Situation als VKPD weiter passiv gegenüberstehen. Wenn ich die Stimmung in der Partei kenne, so fragen mich bei passivem Verhalten die unabhängigen Arbeiter, die zu uns gestoßen sind: Wozu haben wir eine VKPD, die macht dasselbe, was wir früher getan haben. Ich bin der Meinung, das ist keine Vabanque-Politik bei diesen ungeheuer zugespitzten Dingen. Wir sind verpflichtet, aus dem Stadium der Passivität herauszukommen und unsere Organisation auf wichtige entscheidende Kämpfe einzustellen und diese Kämpfe, wenn sie aus diesen Anlässen gegeben werden, zu führen und unsere ganze Kraft hineinzuwerfen. Alles Philosophieren vorher, was dabei herauskommen wird, kann unsere Kampfkraft nur schwächen. Kein Mensch weiß, was wir in der Aktion zu leisten imstande sind. Meiner Überzeugung nach – ich kann mich täuschen – haben die Demonstrationen die Zugkraft nicht mehr, weil nicht der schlechteste Teil der Arbeiter sich sagt: Wir haben es damit dick ... ²⁶

Diese meine Meinung wird in der Zentrale geteilt. Um über diese Meinung ganz ins Detail zu Rate zu gehen, haben wir Sie heute zusammenberufen.

Frölich: Das, was die Zentrale jetzt vorschlägt, ist ein vollkommener Bruch mit der Vergangenheit. Bisher haben wir die Taktik eingeschlagen, oder vielmehr, wir sind gezwungen worden zu der Taktik, dass wir die Dinge an uns herankommen ließen, und, sobald eine Kampfsituation gegeben war, in dieser Situation unsere Entschlüsse fassten. Jetzt sagen wir:

²⁵ Ein Wort nicht entziffert.

²⁶ Auslassung im Original.

Wir sind so stark, und die Situation ist so verhängnissschwanger, dass wir daran gehen müssen, das Geschick der Partei und der Revolution selbst zu zwingen. Wir haben eine ganze Reihe von Brandherden in Deutschland. Es liegt die Gefahr vor, dass die einzelnen Herde jeder für sich abgewürgt werden, dass an den einzelnen Stellen die Krise verschleppt wird. Wir haben ein Interesse daran, dass es jetzt zu einer einheitlichen Aktion kommt, dass es unmöglich wird, einzelne solcher Krisen zu verschleppen, dass alles hineingetrieben wird in die eine große Krise, das muss das Ziel sein, das wir jetzt vertreten. Wir haben dabei die Aufgabe, jetzt von Partei wegen die Offensive zu übernehmen, zu sagen, wir warten nicht, bis man an uns herankommt, bis wir vor Tatsachen stehen; wir wollen, soweit das an uns ist, diese Tatsachen schaffen. Wie können wir das? Wir haben das Rheinland, wir wissen, dass durch die Besetzung der Brennpunkte im Rheinland geschaffen worden ist die Differenz zwischen Deutschland und der Entente. Es kommt im Wesen bei diesen Differenzen darauf an, den Sturz der Regierung herbeizuführen, denn allein das gibt uns die Garantie, dass eine Lösung der Krise im Interesse der Arbeiterklasse erfolgt. Jede andere Lösung, jedes Vertagen und sich Schlagen zwischen dem Entente- und dem deutschen Kapital bedeutet den physischen Zusammenbruch der Arbeiterklasse. Deshalb müssen wir versuchen, die Dinge jetzt auf die Spitze zu treiben, dass wir die Aktion übernehmen. Wir können die Verwicklungen außerordentlich verschärfen dadurch, dass wir im Rheinland die Massen zu Streiks führen, die die inneren Differenzen zwischen der Entente und der deutschen Regierung außerordentlich verschärfen müssen. – In Oberschlesien haben wir einen ähnlichen Fall von Differenzen zwischen der deutschen und polnischen Regierung, die offenbar werden müssen, wenn das Resultat der Abstimmung vorliegt.

Es gibt dort kaum einen anderen Ausweg als den des Kampfes.

Und wir haben m. E. die Aufgabe, dort zu verhindern, dass sich die Arbeiter im nationalen Interesse gegenseitig abschlachten. Wir müssen dort die Front führen gegen den gemeinsamen Feind, das ist das Grubenkapital. Wenn wir so die außerordentliche Kampf Stimmung, die dort vorhanden ist, in das richtige Geleise bringen, setzen wir die beiden contrarevolutionären Mächte, die dort miteinander sich reiben, in Verlegenheit und treiben sie vorwärts zu rücksichtslosem Vorgehen. Wir haben in Ostpreußen mit einer starken Landarbeiterbewegung zu rechnen. Wir wissen, dass dort Lohnbewegungen auf der Tagesordnung stehen. Die Bewegungen können hineinführen in außerordentlich scharfe Kämpfe. Auch da haben wir die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Dinge jetzt ausbrechen, wo die anderen Gefahren vorliegen. Irgendwie muss die Orgesch in Bayern in

Bewegung kommen. Es ist keine Frage, dass das Entente-Kapital darauf dringen muss, dass die Bedingungen von Spa durchgeführt werden; das bedeutet die Herausforderung der bayerischen Orgesch. Was haben wir dort zu tun? In Bayern liegen die Dinge so, wie sie gelegen haben lange Zeit in Deutschland, dass wir warten mussten, bis der Angriff von der anderen Seite kommt. Was ist unsere Aufgabe in dieser Situation? Wir haben m. E. durch unsere Tätigkeit dafür zu sorgen, dass dieser Ausbruch kommt, wenn es sein muss, durch Provokationen der Einwohnerwehren. Wir müssen sie zum Losschlagen zwingen, um die deutsche Regierung, die bayerische Regierung in die heftigsten inneren Konflikte zu bringen. Hinzu kommt Mitteldeutschland, ferner die Krise an der Wasserkante wegen der nationalistischen Geschichte, wegen der Schiffsbauten, und es ist dort durch die Schwäche der Partei noch nicht zu großen Aktionen [ge] kommen, aber wir haben gefühlt, wie die Arbeiter zu Aktionen drängen. Wir müssen mit aller Kraft dafür sorgen, dass die Aktionen zum Ausbruch kommen. Wenn wir so die Dinge auffassen als Teilgebiete, die vorhanden sind, in denen es losbrechen kann, die zusammen einen einzigen Sturm entwickeln, können wir sicher sein, dass die Arbeiterklasse versteht, wenn es an der einen Ecke losgeht, dass es dann im ganzen Reich brennt, dass es um den unmittelbaren Kampf gegen die Regierung geht, selbst wenn es sich beim Ausbruch des Kampfes um etwas anderes handelt. Wir müssen uns darauf einstellen, dass der Kampf um nichts anderes geht als um den Kampf gegen die Regierung. Dies muss in die Massen hineingehämmert werden, das muss in den Kampf getragen werden. Es muss dafür gesorgt werden, dass sich die Bewegung ausdehnt, soweit das möglich ist, über das ganze Reich.

Wir wissen genau, dass wir in Deutschland allein keine revolutionäre Bewegung machen können, für die auf die Dauer Sicherheit des Bestandes gegeben ist, wir wissen genau, dass wir solche Bewegung nur machen können im internationalen Rahmen, dass wir in allererster Linie auf die Unterstützung Sowjetrusslands rechnen müssen, dass wir rechnen müssen auf die Unterstützung der anderen revolutionären Parteien in Europa. Der wichtigste Machtfaktor der Weltrevolution ist Sowjetrussland. Wir wollen uns eins nicht verhehlen: Die Dinge, die jetzt in Russland vor sich gehen, diese Dinge werden in der bürgerlichen Presse maßlos übertrieben aus Gründen, die sehr leicht begreiflich sind, nicht nur aus dem allgemeinen Interesse, Sowjetrussland in Gefahr zu bringen, zu diskreditieren, sondern aus den allerakutesten Ursachen heraus, zu verhindern, dass S[owjet-]R[ussland] in diesen ungeheuren Weltunterschieden, die sich jetzt ergeben, eine Macht darstellt, und seine eigene Kraft in die Waag-

schale werfen kann. Auf der anderen Seite aber werden die contrarevolutionären Erhebungen in S. R. auf das Äußerste unterstützt von allen contrarevolutionären Mächten der Welt. Wir müssen uns das eine sagen: Wir wissen nicht, ob, wenn diese Bewegung niedergeschlagen ist, andere Bewegungen kommen werden, weil S[owjet-]R[ussland] bisher noch auf seine eigenen Kräfte angewiesen war, und die Kräfte zu schwinden beginnen. Was heißt das für uns? Es hängt vom Schicksal S. Rs. – und es trifft das jetzt in einer ganz anderen Bedeutung zu, als wir das früher gesagt haben – das Schicksal unserer eigenen Revolution ab, das bedeutet das Schicksal der Arbeiterklasse und unserer Partei. Und wir haben dieses Schicksal zu einem guten Teil mit in Händen, wir haben dafür zu sorgen, dass jetzt überall in der ganzen Welt die revolutionäre Bewegung stärker und kraftvoller wird, um S. R. zu helfen, um die Kraft auszunutzen, die S. R. gegenwärtig noch hat im Interesse der ganzen Weltrevolution. Das ist die Aufgabe der Gegenwart. Und wir in Deutschland, wir haben die allerschwerste Aufgabe zu lösen, weil bei uns in diesem Augenblick der Konflikt auf die äußerste Spitze getrieben ist.

Wir müssen zu Rate gehen mit Entschiedenheit, und es darf keine Feigheit aufkommen, es muss rücksichtsloser Mut unsere Verhandlungen heute hier beherrschen.

Meyer:²⁷ Bei einem Teil der Anwesenden scheint die Vorstellung zu herrschen, dass die Zentrale, um eine Betätigung zu haben, sich überlegt hat, was man tun könnte, und ohne zwingende Notwendigkeit eine Aktion vorstellt. Davon kann keine Rede sein. Was jetzt von der Zentrale vorgeschlagen wird, ist die Antwort auf London und die dadurch geschaffene Lage. [...] Es genügt nicht nur zu fordern ein Bündnis mit S[owjet-]R[ussland], sondern dieses Bündnis muss geschaffen werden in dem Sinne, wie es ernsthaft allein gemeint sein kann, durch die Aktion des deutschen Proletariats. Dadurch ergibt sich, dass mit der bisherigen Einstellung der Partei gebrochen werden muss, die dahin ging, die Teilaktionen zu vermeiden und [zu vermeiden,] Parolen herauszugeben, die danach aussehen könnten, als fordern wir den Endkampf. [...] Dazu gibt es nur den Kampf. [...]

²⁷ Ernst Meyer (1887–1930) war Mitglied der Zentrale der KPD und in Königsberg Chefredakteur der »Roten Fahne des Ostens«; 1921/22 kurze Zeit Vorsitzender der KPD, war er später der Gegenspieler von Ernst Thälmann (1886–1944); er starb an TBC.

Erklärung der Zentralaussschusssitzung am 17. III. 1921

1. Sturz der Regierung, die sich mit dem Ententeimperialismus zur Unterjochung und Aushungerung der Arbeiterklasse verständigen wird, die die Kriegskosten auf die Arbeiter abwälzt und die das Bündnis mit Sowjetrußland ablehnt.
2. Schutz- und Trutzbündnis mit Sowjetrußland.
3. Entwaffnung der Konterrevolution und Bewaffnung der Arbeiter.
4. Sicherung des Lebens und der Kampfkraft der Arbeiterschaft und Abwehr der Versuche der Bourgeoisie, die Kriegskosten auf die Arbeiter abzuwälzen durch
 - a) Sofortige Erhöhung aller Löhne und Gehälter um 50 Prozent.
 - b) Gleichstellung des Einkommens aller Renten- und Pensionsempfänger sowie der Kurzarbeiter und Arbeitslosen mit den Verdiensten der Vollbeschäftigten.
 - c) Arbeit für die Arbeitslosen.
 - d) Beseitigung des Steuerabzuges.
 - e) Annullierung der Staatsschulden und Abwälzung der Wiedergutmachungsschulden auf die Kapitalisten.

Bundesarchiv Berlin, NY 4126-21-1, Bl. 90–119; auch: RY 1/160, Bl. 1–69.

Untersuchungsrichter an den Reichskommissar, 3. Januar 1922

Reichsgericht
Der Untersuchungsrichter
Aktenzeichen: 113 Jg. 21

An
den Herrn Reichskommissar
zur Überwachung der öffentlichen Ordnung²⁸
Leipzig, den 3. Januar 1922

²⁸ Hermann Emil Kuenzer (1872–1946) war von 1920 bis 1929 Reichskommissar zur Überwachung der öffentlichen Ordnung.

Wegen strafbarer Beteiligung an den Unruhen in Mittel-Deutschland führe ich Voruntersuchung gegen die dort bekannten [Paul] Bowitzky²⁹, [Alfred] Lemck³⁰, [Josef] Schneider,³¹ [Alfred] Oelssner³², Fritsch, [Heinz] Neumann³³, Spangenberg, [Felix] Schmidt³⁴ und [Fritz] Rasch³⁵. Zur Aufklärung des Sachverhalts erscheint es dienlich zu erörtern, ob auch dortseits gesammeltes Material in Betracht zu ziehen sein möchte. Hierzu habe ich Termin auf Mittwoch, 11. d. M. nachmittag 2 Uhr im Amtsgerichtsgebäude Berlin Moabit NW 52 (Alt-Moabit 11) Saal 123 E anberaumt. Hochwohlgeboren ersuche ich ergebenst, entweder selbst zu diesem Termin zu erscheinen oder einen entsprechenden bevollmächtigten Vertreter zu demselben entsenden zu wollen und mich baldigst hiervon zu verständigen.

Gleiche Zuschrift habe ich dem Herrn Staatskommissar für öffentliche Ordnung³⁶ zugesandt.

Dr. Metz³⁷

Aus: Bundesarchiv Berlin, R/1507-2899, Bl. 213.

²⁹ Paul Bowitzky, auch Bowitzki, war 3. Sekretär der im Dezember 1920 gewählten Leitung der VKPD des Bezirks Halle-Merseburg.

³⁰ Alfred Lemck (?–1922) war Mitglied der Bezirksleitung Halle-Merseburg der VKPD, während des März-Putsches einer der Aufstandsführer; er starb in Leipzig nach seiner Entlassung aus der Haft.

³¹ Josef Schneider (1882–1939) war 1918 Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates in Wilhelmshaven; 1919 Redakteur der »Mansfelder Volkszeitung« in Eisleben, übernahm er nach dem Einmarsch der Sicherheitspolizei die Führung des aus VKPD, KAPD und Betriebsräten gebildeten Aktionsausschusses und war außerdem Stellvertreter von Max Hoelz (1889–1933); danach floh er nach Sowjetrußland, wo er während der von der Stalinschen Bolschewikiführung organisierten Kommunistenverfolgung ermordet wurde.

³² Alfred Oelßner, auch Oelssner (1879–1962), war als Parteisekretär für Halle-Merseburg für die VKPD der Leiter des mitteldeutschen Putsches; von 1950 bis 1954 leitete er die Zentrale Revisionskommission der SED.

³³ Heinz Neumann (1902–1937) war ein führender Politiker der KPD, während der von der Stalinschen Bolschewikiführung organisierten Kommunistenverfolgung wurde er ermordet.

³⁴ Felix Schmidt (1885–1932) war einer der Führer der Bremer Linksradiakalen und Teilnehmer am Gründungsparteitag der KPD sowie die »rechte Hand« von Karl Radek und Mitglied im Zentralkomitee, er war einer der Hauptverantwortlichen für den März-Putsch, ging nach dem Ausschluss aus der KPD 1929 zur KPD-Opposition und 1932 zur SAP; er starb nach einer Operation.

³⁵ Fritz Rasch (1889–?) war seit 1916 Anhänger der Bremer Linksradiakalen und Teilnehmer am Gründungsparteitag der KPD, 1920 war er Mitbegründer der KAPD, in deren Führung er tätig war; nach 1923 zog er sich aus der Politik zurück.

³⁶ Robert Weismann, auch Weißman, Weißmann (1869–1942), war von 1920 bis 1923 preußischer Staatskommissar für öffentliche Ordnung, 1933 emigrierte er.

³⁷ Richard Metz (1865–1945) war 1920 als Reichsgerichtsrichter am Reichsgericht sowie von 1922 bis 1928 Mitglied des Reichsdisziplinarhofs, er ging 1933 in den Ruhestand.

Aktennotiz des Reichskommissars, 11. Januar 1922 (Auszug)

Reichskommissar

Berlin, den 11. Januar 1922

für Überwachung der öffentlichen Ordnung

J.Nr. 133/22.I

1. Besprechung mit Herrn Reichsgerichtsrat Dr. Metz.

Ich habe erklärt, dass uns weiteres Material als unsere Denkschrift³⁸ und die der Clara Zetkin abgenommenen Berichte³⁹ nicht vorliegt, und darauf hingewiesen, dass die im Bericht benannte Gertrud Morgen⁴⁰ die Geliebte eines der Brüder Höllein sei und durch ihre Tätigkeit in der »Roten Fahne«, Halle, bereits bekannt sei, dass der in den Berichten genannte Merger vermutlich Merges⁴¹ von Braunschweig sei. Ich habe versprochen, Presseauszüge über die sich an die Enthüllungen anknüpfenden Erörterungen in der Presse zusammenzustellen und zu übermitteln.

Reichsgerichtsrat Metz teilt mit, dass [Alfred] Lemck in Leipzig in Haft sei,⁴² [Alfred] Oelssner wieder aus der Haft entlassen sei und [Josef] Schneider und [Paul] Bowitzky flüchtig seien. [Heinz] Neumann sei der bei der

³⁸ Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung: Denkschrift über die Entwicklung der Kommunistischen Partei und die Vorgänge, die zu den Unruhen im März 1921 geführt haben, in: Bundesarchiv Berlin, R 1507-2048, Bl. 1ff.

³⁹ Gemeint ist das von Levi gesammelte Material, das Clara Zetkin im Juni 1921 auf der Reise zum III. Kongress der III. Internationale – trotz ihrer durch ihr Reichtagsmandat gesicherten Immunität – erst von den deutschen Grenzbehörden zeitweilig und dann in Litauen endgültig abgenommen worden war. Die Unterlagen wurden in Königsberg kopiert und an den preußischen Staatskommissar für öffentliche Ordnung, Weismann, nach Berlin geschickt (später folgten auch die Originale aus Litauen). Weismann spielte im November 1921 die Unterlagen dem »Vorwärts« zu; vgl. Dokumente über den März-Putsch, im vorliegenden Band ab S. 47.

⁴⁰ Gemeint ist Gertrud Morgner (1887–1987), sie war Mitbegründerin der KPD in Jena, Lebensgefährtin von Emil Höllein (1880–1929) und während des März-Putsches Mitglied des »Revolutionskomitees« in Thüringen, 1932 ging sie in die UdSSR, wo sie Redakteurin am Moskauer Rundfunk war, bis sie von 1941 bis 1954 in die Siedlung Ossakarowka (Kasachstan) verbannt wurde.

⁴¹ Es war tatsächlich Merger aus Mansfeld und nicht August Merges (1870–1945) gemeint. Merges war Mitbegründer der Spartakusgruppe in Braunschweig sowie 1918 Präsident der »Sozialistischen Republik Braunschweig«; wegen Widerstand gegen den Nationalsozialismus war er ab 1934 in Zuchthaus und KZ inhaftiert.

⁴² Alfred Lemck wurde Anfang März 1922 nach einem Schlaganfall wegen Haftunfähigkeit gegen Kaution entlassen und verstarb kurz darauf. »Die ›Hallesche Volkszeitung«, das Organ der Unabhängigen Sozialdemokraten, zweifelt daran, dass L. eines natürlichen Todes gestorben sei.« Der »Oberbefehlshaber« des mitteldeutschen Aufstandes gestorben, in: Berliner Börsen-Zeitung, 67. Jg., Nr. 155, 1. April 1922, Morgenausgabe.

»Roten Fahne«, Berlin, tätig gewesene Neumann, nach seinem Aussehen Jude. Spangenberg sei wohl der Leutnant und frühere Adjutant von Müller-Brandenburg⁴³ ...⁴⁴

Aus: Bundesarchiv Berlin, R/1507-2899, Bl. 214.

Dokumente über den März-Putsch

Der Staatskommissar
für öffentliche Ordnung
Berlin, den 30. November 1921

Betrifft:

Das bei der kommunistischen Reichstagsabgeordneten Frau Clara Zetkin beschlagnahmte Material über den kommunistischen Märzaufruch in Mitteldeutschland 1921

Am 5. Juni 1921 ist der kommunistischen Reichstagsabgeordneten Frau Clara Zetkin, die sich auf der Reise zum Weltkongress der III. Internationale in Moskau befand, bei ihrem Grenzübertritt an der ostpreußischen Grenze das nachfolgende Material abgenommen worden.

Am 5. Juli 1921 gelangten die Schriftstücke in den Besitz des Staatskommissars für öffentliche Ordnung, der nach sorgfältiger Prüfung, die sich auch auf die Echtheit des Materials erstreckte, im Einvernehmen mit dem Herrn Minister des Innern die polizeilichen Ermittlungen nach den in den Schriftstücken erwähnten Persönlichkeiten in die Wege leitete. Diese Nachforschungen waren Mitte August so weit gediehen, dass am 16. August 1921 das Material unter Beifügung der polizeilichen Untersuchungsergebnisse an den Herrn Oberreichsanwalt zwecks Prüfung der Frage, ob ein Verfahren wegen Hochverrats einzuleiten sei, abgegeben werden konnte. Des weiteren wurden die außerordentlichen Gerichte, soweit die Schriftstücke im Zusammenhang mit dort schwebenden Verfahren stehen konnten, unter Übersendung von Abschriften benachrichtigt. Gleich-

⁴³ Hermann Müller-Brandenburg (1885–1955) war Befehlshaber der Landespolizei Thüringen sowie nach 1924 Mitglied der NSDAP und ab 1933 Leiter des Aufklärungs- und Presseamtes und dann Leiter der Abteilung für Auswärtige Angelegenheiten der Reichsleitung des Reichsarbeitsdienstes.

⁴⁴ Auslassung im Original.

zeitig wurden der Herr Preußische Minister des Innern und der Herr Reichsjustizminister über den Fortgang der Angelegenheit unterrichtet.

Zu einer Festnahme der Beschuldigten damals schon zu schreiten, war nicht möglich, weil die meistbelasteten Persönlichkeiten als Reichs- bzw. Landtagsabgeordnete der KPD den Schutz der Immunität genießen, andere flüchtig sind und durch Festnahme einzelner Personen die am meisten belasteten Führer gewarnt worden wären.

Die Verhandlungen vor dem Untersuchungsausschuss der Preußischen Landesversammlung ließen eine Verwertung des Materials im Untersuchungsausschuss angezeigt erscheinen, um den von linksradikaler Seite systematisch gegen die Behörden und Schutzpolizei erhobenen Vorwürfen wirksam entgegentreten zu können. Der Stand des Verfahrens ließ aber im Interesse der Geheimhaltung, wie der Herr Oberreichsanwalt auf mehrfache Anfragen mitteilte, es zum damaligen Zeitpunkte noch nicht zu, die Schriftstücke dem Untersuchungsausschuss zur Verfügung zu stellen.

Ich musste mich daher in meinen Aussagen vor dem Untersuchungsausschuss mit der Andeutung begnügen, dass schwer belastendes Material über die Schuld der Kommunisten am Mitteldeutschen Aufstand in der Hand der Regierung sei.

Auf meine erneute Vorstellung vom 31. Oktober 1921 teilte der Herr Oberreichsanwalt nunmehr am 10. November 1921 mit, dass er nach dem jetzigen Stande des Verfahrens und mit Rücksicht auf die von mir dargelegten Gründe Bedenken gegen eine Verwertung des Materials im Untersuchungsausschuss des Preußischen Landtags nicht mehr hege.

Dr. Weismann

Bowitzki,⁴⁵ Offiz[ier] M.P.⁴⁶ und politischer Kommissar für Mansfeld

Den 12. April 1921

Da über die Einleitung der Aktion bei der Zentrale eine ganz falsche Ansicht vorherrscht, so sehe ich mich veranlasst, der Zentrale einen Bericht zu übermitteln, wie er mir noch im Gedächtnis ist.

⁴⁵ Bowitzki: D. i. Paul Bowitzky.

⁴⁶ M.P.: Gemeint ist die Abteilung »Militärpropaganda« der VKPD – eine illegale »Kampforganisation« –, die auf zentraler und Bezirksebene unter der Leitung von Hugo Eberlein stand (vgl. Levi: Was ist das Verbrechen?, in: Levi I/3, S. 681, FN 417) und nach der Vereinigung der KPD mit Teilen der USPD im Winter 1920/21 zusammengelegt worden war mit dem militärischen Apparat der USPD – von Ernst Däumig (1866–1922) geleitet bis zu seinem Rücktritt vom gemeinsam mit Paul Levi ausgeübten Vorsitz der KPD am 24. Februar 1921. Vgl. Bernd Kaufmann, Eckhard Reisener, Dieter Schwips, Henri Walther: Der Nachrichtendienst der KPD 1919–1937, Berlin 1993, S. 32ff.

Es war am Freitag, dem 18. März, als der Genosse [Alfred] Oelssner und der Genosse [Georg] Schumann,⁴⁷ Halle, mit dem direkten Auftrag der Parteizentrale in Halle erschienen, die Aktion unverzüglich einzuleiten. Den Anlass hierzu sollte die Besetzung Mitteldeutschlands mit Sipo und Schupo abgeben. Eine Unklarheit über die Durchführung der Aktion herrschte insofern vor, als von der Zentrale ausdrücklich der Auftrag gegeben wurde, die Aktion wohl einzuleiten und zu steigern, jedoch nur so weit, dass jederzeit ein Abblasen möglich sei. Am Sonnabend, dem 19. März, fand eine Bezirksausschusssitzung statt, in welcher der gleiche Bericht vom Genossen Oelssner noch einmal gegeben wurde, unter Hinweis auf die Verhältnisse in Mitteldeutschland und die außerpolitische Lage.

Man war sich im Großen und Ganzen darüber einig, dass die Aktion unter allen Umständen eingeleitet werden müsse. Von einigen Genossen jedoch wurden Bedenken darüber geltend gemacht, dass gerade Mitteldeutschland mit der Kerntruppe des revolutionären Proletariats den ersten Anstoß unternehmen sollte. Diese Bedenken äußerte auch ich persönlich, weil die Arbeiterschaft Mitteldeutschlands als erste Reserve jederzeit in eine Bewegung hineingeworfen werden konnte, selbst wenn sie im Anfangsgebiet schon so gut wie niedergeschlagen wäre. Da aber uns durch die Besetzung Mitteldeutschlands das Handeln von der Reaktion vorgeschrieben war, mussten diese Bedenken zurückgestellt werden. Die Arbeiterschaft der Mansfelder Kreise, die von der Besetzung mit der Sipo am meisten betroffen worden war, ließ sich jedoch nicht mehr zurückhalten und stellte schon am Sonntag, dem 20., das bekannte Ultimatum. Dies stand allerdings nicht in unserem Programm und ging weiter, als der Bezirksleitung für den Augenblick ratsam erschien. Die Bezirksleitung sah sich jedoch veranlasst, dem Rechnung zu tragen und die Aktion im Mansfelder Lande zu stützen. Am Montag, dem 21. März, erhielt ich von der Bezirksleitung den Auftrag, das Leuna-Werk insofern zu mobilisieren, als dort ein Aktionsausschuss gewählt werden sollte, der die weitere Durchführung der Aktion zu überwachen und die weiteren Aufträge der beiderseitigen Zentralen VKPD und KAPD durchzuführen habe (Generalstreik). Hierzu ist noch zu bemerken, dass am Sonntag, dem 20., vormittags, die KAP[D]-Leitung an unsere Bezirksleitung herantrat, mit dem Ersuchen, eine gemeinsame Aktionsbasis zu schaffen. Die Bezirksleitung

⁴⁷ Georg Schumann (1886–1945) war in Leipzig der Kopf der »Gruppe Internationale« (Spartakusgruppe) und der KPD; wiederholt war er in führenden Funktionen, von 1933 bis 1939 war er in Zuchthaus und KZ inhaftiert, danach baute er eine der größten kommunistischen Widerstandsgruppen gegen den Nationalsozialismus auf; er wurde vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und ermordet.

trat auch mit der KAP[D]-Leitung in Verbindung, doch gab der Genosse Oelssner eine Parole heraus, dahingehend, dass man sich mit der KAP[D] nicht allzu weit einlassen dürfe. Am Abend wurde ich in eine Sitzung gerufen, die einzelne Genossen der Bezirksleitung mit den Genossen von der KAP[D] abhielten und wo über das gemeinsame Arbeiten der beiden Zentralen ein Ausgleich herbeigeführt werden sollte. Dort wurde die Ausdehnung der Aktion auf das Leuna-Werk von den KAP[D]-Leuten unbedingt gefordert und unsererseits dem auch zugestimmt, mit dem Hinweis, dass dies unsererseits schon am Sonnabend beschlossen worden sei. Das Leuna-Werk trat vorläufig noch nicht in den Generalstreik, weil er offiziell noch nicht proklamiert worden war.

Am Dienstag, dem 22., erschien dann der Genosse Hugo [Eberlein] aus Berlin als Beauftragter der Zentrale, um die Aktion in Mitteldeutschland vorwärtszutreiben und zu leiten. Er machte nunmehr über die Durchführung der Aktion ganz konkrete Vorschläge und brachte den Auftrag der Zentrale, unter allen Umständen in Mitteldeutschland eine Parole zu schaffen, die durchschlagend für das ganze Reich in Frage kommen könnte. Dies war insofern außerordentlich schwer, weil die zur Besetzung erschienenen Sipomansschaften sich trotz aller Provokationen außerordentlich zurückhielten. Es war selbst im Mansfeldischen nicht möglich gewesen, sie irgendwie, selbst durch Beschimpfungen, aus ihrer Reserve herauszulocken. Sie spielten Karten, rauchten ihre Pfeife und brachten ihre Freude über die Zusammenrottung der Arbeiterschaft unverhohlen zum Ausdruck. Dies waren die Berichte des Genossen Maercker⁴⁸, Teutschenthal. Es wurde dann von dem Genossen N. 7⁴⁹ der Vorschlag gemacht, dann doch in freundschaftlicher Weise sich mit den Sipomansschaften zu unterhalten, einzudringen in ihre Wachtlokale und Unterkünfte, sie entweder dadurch zur Abwehr zu reizen, und falls dies nicht gelänge, ihnen einfach dann ihre Waffen gewaltsam zu entreißen. Maercker erhielt den Auftrag, in Eisleben eine Versammlung unter freiem Himmel zu veranstalten und bei dieser Gelegenheit in der vorbezeichneten Weise einen Konfliktstoff zu schaffen. Bis dahin war in Mitteldeutschland auch noch nicht ein Betrieb von Sipo besetzt worden, und die gegenteiligen Berichte, wonach die Leuna-Werke von Sipo besetzt gewesen seien, entbehren jeder Grundlage. Das Leuna-Werk ist durch Sipo erst besetzt worden nach der Beschießung am Mittwoch, dem 30. März. Genosse Hugo [Eberlein] machte nunmehr den Genossen der Illegale verschiedene Vorschläge, wie eine wirksame Parole unter

⁴⁸ Möglicherweise eine Verwechslung mit Merker, Mansfeld.

⁴⁹ Genosse N. 7: Die Identität ließ sich nicht klären.

den gegebenen Verhältnissen geschaffen werden könne. Er gab den offiziellen Auftrag, das Munitionsdepot in Beesen und einige Stunden darauf, um Wechselwirkung glaubhaft zu machen, das neuerworbene Grundstück der Prod[uktiv]-Gen[ossenschaft]⁵⁰ in die Luft zu sprengen. Einigen Zufällen ist es zuzuschreiben, dass beide Aufträge nicht zur Durchführung gelangen konnten. Ferner wurde folgender Plan in Erwägung gezogen: Der Genosse [Alfred] Lemck und ich sollten uns bereithalten, um für einige Zeit von Halle spurlos zu verschwinden. Der Plan war folgendermaßen gedacht: Es sollte in der Nacht durch einige Stoßtrupps eine lebhaftere Schießerei, möglichst auch mit Handgranaten, an einigen Punkten der Stadt einsetzen. Es sollte dann die Meldung verbreitet werden, der Genosse Lemck sei bei den Kämpfen schwer verwundet worden und durch Sipo oder Orgesch-Leute im Auto verschleppt worden, unbekannt wohin. Eine ähnliche Komödie sollte mit meiner Wenigkeit aufgeführt werden. Da unsere Namen bei der Arbeiterschaft einen guten Klang haben, so erhoffte man dadurch ein gutes Ansteigen der Empörung und einen spontanen Ausbruch des Generalstreiks. Von der Durchführung dieses Planes kam man durch die weitere Entwicklung der Verhältnisse ab.

Am anderen Morgen gab der Genosse Hugo [Eberlein] in einer Zusammenkunft in der »Stadt Dresden« seine Entrüstung darüber zum Ausdruck, dass in Halle nicht das geringste klappe. Die Illegale wäre vollkommen versaut, es wäre geradezu unerhört, dass noch nicht einmal ein anständiges Stück Zündschnur vorhanden wäre, mit dem zuverlässig ein solcher Auftrag ausgeführt werden könne. Gemeint war damit der Anschlag auf das Genossenschaftsgebäude der Prod[uktiv]-Gen[ossenschaft], weil dort die Zündung versagt hatte. Er gab den direkten Auftrag, beide Befehle in der folgenden Nacht unbedingt auszuführen. Ich äußerte meine Bedenken in Bezug auf das Munitionsdepot und wies den Genossen Hugo [Eberlein] ziemlich energisch zurück, weil er scheinbar nur einen Sündenbock suche für die übereilte Aktion der Zentrale. Ich wies darauf hin, dass eine Annäherung an das Munitionsdepot wegen des grellen Mondscheins nicht möglich gewesen wäre, und würde sich dies auch in der folgenden Nacht nicht ändern. Die Möglichkeit bestände jedoch, dass die Überwachung eine noch schärfere wäre. Meine Einwände wurden zurückgewiesen, und der Befehl blieb bestehen. In der Nacht noch wurde der Auftrag gegeben, von welcher Seite weiß ich nicht, da der erneute Anschlag wieder nicht geklappt hatte, das Gebäude der Prod[uktions]-Gen[ossenschaft] unter allen Umständen zu sprengen, ganz

⁵⁰ Ausführlich dazu Kurt Kühn: Georg Schumann. Eine Biographie, hrsg. von Wolfgang Kießling, Berlin 1965, S. 159–164.

gleich, ob am Tage oder in der Nacht. Die Bezirksleitung hat sich jedoch im letzten Augenblick ganz energisch gegen diesen Wahnsinn verwahrt, und ich erhielt persönlich den Auftrag, durch Vermittlung des Genossen Schneidewind⁵¹, den mit der Durchführung beauftragten Genossen abzufangen und dieselbe zu verhindern. Dies gelang mir auch. Bei der Durchführung am Tage wären ungefähr 20 unserer besten Genossen ein Opfer dieses Anschlags geworden, welche Bedenken aber von dem Genossen Hugo [Eberlein] in der Nacht vorher mit einer Handbewegung abgetan wurden.

Am Mittwochmorgen, nach dem Auftritt mit dem Genossen Hugo [Eberlein], hatte ich den Auftrag erhalten, das Leuna-Werk unter allen Umständen in den Generalstreik hineinzubringen. Diesen Auftrag habe ich ausgeführt. Am Mittwoch, dem 23., mittags 2 Uhr, wurde der Eintritt in den Generalstreik von der Belegschaft des Werkes einstimmig beschlossen. Am Donnerstagmorgen, dem 24., sollte der Generalstreik für ganz Mitteldeutschland proklamiert werden, doch verzögerte sich die Proklamation, weil der rechtzeitige Druck der Flugblätter durch die Beschlagnahme der Platten von Sipo verhindert worden war. Mittags 12 Uhr trat jedoch der Generalstreik in Halle und in der nächsten Umgebung in die Erscheinung. Mittlerweile war die KAP[D]-Leitung zu wiederholten Malen an uns herangetreten, um ein gemeinsames Arbeiten zu ermöglichen, und hatten sie zuletzt sogar gedroht, bei der weiteren Sabotage der gemeinsamen Arbeit selbständig zu handeln und vorzugehen. Der Genosse Oelssner sowohl als auch der Genosse Hugo [Eberlein] vertraten die Ansicht, dass man sich mit der KAP[D] nicht allzu weit einlassen dürfe, und dass man nur mit ihnen verhandle, um den Schein zu wahren. Am Donnerstag, dem 24., abends, fand wieder eine Sitzung in der »Stadt Dresden« statt, in welcher der Genosse [Felix] Schmidt von der Exekutive anwesend war und uns einen instruktiven Vortrag über die Durchführung der Aktion hielt. Er vertrat dabei die Meinung, dass die Aktion nunmehr mit aller Kraft zu steigern sei und, da im Mansfeldischen schon gekämpft würde, nunmehr ganz Mitteldeutschland in den bewaffneten Aufstand zu treten habe. Ich hatte inzwischen die ganz glaubwürdige Mitteilung erhalten, dass die Gesamtbesatzung an Sipo usw. für Halle nicht mehr als 300 Mann betrüge, und verlangte dringend, dass die Entwaffnungsaktion für Halle noch in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag durchgeführt werde. Dies wurde abgelehnt und auch nicht zur Durchführung gebracht. Als der Genosse Schmidt hörte, dass die Zentrale der KAP[D] fortgesetzt Verbindung mit uns gesucht hatte und dass auch der Genosse Rasch selbst in Halle anwesend wäre, drang er darauf, dass die

⁵¹ Schneidewind war Mitglied der M.P.-Bezirksleitung Halle-Merseburg der VKPD.

Verbindung sofort hergestellt und der Genosse Rasch zu der Sitzung zugezogen würde, und der Genossen Lemck erhielt den Auftrag, Rasch zu holen, was sofort geschah. Sofort wurde eine Verständigung herbeigeführt. Für den Freitagvormittag, den 25. März, hatte ich den Auftrag bekommen, am Grabe der vorjährigen Märzgefallenen⁵² die Gedächtnisrede zu halten. Diesem Auftrage kam ich nach, obwohl inzwischen der Belagerungszustand über Halle verhängt war. Ich wendete mich besonders ganz scharf gegen die Sozialverräter SPD und USPD, forderte von den zahlreich Erschienenen, dass, wenn sie das Gedächtnis der Toten wirklich ehren, sie die Verpflichtung hätten, in diesem Augenblick das gleiche Opfer zu bringen, was diese gebracht haben, denen die Ehrung von heute gilt. Ich forderte von den Erschienenen das heilige Gelöbnis, ebenfalls miteinzugreifen in den Kampf, in dem sich zur Zeit die Arbeiterschaft der Mansfelder Kreise befindet. Das Gelöbnis wurde durch Handaufheben gegeben. Im Anschluss daran sprach der Genosse [Alfred] Lemck noch aggressiver als ich, indem er die Arbeiterschaft von Halle aufforderte, sich zu bewaffnen und den Mansfelder Arbeitern zu Hilfe zu kommen. Er forderte von den Anwesenden die Einlösung ihres eben abgegebenen Versprechens. Als ich darauf in das Büro der M.P.-Bezirksleitung kam, fragte mich der Genosse Schneidewind, ob ich den Brief der Bezirksoberleitung schon erhalten habe, was ich verneinte. Er erklärte mir dann kurz den Inhalt, der dahin ging, dass ich mich sofort als politischer Kommissar und militärischer Leiter nach dem Mansfeldischen zu begeben habe, um dort die Aktion in die richtigen Bahnen zu lenken. Ich kam diesem Auftrag unverzüglich nach und habe über meine Tätigkeit dort der Zentrale einen ausführlichen Bericht zugestellt.

Bericht des Genossen Lemck aus Halle⁵³

Am 19. März tagte die Bezirksausschusssitzung in Halle. Dort wurde vereinbart, welche Haltung die Partei für Halle-Merseburg einnehmen sollte. Die Meinung aller Genossen aus dem ganzen Bezirk, vertreten waren alle Unterbezirke, ging dahin – nach dem Referat, was [Alfred] Oelssner hielt, worin er anführte, dass am 20. die Sanktionen abliefen, dann die oberschlesische Frage, dazu noch der Hörsingsche Erlass –, dass dies der Anlass wäre, eine Parole zu schaffen fürs ganze Deutsche Reich. Wir waren uns klar, dass eine Aktion in Deutschland niemals auslösen würde der Hörsingsche

⁵² Gemeint sind die Opfer, die die Niederschlagung der Kapp-Putsches im März 1920 gekostet hatte.

⁵³ Offensichtlich gab Alfred Lemck diesen Bericht auf der Sitzung des Zentralauschusses der VKPD am 8. April 1921. Kurze Zeit später wurde Lemck von der Polizei verhaftet.

Erlass, sondern eine Provokation herbeigeführt werden musste, und dass der erste, der berüchtigte erste Schuss von der gegnerischen Seite fallen müsste. [Josef] Schneider, der teilnahm, war mächtig impulsiv und wollte loshauen. Ihm wurde erklärt, dass er erhöhte Alarmbereitschaft vorbereiten solle für die Generalstreikparole, dass er sich jeder anderen Handlung enthalten solle. Das war bis mittags 1 Uhr.

Nachmittags erfuhr ich, dass der [Max] Hoelz⁵⁴ bereits am Freitag in Halle war. Er hat geschlafen bei Paul Muschka. Das war also am 18. Georg Schumann hat mir am 4. April erzählt, dass er schon seit längerer Zeit einen Auftrag von der Zentrale hat, Hoelz mit der Zentrale in Verbindung zu bringen. Am 18. fuhr Hoelz abends gegen 6 Uhr 12 Minuten nach Eisleben. Nachdem Schumann Muschka mitteilte, dass er Hoelz mit der Zentrale in Verbindung bringen solle, behauptete M[uschka], er hätte davon nichts gewusst.

Am 20., Sonntag, erfuhren wir, dass die Mansfelder Arbeiterschaft der Sipo in Hettstedt ein Ultimatum gestellt hat, das um 12 Uhr abließ, im übrigen Mansfelder Land um 4 Uhr. Wenn dies bis dahin nicht eingehalten würde, wollte die Arbeiterschaft die Notstandsarbeiten einstellen und aggressiv vorgehen. Diese Parole, die nicht bloß von [Josef] Schneider allein gegeben worden ist, ist nach meinem Dafürhalten durch den [Max] Hoelz provoziert worden. Derselbe hat am Sonntag mit Krauser (?) und [Josef] Schneider eine Besprechung gehabt, in der beschlossen wurde, dass Montag früh die Belegschaft sämtlicher Gruben rausgehen sollte und so der Ausstand erzwungen wird und unbedingt eine bewaffnete Aktion. Am Montag fand dann eine Versammlung statt, in der Hoelz aufgefordert hat ...⁵⁵

[Ernst] D[äumig]: Am Montag war Hoelz bei mir in Berlin, ich glaube also nicht, dass er am Montag in der dortigen Versammlung war.

Lemck: Hoelz hat mir persönlich erzählt, dass ein anderer unter seinem Namen die Sache gemacht haben soll, und diesen anderen Hoelz sollen sie in Quedlinburg gefasst haben. Also am Montag fand die Versammlung statt, in der Hoelz aufgefordert hat, sich zu bewaffnen.

Schon am Montag waren seitens der KAP[D] die ersten Schüsse gewechselt, nicht von den anderen, sondern von unserer Seite. Das waren aber nur

⁵⁴ Max Hoelz (1889–1933), 1918 USPD, 1919 KPD, terrorisierte im Vogtland in Robin-Hood-Manier das Besitzbürgertum, er baute während des Kapp-Putsches 1920 in Falkenstein zeitweilig eine »Rote Armee« auf, 1920 wechselte er zur KAPD; während des März-Putsches leitete Hoelz die »Roten Garden«; er wurde wegen angeblichen Mordes zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt, aber nach internationalen Protesten 1928 freigelassen. 1929 ging er in die UdSSR, wo er von der GPU, als Badeunfall getarnt, ermordet wurde; anschließend wurde er mit Pomp beerdigt.

⁵⁵ Auslassung im Original.

alles Plänkeleien. Der ganze Dienstag verging. Am Dienstagabend hatten wir eine Sitzung mit der M.P. Halle-Merseburg, Magdeburg-Anhalt, Ost- und Westsachsen und Siebenmüller aus Chemnitz. Ich war Oberleiter der M.P.

Am 20. fand in Halle eine Sitzung der Oberbezirksleitung statt. Anwesend waren Vertreter aus sämtlichen Bezirken Mitteldeutschlands und die M.P.-Leiter. Dort wurde Bericht erstattet aus den einzelnen Bezirken. Die Stimmung war so schlecht und mies, dass man der Meinung war, es bedürfe künstlicher Mittel, um die Sache hochzubringen. Der militärische Leiter für Thüringen, Dieck, ist am 19. abends durch den Genossen [Richard] Schnetter⁵⁶ (Erfurt) als Schwindler entlarvt worden. Er hatte von militärischen Organisationen gesprochen, die aber tatsächlich nicht bestanden. Es wurde also in dieser Sitzung am 20. beschlossen, dass unter allen Umständen die brennenden Fragen, wie Werkpolizei usw., ausgenutzt werden sollten, die Stimmung zu erzeugen, durch die die Mansfelder Arbeiterschaft so weit vorgetrieben werden musste, dass auf die Nachricht hin, in Mitteldeutschland fließt Arbeiterblut, die anderen Bezirke zuschlagen. Den Bericht an die Zentrale hat W. mitgenommen. Am Dienstag fand eine Sitzung mit der oberen Bezirksleitung statt. Anwesend: Robter⁵⁷; Schatt⁵⁸, Siebenmüller⁵⁹ und ich. Da stellten sich Differenzen heraus, weil die KAP[D] ...⁶⁰ Fritz Rasch (KAP[D]) war am Dienstag früh in Halle. Er wandte sich mit einem Schreiben an mich. Ich sagte, ich kenne die KAP[D], die muss unbedingt in unserer Hand sein.

Am Sonntag war beschlossen worden, dass wir mit ihr in Verbindung treten müssen, um zu verhindern, dass sie militärische Befehle herausgibt. Da weigerte sich der ...⁶¹ (?) und Nauen. Ich legte auf Grund dieser Sache meinen Posten in der Oberbezirksleitung nieder.

Am Mittwoch, dem 23., nachmittags, war [Hugo] Eberlein in Halle. Es fand eine Sitzung statt. Anwesend: die Oberbezirksleitung, die beiden Genossen, Eberlein und ich. Es wurde die Aktion durchgesprochen. Hugo Eberlein machte den Vorschlag, wenn wir keine Parole finden, dann sollen

⁵⁶ Richard Schnetter (1884–1943) war 1920 mit der USPD-Mehrheit in die VKPD gekommen, zuerst Polleiter des KPD-Bezirks Großthüringen und bis 1924 Chefredakteur des »Klassenkampf« (Halle/Saale), später Redakteur der »Welt am Abend«; nach 1928 zog er sich aus der Politik zurück.

⁵⁷ Robter, auch Robert, war Mitglied der Bezirksleitung Halle-Merseburg der VKPD.

⁵⁸ Schatt war Mitglied der Bezirksleitung Halle-Merseburg der VKPD.

⁵⁹ Siebenmüller war Vertreter der VKPD aus Chemnitz.

⁶⁰ Auslassung im Original.

⁶¹ Auslassung im Original.

im Laufe der nächsten Tage die Genossen Alfred] Lemck und [Paul] Bowitzky verhaftet werden, um so die Hallesche Arbeiterschaft herauszulocken. Die populärsten Führer sollten verschwinden. Es sollten Märchen aufgebracht werden, wie man sie befreit hat, und versucht werden, durch Attentate die Stimmung der Arbeiterschaft so aufzuputschen, dass sie in den Kampf zieht. Mir war einige Tage vorher die Mitteilung geworden, dass auf dem Thüringer Bahnhof in Halle ein Waggon 15-cm-Granaten, deklariert als »Sauerbrunn«, nach Wildpark bei Potsdam angekommen wäre und ein Waggon Infanteriemunition. Als ich dieses mitteilte, machte Eberlein den Vorschlag, wenn die Sachen noch da sind, dann werden beide Waggons in die Luft gesprengt. Wir bringen dann morgen im »Klassenkampf« den Bericht: durch Unvorsichtigkeit die Munition der Konterrevolution in die Luft geflogen, die Wohnungen der Arbeiter zusammengestürzt, 100 Arbeiter sind tot. Wenn das nicht wahr ist, widerrufen wir es nach einigen Tagen. Ich wurde sofort von Eberlein beauftragt, mit den führenden Genossen unserer Sprengkolonne in Verbindung zu treten und dann in der Nacht die Sachen hochgehen zu lassen. Abends 7 Uhr war die Sitzung der Bezirksleitung in Abwesenheit von Eberlein. Teilnehmer: Vorsitz [Alfred] Oelssner, die gesamte Bezirksleitung, [Paul] Bowitzky von Halle, einige Genossen und Eberlein. Da wurde über die ganze Lage Bericht erstattet und war [Georg] Schumann derjenige, der abriet, die Aktion weiterzutreiben. Siebenmüller und Schumann sagten, dass wir noch Zeit hätten, den Generalstreik abzublasen – bis dato war noch kein Generalstreik proklamiert worden, die Alarmbereitschaft war in Halle auf eigene Kappe gemacht worden. Eberlein sagte, wir müssen die Sache weitertreiben, die Munition müsse in die Luft fliegen, oder man macht eine andere Sache, es passiert eine Explosion, so dass die Arbeiterschaft aufgerüttelt wird. Die meisten Genossen waren damit einverstanden, auch [Alfred] Oelssner.

Auf Antrag der Bezirksleitung musste sich Eberlein, Robert, Siebenmüller, Lemck und Schneidewind in die Küche zurückziehen und Attentate für die kommende Nacht beraten. Da wurde der Vorschlag von Eberlein und Siebenmüller gemacht, in der Mittwochnacht unser Heim krachen gehen zu lassen, weil wir sagten, das würde die Arbeiter am meisten aufregen, wenn man ihnen sagt, sie schädigen euer Eigentum. Ich sprach dagegen und sagte, sprengt lieber die Munitionsanstalt. Es wurde beschlossen, 2 Uhr nachts die Munitionsanstalt hochgehen zu lassen und $\frac{1}{2}$ 3 Uhr die Produktionsgenossenschaft. Schneidewind wurde damit beauftragt. Eberlein, Siebenmüller und Schneidewind gingen um $\frac{1}{2}$ 9 Uhr weg, um die Leute zusammenzukriegen. Das war am 18. In der ersten Nacht hat die Sache versagt. (Der Teilnehmer Letsch ist seit vorgestern hier. Ich habe ihn mit-

gebracht.) In der nächsten Nacht glückte es auch nicht, sondern erst nach vier Tagen ist die Sprengung in der Produktiv-Genossenschaft vorgenommen worden. Sipo hat alles dort zerschlagen. Das war am 23. Ich sollte in die Oberbezirksleitung nach Leipzig versetzt werden, wehrte mich aber dagegen, habe mich aber dann doch gefügt und bin am nächsten Morgen nach Leipzig gefahren. Am 24. nachmittags waren anwesend in Leipzig: der Genosse [Felix] Schmidt, Vertreter von Thüringen, Leipzig, Dresden, Chemnitz, Halle und der militärische Führer, den ich unter dem Namen Maurer kenne. Da wurde wieder erst über die Lage Bericht erstattet. [Felix] Schmidt sagte, dass die Lage nach den gestrigen Berichten ungünstig war, aber nach den heutigen Berichten sähe es besser aus. Es wären Arbeitslosendemonstrationen gewesen in Leipzig und Chemnitz, und wurde von [Felix] Schmidt die Parole ausgegeben, die Arbeiter sollen zur Betriebsbesetzung aufgefordert werden. Die mitteldeutsche Arbeiterschaft müsse die Aktion auf jeden Fall vorwärtstreiben, und bis zu den Osterfeiertagen muss die Sache auf die Spitze getrieben sein. Es wurde beschlossen, dass die Thüringer Genossen einen Teil (er hatte Rücksprache genommen mit [Otto] Geschke⁶² und [Fritz] Rasch) der Orgesch durchlassen, dann abriegeln und dann zerschlagen. [Hugo] Eberlein kam nicht. Um 6 Uhr fuhr ich nach Halle zur Sitzung des Bezirksausschusses. Die Unterbezirksleiter waren vertreten und erstatteten Bericht. Da wurde auch besprochen, warum ich meinen Posten niedergelegt hatte. Fritz Rasch hat teilgenommen an der Sitzung. Es wurde mitgeteilt, Bitterfeld steht zum Generalstreik. Sangerhausen, Merseburg ständen ungünstig, der schlechteste Bericht wurde von Mansfeld gegeben. Der Genosse Merger (?), der Bericht erstattete, sagte, wenn nicht noch in den nächsten Tagen die übrige Arbeiterschaft zufasse, schmeißen morgen die Mansfelder Arbeiter die Waffen nieder. Die mitteldeutschen Arbeiter müssten mit den Waffen vorgehen. Während der Zeit spielten sich die Kämpfe in Eisleben mit Max Hoelz ab. [Felix] Schmidt von der Exekutive erließ folgende Befehle: von Sangerhausen 300 bis 400 Mann nach Mansfeld, von Merseburg Unterstützung nach dem Mansfeldischen. Die Hallesche Arbeiterschaft sollte in Reserve gehalten werden. Anhalt hatte den Auftrag, abzusperren, damit von Magdeburg aus nicht die Sipo kam. Diese Anweisungen sind direkt von der Exekutive gegeben worden. Nachts 10 Uhr 50 Minuten fuhr ich nach Leipzig. In der Nachtsitzung sollte die Frage des militärischen Oberbefehls geregelt werden. Die Sitzung

⁶² Ottomar Geschke (1882–1957) war Mitglied des Spartakusbundes sowie seit 1920 Mitglied der Reichsgewerkschaftszentrale der KPD, die von Jacob Walcher (1887–1970) geleitet wurde; ab 1933 war Geschke wiederholt in Zuchthäusern und im KZ inhaftiert.

fand nicht statt. [Felix] Schmidt war in den Magdeburger Zug eingestiegen, fuhr also verkehrte Richtung. Wir trafen nachts im Wartesaal Reschke, der schimpfte, weil die ganze Geschichte misslang. Am Freitagvormittag war der Belagerungszustand über Halle verhängt. Der Polizeipräsident Wendt (?) hat den Vorsitzenden von Halle⁶³ sofort empfangen und erklärte, er hätte nichts dagegen, wenn die Demonstration nach dem Friedhofe ginge, aber man sollte nicht im geschlossenen Zuge zurückkommen. Genosse Bowitzky sprach vor etwa 12.000 Teilnehmern. Ich sprach mit ihm darüber, dass die Mansfelder und Leipziger Geschichte so lange in der Schwebe gehalten werden müsste, bis die Aktion losginge. [Paul] Bowitzky riet erst ab. Ich sagte ihm aber, die Sache müsse vorwärtsgetrieben werden, die Exekutive will das. Nachdem Bowitzky den Versammelten einen Schwur abgenommen hatte, habe ich aufgefordert, die Mansfelder Arbeiterschaft zu unterstützen. Eine halbe Stunde später lag gegen mich ein Haftbefehl vor.

Um ½ 2 Uhr war Halle abgesperrt. Alles wurde durchsucht nach Waffen. Der größte Teil war ohne Waffen. Ich forderte auf, in das ... (?) Waffenlager zu gehen und es auszuräumen. Unsere Genossen beschlagnahmten sofort ein Gespann und wurden nach Eisleben geschickt. Der übrige Rest sollte die Sipo abwehren. Am Freitagnachmittag kam Bowitzky und erzählte mir, dass die Bezirksleitung ihn mit dem Posten des politischen Kommissars nach Mansfeld dirigiert habe. Vom Genossen [Felix] Schmidt von der Exekutive hatten wir am Donnerstagabend in Halle den Auftrag erhalten, unter allen Umständen zu versuchen, den Hoelz herbeizuschaffen, damit Schmidt und Hoelz verhandeln könnten.

Am Sonnabend Kampf bei Halle; wir haben mit 65 Gewehren gekämpft und einem M.G. Sipo am Sonnabend zurückgetrieben nach Halle. Am 27. kommt [Josef] Schneider im Automobil mit Braunschweiger Genossen und einer Genossin nach Teutschenthal und verlangt von uns Quartier für Hoelz. Dieser hätte den ganzen Oberbefehl. Ich sagte, Bowitzky ist von der Bezirksleitung eingesetzt als politischer Kommissar und hat mich zum militärischen Oberbefehlshaber bestimmt. Hoelz hätte hier nichts zu bestimmen. Hoelz war in Sch... (?). Wir fuhren am Montag, dem 28., früh ½ 7 Uhr nach dort. Wir fanden Hoelz im Bett. Fritz Berger, Bowitzky und ich sprachen mit ihm und fragten, ob er bereit wäre, mit uns zusammenzuarbeiten. Jede andere Sache weisen wir von uns, sagte Bowitzky, ich bin als po-

⁶³ Der Vorsitzende der KPD von Halle war Gustav Schmidt; vgl. Noch ein Dokument der Gewerkschaftszerstörer, in: Die Rote Fahne. Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), 4. Jg., Nr. 98, 28. Februar 1921, Abendausgabe.

litischer Kommissar bestimmt und Lemck als Oberbefehlshaber. Uns liegt fern, dir die militärische Gewalt aus den Händen zu nehmen, wir wollen die Sache gemeinsam machen. Deine Aktion, die du nach Halle vorhast, wirst du mit Lemck besprechen. Er fragte: Woher weißt du das? Merger sagte, [Josef] Schneider hätte es uns erzählt. Hoelz nahm den Revolver und rief: Hole den Schneider! Ich schlug ihm den Revolver aus der Hand. Schneider kam rauf. Hoelz sagte, wenn die Exekutive und die Zentrale bereit ist, die Sache so vorwärtszutreiben, wie ich will, mache ich selbstverständlich mit. Wenn sie das nicht ist, mache ich die meine Sache für mich allein, da brauche ich keine Zentrale und keine Exekutive.

(Mit dem 28. und 27. sind gemeint 27. und 26.)

Wir sprachen unseren Plan durch, der dahin ging, die zersplitterten Kräfte zusammenzufassen. Er fügte sich und ging mit. In der Nacht vom 28. rückten wir nach Ammendorf. Wir erließen einen Aufruf an die Halleschen Arbeiter, mitzumachen. In Ammendorf war ein ganz Teil Munition, ungefähr 6.000 ...⁶⁴ und 1.600 Handgranaten. Es wurde der Beschluss gefasst, nach – von Ammendorf nach Halle – einem Scheingriff und von Norden aus Halle zu nehmen. Am Montag früh wurde von Hoelz gleich die Post gesprengt, ebenso die Eisenbahnbrücke. Es war alles wertlos. Wir haben gleich eingesehen, dass wir uns auf die Dauer nicht halten können. Es war unmöglich, mit unseren Truppen gegen die disziplinierten Truppen loszugehen. Es wurde der Vorschlag gemacht, auf jeden Fall die Leuna-Arbeiter zur Verstärkung heranzuziehen und Angriffe auf Halle zu machen. Hoelz mit der Haupttruppe sollten den Angriff von Ammendorf, die Merseburger Straße rauf, machen, Schmidt mit 150 Mann und einem Panzerauto das Villenviertel angreifen, und ich mit 50 Mann den Bahnhof. Treffpunkt: 12 Uhr nachts, Marktplatz in Halle. Ich bin rausgefahren nach ...⁶⁵ und habe Kempin und Groh den Plan vorgelegt. (Sind Mitglieder der KAP[D].) Sie wollten nicht darauf eingehen, sondern alles im Leuna-Werk behalten. Ich wurde energisch und sagte, es ist gleichgültig, ob sie Mitglieder der KAP[D] sind, wir müssen unbedingt die Sache noch einmal ein paar Tage hinausziehen und brauchen daher ihre Panzerzüge, sonst sind wir in den nächsten Stunden kaputt. Ich zeichnete ihnen den Weg nach Ammendorf auf der Karte ein. 500 Mann, Radfahrer, zwei Panzerautos sollten vom Leuna-Werk nach Merseburg, 6 Uhr Abmarsch. Beginn 8 Uhr abends. ½ 6 Uhr nachts macht die Sipo in Zivil einen Angriff auf Halle. Sie kamen uns auf der Chaussee entgegen. Wir ließen sie durch, da sie in Zivil waren. In Ammendorf beginnt

⁶⁴ Auslassung im Original.

⁶⁵ Auslassung im Original.

der Kampf zwischen den Arbeitern von selbst. In einer halben Stunde war unsere Front in Ammendorf kaputt. Hoelz machte sich dünn. Ich bin $\frac{1}{2}$ 8 Uhr abends mit dem Rest losgezogen. Nachdem wir raus waren, hatte sich ein Teil der kämpfenden Truppen, vielleicht 600 Mann, nach Schkeuditz begeben und versuchte dort die Sache zu halten, während ich mit dem Rest den Leuna-Arbeitern entgegenzog. Wir requirierten Wagen und kamen bis Leuna-Werk. Keine Wache. Ich erkundigte mich, und mir wird von dem Genossen Kotlaski gesagt, dass der Aktionsausschuss abends beschlossen hätte, eine Aktion zu machen gegen Merseburg (entgegen den Abmachungen). Ausrückten: eine Pionierkompanie, Hundertschaft und 200 Mann Infanterie. 200 Gewehre wurden mit rausgenommen, und so blieben im Leuna-Werk ungefähr 50 bis 60 Gewehre. Die Taktik von Kempin und Genossen ging dahin, sobald sie das Leuna-Werk verlassen hatten, den Trupp in drei Teile zu teilen, einen nach Merseburg, einen nach Markkranstädt und einen ins Unstruttal. Am 29. habe ich mir das Leuna-Werk angesehen. Die Stahlkammer war erbrochen und nach Mitteilung ungefähr eine Million gestohlen worden. Frenzow und Kempin sind abgeondelt, die Genossen standen da und waren verwirrt und kopflos, weil kein Führer mehr da war. Ich sprach mit August Wolff, Angestellter des Zimmererverbandes und Kampfleiter für Merseburg. Wir verteidigten das Leuna-Werk bis zuletzt. Wir wussten doch nicht, dass die anderen nicht mehr wiederkommen. Am 29. gegen $\frac{1}{2}$ 7 Uhr war das Leuna-Werk vollkommen umzingelt. Eine Granate traf den Gasometer. Es brannte. Auf Grund dieser Sache haben die Arbeiter sämtliche Gase abgelassen, aber die übrigen Arbeiter meinten, dass geschähe durch die Schüsse. Es war furchtbarer Lärm. Man konnte keinen Schuss mehr hören. Die Arbeiter rannten wie wahnsinnig durcheinander. Ich hatte noch 20 Gewehre. Wir waren entschlossen, mit der Sipo zusammen kaputt zu gehen und ließen die Gase explodieren. Nachdem die Sipo auf allen Seiten im Werk war, wurden die Genossen zusammengetrieben. Einige versuchten, sich auf jede Art und Weise zu retten. In Höhe des Bahnhofs Leuna war die Sipo vorgerückt. Ich war in Uniform. Ich lief instinktiv in eine Baracke und traf dort einen Genossen. Ich sagte ihm, du musst mir Sachen verschaffen, ich muss weg. Er gab mir auch welche und habe ich dann als Bäcker in der Werkbäckerei Notstandsarbeiten gemacht. Ein Genosse Franz Schmidt war Meister und erklärte der Sipo, ich sei vom Aktionsausschuss als Notstandsarbeiter bestimmt und hieße Erich Krüger. Über die Misshandlungen im Leuna-Werk brauche ich nicht mehr zu sprechen. Wir mussten 2.000 Mann verpflegen. Jeder Soldat bekam eine Flasche Wein und [wir] warfen diese mit den leeren Flaschen nach den Gefangenen. Ich habe die Sipo mit Brot bedienen müssen. Durch eine Frechheit

erhielt ich einen Passierschein und konnte um ½ 5 Uhr das Werk verlassen. Ich bin dann nach Weißenfels. Dort sind 200 Mann Sipo entlassen worden, die sich geweigert hatten, gegen die Arbeiter loszugehen. Ich war dann im Geiseltal und hatte die Meinung, das wären Bergarbeiter, die dort kämpften. Es waren aber Leuna-Arbeiter. Dieser kleine Trupp von Hoelz, Halle und die Leuna-Arbeiter haben gekämpft. – Der Generalstreik war in Mansfeld so, dass jeder einzelne versuchte, wenn er rausgeschmissen wurde, wieder reinzukommen. Nachdem ich gesehen hatte, dass im Geiseltal unsere Genossen zusammengeschossen wurden von der Artillerie und als Gefangene nach Merseburg gebracht wurden, versuchte ich nach Erfurt rauszukommen und ging nach Gera. Am Sonnabend, dem 26., vormittags, war eine Expedition der USP[D] von Gera, die Genossen Petrich, Spangenberg und Schmidt, gekommen, um die Verhältnisse in Mansfeld zu sehen. Alle drei Genossen versicherten uns ehrenwörtlich, dass sie sofort, wenn wir ein Automobil zur Verfügung stellen, zurückfahren nach Gera und dafür sorgen, dass wir 24.000 Leute mit Waffen zur Verfügung gestellt bekommen. Wir haben gewartet auf deren Hilfe, da sie sagten, die Stadt wäre in ihrer Hand. Spangenberg wollte sogar bei uns bleiben. Er war Polizeiadjutant bei Müller[-Brandenburg] in Weimar. Er wurde seines Posten enthoben und kam ins Presseamt, weil er im Verdacht stand, Kommunist zu sein. Ich bin nach Gera gefahren und von da nach Jena. Ich traf Georg Schumann. Er bestellte mich zum Dienstag vormittags nach Leipzig. Dort sollte ich [Hugo] Eberlein und [Felix] Schmidt treffen. Am 5. sollte ich nach Leipzig, da die Exekutive beschlossen hatte, mich nach Russland abzuschieben. [Georg] Schumann hatte von der Zentrale den Auftrag, Bowitzky, Hoelz und mich mit ihr in Verbindung zu bringen und nach Russland abzuschieben.

Bowitzky liegt in Gotha verwundet. – Ich habe am Dienstag eineinhalb Stunden in Leipzig auf die Genossen gewartet, sie haben mich nicht abgeholt. Ich traf dann [Richard] Schnetter. Der wusste keine Adresse. Er sagte nur, Donnerstag wäre in Berlin eine Zentralaussschusssitzung. Seit Sonntag habe ich die Zentrale gesucht. Gestern fand ich jemand.

Als wir am 29. in Ammendorf waren, stellten wir unseren alten USP[D]-Genossen, die alles mitgemacht haben, ein Ultimatum, was hältst Du von der Sache? Was sagst Du von Hoelz? Das ist ein Räuber. Er will sich Geld verschaffen, das machen wir nicht mit. Das ist ein Schinderhannes,⁶⁶ der für sich sorgt und nicht daran denkt, die Sache vorwärtszutreiben. Ich sagte,

⁶⁶ Gemeint ist Johannes Bückler, genannt Schinderhannes (um 1779–1803); er war ein Berufskrimineller, dem über 200 Straftaten – Diebstähle, Erpressungen, Raubüberfälle, Raubmord und Mord – nachgewiesen werden konnten; er hatte 94 Mittäter.

dass ich mit Hoelz eine Auseinandersetzung hatte wegen seines Vorgehens. Ich würde verhindern, dass Hoelz irgendwie Geiseln Geld abnähme. Zu Hoelz sagte ich, dass er ein Räuber sei, der Geld brauche. Das wäre der Zweck seiner Sache. Da sagte er: Wenn Du jemals in die Lage kommst und kein Geld hast, und wenn die eigene Partei auf Dich schießt, dann wirst Du auch sagen: Erst ich!

In Ammendorf hat er Leute festgenommen und von ihnen Lösegeld verlangt, andernfalls sie erschossen würden. In Sangerhausen und Eisleben hat der Charlottenburger Erwerbslosenrat Geld in einer schwarzen Tasche mitgenommen. Das ist verteilt worden an seine Genossen. Hoelz machte mir einen Vorwurf, dass ich die zwei Millionen aus Teutschenthal nicht mitgenommen habe. Er hat viel Geld mitgenommen und einiges verteilt an seine Genossen. Unsere Genossen haben keinen Pfennig Lohnung bekommen. Als sie aber mit den Hoelzschen Genossen zusammenkamen und die abends ihre 50 Mark kriegten, da sagten sie, wenn die Lohnung kriegen, lassen wir uns auch dort anwerben. Die Saalkreisgenossen sind bei uns geblieben und haben nichts bekommen, die Leuna-Arbeiter ebenfalls. Von Hoelz sind lediglich 250 bis 300 Genossen gelöhnt worden.

Ich möchte betonen, dass das, was in Mansfeld gemacht worden ist – die Attentate, Sprengungen usw. –, um die Aktion mit allen Mitteln vorwärtszutreiben, auf Anordnung [Hugo] Eberleins gemacht worden ist. Er sagte, ich sage das nicht als Mitglied der Zentrale, sondern das verantworte ich der Zentrale gegenüber vollkommen. [Felix] Schmidt war vorsichtiger als Eberlein, Zeugen dafür sind: Robter, Schatt, die gesamte Bezirksleitung, Bowitzky, Oelssner, Schumann, Remisch (?),⁶⁷ Groh und ich.

Däumig: Der Eberlein hat doch unbedingt verlangt, das eine Mal als Gesandter der Zentrale, dass die Sache auf jeden Fall ins Werk gesetzt wird?

Lemck: Die Berichte waren so mau aus den verschiedensten Gegenden. Im Merseburger Bezirk verhielt sich die Sipo auf die anständige Art und Weise. In Teutschenthal lag eine Hundertschaft. Die Gemeindevertretung lehnte ab, diese zu verpflegen. Der Major sagte, dann müssten wir uns eben die Nahrungsmittel aus Halle holen. Es wurde von seiten der Sipo Telefonleitung angelegt. Die Arbeiterschaft riss dieselbe wieder runter. Die Arbeiterschaft verlangte, dass die Sipo nicht bewaffnet sein dürfte; sie legten die Waffen ab. [Alfred] Oelssner sagte: Wir bitten die Leute direkt, sie sol-

⁶⁷ Wahrscheinlich ist Arthur Sämisch (1878–1940) gemeint, neben Alfred Oelssner, Oskar Fiedler, Paul Bowitzky, Alfred Lemck, Mina Reichert und Merker (Mansfeld) Mitglied der Bezirksleitung Halle-Merseburg – wahrscheinlich bis auf Merker bis zur Vereinigung mit der KPD 1920 alles Mitglieder der USPD; vgl. www.naumburg-geschichte.de/geschichte/spdkpd.htm

len schießen, sie schießen aber nicht. Was sollen wir bloß machen? [Hugo] Eberlein sagt, wir müssen das machen, damit der erste Schuss von der anderen Seite fällt. Wir müssen provozieren.

Ich habe Eberlein gesagt, ich muss unbedingt im Zentralaussschuss sprechen. Er sagte, du kannst nicht im Zentralaussschuss reden.

Dann noch eins. Wegen meines Gehalts.

[Richard] Schnetter hat mir gesagt, es findet eine Zentralaussschusssitzung statt. Ein Genosse wartet auf dem Anhalter Bahnhof und sagt Bescheid, wo die Sitzung stattfindet. [Paul] Letsch⁶⁸ sollte das nun erfragen. Wir wurden durch Mau an die Rosenthaler Straße verwiesen. Ich habe Letsch rübergeschickt. Es wurde ihm gesagt, sie wissen nicht, ob die Sitzung stattfindet. Die Genossin Emmy Scholem⁶⁹, die Letsch kennt, kam gerade. Es wurde ihr aber ebenfalls verweigert, mich mit dem Zentralaussschuss in Verbindung zu bringen, und gesagt, Lemck soll sich einfach an die Unterstützungskommission wenden.

Ich habe mit Eberlein Folgendes vereinbart: Ich will das Geld nicht umsonst haben. Wenn die Zentrale beschlossen hat, ich muss weg, dann beschäftigt meine Frau.⁷⁰ Ich bekäme morgen Bescheid, sagte er. Ich erklärte ihm, dass es eine außerordentliche Situation wäre. Nun vereinbarten wir Folgendes: Ich soll Verbindung halten mit Paul Eckert⁷¹. Ich habe nun einen Genossen zu Paul Eckert geschickt und warte auf Antwort.

8. April 1921

Bericht des Genossen Merker, Mansfeld

Ich gehöre der Bezirksleitung an und war M.P.-Leiter für den Bezirk. Die Ausführungen Bowitzkys, die Ausführungen Lemcks sind meine eigenen Ausführungen. Ich bestätige ausdrücklich, dass [Hugo] Eb[erlein] uns die verschiedensten Aufträge zum Sprengen gegeben hat, unter anderem auch das »Klassenkampf«-Gebäude⁷² (am 23. und 24. März.)

⁶⁸ Paul Letsch (1893–1954) war 1919 der letzte Leiter der Volksmarinedivision und bis 1923 Sekretär des Mitteleuropäischen Büros der Kommunistischen Internationale.

⁶⁹ Emmy Scholem (1896–1970) war eine KPD-Politikerin und mit Werner Scholem verheiratet; 1933 emigrierte sie nach Großbritannien.

⁷⁰ Lotte Lemck wurde anfangs im KPD-Archiv und dann im von Eduard Fuchs (1870–1940) finanzierten Sozialgeschichtlichen Archiv beschäftigt. Wie es Lotte Lemck nach der Auflösung des Sozialgeschichtlichen Archivs zum 31. Dezember 1925 erging, konnte nicht geklärt werden. Vgl. Ulrich Weitz: Der Mann im Schatten: Eduard Fuchs. Sitten-Fuchs – Sozialist – Konspirateur – Sammler – Mäzen, Berlin 2014, S. 274, 282.

⁷¹ Paul Eckert (1883–1964) war 1920/21 Mitglied der Reichsgewerkschaftszentrale der KPD.

⁷² Gebäude der »Produktiv-Genossenschaft«.

Sonnabend, den 19., Sitzung des Bezirksausschusses. Unter allen Umständen die Sipo reizen, dass der erste Schuss von der Seite fällt.

Dienstag, den 22. Am Schluss einer Versammlung schlugen Arbeiter verschiedene Sipoleute halbtot, trotzdem ließ die Sipo sich nicht auf den Kampf ein. Der Kampf entbrannte in dieser Nacht von unserer Seite und dehnte sich auf den Hettstedter und Röblinger Bezirk⁷³ aus.

Montag, den 21. Unseren Auftrag vom militärischen Oberleiter, die Sipo vernichtend zu schlagen, damit wir mit einem Sieg die Sache anfangen. Unsere Taktik, die Sipo anzugreifen, hätte den Sieg verbürgt, wenn [Max] Holz nicht immer versucht hätte, dort Banken zu berauben, wo keine Sipo war.

In der Linie Hettstedt, Mansfeld, Helbra, Eisleben, Röblingen, Teutschenthal wurde gekämpft, rechts- und linksseitig dieser Linie teilweise gearbeitet. Die Mansfelder Arbeiterschaft war erbittert, dass die Bezirksleitung Halle 48 Stunden noch zögerte mit der Proklamation des Generalstreiks. [Alfred] Oelssner war in einem Zeitraum von sechs bis acht Stunden kaum zu finden, und wenn ich ihn fand, war er noch recht böse. In der Sitzung vom 24. (»Stadt Dresden«) war ein gewisser [Felix] Schmidt, angeblich Vertreter der Exekutive. (Er sieht ungefähr aus wie Curt Geyer⁷⁴ und hat Haar, als wenn er erst 24 Stunden aus dem Gefängnis wäre.) Zu dieser Sitzung wurde [Fritz] Rasch (KAP[D]) hinzugezogen. Die übliche Versöhnung zwischen KAP[D] und uns und die Aufforderung Schmidts, unter allen Umständen die Aktion zum Siege zu führen in Mansfeld, sofortige Abschiebung der Arbeiter vom Leuna-Werk, Ammendorf, Halle, Bitterfeld usw. nach Sangerhausen, weil ich erklärte, dass evtl. die Sache den nächsten Tag, Freitag, in die Brüche ginge. Die Arbeiterschaft kam teils bewaffnet, teils unbewaffnet. Auf Grund der Aufforderung der Genossen [Alfred] Lemck und [Paul] Bowitzky kamen auch die Halleschen Arbeiter ohne Waffen. Die Meldung der politischen Bezirksleitung und der B.O.⁷⁵, wie die Sache im Reiche stand, waren überall sehr gut. Generalstreik fast überall durchgeführt, und dass voraussichtlich das Leuna-Werk am Freitag aktiv in den Kampf eingreifen würde.

⁷³ Gemeint ist Röblingen am See, ein Zentrum des Kali-Bergbaus.

⁷⁴ Curt Geyer (1891–1967) war ein enger Vertrauter von Levi, ehe er auf den rechten Flügel der SPD wechselte.

⁷⁵ BO: Betriebs-Organisationen. Sie entstanden, vor allem von Norddeutschland ausgehend, ab Mitte 1919 aus der Ablehnung der Gewerkschaften heraus. Die BO sollten, so eine verbreitete Meinung, in einer »Allgemeinen Arbeiter-Union« zusammengefasst werden, in der die kommunistische Partei aufgehen sollte, was parteiorientierte Theoretiker jedoch ablehnten. Vgl. Hans Manfred Bock: Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923. Ein Beitrag zur Sozial- und Ideengeschichte der frühen Weimarer Republik. Neuausgabe, Darmstadt 1993, S. 130ff.

[Josef] Schneider habe ich das letzte Mal im großen Bezirksausschuss am 18. gesehen. (Auf Frage eines Genossen gibt M[erker] die Antwort, dass er nur von einem Orte wüsste, wo sich die Arbeiter gegen die Kommunisten aufgelehnt hätten.)

(Auf Frage des Genossen [Ernst] D[äumig], ob [Josef] Schneider sich dem [Max] Hoelz zur Verfügung gestellt hat als Redakteur, antwortete Genosse L[emck]: Ich habe den Eindruck gehabt, als wenn Schneider damals unter dem Einfluss handelte, Hoelz sei beauftragt worden. Schneider hat die Kriegsberichte der Gruppe Hoelz in Ammendorf geschrieben.

Genosse Dä[umig]: Keiner von euch kann mit Bestimmtheit sagen, ob Hoelz von Mitgliedern der Zentrale hineingezogen worden ist.

In der »Stadt Dresden« ist erklärt worden, wir haben Hoelz nach Mansfeld geschickt. Le[mck]: Ich kriegte den Befehl, [Fritz] Rasch herbeizuschaffen. Dieser sollte Hoelz holen. Es wurde gesagt, wir haben ihn (Hoelz) vorgestern nach Mansfeld geschickt.

Oberbezirksleitung: Robter, Müller, Schmidt, Siebenmüller aus Chemnitz, Fritz Rasch von der KAP, fast sämtliche Unterbezirksleiter.

Aus dem Bericht des Genossen Schmidt,⁷⁶

Vorsitzender der Hallenser Parteileitung, am 13. April 1921

Am Karfreitag fand die Sitzung im »Dresdner Hof« statt, wo die Parole herausgegeben wurde: Provozieren um jeden Preis! Stürzt Straßenbahnen um, schmeißt Handgranaten! – Diese Ausführungen wurden von Oelssner gemacht.

Bericht des Genossen Schmidt,

Vorsitzender der Hallenser Parteileitung

Am 19. März rief uns die Bezirksleitung zusammen. Anwesend waren die Unterbezirksleiter, der Bezirksausschuss und von den größeren Orten die illegalen Leiter.

In dieser Sitzung entwickelte Oelssner die außen-innerpolitische Situation, und zwar so: Der große Landarbeiterstreik im Osten wächst sich aus zum politischen Streik (was ich hier sage, wird Richter Wort für Wort bestätigen, ebenfalls Pätzold), die Lage in Oberschlesien, die Abstimmung muss bewaffnete Zusammenstöße ergeben zwischen deutschen und polnischen Truppen, die Orgesch marschiert auf am Starnberger See. Für uns steht die Frage: Wir müssen zur Aktion kommen. Wie organisieren bzw. treiben wir die Aktion vorwärts? Das waren ungefähr die Gipfelpunkte. Nach [Alfred]

⁷⁶ D. i. Gustav Schmidt.

Oelssner ergriff [Josef] Schneider das Wort. Schneiders Ausführungen ergaben, dass er sich in einer Art und Weise engagiert habe, dass er nicht mehr zurückkonnte. Er begrüßte den Standpunkt der »Roten Fahne« und dass sie sich so festgelegt hatte. Er hatte dasselbe am Sonnabend getan. Oelssner sagte auch noch: Eines müssen wir zu erreichen suchen, nämlich über den 20. März hinwegzukommen.⁷⁷ – Dann sprach [Arthur] König⁷⁸. Er bestätigte die Ausführungen Oelssners. Dann sprach ich. Ich hatte mein Augenmerk auf etwas anderes gerichtet. Ich sagte mir, der Generalstreik wegen des Kapp-Putsches hat die mitteldeutschen Arbeiter nach links getrieben. Mitteldeutschland dürfe in dieser Aktion nicht in erster Linie stehen, sondern müsse als Reserve zurückbehalten werden, und erst eingreifen, wenn es schon an allen Ecken des Reiches brennt. Während ich sprach, kamen Nachrichten aus Teutschenthal, dort zögen Truppentransporte durch Rößlingen. In Eisleben sei die Sipo auf der Straße. Ich glaubte das natürlich; ich glaubte auch die Sache mit dem Landarbeiterstreik, auch das mit Oberschlesien und selbst das am Starnberger See. Unter dem Eindruck dieser Meldung musste ich mich abschwächen. Schneider nahm noch Veranlassung, mit mir persönlich zu sprechen. Ich sagte, ihr werdet sehen, die Sache muss verpuffen, wenn ihr nicht maßhalten könnt. Schneider erklärte, bei uns lässt sich die Sache nicht mehr halten. Am anderen Tage, so wurde uns erzählt, soll in Eisleben ein Ultimatum gestellt sein, eins, welches um 1 Uhr abließ, das andere um 4 Uhr. Oelssners Schlussworte gingen dahin, dass der Kampf im vollen Gange sei, unser Bestreben müsse es sein, ihn zu steigern. Die Aktion müsse über den 20. hinausgetrieben werden, erklärte er. Ziel: Bewaffnung der Arbeiterschaft, Erreichung der politischen Macht.

Es wurden für jeden Bezirk politische Kommissare bestimmt.

Die Situation war also die, dass wir mit ziemlich geschwellten Segeln in die Bewegung gingen, unter dem Eindruck der Mitteilungen. Wir hatten die Meinung, dass wir mit gutem Glauben an die Sache gehen konnten.

Am Sonntag hatten wir keine Sitzung.

Am Sonnabend muss eine Sitzung gewesen sein mit den Bezirksleitern und den Vertretern der Exekutive.

⁷⁷ Am 20. März 1921 fand in Oberschlesien die Volksabstimmung über die Frage statt, ob Oberschlesien weiterhin zu Deutschland oder künftig zu Polen gehören sollte. Nicht wenige Beobachter, nicht nur in der VKPD, erwarteten einen Krieg zwischen Deutschland und Polen.

⁷⁸ Arthur König (1884–1945) war Orgleiter des Oberbezirks West und wurde am 17. Mai 1923 als Vertreter der Linken in die Zentrale der KPD kooptiert und 1924 Hauptkassierer der KPD; 1925 stellte sich heraus, daß er einen Verlust von über 100.000 Reichsmark erwirtschaftet hatte und wurde deshalb abgesetzt; er soll 1945 in Strausberg bei Berlin von der SS ermordet worden sein.

Ich hatte den Auftrag, die städtischen Arbeiter zu überzeugen, damit diese sich am Generalstreik beteiligen. Mir wurde d[ies]er Auftrag [zugeteilt], weil ich Mitglied des Verbandes der Hand- und Kopfarbeiter bin. Am Sonnabend war ich dann mit den Funktionären der Betriebe zusammen, und haben wir die Frage des Generalstreiks reiflich besprochen. Wenn wir das Elektrizitätswerk und die Straßenbahn stilllegen sollten, müssten wir mindestens zwei Mann in Schutzhaft nehmen. Solange deren Faust noch auf den Arbeitern lag, solange kämen wir nicht zum Generalstreik. Auch diese Sitzung verlief nicht so, dass man sagen konnte, der Generalstreik würde nicht durchkommen.

Am Sonntagabend habe ich die Funktionäre der Partei zusammenberufen. Wir unterhielten uns über die Lage. Oelssner sagte dasselbe, was er in der Betriebsleitersitzung ausführte. Ich sagte nur, dass sich jeder einzelne unterzuordnen habe. Das war am Sonntagabend. Am Montag sollte in Eisleben der Radau losgegangen sein; dort sollte schon gekämpft werden. Das bewahrheitete sich aber nachher nicht. Wir in Halle glaubten die Nachricht, dass in Mansfeld die Kämpfe im Gange wären. Merker ist der illegale Leiter vom Bezirk Mansfeld gewesen. Wir glaubten, nachdem Mansfeld im Streik war, dass die Bezirksleitung von Halle sich entschließen würde, für Halle den Generalstreik zu erklären. Die Tage kann ich nicht genau angeben. Aber jedenfalls erklärte Oelssner, wir sollen ruhig bleiben, er steigere die Aktion von Tag zu Tag. Interessant ist es nun: Die »Rote Fahne« steigerte ihre Aufrufe von Tag zu Tag, der »Klassenkampf«, der seit der Spaltung überhaupt nicht mehr das Organ ist, was es sein sollte und was unser Volksblatt früher war (ich verstehe nicht, dass Schneider für solch ein Blatt noch die Verantwortung übernimmt), hinkt immer nach. So ist es gekommen, dass tatsächlich die Parole zum Generalstreik am Mittwoch rausgekommen ist, am Donnerstag in die Tat umgesetzt werden sollte, also einen Tag vor Karfreitag. Es kam die Gegenparole vom anderen Gewerkschaftskartell. Zum ersten Mal zog die USP[D] ihre Unterschrift zurück. Dieser Generalstreikbeschluss ist interessant. Als ich an dem Tage bei der Partei war, kam der Obmann der X. Y., derjenige, der den Generalstreik einzuführen und abzublasen hat, und fragte, ob denn nun Generalstreik sei oder nicht. So unklar war die Parole. Ich erklärte ihm: ja. Der Generalstreik ist gar nicht in Wirksamkeit getreten. Er ist in Erscheinung getreten im Leuna-Werk, sonst nirgends. In Halle war die Hälfte aus den Betrieben. Das Leben und Treiben in der Stadt blieb dasselbe. Einen Eindruck vom Generalstreik haben wir in Halle nur auf einen halben Tag gehabt.

Am Karfreitag fand die Sitzung im »Dresdner Hof« statt, wo die Parole herausgegeben wurde: Provozieren um jeden Preis! Stürzt Straßenbahnen um, schmeißt Handgranaten! Die Ausführungen wurden von Oelssner

gemacht, ich habe weiter nichts gefragt als: Ihr habt Oelssner gehört, ihr werdet danach handeln!

Jetzt kommt die Demonstration. Sie fand auf dem Friedhof am Grabe der Märzgefallenen statt. (Darüber, ob sie stattfinden sollte oder nicht, habe ich heute früh schon gesprochen.)

Bei der Demonstration hielt Bowitzky eine ausgezeichnete Rede. Ruschka sprach ebenfalls. Dann kommt die Aufforderung von Lemck. Als Lemck zum Friedhof kam, sagte er mir, dass er das nachdem machen wollte. Ich warnte ihn, das ist nicht der richtige Weg, sagte ich. Er ließ sich nicht halten. Er hat vom Grabe aus die Aufforderung an die Massen gerichtet. Es waren ungefähr 20- bis 25.000 Personen anwesend. Jetzt kann man sich ungefähr die Situation denken. Auf dem Heimwege von der Demonstration wurde ich von unseren Arbeitslosen gefragt, wann sie sich Geld holen könnten usw. Ich sagte, das ist nicht meine Sache, Lemck hat die Aufforderung an euch gerichtet und hat euch also auch zu sagen, wo ihr euch melden sollt. Nachmittags sperrte die Sipo alles ab. Ich weiß darüber nichts Näheres. Ich habe das Vorgehen Lemcks ganz entschieden verurteilt, aber nach unserer gestrigen Besprechung habe ich eine andere Auffassung darüber bekommen. Das war also am Karfreitag.

Am ersten Osterfeiertage wurde die Parole herausgegeben: Ihr müsst unbedingt in den Distrikten zusammenkommen! Die Funktionäre sollten zusammengerufen werden. Am Abend wurden verschiedene Versammlungen aufgelöst. Die Demonstration selbst ist ruhig verlaufen. In einem anderen Zimmer tagte das Direktorium. Von diesen beiden Sitzungen, sowohl früh wie nachmittags, hatte die Polizei Nachricht. Am Montagabend muss Höllein und [...] gekommen sein, die in Gegenwart von Richter, Pätzold, Freundlieb eine Zusammenkunft gehabt haben, in der Höllein sich beschwert hat, dass Halle nicht auf die Beine kommt. Ich bin mit Höllein zum ersten Mal am Dienstag zusammengekommen. Es wurde verlangt, wir sollten zur Tat greifen. Wir sollten mit allen Mitteln versuchen, den Generalstreik zu steigern. Das wurde am 3. Festtag versucht, und zwar mit dem Erfolg, dass die wenigen, die wahrscheinlich nicht reingehen wollten, am Mittwoch hineingegangen sind. Der Mittwoch hat sich in der gleichen Bahn bewegt. Wir bekamen Berichte aus dem ganzen Reich, die außergewöhnlich günstig waren: Berlin stand im Generalstreik, Leipzig, das Ruhrgebiet und selbst Nordbayern fingen an. Etwas Wichtiges: Es kommt die Parole: »Rein in die Betriebe!« »Wählt politische Arbeiterräte!« Das war Mittwoch. Ich habe die Parolen erst durch Freundlieb erfahren. Die Parole wurde insofern befolgt, dass man in die Betriebe hineingegangen ist, aber nicht wieder hinaus.

Am ersten [April-]Freitag spielte sich Folgendes ab: Ich stand unten in der Restauration und sprach mit Groh dem Älteren. Neben ihm stand die Genossin Abramowitsch, und Groh sagte zu mir: »Denk bloß an, die Zentrale existiert nicht mehr, die sind alle gerückt, die Sache ist vollständig hoffnungslos.« Ich habe mich aufgeregt und gesagt: »Oben werden uns solche Berichte gegeben, und du behauptest das Gegenteil, drücke doch die Stimmung nicht runter!« Aber dadurch wurde der erste Keim zu dem gelegt, was wir nachher bestätigt gefunden haben, dass wir belogen worden sind. Die Genossin A[bramowitsch] sagte kein Wort dazu. Ich sagte, sie solle nicht solche Parolen bringen. Ich sprach mit Richter, dass die einen uns das Blaue vom Himmel heruntererzählen, und die A[bramowitsch] erzählt das. Oelssner hat die Nachrichten vom Reich gebracht.

Am Dienstag fühlten wir uns veranlasst, weil wir sahen, dass die Sache verpufft war, Stellung zu nehmen, um den Generalstreik abzublasen. Wir fünf oder sechs Vorstandsmitglieder kamen zusammen und verlangten Abruf. Da ist es die Genossin Morgner, die sich aufplustert, mich Feigling schimpfte und sagte, dass es eine Gemeinheit sei, in Halle den Generalstreik abzublasen, während Erfurt in Aufruhr stehe und Berlin endlich auf die Beine gebracht sei usw. Unter dem Eindruck dieser Mitteilungen habe ich mich noch einmal umstimmen lassen. Ich habe allerdings meine Bedenken nochmals gesagt. Freundlieb machte mir nachher noch den Vorwurf, ich hätte mich wieder mal breitschlagen lassen.

Mittwoch nachmittags trat der Generalstreik noch einmal in volle Wirkung ein. Gegen ½ 5 Uhr nachmittags bietet Halle tatsächlich das Bild des Generalstreiks. Die Straßen sind dicht bevölkert. Die Straßenbahn steht. Am Donnerstag ändert sich das Bild. Sie gehen wieder in die Betriebe. Am Donnerstagnachmittag fällt mir ein Zettel in die Hände, der zu einer Versammlung aufforderte, betreffend Beschlussfassung über die Fortführung des Generalstreiks. Weyer⁷⁹ hat den Aufruf unterschrieben und ihn auch herausgegeben.

Interessant ist noch, wie man sich den Generalstreik auf den Werkstätten dachte. Die Abstimmung hatte ergeben: 600 gegen, 400 für den Streik. Um die 600 Nichtkommunisten rauszubringen, verlangte der Obmann etwa 200, wir wurden dann einig auf eine Gruppe. Verhaltensmaßregeln wurden ausgearbeitet.

Am Donnerstag war eine Versammlung. [Werner] Scholem⁸⁰ spricht, und ich erfahre, welch miese Nachrichten Scholem mitgebracht hatte und

⁷⁹ Wahrscheinlich ist Paul Weyer (1887–1943) gemeint, er war 1920 mit der USPD-Mehrheit in die VKPD gekommen, 1924 wurde er aus der KPD ausgeschlossen.

⁸⁰ Werner Scholem (1895–1940) war der Bruder des jüdischen Religionshistorikers Gershom Scholem (1897–1982); Werner Scholem kam bei den Wahlen zum Preußischen

hörte seine Rede. Er war an dem Tage nicht der Radautrompeter wie sonst. Er schilderte die Verhältnisse objektiv. Delz (?) veranlasste mich, mich am Präsidententisch niederzusetzen, um zu verhindern, dass Scholem auf politischem Gebiete zu weit ging. Ein Diskussionsredner forderte noch einmal auf, nach Mansfeld zu gehen. Ich erklärte, wir wollen die Frage dahin entscheiden, ob wir den Generalstreik weiterführen oder ob wir ihn jetzt abbrechen. Wir müssen Kräfte sparen, damit wir den kommenden Kampf nicht ohnmächtig überstehen. Ruft heute nicht »Hosianna« und morgen nicht »Kreuziget ihn«. Beschluss: Der Generalstreik wird verschärft, soll verschärft werden. Das war einstimmiger Beschluss. Eine Frau stimmte demonstrativ dagegen. Der Generalstreik wurde mit dem Erfolg weitergeführt, dass am anderen Morgen alle Betriebe arbeiteten.

Interessant ist: Ein Angestellter des Metallarbeiterverbandes wird gefragt: »Was soll das hier werden?« »Ja,« sagt er, »ist einer von euch gemäßregelt?« Antwort: »Nein.« Fragt er: »Warum arbeitet ihr nicht?«

Am Freitag wurden von uns Kuriere verlangt, die in Leipzig Flugblätter holen sollten, in denen dann der Generalstreik abgeblasen wird. Am Dienstag nach Kleinostern kamen endlich die Flugblätter, dass der Generalstreik endgültig abgeblasen wird. Den Generalstreik abgeblasen hat Weyer persönlich. Das Flugblatt, das rauskam, war unterzeichnet: »Abbruch des Generalstreiks beschlossen, Weyer.« Das ist der offizielle Abbruch des Generalstreiks. Am Freitag hat Weyer ihn auf eigene Faust abgeblasen.

Interessant ist die Auffassung Hölleins. Ursprünglich stand er auf dem Standpunkt, man müsse die Straßen- und Staatsbahn stilllegen, nachher sagte er, das wäre gar nicht wesentlich.

Durch diese Vorgänge haben wir gesehen, dass wir nach allen Regeln der Kunst belogen worden sind, politisch und militärisch. Über die militärische Sache habe ich mich mit Absicht nicht geäußert.

Aussage des Genossen Richard Wegner, M.P.-Leiter für Pommern/Mecklenburg

Am Sonnabend, dem 26. erhielt ich vom Genossen [Hugo] Eberlein den Auftrag in Gegenwart von Weber, die Entente-Schiffe, die in Stettin lagen und für Danzig bestimmt sind, in die Luft sprengen zu lassen.

Landtag am 20. Februar 1921 über Platz 4 des Landeswahlvorschlages der KPD in den Landtag; die so erlangte Immunität wurde von den putschwilligen Kräften genutzt, um noch vor der Märzaktion Bruno Schäfer als verantwortlichen Redakteur der »Roten Fahne« durch Scholem zu ersetzen; 1926 wurde Scholem aus der KPD ausgeschlossen; er wurde im KZ Buchenwald ermordet.

**Bericht aus dem Ortsverein Hamburg und Bezirk Wasserkante,
Leupold⁸¹ und Köppen⁸²**

17., Berichterstattung vom Zentralausschuss

19., Vorstandssitzung Ortsverein Hamburg, Beschluss: Mitteldeutsche Bewegung zur Demonstration nach dem Heiligengeistfeld zu benutzen, um die Aktion einzuleiten. Nach Rücksprache mit Verbänden rückgängig gemacht worden. Dann mit Erwerbslosenvertretung Besprechung. Beschluss: Die Erwerbslosen am Mittwochmorgen in die Betriebe hinein, mit den in Arbeit stehenden gemeinschaftlich Einstellung erzwingen, evtl. Arbeitsniederlegung.

22., Dienstag. Flugblatt. Ganz Hamburg. Aufforderung zum Generalstreik. Diese ganzen Beschlüsse wurden gefasst auf Grund der Äußerungen Bergers, der ausführte, dass innerhalb dreier Tage unbedingt etwas zu geschehen hätte, und dass vor Ostern, nach den Ausführungen [Heinrich] Brandlers, die Situation in Deutschland noch gesteigert werden müsse, dass mit höchster Steigerung zu rechnen sei.

23., morgens 7 Uhr, mit den Erwerbslosen in die Werften hinein. Blohm & Voss 4[00] bis 500 Erwerbslose, Betrieb stillgelegt. »Rote Fahne« gehisst. Direktionsgebäude besetzt. Eine kleine Verwirrung wurde aber nachher geregelt. Vulkan ebenfalls besetzt. Die Belegschaft unternahm entgegen unserer Direktive einen Demonstrationzug über Heuhof mit dem Versuch, durch den Tunnel zum Heiligengeistfeld zu gelangen. Durch Sipo inhibiert. Acht Tote, mehrere Verwundete. Heiligengeistfeld Drahtverhau abgesperrt durch Sipo und blaue Polizei. Stark gesichert. Alle verfügbaren Waffen der Sipo zur Stelle. Panzerautos usw. Versammlung am Heiligengeistfeld unmöglich. Die durch unsere Parole herbeistürzenden Proletarier versammelten sich vor dem Heiligengeistfeld an der Reeperbahn, die belebteste Straße Hamburgs. Zum Weitergehen aufgefordert, kam es abermals zu Schießereien, wobei ein Sipomann durch eigene Leute getötet wurde. Auf unserer Seite abermals 15 Tote und große Anzahl Verwundete.

⁸¹ Möglicherweise ist Hermann Leupold (1900–1967) gemeint.

⁸² D. i. Karl Köppen (1888–1936), er wurde 1921 in die Hamburger Bürgerschaft gewählt.

Der neuingesetzte Aktionsausschuss, bestehend aus den Genossen Berger⁸³, Lindau⁸⁴, Köppen, Erna Halbe⁸⁵, Urbans⁸⁶, Themann⁸⁷, hielt seine Sitzung ab. Der Genosse [Paul] Fröhlich⁸⁸ kam von der Zentrale mit der Weisung, die Aktion nicht in dem Maße zu steigern, dass es zu bewaffneten Auseinandersetzungen kommt. Abends vorher holten wir den Genossen Fröhlich von der Bahn ab, da teilte er uns mit, dass die Zentrale uns die Anweisung gebe, sofort abzubremsen in Hamburg, es war 1 Uhr nachts. Um 6 Uhr sollte die geplante Besetzung der Betriebe erfolgen. Es war uns unmöglich, noch einzugreifen, um im Sinne der uns von Fröhlich gegebenen Anweisung zu handeln.

Wir haben in der Vorstandssitzung sowohl als auch in der Bezirksvorstandssitzung mehrere Male darauf hingewiesen, dass, wenn geplant sei, den Bannkreis zu durchbrechen, es für Hamburg feststünde, dass es zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit der Sipo kommen müsse. Wir haben ausdrücklich mehrere Male auf diesen Punkt hingewiesen. Wir haben weiter darauf hingewiesen, dass die Versammlungen auf dem Heiligengeistfeld angemeldet werden solle, um die Waffen auf das Feld zu bringen. Dies ist eigenmächtig durch einzelne Genossen unterdrückt worden; so war die Absperrung des Heiligengeistfeldes ganz klar. Am 23., abends, in der Sitzung des Aktionsausschusses, haben Themann, Berger, Köppen, Leupold auf die Anfrage, ob Hamburg militärisch von unserer Seite zu nehmen sei, erklärt, dass die Möglichkeit wohl bestände, aber nach Angabe des Genossen Fröhlich dies in Widerspruch mit der Zentrale stehen würde. Aus diesem Grunde haben wir erklärt, wenn die Weisung des Genossen Fröhlich von der Zentrale richtig ist, müssen wir aus Disziplin von weiteren Maßnahmen Abstand nehmen.

Am Donnerstag, dem 24., erschien Wolf⁸⁹ mit einer gerade entgegengesetzten Parole als die des Genossen Fröhlich. Er behauptete, dass die Zentrale von uns unter allen Umständen verlange, den Kampf bis zum Äußersten

⁸³ Ein »Berger« war bis jetzt nicht nachweisbar, möglicherweise handelt es sich um Hans Kippenberger (1898–1937).

⁸⁴ Rudolf Lindau (1888–1977) aus Hamburg war als eines der führenden Mitglieder der Bremer Linksradikalen Mitbegründer der KPD; 1934 emigrierte er in die UdSSR; ab 1947 war er Leiter der Parteihochschule der SED.

⁸⁵ Erna Halbe, geb. Demuth (1892–1983), war Frauensekretärin der KPD Wasserkante und ab 1929 Mitglied der Reichsleitung der KPD-Opposition; sie emigrierte 1934, zuletzt in die USA.

⁸⁶ Gemeint ist Hugo Urbahns (1890–1946), er war Mitbegründer der Spartakusgruppe, wurde 1926 aus der KPD ausgeschlossen und leitete von 1928 bis 1933 den »Leninbund«, 1933 emigrierte er.

⁸⁷ Wahrscheinlich ist Ernst Thälmann (1886–1944) gemeint.

⁸⁸ Hier und im Folgenden ist Paul Fröhlich gemeint.

⁸⁹ Hier und im Folgenden ist Felix Wolf (eigentlich Werner Waldemar Richard Rakow, 1893–1936) gemeint.

durchzuführen, und zwar in allen Ortsgruppen, wo sich Kommunisten befinden. Der Aktionsausschuss trennte sich in seiner Auffassung, da ein Teil (Berger, Themann, Köppen) für unbedingte Durchführung unter Weisung des Genossen Wolf sei, während der übrige (Lindau, Urbans, Halbe) für die Beibehaltung der Anweisung Fröhlichs wäre. Von dieser Minute an war der Aktionsausschuss arbeitsunfähig.

Freitag, den 25. April. Geesthacht war durch Spitzel beauftragt worden, um 8 Uhr loszuschlagen. Unsere Genossen haben diese geschickt durchgeführte Spitzelnachricht für echt gehalten und ihr Folge geleistet. Betriebe besetzt, Sipo entwaffnet, sich in den Besitz von Waffen gesetzt. Sofort rückte von Hamburg Sipo in Begleitung von drei Panzerautos bei Geesthacht an. Es kam zu keinem Blutvergießen. Es fiel kein Schuss. 20 Genossen wurden verhaftet und der Ort besetzt. Die in Hamburg beim Aktionsausschuss einlaufende Meldung durch Kurier besagte: 20 Tote, große Anzahl Verwundete. Wir glaubten dieser Meldung nicht ohne weiteres, sondern entsandten sofort Kurier nach dort, die dann oben gemachte Angaben über kampfloses Entwaffnen bestätigten. Der Genosse Urbans stellte sofort im Aktionsausschuss den Antrag, dass Köppen von heute an Vollmacht erhalte in militärischer Hinsicht. Nach Rückkehr unserer Kurier aus Geesthacht war überflüssig, irgendetwas zu unternehmen.

Durch diese Situation wurden 30 unserer besten Genossen in das Gefängnis gesetzt, die zum Teil durch unsere Maßnahmen wieder freigelassen sind. Wir betrachteten es als unsere Pflicht, in den Feiertagen, in denen sich kein Teufel um den Generalstreik kümmerte, etwas zu unternehmen, um die Bewegung in Fluss zu halten, was leider nur in sehr beschränktem Maße gelang, da der größte Teil unserer Genossen die Plattform, auf der der Kampf stand, als zu klein angab. Durch scharfe Kontrolle der Sipo ist es ihnen abermals gelungen, einen Teil unserer Genossen bei dieser Aktion festzunehmen. Die Stilllegung der Straßen- und Hochbahn ist zum Teil geglückt, aber unsere Genossen wurden dabei verhaftet.

In Flensburg wurden unsere Genossen, ohne irgendwelche Dinge ausgerichtet zu haben, schon vorher verhaftet. In Kiel ist es trotz mehrfacher Aufforderung der Genossen Wolf und Seidel nicht gelungen, die Bewegung zu steigern, da der Genosse Paulsen an alle Bezirke die Bremsparole ausgab. Die Anweisung der M. P. an Bremen hatte den Erfolg, dass in Bremen der Generalstreik in den Betrieben nicht so zum Durchbruch kam, wie wir es wollten, aber die Stilllegung des Verkehrswesens durch Sabotageakte voll durchgeführt wurde.

Weitere Ermittlungen haben überall ergeben, dass unsere Genossen wohl den guten Willen hatten, sich für die Sache mit aller Schärfe einzu-

legen, leider aber das übrige Proletariat im Kampf gegen unsere Genossen mit Brechstangen und sonstigem Betriebsmaterial vorging, so dass schon in den nächsten Tagen ein Teil unserer Genossen fahnenflüchtig wurde.

Da wir es als unsere Pflicht betrachten, uns als Führer inmitten unserer Parteigenossenschaft zu befinden und nicht hinter dicken Mauern zu sitzen, stellten sich die Genossen Köppen, Bestlein⁹⁰ und Zöllner in den Betrieben zur Einführung der Arbeitslosen zur Verfügung. Sie taten das, was wir als Kommunisten tun müssen. Es wurde von Seiten der Parteigenossen mit Freude konstatiert, dass diese Genossen so opferbereit waren. Erfolg: Sämtliche Genossen werden unter Anklage des Landfriedensbruchs und Hochverrats gestellt. Sie sind fahnenflüchtig. Die Immunität wurde für sie durch Rechtssozialisten in der Bürgerschaft aufgehoben.

Wir erwarten dringend Aufklärung, welche Parole die richtige war oder ob jeder auf seine eigene Faust und Schablone handeln dürfte. Wir erblicken einen der Hauptfehler darin, dass nicht einheitliche Direktiven im ganzen Reich an alle Genossen gegeben wurden. Beispiel: In Mecklenburg Verzögerung der Parolenausgabe an die Genossen um drei bis vier Tage.

Berlin, gedruckt in der Reichsdruckerei.

Aus: Betrifft: Das bei der kommunistischen Reichstagsabgeordneten Frau Clara Zetkin beschlagnahmte Material über den kommunistischen Märzaufstand in Mitteldeutschland 1921 (gedruckt), in: Bundesarchiv Berlin, R 1507/2899; Bl. 211–211k-II; die Originale befinden sich in der gleichen Akte.

Hugo Eberlein

Bericht über den Märzaufstand 1921 in Mitteldeutschland seitens der militärischen Oberleitung

I. DIE POLITISCHE EINSTELLUNG

Die Bezirksleitung Halle-Merseburg orientierte uns (die M.P.) über die Beschlüsse der Zentrale und des Zentralausschusses: Die Provokation Hüring muss beantwortet werden. Die Antwort könne sich über den Generalstreik zum Generalaufstand ausmachen, da die Polen kurz nach dem 20. 3. in Oberschlesien [O.S.] einmarschieren dürften und da die Sanktionen in Kraft treten. Wir müssen unsere Aktionen so langsam steigern, dass

⁹⁰ Gemeint ist Bernhard Bästlein (1894–1944), für die KPD von 1921 bis 1933 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft; er war Kopf einer der größten Anti-Nazi-Widerstandsgruppen, der Bästlein-Jacob-Abshagen-Gruppe; er wurde zum Tode verurteilt und ermordet.

wir evtl. (wenn die Erwartungen betr. O[ber-]S[chlesien] und der Durchführung der Sanktionen, betr. Bayern nicht einträfen) abbauen können.

Wir rechneten, dass die Ereignisse etwa folgendermaßen verlaufen würden: In denjenigen Orten, wo die Sipo einrückt, kommt es über kurz oder lang im Anschluss an den Streik zu Zusammenstößen. Naturgemäß müssten die Kämpfe ihren Anfang in Mansfeld nehmen, da die ersten Sipotransporte nach Eisleben, Teutschenthal etc. bestimmt waren. Diese Zusammenstöße würden eine Solidaritätsaktion im ganzen Bezirk (Generalstreik) auslösen. Im Zusammenhang mit dem Generalstreik würde es zu Kämpfen im ganzen Bezirk kommen, und diese Kämpfe würden wiederum eine Solidaritätsaktion im ganzen Reich hervorrufen.

Somit erschien es als nächstes politisches Ziel: Durch unser Vorgehen eine Atmosphäre des unmittelbar mit Waffen auszutragenden Klassenkampfes im ganzen Reiche zu schaffen. Dieses Ziel konnte durch einen militärischen Sieg im Bezirke erfolgreich werden, aber auch eine militärische Niederlage im Bezirke musste uns angesichts der scharfen, unerträglichen Klassengegensätze im Reiche (so rechneten wir) diesem Ziele zumindest näherbringen.

II. DIE MILITÄRISCHEN VORAUSSETZUNGEN

1.) Das Kräfteverhältnis

Ohne auf Details einzugehen, möchten wir nur folgende Ziffern nennen, die das Kräfteverhältnis illustrieren sollen, wie es von uns auf Grund der verschiedenen Berichte (natürlich wurde immer die Hälfte des Berichteten als wahr angenommen) als wahrscheinlich erschien:

Mansfelder Unterbezirk: Stoßtruppen 500, Parteireserve 2.000. Die Parteireserve im Besitze von Waffen.

Stadt Halle: Stoßtruppen 300, Parteireserve 1.000. Waffen für die Stoßtruppen sicher vorhanden.

Dem standen in diesen beiden Unterbezirken gegenüber:

In Halle: 1.500 Mann Sipo, Im Mansfeld wurde alles in allem für die nächsten vier Tage mit der Ankunft von 500 Mann Sipo gerechnet. Außerdem wurden angegeben: Geiseltal, Leuna-Werk und Merseburg: Stoßtruppen 600, gut bewaffnet, Bitterfeld 200 gut bewaffnet, Delitzsch 200 gut bewaffnet. Im Geiseltal sollten viele Waffen liegen, mit denen die Parteireserve des Geiseltales, des Leuna-Werkes und Merseburg versehen werden konnte.

2.) Die Organisation

Die M.P.-Organisation war bis Oktober v. J. relativ sehr gut entwickelt und eine der besten des Reichs. Dann traten Ereignisse ein, die die Orga-

nisation verschlechterten und unsere Tätigkeit paralyisierten und zwar a) die Parteiverschmelzungen. Diese erschütterten die Mitgliedschaft (das ist unsere Basis); b) Im Zusammenhang mit der Verschmelzung wurde eine neue M.P.-Z[entrale] geschaffen, die eine höchst verhängnisvolle Tätigkeit resp. Untätigkeit entwickelte, Bezirke trennte und vereinigte, Personenwechsel nach durchaus nicht sachlichen Prinzipien vornahm. Die M.P.Z. verbot auch aus Gründen der Illegalität den Verkehr der Oberleitung mit den Unterbezirken und beschränkte ihn nur auf die Bezirke. Sie ließ Berichte, Anfragen meistens unbeantwortet, oder beantwortete sie halb. Es bestand nicht einmal eine Verbindung zwischen den benachbarten Oberbezirken. Das Sündenregister dieser M.P.Z. vollends aufzuzählen, hieß ein Buch schreiben. Die M.P.Z. verschwand erst vor sechs Wochen und hinterließ eine Organisation, die in den letzten fünf Monaten um nichts gewachsen, ja infolge der wilden Umstände sogar etwas zurückgegangen war. Der Fall Lemck ist auch ein Produkt dieser M.P.Z. Wir wollen über diesen Fall, der der Zentrale wohlbekannt sein dürfte, uns nicht des Weiteren auslassen. Er war der Nagel zum Sarge der militärischen Aktion in Mitteldeutschland.

III. DER MILITÄRISCHE PLAN

Die militärische Aktion krankte naturgemäß von allem Anfang an daran, dass die politische Aktion langsam gesteigert werden sollte, denn das ließ dem Gegner Zeit, sich festzusetzen, die Stützpunkte zu besetzen, evtl. Waffensuchungen vorzunehmen oder gar eine solche Übermacht im Bezirk zu versammeln und so die Arbeiterschaft abzuschrecken und zu lähmen.

Naturgemäß mussten die Kämpfe zuerst im Mansfelder Unterbezirk beginnen. Wir rechneten, dass es den Mansfeldern gelingen würde, in zwei bis drei Tagen mit 500 Sipo fertig zu werden, die bis zu dieser Zeit sich dort versammeln konnten. Während dieser zwei bis drei Tage würden wir die Sipo in Halle beunruhigen, um den Abzug nach Mansfeld zu verhindern. Nach dem dritten oder vierten Tage (nach der Besiegung der Sipo in Mansfeld) sollten von Bitterfeld, Delitzsch, von Geiseltal und die siegreichen Mansfelder konzentrisch auf Halle vorrücken und Halle nehmen. Die in Merseburg bis zu dieser Zeit versammelten 1.000 bis 2.000 Sipo konnten durch Merseburg, Leuna und Geiseltal mindestens festgehalten werden. Verschiedene Einzelheiten, wie die Aufgabe der Sangerhausener, der Wittenberger, der Torgauer, ferner der militärische Plan für den ganzen Oberbezirk im Eventualfalle mögen hier unerwähnt bleiben.

IV. DER VERLAUF DER AKTION

Zunächst zeigte es sich, dass die politische Einstellung von den Unterbezirken falsch übernommen wurde. Es sei dahingestellt, ob die politischen Unterbezirksleitungen das Gehörte richtig weitergegeben haben oder sie es einem weiten Kreise weiterzugeben versäumt haben. Tatsache ist, dass die Mitgliedschaft der Unterbezirke ihre Einstellung teils aus dem »Klassenkampf«,⁹¹ teils aus der »Roten Fahne« nahm, d. h. entweder schließen oder unvermittelt zu den Waffen griffen. Die politische Führung versagte in vielen Fällen. Ich möchte nur Hennig-Merseburg nennen. Es gab eben noch so manchen USP-Führer oder noch ärger in der VKPD. Die Presse respektive der »Klassenkampf« war noch am Montag kaum von seiner Friedensausgabe zu unterscheiden (am nächsten Tage war er verboten). Die Agitation durch Schrift war gleich Null, es mangelte an einer illegalen Druckerei.

In Mansfeld wurde infolge eines zu frühzeitigen Ultimatums (es lief bereits Sonntag mittag ab) der Kampf zu frühzeitig begonnen. Es mangelte diesen Kämpfern an Munition, aber auch an Waffen. Die Kämpfe kamen bald in Mansfeld zum Stehen, da sich die Kräfte ungefähr das Gleichgewicht hielten.

Dazwischen waren auf Grund einer mündlichen Aufforderung (in einer Versammlung Lemcks) cirka 300 Arbeiter aus Halle nach dem Mansfeld bewaffnet, aber einzeln weggezogen. Manche warfen ihre Waffen in die Saale, da sie die Sipo-Brückenkontrolle befürchteten. Durch diesen Abzug wurde in Halle die ganze Organisation zertrümmert (denn gerade die besten Kämpfer und Stoßtruppenführer waren abgezogen). Nun stellte sich noch heraus, dass eine Anzahl von Arbeitern in Halle schon früher insgeheim ihre Waffen um 100 Mark an die Entwaffnungskommission abgeliefert, aber aus Scham dies verschwiegen hatten. So kam es, dass wir am Dienstag in Halle über sechs Karabiner und drei Revolver verfügten. Unter diesen Umständen beschlossen wir in Halle, einen Kleinkrieg zu organisieren. Zweck: Beunruhigung der Truppe und Eroberung von Waffen durch Überfälle auf kleine Gruppen der Sipo, durch Überfälle auf kleinere Polizeireviere etc.

Was man nun machen konnte, war, den Kampf in Merseburg aufzunehmen. Es wurde zu diesem Zwecke das Geiseltal, das Leuna-Werk, Merseburg und Umgebung, Bitterfeld und Delitzsch gegen Merseburg dirigiert. Wir rechneten mit mindestens 1.500 eigenen gegen 2.000 Sipo. Trotz der Minderzahl war ein Sieg unsererseits möglich.

⁹¹ »Klassenkampf«: VKPD-Zeitung in Halle/Saale.

Aber zunächst versagte das Geiseltal sowohl politisch als auch militärisch. In den ersten fünf Tagen hatte sie höchstens 80 Mann gesammelt. Die berühmten Waffenmengen erwiesen sich als Potemkinsches Dorf.

Im Leuna-Werk war die politische Führung in die Hand der KAPD übergegangen. Wir erhielten keine Auskunft über die Stärke im Leuna-Werk, dafür aber wurden dort 50–80 Mann nach Mansfeld geschickt, die jedoch das Mansfeld nicht erreichten, sondern teils in Ammendorf blieben, teils sich verloren.

Bitterfeld, das den Auftrag hatte, die Überlandzentrale außer Betrieb zu setzen und gegen Merseburg zu marschieren, brachte nach fünf Tagen höchstens 150 Mann zusammen, von denen ca. 50 dem Befehle angeblich nachkamen. Delitzsch reagierte überhaupt nicht. Leipzig entsandte ca. 80 Mann auf unseren Auftrag hin nach Leuna.

Die Leuna-Arbeiter, die bewaffnet waren, werden verschieden geschätzt. Wir wissen heute, dass es mit den Merseburgern zusammen ca. 600 Mann waren. Anstatt nur in kleinen Vorstößen die anmarschierende Truppe zu zersprengen oder einen Teilerfolg in Merseburg zu erzielen versuchen (ein solcher war nicht schwer möglich), blieben die Leuna-Arbeiter im Werke, exerzierten und rührten sich nicht heraus. Unsere diesbezüglichen Aufträge wurden von Kempin augenscheinlich ignoriert. Inwiefern und ob hier ein Fehler unsererseits vorlag, darüber noch später.

Nach Aussage Lemcks und einiger anderer hat Kempin seine Leute einen Tag vor der Erstürmung des Werkes in drei Gruppen gestellt. Den einen Merseburg, den zweiten ebenfalls gegen Merseburg und den dritten gegen Mansfeld geschickt. Im Werke selbst blieben nicht viel Bewaffnete, so dass die Erstürmung sehr leicht war.

Resümee

Angesichts der politischen Umstände war ein militärischer Sieg unsererseits ausgeschlossen. Wenn Fehler seitens der militärischen Leitung begangen worden sind, so ist es höchstens einer, der aber nur ein theoretischer Fehler war, praktisch aber nichts am Resultat geändert hätte.

Die militärische Leitung legte ihren Sitz nach einem Orte, von dem aus die besten Verbindungsmöglichkeiten nach allen Unterbezirken bestanden, nämlich nach Halle. Wir wissen jetzt, dass es richtiger ist, den Sitz der Leitung dorthin zu verlegen, wo sich die größte Truppenmacht befand, weil diese von allen kleineren kämpfenden Truppen als maßgebendes Zentrum empfunden wird, also in diesem Falle hätten wir den Sitz der militärischen Leitung ins Leuna-Werk verlegen müssen. Praktisch hätte das nichts geändert, höchstens wäre es für die Niederlage rühmlicher gewesen.

Es wäre falsch, wenn aus diesen Darstellungen etwa ein Bild entstehen würde, dass die Aktion kläglich verlaufen sei. Es gab verschiedene kleinere Siege, und bei Gröbers wurde sogar $\frac{2}{3}$ einer anrückenden Hundertschaft von uns vernichtet. Auch sonst benahmen sich die kämpfenden Arbeiter in vielen Fällen geradezu heldenhaft.

V. VORZÜGE UND MÄNGEL DER M.P. WÄHREND DER AKTION

- 1.) Der Nachrichtenübermittlungsdienst funktionierte relativ sehr gut. Die zwei Kuriere, die nach dem Leuna-Werk abgehen sollten, aber in Halle blieben, sind eine Ausnahme und soviel wir wissen, nicht von der M.P. direkt geschickt worden.
- 2.) Der Nachrichtenerkundungsdienst war betr. Straßenerkundung sehr gut. Innerhalb der Kasernen gleich Null.
- 3.) Die Propaganda war schlecht wegen Mangels an Flugblättern und an geschultem Personal (unsere diesbezüglichen Vorschläge und Anfragen an die frühere M.P.Z. blieben stets unbeantwortet).
- 4.) Die Jugend hielt sich über alles Erwarten ausgezeichnet, nur im Propagandadienst konnte sie keine Erfolge erzielen. In 1) und 2) waren ihre Leistungen außerordentlich.
- 5.) Waffen ungeheurer Mangel. Die frühere M.P.Z. war in punkto Waffenkäufe unzugänglich.
- 6.) Militärische Kenntnisse fehlten fast $\frac{2}{3}$ der Unterführer, obwohl sie ehemalige Unteroffiziere waren.
- 7.) Die KAP erwies sich als sehr undiszipliniert. Die zwecklosen Sprengungen von Villen etc. waren Hauptinhalt ihrer Aktivität.

VI. AUSBLICK

Alles in allem haben wir politisch einen Erfolg errungen. Wir sind zum ersten Male politisch-militärisch von der Defensive zur Offensive übergegangen. An der Unterordnung der M.P. unter die politische Leitung hat es nicht gemangelt. Künftighin wird unbedingt die politische Leitung die M.P. als einen Teil von ihr betrachten müssen. Für sie muss es von gleichem Interesse sein, einen Erfolg in der Gewerkschaftsfrage buchen zu können wie einen Erfolg in der M.P.-Organisation. Sie muss für die M.P.-Organisation verantwortlich gemacht werden. Das Werfen der Kräfte auf ein spezielles territoriales oder sachliches Gebiet wird in stärkerem Maße gehandhabt werden müssen. Eine künftige M.P.-Organisation wird sich klarwerden müssen insbesondere in Fragen:

- 1.) Straßenorganisation und Betriebsorganisation;

- 2.) Vereinigung [...] ⁹² von Stoßtruppen und Parteireserve;
- 3.) Individuelle Führung (Führung durch einzelne Personen) oder kollegiale resp. Kombination;
- 4.) Waffenkäufe resp. Waffenbeschaffung.

Durchschlag eines Typoskriptes, aus: Bundesarchiv Berlin, RY 1/13/11/13.

Sitzung der Reichsgewerkschaftszentrale mit ihrem Beirat und zwei Vertretern der Zentrale der KPD, 30. März 1921

30.3. abends ½ 5 Uhr.

Mü[ller] eröffnet die Sitzung. Sechs Mitglieder des Beirats der RGZ sind anwesend. – Wir sind bisher ohne Bericht der Zentrale geblieben und glauben annehmen zu dürfen, dass die Zentrale das Bedürfnis hat, uns einen Bericht zu geben.

H[einrich Brandler]: ⁹³ Auf der letzten Sitzung ist beschlossen worden, dass die Partei sich mehr, als wie es bisher geschehen ist, zu aktivisieren hat. Die Partei muss versuchen, in diesen Dingen als handelnder Faktor aufzutreten. Es wurde auf dieser Zentralaussschusssitzung die Parole herausgegeben, wie in bestimmten Situationen zu handeln wäre. Die Parole war ausgegeben: dass, wenn die Betriebe durch die Polizei besetzt werden, das nicht so ohne weiteres hingenommen werden soll. Die Genossen sollen dazu übergehen, in den Generalstreik zu treten. Das Mansfelder Gebiet war ausersehen von der Polizei zur Besetzung. Unsere Genossen im Mansfelder Gebiet haben nun diese Parole etwas zu falsch aufgefasst oder nicht so befolgt, wie sie war. Im Mansfelder Gebiet lag nicht vor keine Besetzung, sondern Einmarsch. Das haben die Mansfelder Genossen benutzt. Sie haben die Betriebe besetzt und sich zur Wehr gesetzt gegen die Polizei. Dadurch sind sie in heftige Kämpfe gekommen mit der Sipo und mit der Arbeiterschaft selbst. Es ist keine allgemeine Bewegung dort, keine klare Front aller Arbeiter gegen die Polizeiaktion, sondern leider ist durch diese falsche Art und Weise der Einleitung der Bewegung eine Front eines Teils der Arbeiter gegen den anderen Teil der Arbeiter und gegen die Sipo geworden. Die Parole, die weiter ausgegeben war: Es müssen sich die einzel-

⁹² Zwei Worte nicht entziffert.

⁹³ Heinrich Brandler, Vorsitzender der VKPD.

nen Bezirke gegenseitig unterstützen, ist in Hamburg so aufgefasst worden, die mitteldeutschen Arbeiter zu unterstützen. Die Partei war auf diese größere Aktivität nicht eingestellt. Wir wurden vor die Frage gestellt: Was soll jetzt getan werden? Sollen wir die Genossen, die sich jetzt im Kampf befinden gegen die Staatsgewalt und Bourgeoisie, sollen wir sie unterstützen oder fallenlassen. Eine gewisse Zwangslage war gegeben und glaubten die Genossen herauszukommen dadurch, dass sie die Parole zum Generalstreik ausgaben. Diese wurde natürlich durch das Osterfest behindert. Die Generalstreikparole musste nach unserer Meinung herausgegeben werden, um zu verhindern, dass Teile unserer Genossen, die im Kampf standen, sich abkämpften, ohne dass Hilfe kam. Man hat dann alles getan, um den Genossen zu helfen, und den Auftrag gegeben, die Aktion der mitteldeutschen Arbeiter durch Arbeitsniederlegung zu unterstützen. Wir haben bei den Massen nicht den Widerhall gefunden, der erwartet wurde und den man hätte erwarten sollen. Die breiten Massen haben nicht den ganzen Ernst der Situation erfasst. Das Zum-Bewusstsein-Kommen ist den Arbeitern erschwert worden durch die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften. Die Front, die die Kommunisten gegen die Bourgeoisie aufstellten, haben sie umgebogen gegen die Arbeiter. In dem Moment, als wir uns in den Kampf begaben, kam vom Allgemeinen Gewerkschaftsbund die Parole heraus: die Kommunisten allein zu lassen, und stellten sie sich positiv an die Seite der Gegner.

Einen kurzen Bericht über die gegenwärtige nun vorliegende Situation. Im Berliner Bezirk wisst Ihr ja aus eigener Erfahrung, was los ist. Die Berliner Arbeiterschaft ist nicht in die Bewegung gekommen, sie hält sich von der Bewegung zurück, sie ist zum allergrößten Teil passiv. Die schreckliche Passivität, die in Berlin unter der Arbeiterschaft herrscht, ist glücklicherweise nicht im Reich. Sie ist nicht hervorgerufen dadurch, dass sie nicht geführt wird, wie sie geführt werden müsste.

Das rheinisch-westfälische Gebiet ist am Sonnabend der Parole des Generalstreiks gefolgt. Es ist an den Osterfeiertagen zu Konflikten gekommen, bei denen man in die Arbeiterschaft gefeuert hat.

Unterbezirk Moers ruht die Arbeit gänzlich. Man kann im Ruhrbezirk nicht davon sprechen, dass sich die Bewegung ausgedehnt hat. Da, wo die Arbeit am Sonnabend eingestellt worden ist, ist sie gestern wieder aufgenommen worden. Die Behörde hat im rheinisch-westfälischen Industriebezirk sofort mit einer harten Verfolgung unserer Genossen eingesetzt, die Zeitungen sind verboten worden.

In den Bezirken an der Wasserkante, in Hamburg, dessen Arbeitervolk das sich im Kampf befindliche war, ist dies zum Teil niederkämpft

worden, aber sein Kampfeswille ist nicht gebrochen. Hamburg ist nicht imstande, ohne Unterstützung aus dem Reiche seine Bewegung weiter zu entwickeln.

In anderen Hafentorten an der Nord- und Ostsee ist eine Bewegung unter den Werftarbeitern noch nicht zum Ausbruch gekommen. Eine größere Aktion ist in Bremen im Gange. Dort ist mit der Möglichkeit zu rechnen, dass die Unterweserorte in breiteren Schichten doch noch in die Bewegung eintreten.

In Ostpreußen ist eine Bewegung im Gange unter den Landarbeitern. Man kann aber noch nicht mit Bestimmtheit sagen, ob sie unmittelbar zum Ausdruck kommt. Es haben Versammlungen stattgefunden in verschiedenen Orten, die Stimmung ist eine außerordentlich gute. So wird berichtet. In Königsberg ist man seitens der Sipo gestern dazu übergegangen – weil die Arbeiterschaft beschlossen hat, die Streikbewegung einzuleiten, hat man alle kommunistischen Gewerkschaftszeitungen verboten, man hat verboten das Herauskommen der »Roten Fahne«. Der letzte Bericht, der von dort vorliegt, ist dahin zu verstehen, dass sie glauben, durch diese Aktion würde die Bewegung schneller vorwärtsgehen. Im Hafen von Königsberg sind die Arbeiter in die Bewegung eingetreten, soweit Nachrichten vorliegen. – In Oberschlesien hat sich nichts Rechtes bemerkbar gemacht.

Im süddeutschen Gebiet ist es aber so, dass sich in Baden eine Bewegung aufgemacht hat, ebenfalls in der Pfalz. In Mannheim ist es gestern zu Zusammenstößen gekommen mit der Polizei. Die Mannheimer haben 13 Tote nach dem Bericht, der vorliegt.

In Württemberg ist eine große Demonstration gewesen am 2. Osterfeiertag, an der 18.000 Personen teilgenommen haben. Die Behörde ist sofort eingeschritten und hat eine ganze Anzahl Kommunisten verhaftet, unter anderen auch Böttcher.

In Bayern ist die Sache so, dass unsere Genossen des Glaubens sind, dass sie die Bewegung, die schon sowieso in Bayern gegen die Orgesch besteht, vorwärtstreiben können. Vor allem erklären die Eisenbahner von Bayern, dass sie verhindern wollen, dass die Orgesch von Bayern auszieht.

Im Mansfelder Gebiet sind die Arbeiter militärisch niedergekämpft. Die Arbeiter sind aber nicht so entmutigt, wie das nach den bürgerlichen Zeitungsberichten erscheint. In Halle, das noch nicht an der Bewegung teilgenommen hat, ist zu verzeichnen, dass am gestrigen Tage die Arbeiter in den Streik getreten sind und heute der Streik in Halle ein allgemeiner geworden ist. Bitterfeld ist erneut in die Bewegung getreten. In Thüringen wird in den Waldorten fast überall gestreikt, in Eisenach und Gotha auch. In Erfurt sind 65 % der Arbeiter in den Streik getreten. Heute wollen die Arbeiter des Anhaltinischen Kaliegebietes in den Streik treten und das Braunkohlegebiet.

In Leipzig ist die Arbeiterschaft zum Teil in den Streik getreten. Es ist aber nur ein Teilstreik zu erzielen gewesen.

Die Arbeiter des Braunkohlengebietes Borna sind in den Streik getreten, im Meuselwitzer Gebiet ebenfalls. Der Chemnitzer Bericht meldet, dass sie heute ebenfalls in die Bewegung eintreten.

Eine Bemerkung ist zu machen, nämlich dass nicht nur die USP und SPD-Arbeiter gegen diese Bewegung sind, sondern dass sich durch diese Stimmung ein Teil unserer Genossen beeinflussen ließ und eine ganz pessimistische Stimmung zur Schau trägt. Manche Bezirke haben nicht mitgemacht. Man hat gesagt, die Bewegung sei falsch und verderblich, man sollte sie nicht machen; und auf Grund dieser Tatsache, dass in den eignen Reihen eine große Miesmacherei besteht, ist eine gewisse Stockung in der Bewegung eingetreten.

Die Zentrale hat sich heute morgen damit beschäftigt, und sie ist der Meinung, dass absolut kein Grund vorliegt, die Bewegung als eine Bewegung zu betrachten, die im Sande verlaufen ist. Bei einer intensiven Arbeit muss es möglich sein, breitere Schichten der Arbeiter in Bewegung zu setzen, dass man der Bewegung eine größere Intensität und Wucht geben kann. Sie ist der Meinung, dass mit der größten Kraft daran gearbeitet werden muss. Man glaubt nicht, dass es die Bewegung ist, die das Endziel, die proletarische Macht aufzubauen, erkämpft, sondern sie ist nötig, um das Proletariat wieder in Bewegung zu bringen. Die inner- und außerpolitischen Schwierigkeiten, in der sich die deutsche Bourgeoisie befindet, werden nach wie vor weiterwirken. Es muss dem Proletariat zum Bewusstsein kommen, dass es im Kampf nicht von der Bourgeoisie geschlagen ist, sondern durch den Verrat, den die USP, Gewerkschaften und SPD an ihm verübt haben. Die Partei hält es für eine absolute Notwendigkeit, zu versuchen, den Kampf noch weiter auszubreiten.

Wo[lf]:⁹⁴ In welcher Weise gedenkt die Zentrale, die Aktion zu steigern? Ich frage das besonders im Hinblick auf die gestrige Besprechung mit Fr[itz] H[eckert],⁹⁵ in der wir ihm auseinandersetzen, dass nach unserer Meinung hier in Berlin keine Propagandamöglichkeit zur Steigerung der Aktion gegeben scheint.

P[aul Frölich]: Diese ganze Kampagne ist natürlich so zu verstehen, dass nun mit einem gewissen einheitlichen Zug in allen Orten Deutschlands

⁹⁴ Fritz Wolff (1897–1946) war 1920/21 Mitglied der Reichsgewerkschaftszentrale.

⁹⁵ Fritz Heckert (1884–1936) war Mitglied der Zentrale der KPD.

gleichmäßig die Bewegung nicht zustande kam. So darf uns auch der Stillstand der Bewegung in einzelnen Orten nicht irritieren. Wir wissen, dass die Berliner Arbeiterschaft immer hinterher gehinkt ist bei Bewegungen. Wir dürfen die Berliner Bewegung nicht maßgebend sein lassen für die Kampfesstimmung im Reich. Hier ist die Möglichkeit gegeben, größere Massen hinzureißen. Wir sind der Meinung, dass sich auch bei einer intensiven Propagandatätigkeit diese Ruhe, in der sich bisher die Sipo bewegt, verlieren wird, und so die Arbeiterschaft gereizt wird, die heute in unserem Kampf nicht erfasst ist. Wir müssen Flugblätter, Zeitungen verbreiten, Redner in die Betriebe schicken, um die Leute von der Notwendigkeit des Kampfes zu überzeugen. Es wird Differenzen unter den Arbeitern geben. Aber diese Dinge werden die Gereiztheit schaffen, die uns die Möglichkeit gibt, den Kampf weitertreiben zu können. Die Berliner haben die KAP herangezogen und gesagt, die unsinnigen Attentate zu unterlassen. Die Arbeiterschaft darf sich nicht gegen uns wenden. Wir müssen rein propagandistisch versuchen, die Sache zuzuspitzen. In Berlin wird die Möglichkeit sein, im Verlaufe dieser Woche eine größere Nervosität in den Betrieben herbeizuführen, um die Arbeiterschaft aus ihrem Trott herauszubringen. Sollte dies nicht möglich sein – sollte man sehen in Berlin, dass sich die Stimmung nicht erzeugen lässt –, so müsste man den Kampf aufgeben für Berlin, aber aufrechterhalten für das Reich. Ich bin überzeugt, dass ein ganzer Teil der Kommunisten, die aus den Betrieben herausgegangen sind, von den Unternehmern nicht mehr reinkommen werden. Wir müssen sie selbstverständlich unterstützen. – Wir müssen versuchen, durch Flugblätter zu wirken, größere Massen in den Streik hineinzuziehen. Es wird möglich sein, eine Million Arbeiter in Berlin in den Streik zu bringen. Es wird möglich sein, die Elektrizitätsarbeiter auch mit hineinzuziehen. Dann können die anderen Arbeiter sagen, wir können nicht arbeiten, weil die Elektrizitätsarbeiter streiken. Das ist Berlin. – H[einrich Brandler] hat schon auf das Reich hingewiesen. In Berlin herrschte großer mangelnder Glaube bei vielen Genossen, dass wir noch nicht in der Lage sind, diese Sache zu machen. Sie haben überhaupt eine konfuse Vorstellung, dass eine große Sache zu machen ist. – Durch die Feiertage konnte in vielen Bezirken die Bewegung nicht organisiert werden. Wir müssen abwarten, ob morgen und am Freitag sich eine größere Generalstreikbewegung in der Provinz entfacht. – So bedauerlich auch die Opfer sind, so bin ich überzeugt, dass dadurch auch die Kreise, die heute beiseite stehen, in den Kampf hineingerissen werden. Wir haben den Kampf eingeleitet, wir haben nicht alle Mittel in Bewegung gesetzt, um die Kräfte zu steigern, um die Aktion zu steigern. Die Druckmöglichkeit in den Bezirken klappte auch nicht so. Ich glaube aber, dass

wir im Laufe dieser Woche eine Bewegung auf die Beine bekommen, mit der wir uns sehr wohl sehen lassen können, so dass die Arbeiter trotzdem in den Kampf eintreten. Für Euch kommt es nur in Frage, die Kräfte zur Verfügung zu stellen.

*Ru[th Fischer].*⁹⁶ Genossen! Nach dem Bericht versagen mehr als drei, vier Industriezentren. Berlin versagt, das Ruhrgebiet versagt, Leipzig versagt und die Mansfelder Genossen sind niedergeschlagen.

H[einrich Brandler:] Militärisch!

Aus Pommern hört man nichts, und auch aus dem Mecklenburgischen ist nichts berichtet. Im ganzen Bericht fehlt die Auskunft, ob man die Bewegung übertragen kann auf das flache Land. Ich möchte fragen, wenn wir den Kampf zu steigern hier in Berlin versuchen sollen, dann ist für uns doch letzten Endes wissenswert, zu erfahren, in welchen Bezirken denn der Kampf nach der Meinung der Zentrale nicht so ausgebrochen ist, wie er ausbrechen sollte, welche Bezirke versagt haben durch direkte Sabotage. Das müsste man uns sagen können. Man muss sich über die Ziele klar werden, die man sich bei der Bewegung zieht.

*Schu[lz].*⁹⁷ Die Genossen wussten über die Bewegung auf dem Lande nichts zu sagen. Ich habe eine Konferenz der Landarbeiter in Ostpreußen vor zehn Tagen mitgemacht, die stimmungsmäßig ganz gut war, aber zahlenmäßig schlecht besucht war und die höchstens neun Kreise umfasst hat, und 43 Kreise sind in Ostpreußen. Jetzt sagt der Genosse Kl[ein]⁹⁸ gestern, dass sie die Streikbewegung wegen der Sache in Mitteldeutschland ganz gewiss nicht entfachen können. Sie könnten allerdings eine Teilbewegung der Landarbeiter in Ostpreußen entfachen wegen Tariffragen, die eine sichere Gefolgschaft, nach der Auffassung des Genossen Klein, und er ist in dieser Beziehung immer optimistisch, in elf Kreisen gewähren würde. In elf Kreisen – das ist nicht glanzvoll. – In Königsberg selbst könnte man eine gute Bewegung entfachen. – Die Bewegung auf dem Lande in Ostpreußen kann nicht glanzvoll verlaufen. Die Sabotage der USP und SPD wirkt auf die Landarbeiter, und ich habe nicht die Auffassung, dass wir diesen Wi-

⁹⁶ Ruth Fischer (1895–1961) leitete zusammen mit Arkadi Maslow die Berliner KPD-Organisation sowie 1924/25 die gesamte KPD.

⁹⁷ Karl Schulz (1884–1933) war Mitbegründer der »Gruppe Internationale« (Spartakusgruppe) und Delegierter auf dem Gründungsparteitag der KPD sowie Leiter die Landagitation der KPD; er starb nach Misshandlungen im Gefängnis Spandau.

⁹⁸ Karl Klein (1886–1960) war von 1920 bis 1922 Polleiter der Bezirksleitung Ostpreußen in Königsberg.

derstand zermürben können. – Von Pommern bin ich nicht unterrichtet. Ich weiß aber, dass der Zulauf der Landarbeiter so stark nicht ist. Das einzige Gebiet wäre Vorpommern. Da haben wir einen stärkeren Halt. Und dann in Hinterpommern. Die pommerschen Landarbeiter werden politisch nicht in Bewegung zu bringen sein.

In Mecklenburg war ich am Ostermontag auf einer Landarbeiterkonferenz. Sie war von 37 Orten mit 58 Delegierten beschickt. Die Stimmung war sehr gut. Die Leute waren außerordentlich begeistert, aber was kann man mit 37 Orten, an denen gewiss noch ein Schock von Orten kleben, anfangen. Die Bezirksleitung sagte mir, sie glaube nicht, dass sie politisch die Landarbeiter in Bewegung bringen kann. Sie wolle es versuchen mit einer Lohnbewegung. Wie schnell das möglich ist, darüber kann ich nichts sagen. Die Mecklenburgische Landarbeiterschaft kann also ebenso wenig als ein starker Aktivfaktor in Rechnung gestellt werden.

Die Schleswig-Holsteinischen Landarbeiter haben nichts hören lassen. Ich bin sehr enttäuscht, dass die beiden Genossen P[aul Frölich] und H[einrich Brandler] nichts sagen konnten über die Holsteinischen Arbeiter.

Die mitteldeutschen Landarbeiter hatten sich abgesondert in einem festen Trupp. Die Bezirksleitung in Hannover und Braunschweig hat es nicht verstanden, diesen Trupp an sich heranzubringen. Sie haben nicht die geringsten organisatorischen Beziehungen gehabt. Ich war noch am Donnerstag in Braunschweig in einer Funktionärssitzung, und ich hörte zu meinem Erstaunen, dass von den Landarbeitern kein einziger dort war. Es waren die Dinge auch so, dass diese mitteldeutschen Landarbeiter wahrscheinlich schwer reinzubringen sind, das schließe ich daraus: Die Mansfelder sind mit den Braunschweigern in organisatorischer Verbindung seit ungefähr drei bis vier Jahren. Die Mansfelder Arbeiter im Seekreis und Gebirgskreis waren in der Bewegung. Die Leitung saß in Halle. Es hat also nichts herübergegriffen. Die Inaktivität der Braunschweiger Gauleitung zeigt sich darin, dass sie selbst nicht einmal das Bedürfnis hatte, mit der VKPD in Beziehungen zu kommen. Die gedankenlose Art, wie sich die Braunschweiger Bezirksleitung bewegt hat, zeigt, dass mit den Landarbeitern nicht viel mehr zu machen ist.

Ich gebe mich durchaus nicht der Hoffnung hin, die die Genossen P[aul Frölich] und H[einrich Brandler] geäußert haben, dass die Aktion noch wesentlich zu steigern sei. Wenn in den Städten es schon sehr mäßig und matt ist, wird es auf dem Lande schon gar nichts werden. Sie erfassen nicht sofort eine politische Parole, sie müssen zunächst einen Vorteil sehen. Es ist doch auffällig, dass beide Bezirksleitungen, Mecklenburg und Ostpreußen, die Landarbeiter in Bewegung zu bringen versuchen werden, wenn sie eine Tarifffrage mit reinziehen.

Das Niederrheinische Gebiet steht auch schlecht.

Die Hoffnung auf die Bayern kann man fallenlassen. Selbst wenn die Eisenbahner sich verpflichten, die Orgesch nicht abziehen zu lassen, so sind sie doch glatt erdrückt am ersten Tage. Das Einzige wäre noch, dass man in Nürnberg etwas machen könnte. Man soll sich doch jetzt nicht solchen Illusionen hingeben, die, wenn man sie näher prüft, absolut haltlos sind.

Die Hauptzentren der Landarbeiter geben Ostpreußen, Pommern, Mecklenburg, Holstein. Das mitteldeutsche Gebiet mit Magdeburg liegt zunächst brach. Ich habe die Hoffnung, dass man in Ostpreußen Teilstreiks in die Bewegung hineinziehen kann. Ich möchte doch zu bedenken geben, ob das zweckmäßig ist. Einen erfolgreichen Ausgang haben wir nicht.

H[einrich Brandler] und P[aul Frölich] haben uns nicht sagen können, dass eine starke Steigerung möglich ist. Da sage ich mir, wenn es schon in den Industriegebieten nicht möglich ist – die Landbezirke sind sehr matt. Ich frage mich, ob es großen Sinn hat, die Hoffnungen zu knüpfen auf einen Krieg zwischen Polen und Deutschland. Die sind wohl sehr gering. Es wäre vielleicht eine zugkräftige Parole. – Die frühzeitig ausgebrochene Bewegung in Mitteldeutschland hat die Reaktion aufmerksam gemacht, dass sie die Dinge nicht auf die Spitze treiben darf. – Welche politischen Perspektiven haben die Zentrale geleitet?

[Richard] Mü[ller]: Genossen! Es ist selbstverständlich, dass die RGZ ein Interesse an der Bewegung hat. Und wenn uns ein Bericht gegeben wird von den Vertretern der Zentrale, müssen wir Stellung dazu nehmen und auch kritisch. Das werde ich tun, selbst auf die Gefahr hin, dass man mich unter die Miesmacher wirft. Ich werde in Funktionärskreisen nichts darüber sagen. Man darf der Aktion, solange sie in Bewegung ist, nicht in den Arm fallen. Zu dem Bericht ist viel zu sagen.

Was der Genosse H[einrich Brandler] berichtete über den Beginn des Kampfes, dazu ist viel zu sagen. So stimmt es nicht. – Der Genosse H[einrich Brandler] beklagt das passive Verhalten der Berliner Arbeiterschaft. Das musste jeder, der die Berliner Arbeiter kannte, voraussehen. In Berlin war kein Generalstreik möglich, auch nicht für absehbare Zeit. Es wäre verfehlt, wenn die Partei auf eine solche Illusion ihre weitere Haltung aufbauen würde. Unsere Genossen lehnen das ab. Wir kommen nicht in die Betriebe hinein, und würden wir das, dann würden wir rausgehauen. Wir Metallarbeiter waren auf dem besten Wege, die Verwaltung zu stürzen, aber jetzt haben wir einen sehr schweren Stand. In Berlin ist die Bewegung tot, die lässt sich nicht wieder aufrichten. Es ist bereits hier soweit, dass die Arbeiter selbst die Sipo zum Schutze gegen die Kommunisten verlangen. Hier

haben wir den Kampf der Arbeiter gegen die Arbeiter. Unsere Kommunisten werden verhaftet, und die anderen Arbeiter freuen sich darüber. Und wenn diese Parole weiter befolgt wird, werden hier in Berlin bald unsere aktiven Genossen hinter Schloss und Riegel sitzen. So in Berlin.

Wie steht es im Rheinland? Ich kann es nicht für günstig ansehen nach dem Bericht. Auf das Rheinland hat man gehofft und jetzt sieht man aus dem Bericht, dort flammt es auf und dort ab.

Hamburg ist zusammengebrochen, berichtet Brandler.

Ebenso Mitteldeutschland. Noch einmal eine Bewegung zu entfachen in Hamburg, ist einfach eine Illusion, auf die die Zentrale nicht bauen darf.

Ostpreußen soll angeblich günstig stehen, behauptet E[rnst] M[eyer]. Ich war gestern in Königsberg. Wir kommen in Ostpreußen nicht zu einer Bewegung. Wenn man der Ansicht E[rnst] M[eyers] ist, kann man als ein günstiges Moment betrachten, dass eine Arbeitslosenversammlung von der Sipo auseinandergehauen wurde?! In Ostpreußen kommt keine Bewegung zustande, und die Tarifbewegung, auf die man hofft, die hat einen sehr langsamen Lauf. Wer Tarifbewegungen kennt, weiß, dass sie sich immer sehr allmählich entwickeln.

P[aul Frölich:] Dazumal!

Eine solche Bewegung liegt nicht in den Händen der Kommunisten, sondern in denen der Gewerkschaftsführer. Kommt es in Ostpreußen zum Kampf, so kann's nur dort sein, wo unsere Genossen in kleinen Orten die Gutsbesitzer heraushauen.

In Mecklenburg und Pommern steht es ebenso.

Man soll doch nicht sagen, in Süddeutschland wird eine große Bewegung kommen. Das ist unmöglich, nachdem die Gewerkschaftspresse gegen uns hetzt, nachdem der ADGB die Parole gegen uns herausgegeben hat. Wisst Ihr denn nicht, dass die Arbeiter noch hinter denen stehen?

In Mitteldeutschland ist die Arbeiterschaft militärisch niedergeschlagen. Das genügt gerade. Auch in Mitteldeutschland ist die Stimmung ungünstig, und auch dort bricht der Bandenkrieg aus, der wird uns an die Rockschoße gehängt, und die KPD wird verantwortlich gemacht für die Taten dieser Banden. Dann haben wir einen sehr schweren Stand.

Ich halte es für besser, nach Mitteln und Wegen zu suchen, diese Bewegung zu Ende zu bringen. – Sachsen, der Kommunistenort Chemnitz, lässt gar nichts hören. Die Bewegung bricht überall in sich zusammen. Es ist eine Bewegung letzten Endes der Arbeiter gegen die Arbeiter.

Wenn man sagt, in unseren Reihen sind die Miesmacher – ich muss Euch offen gestehen, wenn ich draußen im Betrieb stände und ich sehe, meine

Genossen folgen nicht der Parole trotz all meinem Mühn, was würde ich als Kommunist machen? Würde ich allein rausgehen? Und den Betrieb im Stich lassen? Das wäre ein Wahnsinn! Unsere Genossen sagen sich, wenn sie aus dem Betrieb gehen, haben sie den Einfluss unter der Arbeiterschaft verloren. Sie folgen deshalb nicht der Parole.

[Fritz] Wolff: Die Berliner haben die Gegenparole rausgegeben: Die Kommunisten, auch wenn sie in der Minderheit sind, sollen rausgehen. Unsere Genossen in den Betrieben werden in eine geradezu furchtbare Situation gedrängt, um so mehr, da die »Rote Fahne« und die Zentrale eine widerspruchsvolle Haltung eingenommen haben. – Man soll deshalb nach einem Weg suchen, der die ganze Bewegung so beendet, dass unsere Partei nicht noch mehr unter die Räder kommt. Das sollte sich die Zentrale vor Augen halten.

Eckfert: Es wird heute fast überall voll gearbeitet mit geringen Ausnahmen. Und der Strom, der dazu benötigt wird, kommt von Golpa und Zschornewitz. Fritz meinte gestern, dass damit zu rechnen sei, dass die Arbeiter nicht mehr voll arbeiten können, wenn dort gestreikt wird. Das Gegenteil ist eingetreten. – Ich sage Euch, die Berichterstattung klappt nicht, die Zentrale ist nicht objektiv unterrichtet. Wir verlangen von der Zentrale zum mindesten, wenn wir den Generalstreik auf eine breitere Basis stellen sollen, zu erfahren, was wir einzusetzen haben. Und da kann ich Euch aus meiner Kenntnis sagen: Ich weiß zwei große Betriebe, Bergmann und ...,⁹⁹ die tatsächlich streiken, dann noch ein Teil kleiner Betriebe und die Autoschlosser, die 500 Mann stark streiken, weil sie vorher in Lohnbewegung standen. Nichts weiter ist vorhanden. Ich habe mich umgesehen bei den Betrieben, die als Hochburgen zu bezeichnen sind, bei Loewe, bei den Elektrizitätswerken in Moabit, in den Gasanstalten, und da habe ich konstatiert, dass die Arbeiter in Scharen in den Betrieb gingen, trotzdem schwer bewaffnete Sipo bei dem Pförtner stand. Höchstens zehn bis zwanzig Mann unserer Genossen standen draußen. Keine Laus bewegt sich, nichts ist da. Wie sollen wir herankommen an die Betriebe? Wir müssen zum mindesten etwas haben, das wir aktiv einsetzen können, um den Arbeitern in anderen Betrieben zu zeigen, dort steht ein Gros von Arbeitern draußen.

Ich habe die Betriebsversammlung der A.E.G. Brunnenstr., Ecke Husitenstr. mitangesehen und muss sagen, sie war sehr gut. Ich nehme an,

⁹⁹ Auslassung im Original.

dass die Belegschaft restlos auf dem Hof versammelt war. Niemand ließ uns vor. Die Redner sprachen. Dann wurde abgestimmt. Da haben von 7.000 Mann ungefähr 1.400 für den Generalstreik gestimmt. Herausgegangen sind dann 400 bis 500, das übrige Gros arbeitet in dem Betriebe.

Von 500 Mann aus den Mittelbetrieben sind 125 Mann für den Generalstreik ...¹⁰⁰

Unsere Partei sagt, wir gehen vollkommen konform mit der KAP. Was tun die Leute der B[etriebs-]O[rganisationen]? Sie sagten: Wir bleiben in den Betrieben, geht ihr doch raus. Sie haben von ihrer Zentrale die Anweisung, drinnen zu bleiben, wenn sie in der Minderheit sind.

Was haben wir tatsächlich an Arbeitermassen? Gebt uns Aufschluss, Ihr Mitglieder der Zentrale! Es ist bitter wenig. Ich glaube nicht mehr an eine Steigerung des Kampfes in Berlin. In Berlin versandet die Bewegung. Gebt uns Richtlinien, was haben wir als Aktivposten hier in Berlin einzusetzen? Wieviel Genossen stehen draußen? Das müssen wir unseren Genossen draußen sagen.

Der Obmann vom Gaswerk Danziger Straße erklärte mir gestern: Tut mit mir, was Ihr wollt, ich kann diesen Wahnsinn nicht mehr mitmachen. Ich habe die Genossen draußen gehalten, am Sonnabend sind die wieder reingelaufen. Wir stehen mit 20 Kommunisten draußen.

Ich bin bereit, das an Hand des Materials zu beweisen.

H[einrich Brandler]: Das ist uns ganz neu, dass Berlin eine derartige Anweisung herausgegeben haben soll. Heute früh ist uns von dem Sekretär der Berliner Zentrale erklärt worden die Anschauung, die wir in der ganzen Periode propagiert haben: dass man die Minderheit nicht herausnehme. Nicht nur unsere Genossen seien der Anschauung, sondern auch die KAP. Die Genossen, die in der Minderheit sind, sollen im Betriebe bleiben. Die andere Anweisung widerspräche den Anweisungen der Zentrale. – Schulz vermisste, dass über die Landarbeiterbewegung kein besserer Bericht gegeben worden ist. Wir können nur das berichten, was uns mitgeteilt worden ist von den Bezirken. Ich weiß nicht, ob der Bericht des Genossen Schulz über die Zustände in Ostpreußen ein zweifelhafter ist. Der Bericht der Bezirksleitung, der gestern über die Landarbeiter gegeben worden ist, lautet anders. Die Bewegung in Königsberg ist wenig anders, als sie Müller geschildert hat.¹⁰¹

¹⁰⁰ Auslassung im Original.

¹⁰¹ So im Original; möglicherweise ist: »ein wenig anders« gemeint.

In Pommern und Mecklenburg sind die Dinge so, dass unsere Genossen die Landarbeiter nicht in Mobilisation gebracht haben.

Von Schleswig-Holstein ist mir nicht bekannt, dass ein Bericht vorgelegen hat. Ich weiß nicht, was da los ist.

Gewisslich sind die Dinge verknüpft mit wirtschaftlichen Bewegungen, in denen die Arbeiter stehen, und ist es auch nicht nur reine Sympathiebewegung, das haben wir auch gar nicht angenommen. Es wurde gesprochen von den politischen Komplikationen, die zu erwarten sind. Die stehen noch genau so wie am Anfang. Der Krieg mit Polen ist gewisslich nicht erklärt. Die deutsche Regierung hat ihre Truppen nach dort konzentriert. (Schon seit drei Wochen!)

Natürlich. Die Polen haben das ebenfalls getan. Die nationalen Konflikte sind außerordentlich scharf. Ob die deutsche Regierung jetzt reagiert, weiß ich nicht, solange der Streik geht. Dass sie das aber muss beim Abschluss der Bewegung, ist klar. Die Drohungen der Entente sind nicht kleiner geworden, sie sind sogar verschärft. Die Wirkungen, die die Sanktionen haben werden, sind außergewöhnlich stark. Die Bergarbeiterbewegung, soweit sie einen materiellen Charakter trägt, ist durchaus nicht tangiert durch unsere Bewegung. Es kommt nur darauf an, dass an alle Konflikte angeknüpft wird.

In Berlin sind wir uns klar darüber, dass hier die Dinge schlecht stehen. Woran das liegt? Vielleicht einerseits an dem schlechten Funktionieren des Parteiapparates.

Eines ist zu bemerken, dass die Erregung, die bei den Arbeitern am Sonnabend und am Montag gegen unsere Bewegung herrschte, heute nicht mehr in diesem Grade vorhanden ist. Die Besetzung der Betriebe durch die Sipo und die Art und Weise, wie die Arbeiter behandelt worden sind, haben doch eine ganze Menge stutzig gemacht.

(*Hoefrnle*):¹⁰² Du glaubst ja gar nicht, was Du sagst!

Dann hatte ich ausgeführt, dass die Partei der Meinung ist, in manchen Bezirken haben die Genossen außerordentlich stark miesgemacht, und dadurch sei die Bewegung nicht so in Zug gekommen. Halle, Mitteldeutschland kommt zuerst in Frage. Da aber hat die Bezirksleitung absolut versagt.

¹⁰² Wahrscheinlich handelt es sich um den mit der Mehrheit der USPD im Dezember 1920 zur VKPD gekommenen Emil Höllein (1880–1929), der zu den treibenden Kräften des März-Putsches zählte. Eher unwahrscheinlich ist, dass hier der besonnene Theologe Edwin Hoernle (1883–1952), ein enger Vertrauter von Clara Zetkin (1857–1933), in dieser Weise dazwischenrief, er war seit Oktober 1920 für den Aufbau der Landabteilung in der Zentrale der KPD verantwortlich.

Dort hat jeder das gemacht, wozu er Lust hatte. Die Berichte, die sie gegeben haben, waren glattweg erfunden von den Genossen. Dann haben sich die Genossen an das, was angewiesen war, in keiner Weise gehalten. Lemck ist mit einem Haufen von Leuten abgereist, und die Stadt Halle ist dadurch in eine sehr unglückliche Situation gekommen, weil er mit dem ganzen Parteiapparat weggegangen ist. Der ganze Parteiapparat ist glattweg auseinandergefallen. Diese Miesmacherei im Bezirk Halle hat einen wesentlichen Teil Schuld daran, dass die Bewegung in Mitteldeutschland nicht straffer zusammengehalten worden ist, und so die Ursache war zur Niederlage. Dass heute in Halle alle wichtigen Betriebe im Ausstand stehen, ist ein Beweis dafür, dass mit der Arbeiterschaft etwas zu machen gewesen wäre, wenn eine straffe Leitung bestanden hätte. – Die Zentrale der Partei ist nicht der Meinung, dass diese Bewegung einen unmittelbaren Weg nach aufwärts nehmen würde, sondern dass sie sich aufwärts und abwärts bewegen könne, dass es nicht ein allgemeiner Streik in ganz Deutschland sein könne, sondern dass er heute hier und morgen da aufflammt. Es kommt nur darauf an, alle diese Dinge in eine einheitliche Linie zu bringen.

*Schl[ag].*¹⁰³ H[einrich Brandler] hat gesagt, es würde in der Zentrale nicht so aufgefasst, dass der Generalstreik mit einmal ausbricht. Das würde heißen, dass wir mit unserer Parole Generalstreik bedeutend vorausgeeilt wären. Die Bewegung ist aussichtslos. Es mangelt der Bewegung das Urwüchsige. Die Industriebezirke, die in die Aktion eingetreten sind, sind vornehmlich aus Kommunisten zusammengesetzt, die provoziert worden sind, ohne in Verbindung zu bleiben mit der Masse der Arbeiterschaft, und darum können wir heute feststellen, dass durch die ganze deutsche Arbeiterschaft ein tiefer Riss geht und dass die Kämpfe nicht toben zwischen Bourgeoisie und uns, sondern dass die Bourgeoisie einen großen Teil der Arbeiterschaft auf ihrer Seite hat. Ich will damit nicht sagen, dass wir mit dem Kampf warten sollen, bis die gesamte Arbeiterschaft auf unserer Seite ist. Aber so wie es heute steht, dass der Riss ganz links durch die Arbeiterschaft geht, ist nichts mehr zu machen. Der Anschluss an die Berliner Arbeiterschaft ist verbummelt worden am Gründonnerstag. Heute halte ich das für unmöglich, es besteht keine Aussicht auf Sieg bei einem der gesteckten Ziele. Die Konterrevolution hat bis heute nur ihre Grünen eingesetzt, sie wird, wenn die Bewegung noch etwas in die Höhe gehen sollte, mit ihren Weißen Garden versuchen, diese vollständig zu zerschlagen.

¹⁰³ Wahrscheinlich handelt es sich um Martha Schlag (1875–1956), sie war bis zu ihrem Austritt aus der KPD 1925 eine prominente Wanderrednerin der Partei.

Eine Niederlage ist nur noch vor unseren Augen. Wir müssen die Konsequenzen ziehen, aus dieser Niederlage herauszukommen versuchen, damit nicht noch mehr verdorben wird. Man muss die Schuld der SPD und USP zuschieben. Eine Umstellung muss so schnell wie möglich erfolgen.

H[einrich Brandler] sagte noch etwas von den politischen Fragen, der Krieg im Osten, der in einigen Wochen eine Änderung bringen könnte, außerdem noch die Vorgänge im Westen usw. Wir können doch die Parole des Generalstreiks nicht propagieren, weil in einigen Wochen bessere Aussicht ist.

Ge[schke]: P[aul Frölich] hat vorhin ausgeführt, dass ein Teil Hoffnung gesetzt wird auf die bayerischen Eisenbahner. Aber in Bayern besteht eine sogenannte Verkehrswehr und eine gut bewaffnete und durchgebildete technische Nothilfe. – Ganz besonders liebevoll nimmt sich die KAP der Eisenbahner an. – Diese Spielerei dort bei Ammendorf, den D-Zug zum Entgleisen zu bringen, bringt die Arbeiter gegen uns auf. Jetzt kommen die Eisenbahner, das ganze Zugbegleitungspersonal und sagen, wenn ihr noch wenigstens einen Munitionszug oder Truppentransportzug in die Luft jagen würdet. – Dresden – wird mir heute erzählt – stellt glattweg Militärtransportzüge zusammen. Sie müssen mit allen Kräften daran arbeiten, um dieses Zusammenstellen von Zügen zu verhindern. Diese Verhinderung ist nicht möglich durch diese blödsinnigen Attentate. Jetzt wollen sie die Stadt- und Vorortbahn von Berlin zum Streiken bringen. Das hätte doch weiter nichts zur Folge, als die Arbeiter gegen uns aufzuhetzen. Soweit die Zentrale Einfluss auf die KAP hat, möge sie ihn ausüben. Die Regierung hätte die Eisenbahner für sich bekommen. Ich schiebe das bloß den blödsinnigen Dynamitattentaten zu. Die haben dazu beigetragen.

Der Berliner Apparat arbeitet sehr gut. Sie regieren sehr leicht. Die Organisation als solche ist technisch fest in der Berliner Leitung.¹⁰⁴ – Die Zentrale hat sich nicht entschieden, abzubauen. Sie baut auf verschiedene vage Kurierberichte. Der Bericht aus Bayern ist sehr vage. Dann ist notwendig, dass in erster Linie die »Rote Fahne« ein anderes Gesicht bekommt, dass sie uns wirklich Berichte gibt, die in die Massen hineingeworfen werden können. Die Flugblätter sollen nicht nur mit Phrasen herausgehen, sondern auch die Parole ausgeben, die letzten Endes als konkrete Parole gilt.

[Fritz] Wo[lff]: P[aul Frölich] hat in seiner ersten Antwort Folgendes gesagt, was ich hier noch mal feststellen und erörtern möchte. Es kann nach seinen

¹⁰⁴ So im Original.

Worten die Möglichkeit bestehen, dass wir, wenn wir in Berlin sehen, dass hier keine Bewegung zustande zu bringen ist, die Generalstreikparole fallenlassen, dass aber nach wie vor in anderen Orten des Reiches der Generalstreik propagiert werden soll. Ist das das, was wir bisher gepredigt haben?

Der Genosse H[einrich Brandler] sowohl wie P[aul Frölich] haben im Bericht keinerlei politische Perspektiven gegeben. Sie haben uns nicht gezeigt, was sie unter einem Erfolg verstehen. Ich möchte nun feststellen, dass nach meiner Auffassung Schuld an der ganzen Situation, in der wir uns befinden, nicht L[emck] ist, der von Halle fortging, auch nicht Fr.¹⁰⁵ hier in Berlin, der die Parole der Zentrale nicht weitergegeben hat, sondern dass vielmehr schuld an der ganzen Misere ist, die Aktion, die Einleitung der Aktion, die auf diese Art und Weise zustande gekommen ist. Wir haben bisher den Standpunkt vertreten, dass Aktionen nur gemacht werden dürfen, indem man unmittelbar anknüpft an die Interessen und an das Verständnis der Massen, und dass wir versuchen müssen, eine Aktion überhaupt zustande zu bringen, die über den Kreis [der] Mitglieder der Kommunistischen Partei hinausgeht, und dass wir erst Agitation machen für eine beginnende Aktion und dass man dann die Generalstreikparole herausgibt. In dieser Art der Einleitung der Aktion liegt der Fehler, die zu weiter nichts führen kann als zu einem großen Schaden. Heute bedeutet Streik nicht mehr Verlassen der Arbeitsstätte, heute bedeutet Streik: bewaffneter Aufstand. Er endet mit einem positiven Resultat. – Bei allen Versuchen, jetzt noch die Einstellung der Zentrale zu begreifen, kann ich das nicht tun. – Wenn der Genosse P[aul Frölich] sagt, wir wollen agitieren, und versucht auch, verschiedene Gründe für das Fehlschlagen der Aktion anzuführen, so möchte ich sagen, die »Rote Fahne« hat nicht das getan, was wir bisher gepredigt haben, sie hat nicht Anknüpfungspunkte für die USP- und SPD-Massen gegeben, sie hat die Massen vor den Kopf gestoßen und direkt mit Ruten in die Arme der anderen gepeitscht. Wenn man die Arbeiter so vor den Kopf gestoßen hat und gegen uns aufgebracht hat, können sie von heute auf morgen nicht zu uns kommen. Ich möchte auf einen Widerspruch hinweisen. H[einrich Brandler] weist uns hin auf Polen und auf die Sanktionen. In Polen stehen seit drei Wochen die Dinge so. H[einrich Brandler] sagt, er will anknüpfen an die wirtschaftlichen Konflikte und das zum Anlass für die Aktion nehmen. – Aus dieser Einstellung und aus verschiedenem anderen habe ich die Auffassung gewonnen, dass eine eigentliche klare Einstellung mit einem Programm, mit einem Ziel innerhalb der Zentrale gar nicht zu bestehen scheint. Was will die Zentrale? Ich habe auf diese Frage, die wir

¹⁰⁵ Möglicherweise handelt es sich um Fritz Heckert.

gestern an H[einrich Brandler] gestellt haben, von ihm keine Antwort bekommen. Ich wünschte, dass P[aul Frölich] uns darauf eine Antwort gibt.

Wir stellen die Kritik zurück, bis die Aktion vorbei ist. Aber wenn die Zentrale kommt und erzählt uns von einem einzelnen Saboteur, so scheint mir das eine sehr eigenartige Methode zu sein. H[einrich Brandler] sagt, an der ganzen Geschichte in Halle sei schuld, dass der Genosse L[emck] weggegangen ist mit der Leitung. Und wenn L[emck] den Fehler gemacht hat, wo war da der Vertreter der Zentrale. Wenn man jetzt kommt und ein Karnickel zu finden sucht, so ist das eine eigenartige Methode, gegen die wir uns mit aller Energie zu wehren haben werden.

Es gibt in dem Kampf kein Remis. Es gibt nur eines: entweder irgendein Erfolg oder eine Niederlage. Da die bisherigen Aufstände überall in den Betrieben zu Niederlagen gekommen sind, sehe ich gar nicht die Möglichkeit ein, irgendeinen Erfolg zu erringen in irgendeiner Linie. – Der Genosse Walcher¹⁰⁶ hat in der vorigen Sitzung erklärt, dass ihm verschiedenes bedenklich vorkommt, und ich führe das an, um die Zentrale zu informieren. Er sagte, es wären nach seiner zuverlässigen Kenntnis ein ganz Teil Genossen aus Russland herübergekommen, und diese Genossen hätten sich jetzt hier sehr aktiv betätigt. Einer dieser Genossen hätte vor ungefähr acht Tagen gegenüber einer Stenotypistin, die er gar nicht näher kannte, die Äußerung getan: Wir sind jetzt in größerer Anzahl nach Deutschland gekommen, um hier zu arbeiten, und werden einen Putsch machen.¹⁰⁷ – Vielleicht hält es die Zentrale für notwendig, die Dinge einmal zu untersuchen und Stellung zu nehmen.

Ich halte es für einen schweren Fehler, wenn die Parteizentrale zu dem Entschluss gekommen ist, die Aktion zu steigern. – Man kann von den Genossen nicht verlangen, entgegen ihrer Überzeugung, mit aller Energie die Dinge, die man hier vorplappert, weiterzugeben. Soweit geht die Zentrale nicht. Man soll uns wenigstens abseitsstehen lassen. Wir werden der Zentrale keinesfalls in der Aktion in den Arm fallen. Aber wir werden auf jeden Fall nicht aktiv an dieser Aktivisierung zur weiteren Aktion teilnehmen können. Wir werden passiv bleiben müssen.

¹⁰⁶ Jacob Walcher (1887–1970) war 1915 Mitbegründer der »Gruppe Internationale«, zusammen mit Wilhelm Pieck leitete er 1918 den Gründungsparteitag der KPD, aus der er 1929 ausgeschlossen wurde; er gehörte 1929 zur Führung der KPD-Opposition und ab 1931 der SAPD, von 1933 bis 1946 war er in der Emigration, wo er der politische Berater von Bertolt Brecht (1898–1956) wurde; 1946 wurde er Mitglied der SED, die ihn 1951 als »ärgsten Feind der Arbeiterklasse« ausschloss.

¹⁰⁷ Damit hatte sich Fritz Wolff endgültig um Kopf und Kragen geredet.

P[aul Frölich]: Die Genossen haben sich in einen Pessimismus verrannt, der so weit geht: Wir stehen beiseite und lassen im übrigen die Zentrale handeln. Ich will nur sagen, dass diese ganze Einstellung die Genossen überhaupt unfähig macht, die Bewegung zu begreifen. Dieser Kampf ist nicht eine einmalige Aktion zur Eroberung der Räterepublik. Die Linie ist: Die Arbeiter aus ihrer politischen Stagnation herauszureißen. – Die oberschlesische Frage kann nationalistische Komplikationen hervorrufen und die deutsche Regierung aufrufen gegen Polen. Das könnte im Innern des Landes evtl. irgendwelche politischen Bewegungen auslösen. Man muss die Arbeiterschaft bewahren vor dem Versumpfen in dem Elend der Sanktionen, indem man politische Konflikte schafft, die vorhandenen Komplikationen ausnützt, um den Gegner aus der Ruhe zu bringen. Nach Eurer Auffassung wäre überhaupt keine Aktion mehr möglich. Ich werde Euch sagen: Es wird kein[en] Kampf geben, den die Kommunisten machen, den sie nicht führen müssen gegen einen großen Teil der Arbeiterschaft. Wenn Ihr der Hoffnung seid, die Arbeiter der USP auf Eure Seite zu bekommen, seid Ihr Illusionäre. Es liegt die Schwierigkeit darin, über diese Periode hinwegzukommen, nicht abzubrechen. Ihr lasst Euch meiner Ansicht nach von den ersten Wirkungen zu sehr schrecken. Die Dinge liegen so, dass wir in den Feiertagen zu sehr gelähmt waren. Auswahl war uns nicht mehr gegeben, nachdem in Mansfeld und in Hamburg die Dinge losgingen, da konnten wir nicht mehr warten. Wir sind zu einem Teil eingestellt auf den Kampf. Malheur für die Partei, dass sie losgeschlagen sind. Wir konnten nicht sagen, weil Ihr Esel wart, lassen wir Euch Euren Kampf allein austragen. Entweder die Partei ist so konsolidiert, dass sie jetzt eine Aggressivmethode einstellen kann, die den Gegner herauslockt, um so den Kampf aufzunehmen. – Wir haben mit der gegebenen Tatsache zu rechnen, ob wir abbrechen wollen oder nicht. Und ich sage, wenn mir die Frage so gestellt wird, ob wir abbrechen können, dann verneine ich die Frage mit aller Entschiedenheit. Das bedeutet politischer Zusammenbruch der Partei, und zwar deshalb, weil der revolutionär fühlende Teil der Arbeiterschaft [sich] abwenden wird von der Partei und zulaufen wird der KAP. Jetzt ist es so. Überlegt einmal. Die Parole zum Generalstreik ist herausgekommen am Sonnabend. Jetzt fangen sie in den Bezirken an zu arbeiten. Wir haben überall die Dinge auf Grund unserer Parole angezettelt. Jetzt die Parole zum Abbruch herauszugeben, würde den politischen Bankrott der Partei bedeuten. Wir sind in einer Zwangslage. Durch die politische und außerpolitische Entwicklung sind wir gezwungen, in den Kampf einzutreten oder aber als revolutionäre Partei beiseite zu stehen und Beobachter zu spielen. Weder durch die

größten Dummheiten noch durch sonst etwas kann die Bewegung verwüstet werden. Die Linie liegt ganz klar. Wir werden die Parole herausgeben: Gegen den Weißen Terror. Gegen die Justizschande. Schützt Euch nur durch die Bewaffnung usw.

Ihr sprecht von einem Zusammenbruch der Bewegung, und ich sage, es handelt sich um eine Einleitung der Bewegung. Glaubt Ihr, dass vor Donnerstag noch kein Mensch in Deutschland daran gedacht hat, eine größere politische Bewegung zu entfalten?¹⁰⁸ Wir wurden gezwungen, etwas früher zuzuschlagen durch die Mansfelder Ereignisse. – Ihr stellt Euch ein für sofortigen Abbruch der Bewegung. Das ist unmöglich, das bedeutet den Zusammenbruch der Partei und Verlust des aktivsten Teils der Arbeiterschaft. Die zaghaften Elemente werden zwar sagen, das ist richtig. Entweder man führt einen Kampf, dann mit allen Kräften zur größten Steigerung, oder aber das andere ist doch einfach eine verbrecherische Politik der Irreführung.

Wir haben in diesem Kampf das eine Ziel: Schutz der mitteldeutschen Arbeiter. Wir haben gleich gesagt, es handelt sich nicht um eine Abwehrreaktion, sondern um eine aggressive.

Nun zur Haltung der »Roten Fahne«. Ich muss sagen, ich kann nicht alles verantworten, was drinsteht. Aber Genossen, das, was in den ersten Tagen gemacht worden ist, diese aggressiven Aufrufe, waren das Mittel, mit denen man versuchte, zunächst einmal die Arbeiterschaft perplex zu machen. Das sind Mittel, die man anwenden kann, um die Arbeiterschaft aufzuscheuchen aus ihrer Ruhe. Für mich handelt es sich um eine Streikbewegung, die verbunden ist mit bewaffnetem Aufstand und die Arbeiterschaft aus ihrer Lethargie herausreißen soll. Glaubt Ihr, dass die russischen Genossen nicht auch Arbeiter gegen sich gehabt haben. Das werden wir immer haben. Von diesem Gesichtspunkt aus lässt sich kein Kampf führen. Ich bin der Meinung, hier handelt es sich im Wesentlichen, ob wir die abbrechen können oder nicht. Das geht nicht, und wenn die Aktion noch so verfehlt wäre. Wir verlieren dadurch den aktivsten Teil der Partei. Die Gründe, warum die Arbeiterschaft nicht in Aktion kommt, liegen sicher nicht bloß in den Zeitungen der USP und SPD. – Wir müssen versuchen, einen geschickten Rückzug anzutreten, Konflikte erzeugen, die Sipo zu reizen, alle konterrevolutionären Elemente zu reizen. Wenn es uns gelingt, mit diesen Mitteln die Bewegung zu erzeugen, wird es zu Zusammenstößen kommen. Die haben noch niemals unsere Kraft gelähmt. – Ich bin dafür, diese Woche alles daran zu setzen, alle Möglichkeiten der Steigerung der Bewegung anzuwenden, auch in Berlin, auch auf die Gefahr hin, dass sich

¹⁰⁸ Das wurde von der Zentrale der KPD später stets bestritten.

ein paar Arbeiter in die Haare geraten und verkloppen. Es bleibt nichts anderes übrig, als die Sache zu steigern. – Man kann den Generalstreik nicht auf Flaschen ziehen. Die Aktion, die wir jetzt haben, ist mir hundertmal wichtiger als 20 der besten Flugblätter. Eine Etappe ist jetzt: Kampf gegen die Konterrevolution.

Durchschlag eines Typoskriptes, aus: Friedrich-Ebert-Stiftung. Archiv der sozialen Demokratie, Nachlass Paul Levi, 1/PLAA000196.

Paul Levi **Unser Weg. Wider den Putschismus**

VORWORT

Als ich diese Broschüre plante, bestand in Deutschland eine kommunistische Partei von 500.000 Mitgliedern. Als ich sie acht Tage später schrieb, war diese kommunistische Partei in ihren Grundfesten erschüttert, ihr Bestand in Frage gestellt.

Es mag als Wagnis erscheinen, in einer solch schweren Krise wie der, in der die kommunistische Partei sich jetzt befindet, mit einer so schonungslosen Kritik zu kommen. Auch kurze Überlegung schon muss sagen, dass diese Kritik nicht nur nützlich, sondern notwendig ist. Das unverantwortliche Spiel, das mit der Existenz einer Partei, mit dem Leben und dem Schicksal ihrer Mitglieder getrieben wurde, muss zu Ende gebracht werden. Es muss durch den Willen der Mitglieder beendet werden, wo die Verantwortlichen auch heute noch nicht sehen wollen, was sie getan haben. Die Partei darf nicht geschlossenen Auges in Anarchismus bakunistischer Farbe hineingezerrt werden. Kann in Deutschland noch einmal eine kommunistische Partei aufgebaut werden, so verlangen die Toten in Mitteldeutschland, in Hamburg, im Rheinland, in Baden, in Schlesien, in Berlin, verlangen die vielen Tausende von Gefangenen, die das Opfer dieses bakunistischen Wahnsinns geworden sind, so verlangen sie alle angesichts der Vorgänge der letzten Woche:

»Niemals wieder!«

Es versteht sich von selbst, dass das Wüten des weißen Schreckens nicht der Mantel sein darf, hinter dem die Verantwortlichen sich ihrer politischen Verantwortlichkeit entziehen. Und es versteht sich nicht weniger von selbst, dass das Wüten und Schimpfen gegen mich, das sich jetzt erheben wird, kein Grund sein darf, die Kritik zu unterlassen. So wende ich mich getrost an die Mitglieder der Partei mit dieser Schilderung, die jedem das

Herz zerreißen muss, der mit aufbaute, was hier zerschlagen ward. Es sind bittere Wahrheiten. Aber: »Es ist Arznei, nicht Gift, was ich dir reiche.«¹⁰⁹

Geschrieben 3./4. April 1921

Paul Levi

I

Mit in der Debatte der Arbeiterklasse über die Revolution steht die Frage des Tempos. Zwischen Kleingläubigen, bei denen alles »noch im weiten Feld steht«, und Sanguinikern, die denken, es könnte »morgen schon losgehen«, wenn nicht von irgendwem irgendwo gebremst würde, schwanken die Meinungen her und hin. Selten aber werden bei dieser Fragestellung konkret die Faktoren bezeichnet, die für das Rasch oder Langsam die entscheidenden sind, so dass die Frage über die Dauer der Revolution sich nicht erhebt über das Niveau der Frage, ob ein Tag kurz oder lang sei. Dem, der im Gefängnis sitzt, kommt er lang, dem, der an einem Frühlingstag im Walde geht, kommt er kurz vor, und doch ist [es] für beide ein Tag, der von vierundzwanzig Stunden. In Wirklichkeit ist der Gang der Revolution abhängig von Faktoren zweierlei Art: objektiven und subjektiven. Objektive Faktoren sind die Stärke des Gegensatzes zwischen Produktionsverhältnissen und Verteilungsordnung, die Möglichkeit und Fähigkeit der bestehenden Produktionsordnung, noch weiter zu funktionieren, die Lage des Proletariates, die Schärfe des Gegensatzes zwischen Proletariat und Bourgeoisie, die Zuspitzung der Krisen innerhalb der Weltbourgeoisie selbst usw.

Es erübrigt sich an dieser Stelle, schon oft Gesagtes noch öfter zu wiederholen. Die wachsende Arbeitslosigkeit, die wachsende Verelendung des Proletariats wie des gewerblichen und intellektuellen Mittelstandes und des Beamtentums, der immer höher steigende Staatsbankrott, die Neulagerung der bourgeoisen Staaten zu neuen feindlichen Interessengruppen, der Weltgegensatz der Unterdrücker gegen die Unterdrückten aller Länder, die letzteren zum erstenmal in der Weltgeschichte zu einem bewussten, weltpolitisch denkenden und wollenden Körper vereinigt, in der Kommunistischen Internationale mit Sowjetrußland als Haupt: Das sind die objektiven Faktoren.

Hier sollen uns vielmehr die subjektiven Faktoren oder vielmehr der subjektive Faktor, der heute, bei jener Gestaltung der objektiven Verhältnisse, der entscheidende ist, beschäftigen: Inwieweit ist die revolutionäre Klasse willens und fähig, ist sie reif, die Macht zu übernehmen? Inwieweit ist die konterrevolutionäre Klasse geistig zermürbt und matt geworden, dass sie sich die Macht entwinden lässt? Diese beiden Kräfte, der Erobererwille der

¹⁰⁹ Lessing: Nathan der Weise, 1779/1783.

revolutionären Klasse, der Verteidigungswille der konterrevolutionären, leben nicht als getrennte nebeneinander: Die eine misst sich an der anderen ab; der Kampf der Parteien ist ihr Widerspiel, der Besitz der Staatsgewalt ist ihr Ziel und die Stärke des Gebrauches der Staatsgewalt ihr Maßstab.

Es ist oft festgestellte Tatsache, dass in diesem Sinne, trotz steigenden wirtschaftlichen Verfalles, die deutsche Bourgeoisie sich konsolidiert hat. Die Staatsgewalt war im November 1918 »Niemandland« geworden. Sie war der Bourgeoisie entglitten, und da ist heute keiner, der behaupten wollte, das Proletariat habe sie aufgenommen. Die Bourgeoisie war, trotz der betäubenden Schläge, die sie erhalten hatte, die erste auf den Beinen; die Noskeschen Massenmorde im Januar 1919 und dann weiter bis in den März 1919 waren ihre Wegmale, die Weimarer Verfassung das äußerlich erkennbare Zeichen, dass sie sich wieder als die Herrin fühlte. Seitdem hat die Herrschaft der Bourgeoisie – im politischen Sinn – in Deutschland keine ernste Erschütterung mehr erfahren: Der Kapp-Putsch, der von rechts und links her zu einer Erschütterung hätte führen können, ging glimpflich an ihr vorüber.

Dieser Sieg der Bourgeoisie ist nun freilich nichts Absolutes, sondern im höchsten Sinn etwas Relatives, das seinen Charakter als Sieg nur so lange erhält, als die Kräfte der revolutionären Klasse jene Kräfte nicht übertreffen. Dass die Kräfte des Proletariats imstande sind, jene zu überflügeln, steht außer Frage. Nicht nur, weil soviel mehr proletarische Fäuste sind als bourgeoise Glacéhandschuhe: Die Bourgeoisie ist unter dem Druck des ständig fortschreitenden wirtschaftlichen Zerfalls, ist völlig erfüllt von dem Gefühl der Hoffnungslosigkeit und Ausweglosigkeit ihrer Lage, lebt vom Tag auf den anderen, sie hat keine Hoffnungen mehr. Das Proletariat ist die einzige Klasse, die den Stern der Hoffnung und damit des Sieges in der Brust trägt: Der physische und der – um mit Napoleon zu reden – moralische Faktor sind auf seiten des Proletariats und damit der Sieg selbst.

Der Stand der revolutionären Kräfte, deren Entfaltung ist also alles.

Haben sie sich schnell oder langsam entwickelt? In gewissem Sinne gibt Marx eine Antwort. Er sagt (Klassenkämpfe in Frankreich, Ausgabe 1895, S. 20.):

»Nicht in seinen unmittelbaren [...] Errungenschaften brach sich der revolutionäre Fortschritt Bahn, sondern umgekehrt, in der Erzeugung einer geschlossenen, mächtigen Konterrevolution, in der Erzeugung eines Gegners, durch dessen Bekämpfung erst die Umsturzpartei zu einer wirklich revolutionären Partei heranreifte.«¹¹⁰

¹¹⁰ Marx: Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850, in: ders., Friedrich Engels: Werke (im Folgenden MEW) Berlin 1956ff., Bd. 7, S. 11.

In nichts wird die Schärfe und die Raschheit der revolutionären Entwicklung in Deutschland klarer als hierin. Marx dachte an die Entfaltung der revolutionären [Kräfte] im Kampfe gegen die stabilisierte konterrevolutionäre Macht. In Deutschland aber, in dieser Revolution, entwickelten sich die revolutionären Kräfte nahezu Schritt haltend mit der Entfaltung der Kräfte der Konterrevolution. Das kommt in zweierlei zum Ausdruck. Die Stärke einer revolutionären Klasse, des Proletariates, wächst proportional mit der Stärke und Zahl ihrer klarsten, bewusstesten und entschiedensten Vorkämpfer. Die Kommunisten in Deutschland nun, im November 1918, bildeten eine Gruppe, und nicht einmal eine große. Die Kommunisten des Februar 1921 bildeten eine Schar von 500.000 Mann. Die andere Erscheinung, in der die bisher wachsende Stärke der revolutionären Kräfte zum Ausdruck kommt, ist die: Die deutsche proletarische Klasse hat in den 2½ Jahren der deutschen Revolution schon furchtbare Schläge erhalten. Sie hat Blut in Strömen verloren, sie sank ein-, zwei-, dreimal schwer getroffen dahin und hat sich doch nach kurzem schon immer wieder mit neuen Kräften erhoben, riesengroß und riesenstark. Das hat noch keine Klasse der Welt bisher geleistet. Die Entfaltung der revolutionären Kräfte in Deutschland – mögen Ungeduldige sich noch so sehr darob in Erstaunen setzen – ging in ungeahnt und ungeheuer raschem Tempo voran: Das Proletariat, das vier Jahre lang hinter dem Kaiser hergelaufen ist und heute eine halbe Million Kommunisten stellt, hat geistig und politisch ein neues Gesicht bekommen.

Aber, werden die Ungeduldigen sagen, was nutzen uns die Feststellungen, wo das Proletariat die Macht noch nicht erobert hat? Und damit kommen wir zum eigentlichen Problem: Was kann die kommunistische Partei in dieser Situation tun, um die Staatsgewalt zu erobern?

II

Viele Kommunisten begehen zwei Denkfehler. Der eine ist: Sie sehen innerhalb der kämpfenden Klassen nur das Proletariat. In Wirklichkeit aber ist revolutionäre Taktik nicht, dass man immer nur sich selbst besieht und bemisst und bespiegelt; viel wichtiger ist das Verhältnis der Kommunisten zu allen anderen, gegen den Kapitalismus kämpfenden Klassen und Schichten, die alle gemeinsam mitwirken am Sturze der Bourgeoisie. Von allen diesen Klassen und Schichten ist freilich nur das Proletariat die, die kraft ihrer Existenzbedingungen »die alten Produktionsverhältnisse aufhebt, mit diesen Produktionsverhältnissen der Klassengegensätze, die Klassen überhaupt aufhebt«, also die eigentlich revolutionäre. Nur das Klassenziel der Arbeiterschaft ist ein auf Umänderung der bestehenden

Produktionsverhältnisse und aller daraus folgenden Verhältnisse gerichtetes. In irgendeinem späteren Stadium der Revolution muss ein – freilich auch dann nur vorübergehender – Gegensatz also entstehen zwischen all den Klassen und Schichten, die heute neben dem Proletariat stehen, aber nichts berechtigt darob die Kommunisten, diese Klassen und Schichten als nicht existent oder als nicht bündnisfähig oder gar als Feinde zu betrachten.

Und doch ist gerade das letzte am häufigsten der Fall. Viele Kommunisten sind [es], die außerhalb des Proletariates nur eines kennen, die »eine reaktionäre Masse«. Die »eine reaktionäre Masse« ist ein von Lassalle erfundenes Schlagwort, das, wie häufig, mehr einen guten Klang als einen tiefen Sinn hat. Es wurde als solches von Marx grausam kritisiert und auf seinen Inhalt, ein Nichts, zurückgeführt. In seinem »Gothaer Programm-brief« vom Jahre 1875 sagt er:

»Die Bourgeoisie ist hier [im ›Kommunistischen Manifest‹] als revolutionäre Klasse aufgefasst – als Trägerin der großen Industrie gegenüber Feudalen und Mittelständen, welche alle gesellschaftlichen Positionen behaupten wollen, die das Gebilde veralteter Produktionsweisen sind. Sie bilden also nicht zusammen mit der Bourgeoisie nur eine reaktionäre Masse.

Andererseits ist das Proletariat der Bourgeoisie gegenüber revolutionär, weil es, selbst erwachsen auf dem Boden der großen Industrie, der Produktion den kapitalistischen Charakter abzustreifen strebt, das die Bourgeoisie zu verewigen sucht. Aber das Manifest setzt hinzu: dass die ›Mittelstände [...] revolutionär werden [...] im Hinblick auf ihren bevorstehenden Übergang ins Proletariat.«

Von diesem Gesichtspunkt aus ist es also wieder Unsinn, dass sie ›zusammen mit der Bourgeoisie‹ und obendrein den Feudalen, gegenüber der Arbeiterklasse ›nur eine reaktionäre Masse bilden‹.¹¹¹

Neben diese theoretischen und prinzipiellen Gedanken treten aber in revolutionären Zeiten noch taktische Erwägungen. In nichtrevolutionären Zeiten sind sich diese nicht-proletarisch[en] und nicht-bourgeoisien Elemente ihrer Klassenlage am wenigsten bewusst. Im langsamen Gang der Entwicklung begreifen und sehen sie nicht, wie ihre und der Bourgeoisie Ziele auseinanderliegen und entgegengesetzte sind. Das ist ja auch der Grund, warum – man denke an die verpowerten Handwerker Deutschlands – sie so häufig und so zäh als das Anhängsel von, ja als einheitlich

¹¹¹ Marx: Kritik des Gothaer Programms, in: MEW, Bd. 19, S. 23; Hervorhebungen wie im Original.

mit der Bourgeoisie oder den feudalen Klassen angesehen werden konnten. Revolutionen lösen aber solche gesellschaftlichen Schleier. Sie sind wie Scheidewasser und trennen das gesellschaftlich nicht zueinander Gehörende. Sie brechen mit der Tradition und zwingen den Menschen wie die Klasse, hinter dem Schein das Wesen zu sehen. Der Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und den unter der Bourgeoisie der Proletarisierung ausgesetzten – wenn auch noch nicht proletarischen – Klassen wird flagrant.

Es ist erste Pflicht der Kommunisten, diese Tatsache zu erkennen und daraus praktische Schlüsse zu ziehen.

Woraus bestehen diese Schichten? Sie sind in Deutschland außerordentlich mannigfaltig und mannigfaltiger als in Russland. Selbstverständlich sind in Russland alle Schichten, die in Deutschland vorhanden sind, auch vorhanden, aber ihr Schwergewicht war das landarme Bauerntum. Es überwog an Zahl und Kraft alle anderen kleinbürgerlichen, halbproletarischen Schichten, und man konnte dort sagen: Wer die Bauern hat, hat das Halbproletariat.

In Deutschland ist keine Mittelklasse, die so ausschlaggebend wäre. In Deutschland ist das Landproletariat selbst wieder sozial und geographisch geteilt in den landarmen Kleinbauern im Süden und den Gutsarbeiter im Norden. Daneben das Handwerk in den verschiedensten Stufen, vom krummen Dorfschneider, der in Oberbayern für das Essen und 50 Pfennige den Tag bei den Bauern herumschneidert bis zum Handwerker mit Elektromotor. Daneben aber steht als dritte und für Deutschland ungleich wichtigere Schicht, die der Beamten (privaten und öffentlichen), der vermögenslosen Intelligenz usw. Sie alle erleben die Revolution am eigenen Leibe. Man denke etwa an die Entwicklung der deutschen Eisenbahner in den zwei Jahren der Revolution. Oder man lese die kürzlich erschienene Broschüre des sächsischen Regierungsrates Schmidt-Leonhardt »Das zweite Proletariat«!¹¹² Sie alle sind nicht Proletarier, wenigstens nicht nach ihrem Klassenbewusstsein, aber antibourgeois sind sie alle, und sie müssen mit in Rechnung gezogen werden.

Denn was bedeuten diese Schichten? Sie bedeuten, solange sie der Bourgeoisie zugehören, die Hände, mit denen die Bourgeoisie das Proletariat schlägt, sie bedeuten, losgelöst von der Bourgeoisie, aber auch dem Proletariat ablehnend gegenüberstehend, mindestens eine außerordentliche Erschwerung, sie bedeuten, mit dem Proletariat sympathisierend, die Erleichterung, wenn nicht gar die Ermöglichung der Machtergreifung durch das Proletariat.

¹¹² Vgl. Hans Schmidt-Leonhardt: Das Zweite Proletariat, Leipzig & Berlin 1920.

Dabei versteht sich ganz von selbst, dass kein Kommunist daran denkt, darauf zu warten, bis diese Schichten kommunistisch geworden sind. Lenin (»Die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung und die Diktatur des Proletariates«, S. 17) spricht das in vorzüglicher Weise aus:

»Es ist allein das Proletariat in der Lage, die Werktätigen vom Kapitalismus zum Kommunismus hinüberzuleiten. Es ist gar nicht daran zu denken, dass die kleinbürgerlichen und halbkleinbürgerlichen Massen der Werktätigen im voraus die komplizierteste der geschichtlichen Fragen entscheiden, ob sie mit der Arbeiterklasse oder mit der Bourgeoisie gehen sollen. Unerlässlich ist ein Schwanken seitens der nicht-proletarischen, werktätigen Schichten, unerlässlich ist ihre eigene praktische Erfahrung, die ihnen gestattet, die Führung der Bourgeoisie mit der des Proletariats zu vergleichen.«¹¹³

Und weiter (S. 19):

»Es war gerade dieses Hin- und Herschwanken der Bauernschaft als des Hauptvertreter der kleinbürgerlichen Masse der Werktätigen, welches das Schicksal der Sowjetmacht und der Herrschaft von Koltshak–Denikin entschied.«¹¹⁴

Diese Schichten also können in gewissen Situationen entscheidend sein. Es ist Pflicht der Kommunisten, auf diese Schichten Einfluss zu gewinnen. Und womit?

Entsprechend der geringeren Kompliziertheit dieser Mittelschicht – im Wesentlichen eben der Bauern – war auch diese Frage in Russland weniger kompliziert. Wer den Bauern das Land gab, hatte die Bauern. Die Bolschewiki waren die einzigen, die entschlossen waren, nicht nur den Bauern das Land zu geben – dazu waren alle »entschlossen« –, sondern auch die Voraussetzung dafür zu schaffen, nämlich den Gutsbesitzern das Land zu nehmen – dazu waren nur die Bolschewiki entschlossen –, und so konnten die Bolschewiki diese Mittelschicht unter ihrer Fahne sammeln.

Die deutschen Kommunisten haben bis jetzt noch keinen Weg gefunden, sich diesen Mittelschichten auch nur zu nähern. Ein Agrarprogramm, auch wenn es Bauern wie Landarbeiter befriedigt, genügt nicht, weil die Bauern und Landarbeiter nicht im russischen Sinne entscheidend sind. Es genügt auch nicht, den Handwerkern zu versichern, dass nach den Gesetzen kapitalistischer Wirtschaft ihr Tod als Klasse sicher sei; denn obzwar

¹¹³ Lenin: Die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung und die Diktatur des Proletariats, hrsg. vom Westeuropäischen Sekretariat der Kommunistischen Internationale, o. O. 1920, S. 17. Inhaltlich identisch mit LW, Bd. 30, S. 257.

¹¹⁴ Ebenda. Inhaltlich identisch mit ebenda, S. 258.

jeder sterben muss, ist doch keiner dessen Freund, der ihm den Tod täglich prophezeit. Auch die Feststellung, dass die Intellektuellen und Beamten schon Proletarier seien, wenn auch noch unbewusst, genügt nicht der Eigenart dieser Gesellschaftsschicht. Es ist kein Zweifel, dass die Kommunisten versuchen müssen, diesen Schichten näherzukommen in Fragen, die sie als Ganzes interessieren.

In Russland gab es – neben der Agrarfrage – zwei solcher Fragen. Die eine, alle anderen an Bedeutung überragend, war die Friedensfrage. Sie kommt für Deutschland vorläufig nicht in Betracht. Die andere Frage war die nationale Frage, die freilich in Russland einen etwas anderen Inhalt hat als in Deutschland.

Das Wort »nationale Frage« weckt in Deutschland schon durch seinen Klang in gewissen Geistern Gefühle der Unruhe. Im Gedenken an den Nationalbolschewismus, einer Gefahr, der sie knapp entronnen sind, können sie das Wort »national« schon nicht mehr hören. Der Nationalbolschewismus war nicht deswegen unkommunistisch, weil er sich mit der nationalen Frage beschäftigte, sondern deswegen, weil er die nationale Frage lösen wollte im Wege eines Paktes »aller Volksklassen«, im Wege der Verbrüderung des Proletariats mit der Bourgeoisie, der Kommunisten mit Lettow-Vorbeck.¹¹⁵ Das war das Unkommunistische. Es ist aber auch nicht kommunistisch, nunmehr die nationale Frage nicht sehen zu wollen. Schon zu Anfang der Revolution glaubte ein Berliner Literat die nationale Frage aus der Welt zu expedieren dadurch, dass er eine »antinationale Sozialistenpartei« gründete.¹¹⁶ Auf solche Weise die nationale Frage wegdisputieren zu wollen, wäre nichts anderes, als wenn einer sagt: Es gibt keine Esel mehr auf der Welt, denn ich bin ein Ochs.

Die nationale Frage existiert, und Karl Marx, der Internationalist, war der letzte, der sie nicht sah und mit ihr politisch rechnete. Die »Abschaffung« der Nation ist nicht Sache eines Dekretes, noch weniger eines Parteibeschlusses, sondern ist ein Prozess.

»Indem das Proletariat zunächst die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muss, ist es selbst noch national [...] Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr [...] Die Herrschaft des Pro-

¹¹⁵ Paul von Lettow-Vorbeck (1870–1964) war ein preußischer General und Kommandeur der deutschen »Schutztruppe« in Deutsch-Ostafrika; 1919 schlug er als Reichswehrgeneral den Hamburger Aufstand nieder.

¹¹⁶ 1915 gründete sich in Berlin eine Antinationale Sozialisten Partei/Gruppe Deutschland (ASP). Das Gründungsmanifest, unterschrieben u. a. von Franz Pfemfert (1879–1954) und Carl Zuckmayer (1896–1977), erschien 1918 in Pfemferts Zeitschrift »Die Aktion«.

letariats wird sie noch mehr verschwinden machen [...] In dem Maße, wie die Exploitation des einen Individuums durch das andere aufgehoben wird, wird die Exploitation einer Nation durch die andere aufgehoben. Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander.«¹¹⁷

Also: Vorderhand ist die Nation für das Proletariat noch eine existente Sache; die Genossen, die deswegen, weil wir im Endziel Internationalisten sind, schon heute nicht mehr die nationale Frage sehen und als existent behandeln wollen, begehen genau den gleichen Fehler, den die begehen, die, weil wir im Endziel gegen Parlamente und für Räte sind, das Parlament nicht mehr sehen wollen oder die, die, weil wir für Beseitigung der Staaten sind, schon heute den Staat als nicht mehr existent behandeln und, wie die Anarchisten, nichts mehr von Politik wissen wollen. Jene Genossen sind Antipolitiker, nur ins Gebiet der auswärtigen Politik übertragen.

Also noch einmal: Die nationale Frage existiert, sie existiert in Deutschland nunmehr in der Form der »Exploitation der einen Nation durch eine andere«, und sie ist die Frage, die allen jenen Mittelschichten in Deutschland die brennendste ist. Nur auf dem Wege über sie werden wir zu jenen Schichten gelangen. Aus diesem Grunde aber wäre es Pflicht der Kommunisten, in den kritischsten Augenblicken der nationalen Frage mit bestimmten Losungen herauszukommen, die jenen Mittelschichten eine Lösung ihrer nationalen Schmerzen bedeuten. Die Losung: Bündnis mit Sowjetrussland wäre eine solche Parole gewesen und hätte herausgegeben werden müssen als nationale Losung, d. h. nicht als Losung, unter deren Schatten Kommunisten und preußische Junker sich als Brüder umarmen, sondern als Losung, unter der die Kommunisten, die Proletarier überhaupt sich mit jenen Mittelschichten zum Kampfe zusammentun gegen Junkertum und Bourgeoisie, die diesen einzigen Ausweg sabotieren, weil sie durch ihren Landesverrat, durch ihre Verhandlungen mit der westlichen Bourgeoisie, ja durch die Auslieferung deutscher Gebietsteile an Frankreich (Rheinland) oder durch die bewusst angestrebte Zersplitterung Deutschlands (Bayern) ihre Weiterexistenz als ausbeutende Klasse sichern wollen und deswegen auch in dieser Forderung nur dem proletarischen Kampfe weichen werden. Es ist nichts anderes als ein törichtes Gerede, wenn eine kleine Schar marxistischer Sykophanten¹¹⁸ das Geschrei erhebt, Bündnis mit Sowjetrussland

¹¹⁷ Marx, Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, S. 479.

¹¹⁸ Sykophanten: hier im Sinne von Heckenschützen. Im antiken Athen wurden jene Bürger Sykophanten genannt, die sich ein Gewerbe daraus machten, anderen, meist begüterten Bürgern in erpresserischer Absicht anzudrohen, sie durch Verleumdungen in Misskredit zu bringen.

als »Forderung an eine bürgerliche Regierung« sei eine konterrevolutionäre oder – was schlimmer ist – »opportunistische« Sache, sei keine »revolutionäre Parole«. Man kann diese Fürsorglichen daran erinnern, dass die Bolschewiki ihre ganze politische Propaganda vor der Machtergreifung mit solchen »opportunistischen Parolen« geführt haben. Sie forderten sofortigen Friedensschluss von der bürgerlichen Regierung, obgleich doch kein Bolschewik nicht wusste, dass ein Frieden, geschlossen von einer bürgerlichen Regierung, kein Frieden sei, und dass ein wirklicher Friede nur von Proletariat zu Proletariat geschlossen werden kann. Sie führten ihre Propaganda unter der Parole: das Land den Bauern und führten die Landverteilung sogar durch, obgleich doch kein Bolschewik nicht wusste, dass das Endziel des Kommunismus nicht Landverteilung in Privateigentum der Bauern, sondern ungefähr das Gegenteil ist. Sie taten das und mussten das tun. War das ein Aufgeben des Marxismus? Mitnichten. Revolution ist keine kommunistische Parteisache und nicht der Kommunisten Monopol. Sie ist, um Marxens Wort in einem Briefe an Kugelmann zu gebrauchen, eine »Volksrevolution«,¹¹⁹ d. h. ein gewaltsamer Vorgang, in dem alle Werkkräftigen und unterdrückten Kräfte in Fluss kommen, sich regen, [sich] in Gegensatz setzen – jede auf ihre Art – gegen die Unterdrücker, und wo es höchste Kunst der Kommunisten ist, alle diese Kräfte zusammenzufassen, sie dem einen Ziele, dem Sturz der Unterdrücker, zuzuführen. Dann, und nur dann, wenn sie diese Aufgabe begreifen, sind die Kommunisten das, was sie sein sollen: die besten Führer und zugleich die besten Diener der Revolution. In diesem Sinne sagt auch Marx in seiner Ansprache an den Bund vom März 1850:

»Die Arbeiter können natürlich im Anfange der Bewegung noch keine direkt kommunistischen Maßregeln vorschlagen.«¹²⁰

Der Kommunismus steht nicht am Anfang, sondern am Ende der Revolution, und Kommunist ist nicht der, der das Ende an den Anfang setzen, sondern der, der den Anfang zum Ende führen will. Wenn die kommunistische Partei nicht schon am Anfang scheitern will, wird sie also die Fragen, die jene Mittelschichten beschäftigen, in den Kreis ihrer Erörterung ziehen, sie wird die nationale Frage als existent betrachten und wird die Lösung ausgeben müssen, die für jene Schichten eine wenn auch nur vorläufige Lösung bringt.

¹¹⁹ Marx an Ludwig Kugelmann, 12. April 1871, in: MEW, Bd. 33, S. 205.

¹²⁰ Marx, Engels: Ansprache der Zentralbehörde an den Bund vom März, in: MEW, Bd. 7, S. 253.

III

Das Entscheidende freilich in allem ist für die Kommunisten ihr Verhältnis zur eigentlich revolutionären Klasse, zum Proletariat. Im Verhältnis zum Proletariat erweist sich die Lebensfähigkeit überhaupt der Kommunisten. Sind die Beziehungen der Kommunisten zu jenen andern, halbproletarischen Mittelschichten taktischer Art, deren richtige oder falsche Einstellung den Gang der Revolution beschleunigen oder hemmen, begünstigen oder gefährden kann, so ist die Beziehung der Kommunisten zum Proletariat prinzipieller Art. Wer das Verhältnis der Kommunisten zum Proletariat nicht begriffen hat und wer nicht dementsprechend handelt, der hört auf, ein Kommunist zu sein. Wir hätten uns über die Frage kurz fassen können, wenn nicht die Ereignisse dieser Tage alles wieder erschüttert hätten, was wir als errungen wähten.

»In welchem Verhältnis stehen die Kommunisten zu den Proletariern überhaupt?« Das ist die Frage, die Marx im »Kommunistischen Manifest« erhebt und die er wie folgt beantwortet:

»Die Kommunisten sind keine besondere Partei gegenüber den anderen Arbeiterparteien.

Sie haben keine von den Interessen des ganzen Proletariates getrennten Interessen.

Sie stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen.

Die Kommunisten unterscheiden sich von den übrigen proletarischen Parteien nur dadurch, dass sie einerseits in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariates hervorheben und zur Geltung bringen, andererseits dadurch, dass sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten.

Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weiter-treibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.«¹²¹

Diese Sätze sind das Grundgesetz des Kommunismus. Alles andere ist nur dessen Ausführung und Erläuterung. Und unter diesen Gesichtspunkten wollen wir drei Fragen prüfen:

Welches ist das zahlenmäßige Verhältnis der deutschen Kommunisten zum deutschen Proletariat?

¹²¹ Marx, Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in MEW, Bd. 4, S. 474.

Welche sind die Voraussetzungen für eine Eroberung der Staatsgewalt durch das Proletariat?

Wie wird die Staatsgewalt erobert?

a.) Welches ist das zahlenmäßige Verhältnis der deutschen Kommunisten zum deutschen Proletariat?

Wenn wir im nachfolgenden Zahlen aus den verschiedenen Wahlbewegungen erörtern, so bedeutet das beileibe nicht, dass irgendeine Aktion des Proletariates oder die Ergreifung der Macht durch das Proletariat erst möglich sei, wenn zuvor irgendein zahlenmäßiges Verhältnis durch Wahl oder Abstimmung festgestellt sei. Wir denken noch viel weniger an die köstliche Theorie, die der »Vorwärts« im vergangenen Jahr einmal aufstellte, eine Ergreifung der Staatsgewalt durch das Proletariat sei erst möglich, wenn 51 Prozent der Wähler sich für das Proletariat erklärt haben, damals, als der »Vorwärts« einen seiner Parteigenossen dafür abkanzelte, dass dieser behauptet hatte, eine Machtergreifung durch das Proletariat sei unter Umständen auch schon möglich, wenn erst 49 Prozent der »Gesamtbevölkerung!« für die »Diktatur des Proletariates« – was die Herrschaften so heißen – sei. Und wir denken am allerwenigsten daran, mit den Wahlzahlen die Möglichkeit andeuten zu wollen, die Ziele der Kommunisten durch Wahlen und Abstimmungen zu verwirklichen. Wir halten es vielmehr durchaus mit dem, was Lenin (»Die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung und die Diktatur des Proletariates«, S. 22) sagt:

»Das allgemeine Wahlrecht ist ein Gradmesser für die Reife des Verständnisses, das die verschiedenen Klassen ihren Aufgaben entgegenbringen. Es zeigt, wie die verschiedenen Klassen geneigt sind, ihre Aufgaben zu lösen. Die Lösung der Aufgaben selbst aber kann nicht durch Abstimmung geschehen, sondern durch alle Formen des Klassenkampfes bis hinauf zum Bürgerkrieg.«¹²²

In diesem Sinne also werden wir einige Zahlen anführen. Dabei ist, und nicht nur aus diesem Grund, bedauerlich, dass die ersten Zahlen, die zum Vergleiche notwendig wären, fehlen; nämlich die Zahlen aus der ersten Wahl nach Beginn der Revolution, der Wahl vom 19. Januar 1919, von der die Kommunisten fernblieben. So müssen wir beginnen mit der Wahl zum Preußischen Landtag im Februar 1921. Es entfielen in dieser Wahl auf proletarische Parteien folgende Stimmen (auf tausend abgerundet):

¹²² Lenin: Die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung und die Diktatur des Proletariats, hrsg. vom Westeuropäischen Sekretariat der Kommunistischen Internationale, S. 22. Inhaltlich identisch mit LW, Bd. 30, S. 262.

Kommunisten	USPD	SPD
1.156.000	1.087.000	4.171.000

Diese Zahlen besagen: Die Kommunisten sind zur Zeit etwa ein Fünftel der Proletarier, die sich überhaupt als Klassenangehörige betätigen. Selbst mit der USPD zusammen, die doch gewiss keine Kommunisten, sondern eher den Sozialdemokraten zuzuzählen sind, selbst mit diesen zusammen wären sie etwa ein Drittel jener Proletarier.

Doch ist an sich – wir kommen darauf noch später zu sprechen – diese Gesamtzahl nicht unbedingt entscheidend. Wir werden daher einzelne besonders markante Beispiele hervorheben.

	VKPD	USPD	SPD
Berlin	112.000	197.000	221.000
Groß-Berlin (Berlin mit Potsdam I und II)	233.000	397.000	564.000
Magdeburg	26.000	48.000	264.000
Halle	204.000	76.000	71.000
Westfalen Nord	49.000	23.000	196.000
Westfalen Süd	108.000	84.000	283.000
Düsseldorf Ost	105.000	84.000	131.000
Düsseldorf West	65.000	23.000	94.000
Rheinisch-Westfälisches Industriegebiet	372.000	214.000	704.000

Wir werden, wie gesagt, auf die Bedeutung dieser Zahlen noch später zu sprechen kommen und wollen hier nur noch Folgendes erwähnen. Aus dem Vergleich etwa der Berliner, aber auch aller anderen Zahlen mit denen der Reichstagswahl des vergangenen Sommers ergibt sich, dass nach dem Zusammenbruch der USPD etwa ebensoviel Wähler zur Sozialdemokratie, zur Noskepartei, gewandert sind als zu den Kommunisten. Diese Tatsache ergibt sich auch deutlich etwa aus den Zahlen der Mecklenburgischen Landtagswahl im Juni 1920 und im März 1921. Es erhielten (in runden Zahlen):

	KPD	USPD	SPD
im Juni 1920	1.200	24.500	128.000
im März 1921	15.000	2.600	137.000

Danach beträgt der Stimmenverlust der USPD 22.000 Stimmen. Die Kommunisten haben gewonnen etwa 13.800 Stimmen, die Mehrheitler etwa 9.000 Stimmen. Rechnet man auf seiten der Kommunisten ab, was

sie aus anderen Kreisen als aus denen der USPD gewonnen haben und berücksichtigt man auf Seiten der Sozialdemokratie, dass sie in diesem stark ländlichen Wahlkreis ohne den Stimmenzuwachs aus dem Lager der USPD einem Stimmenverlust ausgesetzt gewesen wäre, so ergibt sich, wie gesagt, dass die Wähler der USPD halb und halb nach rechts und links gingen, soweit sie nicht (wie es besonders krass in Berlin stattfand) überhaupt in der Versenkung verschwanden.

Wir haben aber außerdem noch einen anderen Maßstab für das zahlenmäßige Verhältnis der Kommunisten zum Proletariat. Es ist das Verhältnis in den Gewerkschaften. Während in den Wahlzahlen die strenge Scheidung von proletarischem und nicht-proletarischem Element nicht stattfindet – die Sozialdemokratie hat zweifellos einen starken kleinbürgerlichen Einschlag, und ein Teil des Proletariats findet in den Wahlziffern überhaupt keinen Ausdruck –, ist die Gewerkschaft rein proletarisch, und jeder kommunistische Gewerkschaftler ist auch zweifellos Mitglied der Kommunistischen Partei. Die Zahl der Mitglieder der Kommunistischen Partei zur Zahl der Gewerkschaftsmitglieder ergibt also eine Höchstzahl des augenblicklichen zahlenmäßigen (nicht geistigen) Einflusses der Kommunisten auf das gewerkschaftliche Proletariat.

Nun: Die Gewerkschaften, die dem ADGB angeschlossen sind, hatten
Ende 1918: 2.866.012 Mitglieder
Ende 1919: 7.338.123 Mitglieder.

Außerdem sind in den christlichen Gewerkschaften Ende 1919 organisiert gewesen 858.283 Mitglieder.

Ende 1919 waren also in Deutschland rund 8,2 Millionen Arbeiter gewerkschaftlich organisiert. Die Zahlen sind, jedenfalls soweit der ADGB in Frage kommt, 1920 wohl noch gestiegen. Setzen wir aber auch nur diese Zahlen in das Verhältnis zur Zahl der Kommunisten Anfang 1921, zu 500.000, so ergibt sich:

- Vom gewerkschaftlich organisierten Proletariat waren die Kommunisten rund $\frac{1}{16}$,
- vom freigewerkschaftlich organisierten Proletariat waren die Kommunisten rund $\frac{1}{14}$.

Das ist das zahlenmäßige Verhältnis, das, auch so, wie es ist, nicht zu schrecken braucht. Denn in revolutionären Situationen ändern Zahlenverhältnisse sich schnell, und über den zahlenmäßigen Einfluss hinaus reicht oder wenigstens sollte reichen der geistige Einfluss.

Wir werden über diesen geistigen Einfluss, dessen Bedeutung und darüber, wie man ihn gewinnt und wie man ihn verliert, noch an anderer Stelle reden; hier wollen wir nur eines betonen, was wir schon des öfteren

sagten. In gewissem Sinn ist trotz der wachsenden kommunistischen Organisation und trotz des – wenigstens bisher – wachsenden kommunistischen Einflusses die Situation der Kommunisten eine schwierigere geworden. Die Sozialreformisten jeglicher Art waren bei Beginn der deutschen Revolution völlig in der Defensive. Sie hatten zwar große Massen hinter sich, aber ihre Reihen waren ungeordnet; wir hatten freien Zutritt zu ihnen, wir konnten sie beeinflussen. Heute hat der Sozialreformismus einen bewussten und zähen Widerstand gegen den Kommunismus organisiert; ja, teilweise schon geht er aus der Defensive in die Offensive über, um die Kommunisten aus ihren Positionen zu verdrängen. Das heißt: Der geistige Einfluss der Kommunisten auf die noch unentschiedenen oder noch reformistisch gesinnten proletarischen Massen fällt den Kommunisten nicht mehr in den Schoß. Er muss errungen werden.

Und vorläufig, das steht fest, sind die Kommunisten eine Minderheit im Proletariat.

b.) Welche sind die Voraussetzungen für eine Eroberung der Staatsgewalt durch das Proletariat?

Wir haben bereits oben gesagt, was die Voraussetzung nicht sei. Nicht Voraussetzung ist, dass die Mehrheit des deutschen Proletariates ein Mitgliedsbuch der Kommunistischen Partei in Händen habe. Nicht Voraussetzung ist auch, dass zuvor das Proletariat männiglich zur Wahlurne schreite und seine Bereitschaft durch beschriebenen oder bedruckten Zettel bekunde.

Voraussetzung ist auch nicht unbedingt, dass jene Mittelschichten, von denen wir oben sprachen, kommunistisch seien oder durchweg mit den Kommunisten sympathisierten. Ihre Sympathie freilich wird in jedem Fall eine außerordentliche Erleichterung der Aufgabe des Proletariates bei wie nach Ergreifung der Macht sein, und Umstände sind auch denkbar, wo die Feindschaft und Ablehnung diesen Schichten die Machtergreifung unmöglich macht. Das sind aber Dinge, die sich zumeist wohl erst im Kampf ergeben und bei denen es schwer ist, sich von vornherein auf bestimmte Formeln festzulegen, die dann, mechanisch angewendet, nur den Offengeist schwächen.

Aber davon abgesehen gibt es gewisse Voraussetzungen für die Ergreifung der Staatsgewalt. Lenin sagt (»Die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung und die Diktatur des Proletariates«, S. 12):

»Wir können drei Bedingungen feststellen, die dem Bolschewismus zum Siege verhelfen:

1. eine ausschlaggebende Mehrheit unter dem Proletariat;
2. fast die Hälfte der Stimmenzahl im Heere;

3. ein erdrückendes Übergewicht im entscheidenden Augenblick und an entscheidender Stelle, nämlich: in den Hauptstädten und an den dem Zentrum naheliegenden Heeresfronten.«¹²³

Was diese drei Voraussetzungen in Deutschland angeht, so haben wir zur ersten, Mehrheit, ausschlaggebende Mehrheit im Proletariat, schon das Zahlenmäßige gesagt und werden das andere noch nachholen. Die zweite, nahezu die Hälfte der Stimmenzahl im Heere, ist in ihrer Kleinheit zahlenmäßig überhaupt nicht auszudrücken. Wir haben in der Armee keinen Einfluss, verscherzen ihn uns immer wieder, wenn wir eben einigen gewonnen haben, müssen aber sagen: Die ausschlaggebende Bedeutung, die die Armee in Russland hatte, hat die jetzige deutsche Armee nicht. Lenin sagt (»Die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung und die Diktatur des Proletariates« S. 11):

»Die Armee war bereits im Oktober-November 1917 zur Hälfte bolschewistisch. Wäre das nicht der Fall gewesen, hätten wir nicht siegen können.«¹²⁴

Diese Bedeutung hat die Armee in Deutschland nicht.

Die dritte Voraussetzung ist »das erdrückende Übergewicht im entscheidenden Augenblick an der entscheidenden Stelle«. Dieses ist ein durchaus richtiger Gesichtspunkt. Um eine Schlacht zu gewinnen, braucht man nicht in der Mehrheit zu sein. Es genügt, an der Stelle des Schlachtfeldes in der Mehrheit zu sein, an der die Entscheidung fällt. Um einen Krieg zu gewinnen, braucht man nicht in der Mehrheit zu sein; es genügt, das erdrückende Übergewicht an den Stellen zu haben, an denen Schlachten geschlagen werden.

Welches sind die entscheidenden Stellen? Für Russland bezeichnet Lenin als solche: die Hauptstädte und die ihnen naheliegenden Heeresfronten. Dieser letztere Faktor scheidet für uns aus den erwähnten Gründen vorläufig aus. Bleiben die Hauptstädte und zunächst die Hauptstadt, die einer haben muss mit ihren Regierungsgebäuden und ihrem zentralen Apparat, wenn er die Staatsgewalt ergreifen will.

¹²³ Lenin: Die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung und die Diktatur des Proletariats, hrsg. vom Westeuropäischen Sekretariat der Kommunistischen Internationale, o. O. 1920, S. 12. – »Auf Grund des Materials über die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung haben wir drei Voraussetzungen für den Sieg des Bolschewismus untersucht: 1. Eine überwältigende Mehrheit im Proletariat; 2. Fast die Hälfte in der Armee; 3. das ausschlaggebende Übergewicht zum entscheidenden Zeitpunkt an den entscheidenden Stellen, und zwar in den Hauptstädten und an den dem Zentrum nahegelegenen Fronten.« LW, Bd. 30, S. 262.

¹²⁴ Lenin: Die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung und die Diktatur des Proletariats, hrsg. vom Westeuropäischen Sekretariat der Kommunistischen Internationale, o. O. 1920, S. 11. Inhaltlich identisch mit LW, Bd. 30, S. 251.

Unglückseligerweise ist trotz – oder muss man sagen: wegen? – dem stark entwickelten Spürsinn einiger Berliner Genossen und dem nicht minder stark entwickelten Sprachtalent wider allen »Opportunismus« die Berliner Organisation ungefähr die schlechteste, die wir im Reiche haben. Was nicht nur aus den Wahlzahlen, sondern auch aus anderem zu beweisen ist. Kurz: Diese Berliner Genossen, die dafür verantwortlich sind, haben nichts getan, um diese Voraussetzung für das von ihnen heißer als von den anderen angestrebte Ziel zu erreichen.

Es bleiben aber in Deutschland noch andere Stellen, die unter Umständen entscheidend sein können.

Die Eisenbahnen. Mit den Eisenbahnen ist es nicht viel anders als mit dem Heer. Starken Einfluss, den wir schon hatten, haben wir uns durch eigene Dummheiten immer wieder verdorben. Hier in diesen halbbürgerlichen und halbintellektuellen Kreisen, namentlich der Beamtenschaft, rächt sich am stärksten das, was wir in der Behandlung jener Schichten unterlassen haben. Immerhin haben wir unter den Eisenbahnern, wenn auch nur in einzelnen Orten oder Bezirken, einigen Einfluss.

Dann die Industriebezirke. Einen Industriebezirk, der mit einem Streich den bürgerlichen Staat lahmlegen und zur Kapitulation zwingen könnte, so wie Berlin es kann, wenn es die Regierungsgebäude, die Banken usw. besetzt, einen solchen Industriebezirk haben wir in Deutschland nicht. In Deutschland sind zwei Industriebezirke, die für den Staat lebenswichtig sind, die ihn aber erst nach einiger Zeit zur Kapitulation zwingen können: Rheinland-Westfalen und Mitteldeutschland. Was Rheinland-Westfalen angeht, so haben wir eben gesehen, wie dort 372.000 kommunistischen Wählern 214.000 Unabhängige und 704.000 Mehrheitler gegenüberstanden. Danach kann von einem erdrückenden Übergewicht an dieser Stelle keine Rede sein.

Das andere Revier ist Mitteldeutschland. Im Bezirk Halle hatten wir 204.000 kommunistische Wähler gegen 76.000 Unabhängige und 71.000 Mehrheitler. Dort hatten wir einen gewaltigen Anhang und eine starke, opferfreudige, heroische Organisation. Wir hatten sie.

Jedenfalls aber steht fest: Wenn man von Mitteldeutschland absieht, das im Sinne des kurzen Schlages nicht entscheidend ist, haben wir an keiner Stelle das »erdrückende Übergewicht«.

Wer unter diesen Umständen jetzt, in dieser Situation, eine Aktion beginnt, um die Staatsgewalt zu erobern, der ist ein Narr, und wer der Kommunistischen Partei vorerzählt, sie, die kommunistische Partei, brauche nur zuzugreifen, der ist ein Lügner.

c.) Wie wird die Staatsgewalt erobert?

Die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat wird im allgemeinen (Ausnahmen, siehe Ungarn, waren schon da.) die Frucht eines siegreichen Aufstandes, sei es des Proletariates, sei es darüber hinaus noch anderer in die Revolution gezogener Schichten sein. Welche also sind die Voraussetzungen für einen Aufstand? Darüber sagt Lenin (»Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?«, S. 61) Folgendes:

»Wenn es einer revolutionären Partei unter der Avantgarde der revolutionären Klassen und unter der Landbevölkerung an einer Mehrheit fehlt, so kann von einem Aufstand keine Rede sein. Außer dieser Mehrheit ist dafür notwendig:

1. Das Anwachsen der revolutionären Welle im ganzen Lande.
2. Der völlig moralische und politische Bankrott der alten – zum Beispiel der »Koalitions«-Regierung.
3. Tiefgehende Unsicherheit im Lager aller schwankenden Elemente, das heißt jener, die nicht voll und ganz hinter der Regierung stehen, obwohl sie gestern noch voll und ganz hinter ihr standen.«¹²⁵

Wir wollen auch hier wieder diese Voraussetzungen für Deutschland prüfen und, daran anknüpfend, die Vorgänge kritisieren, die in den letzten Tagen sich in Deutschland abspielten. Die Grundvoraussetzung, die, zu der alle anderen noch hinzutreten müssen, die »Mehrheit der revolutionären Partei unter der Avantgarde der revolutionären Klassen und unter der Landbevölkerung« lag und liegt in Deutschland, wie wir gesehen haben, nicht vor. Selbst wenn wir die Landbevölkerung, die in Deutschland die ausschlaggebende Rolle wie in Russland nicht spielt, beiseite lassen, hat die kommunistische Partei (»die revolutionäre Partei«) auch nicht die Mehrheit unter dem Proletariat (der »Avantgarde der revolutionären Klassen«).

Die revolutionäre Welle im ganzen Lande war nicht im Anwachsen. Wohl wuchs die Erbitterung des vorgeschrittenen Teils der Arbeiterschaft täglich, wohl schwoll die Zahl der Arbeitslosen täglich an, wohl ward die Armut, die Verelendung der Massen größer. Aber der Augenblick war noch nicht eingetreten, wo die sich zeigende Unzufriedenheit in steigende Aktivität der Massen umschlug; sie setzte sich, wie das häufig der Fall ist, vorläufig erst in steigende Resignation um.

Von dem völligen moralischen und politischen Bankrott der alten – z. B. der »Koalitions«-Regierung konnte keine Rede sein. In Preußen, wo die Sozialdemokratie in Koalition mit den bürgerlichen Parteien steht, hatte sie

¹²⁵ Lenin: Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten? Wien 1921, S. 61. Inhaltlich identisch mit LW, Bd. 26, S. 119.

soeben genau doppelt so viel Stimmen erhalten als alle übrigen proletarischen Parteien zusammengenommen und war gegenüber dem Juni vorigen Jahres gewachsen.

4. Und ebenso wenig konnte die Rede sein von jener tiefgehenden Unsicherheit im Lager aller schwankenden Elemente; die kommunistische Partei hatte, auch bei guten Gelegenheiten, wie dem Londoner Diktat, noch nicht einmal etwas getan, um sie unsicher zu machen.

Wir glauben, dass über diese Verhältnisse bei niemandem in der deutschen Kommunistischen Partei ein Zweifel war.

Was also waren die Voraussetzungen, wie kam die Aktion?

Wir erklären hierbei im voraus Folgendes: Die Situation, in der die Partei sich befindet, ist schwerer, als sie je war. Es kann sich in Wochen, in Tagen vielleicht schon entscheiden, ob die Kommunistische Partei Deutschlands, ob der Kommunismus in Deutschland als Partei noch weiter besteht. Es ist Pflicht, der Partei gegenüber, in dieser Situation mit aller Offenheit und Wahrhaftigkeit zu reden; wer die Verantwortung für diese Aktion übernommen hat, muss sie tragen, so wie der letzte Parteigenosse. Wir werden also nur zu vermeiden trachten, der weißen Justiz neue Opfer zu liefern und zu vermeiden trachten, dass das geschehene Unglück noch weitere Kreise ziehe als über die deutsche kommunistische Partei hinaus. In diesem Rahmen aber muss Wahrheit, die volle Wahrheit herrschen.

Wie kam es zu der Aktion? Der erste Anstoß zu dieser Aktion kam nicht aus der deutschen Partei. Wir wissen nicht, wer dafür die Verantwortung trägt. Der Fall war schon häufiger, dass Abgesandte des Exekutivkomitees über ihre Vollmacht hinausgingen, d. h. dass sich nachträglich ergab, die Abgesandten hätten zu dem oder jenem keine Vollmachten gehabt. Wir sind also nicht in der Lage, dem Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale die Verantwortung zuzuschieben, wengleich nicht verhehlt werden darf, dass in Kreisen der Exekutive eine gewisse Misstimmung über die »Inaktivität« der Partei bestand. Abgesehen von schweren Fehlern in der Kapp-Bewegung konnten freilich positive Unterlassungen der deutschen Partei nicht nachgesagt werden. Es lag also ein gewisser starker Einfluss auf die Zentrale vor, jetzt, sofort und um jeden Preis in die Aktion einzutreten.

Und diese sofortige Aktion musste dann begründet werden. In der Sitzung des Zentralausschusses am 17. März dieses Jahres führte ein verantwortlicher Redner¹²⁶ Folgendes aus:

»Über die allgemeine Linie ist dasselbe zu sagen, was Levi in der letzten Sitzung ausgeführt hat, nur dass sich seit dem Referat (vier Wochen zu-

¹²⁶ D. i. Heinrich Brandler.

vor!! der Verfasser.) die Gegensätze zwischen den imperialistischen Staaten verschärft haben, die Gegensätze zwischen Amerika und England sich zugespitzt haben. Wenn nicht durch eine Revolution eine andere Wendung eintritt, werden wir in Kürze (!! der Verfasser.) vor einem amerikanisch-englischen Krieg stehen ...«¹²⁷

»Innerpolitische Schwierigkeiten liegen im Bereich der [...] Möglichkeit dadurch, dass 1) am 20. März die Sanktionen verschärft werden (! der Verfasser.), ferner am gleichen Tage die Abstimmung in Oberschlesien stattfindet, die mit großer Wahrscheinlichkeit militärische Konflikte zwischen den deutschen und polnischen Imperialisten heraufbeschwören wird. Soweit wir informiert sind, ist jetzt die alte französische Besatzungsformation abgelöst worden durch englische Truppen; während die französischen Truppen eine polenfreundliche Haltung eingenommen haben, sollen nach Informationen (!! die jetzigen englischen [T]ruppen eine ziemlich starke deutschfreundliche Stellung einnehmen. Es ist mit 90 Prozent Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, dass es zu bewaffneten Konflikten kommt. Die polnische Konterrevolution rüstet, und die deutsche Regierung arbeitet planmäßig, wie dokumentarisch belegt ist, seit Anfang Oktober für militärische Konflikte vor [...]«¹²⁸

Der Redner gibt durch Verlesen Kenntnis von diesen Dokumenten, von denen er bemerkt, dass sie nicht veröffentlicht werden dürfen ...¹²⁹

»Unser Einfluss wird über unsere Organisation von 4–500.000 kom[munistischen] Mitgliedern hinausgehen. Ich behaupte, dass wir heute 2–3 Millionen nichtkommunistische Arbeiter im Reiche haben, die wir durch unsere kom[munistische] Organisation beeinflussen können, die in Aktionen, auch in Angriffsaktionen von uns unter unserer Fahne kämpfen werden. Ist diese meine Auffassung richtig, dann verpflichtet uns dieser Stand der Dinge, dass wir den inner- und außerpolitischen Spannungen gegenüber uns nicht länger [...] passiv abwartend verhalten können, nicht länger die außer- und innerpolitischen Dinge nur agitatorisch verwerten dürfen, sondern dann verpflichtet uns die jetzige Situation, mit Aktionen einzugreifen, um die Dinge in unserem Sinn zu ändern.«¹³⁰

Wir behaupten: In jeder Partei, die auf sich hält, würde ein verantwortliches Mitglied der Leitung, das behauptet, in der Zeit von Mitte Februar bis

¹²⁷ Heinrich Brandler auf der Zentralaussschusssitzung am 17. März 1921, im vorliegenden Band S. 31.

¹²⁸ Ebenda, im vorliegenden Band S. 32.

¹²⁹ Auslassung im Original.

¹³⁰ Heinrich Brandler auf der Zentralaussschusssitzung am 17. März 1921, im vorliegenden Band S. 37.

Mitte März dieses Jahres hätten sich die Gegensätze zwischen den imperialistischen Staaten verschärft, die Gegensätze zwischen England und Amerika sich zugespitzt, dass wir »in Kürze vor einem englisch-amerikanischen Krieg stehen«, statt in die Leitung der Partei in den Keller einer Kaltwasserheilanstalt gebracht. Es würde ein Mitglied der Leitung, das in einer so schwerwiegenden Entscheidung sich stützt auf »geheime Informationen«, »Dokumente, die nicht veröffentlicht werden dürfen«, »90 Prozent Wahrscheinlichkeit« für einen Krieg, kurz – einen Bericht gibt, gegen den sich ein Weismannscher Spitzelbericht wie ein Dokument von geschichtlichem Wert ausnimmt, schleunigst von seinem Posten entfernt. Und daran knüpft ein verantwortlich leitender Genosse noch die Milchmädchenrechnung von den zwei bis drei Millionen Nichtkommunisten, die auch in »Angriffsaktionen« kämpfen werden – und das war die politische Basis für die Aktion, die kam!

Zur Verdeutlichung dessen, was nun eine »Angriffsaktion« sei, führte ein anderes verantwortliches Mitglied¹³¹ aus:

»Das, was die Zentrale jetzt vorschlägt, ist ein vollkommener Bruch mit der Vergangenheit. Bisher hatten wir die Taktik eingeschlagen, oder vielmehr, wir sind gezwungen worden zu der Taktik, dass wir die Dinge an uns herankommen ließen, und, sobald eine Kampfsituation gegeben war, in dieser Situation unsere Entschlüsse fassten. Jetzt sagen wir: Wir sind so stark und die Situation ist so verhängnischwanger, dass wir daran gehen müssen, das Geschick der Partei und der Revolution selbst zu zwingen. [...]

Wir haben [...] jetzt von Partei wegen die Offensive zu übernehmen, zu sagen, wir warten nicht, bis man an uns herankommt, bis wir vor Tatsachen stehen; wir wollen, soweit das an uns ist, diese Tatsachen schaffen [...] Wir können die Verwicklungen außerordentlich verschärfen dadurch, dass wir im Rheinland die Massen zu Streiks führen, die die [...] Differenzen zwischen der Entente und der deutschen Regierung außerordentlich verschärfen müssen.«¹³²

»In Bayern liegen die Dinge so, wie sie gelegen haben lange Zeit in Deutschland, dass wir warten mussten, bis der Angriff von der anderen Seite kommt. Was ist unsere Aufgabe in dieser Situation? Wir haben [...] durch unsere Tätigkeit dafür zu sorgen, dass dieser Ausbruch kommt, wenn es sein muss, durch Provokationen der Einwohnerwehren.«¹³³

Und ein dritter verantwortlicher Parteigenosse¹³⁴ fügte dem noch hinzu:

¹³¹ D. i. Paul Frölich.

¹³² Paul Frölich auf der Zentralausschusssitzung am 17. März 1921, im vorliegenden Band S. 41.

¹³³ Ebenda, im vorliegenden Band S. 42.

¹³⁴ D. i. Ernst Meyer.

Es »ergibt sich, dass mit der bisherigen Einstellung der Partei gebrochen werden muss, die dahin ging, Teilaktionen zu vermeiden und zu vermeiden, Parolen auszugeben, die darnach aussehen könnten, als fordern wir den Endkampf.«¹³⁵

Das ist das theoretische Lehrgebäude, in dem das Spiel über Sein oder Nichtsein der Kommunistischen Partei Deutschlands gespielt wurde.

Zunächst eins. Es gibt Kommunisten, bei denen die Worte »Verschärfung«, »Zuspitzung«, »Konflikt« usw. gewisse revolutionäre Zwangsvorstellungen erwecken. Man kann es nicht anders deuten, wenn dieser eine Redner von den Massenstreiks im Rheinland eine Verschärfung des Konfliktes Deutschlands mit der Entente errechnet. Die Probe aufs Exempel ist inzwischen gemacht. In Düsseldorf sind die Arbeiter in Streik getreten, und dieser Streik hat die französisch-deutschen Beziehungen so verschärft, dass die Düsseldorfer französische Besatzungsbehörde – schleunigst – der Sipo die Gewehre zurückgab, auf dass sie den Streik niederschlage.

Und eine zweite »Verschärfung« wird in der Presse vom 4. April berichtet. Es kommt da die Meldung aus Moers:

»Offenbar auf höhere Weisung hat am Sonntag belgisches Militär zum Schutze der nichtkommunistischen Einwohner eingegriffen und hat, da sich die Kommunisten zur Wehr setzten, von der Waffe Gebrauch gemacht. Den belgischen Truppen gelang es, die Ruhe wieder herzustellen. Bei den Kämpfen mit den Kommunisten wurden drei Aufrührer getötet und z. T. verwundet. Die Belgier nahmen viele Verhaftungen vor. Da die Kommunisten versuchten, ihre Genossen zu befreien, die Belgier weiter beschossen und mit Steinen bewarfen, erwiderten die Belgier das Feuer. Truppenverstärkungen nach Moers sind unterwegs. Die Schächte wurden von belgischen Soldaten besetzt.«¹³⁶

So sieht die »Verschärfung der Beziehungen zwischen Deutschland und der Entente« aus, und wenn sich der Redner der Zentrale überhaupt bei seinen Reden etwas gedacht hat, muss er gerade erwarten, dass die deutsche Regierung wegen der Erschießung deutscher Kommunisten gegen die Entente vom Leder ziehen werde.

Im Übrigen aber erkennen diese Bezwingler des Geschicks der deutschen Kommunistischen Partei und der deutschen Revolution wenigstens an, dass eine Kampfsituation sein muss, d. h. eine Situation, in der die Massen begreifen, dass sie kämpfen müssen und dessen willig sind. Die »neue Taktik«, der

¹³⁵ Ernst Meyer auf der Zentralausschusssitzung am 17. März 1921, im vorliegenden Band S. 43.

¹³⁶ Die Quelle konnte nicht ermittelt werden.

»Bruch mit der Vergangenheit« besteht nun darin, dass man solche Situationen schaffen könne. Das ist nun an sich nichts Neues. Die Auffassung haben auch wir immer vertreten: Eine politische Partei kann und eine kommunistische Partei muss durch Klarheit und Entschiedenheit des Auftretens, durch Schärfe und Kühnheit der Agitation und Propaganda, durch geistigen und organisatorischen Einfluss, den sie auf die Massen gewinnt: kurz, sie muss durch politische Mittel Kampfsituationen schaffen. Das Neuartige, das den Bruch mit der Vergangenheit der KPD allerdings bedeutet, ist die Auffassung, man könne diese Kampfsituation auch schaffen durch unpolitische Mittel, durch Polizeispitzelmanieren, durch Provokation. Wie das mit der Provokation gemeint ist, hat ein anderer verantwortlicher Parteigenosse¹³⁷ in einer anderen Sitzung enthüllt, die während der Aktion stattfand. Er sagte:

»Wir sind der Meinung, dass [...] bei einer intensiven Propagandatätigkeit diese Ruhe, in der sich bisher die Sipo bewegt, verlieren wird, und so die Arbeiterschaft gereizt wird, die heute in unserem Kampf nicht erfasst wird.«¹³⁸

Und der gleiche Redner sagte späterhin – das war am 30. März, als die Aktion schon längst verloren war:

»Wir müssen versuchen, einen geschickten Rückzug anzutreten, Konflikte erzeugen, die Sipo zu reizen, alle konterrevolutionären Elemente zu reizen. Wenn es uns gelingt, mit diesen Mitteln die Bewegung zu erzeugen (! Der Verfasser), wird es zu Zusammenstößen kommen.«¹³⁹

Das freilich ist in der Geschichte der Partei, die Rosa Luxemburg gegründet hat, neuartig; es ist ein völliger Bruch mit der Vergangenheit, dass die Kommunisten arbeiten sollen wie Achtgroschenjungen, dass sie den Mord ihrer Brüder provozieren sollen. Man erspare uns den Beweis, dass diese letzte Deutung nicht zu weit geht, und das, das wiederholen wir, war die neue theoretische Grundlage, auf der das Spiel begann.

Die Aktion begann. Es ist der Zentrale zunächst erspart geblieben, die neu erworbene theoretische Grundlage in die Praxis umzusetzen. Hörsing kam ihr zuvor. Er rückte ins Mansfeldische ein und hatte damit bereits einen Erfolg für sich: den geeigneten Zeitpunkt. Mit der Gerissenheit eines alten Gewerkschaftsbürokraten suchte er sich die Woche aus, die Ostern voranging, wohl wissend, was die viertägige Schließung der Betriebe von Karfreitag bis Ostermontag bedeutet. Damit war die Zentrale schon von vornherein die Gefangene ihrer eigenen »Parolen« geworden. Sie konnte

¹³⁷ D. i. Paul Frölich.

¹³⁸ Paul Frölich auf der Sitzung der KPD-Reichsgewerkschaftszentrale mit Beirat und zwei Vertretern der KPD-Zentrale, 30. März 1921, im vorliegenden Band S. 84.

¹³⁹ Ebenda, im vorliegenden Band S. 97.

diese Hörsingsche Provokation gar nicht mehr entsprechend der Lage ausnützen. Die mansfeldischen Arbeiter schlugen los. Ein Mitglied der Zentrale¹⁴⁰ hat in einer Sitzung, die späterhin stattfand, gesagt:

»Unsere Genossen im Mansfeldischen Gebiet haben nun diese Parole etwas zu falsch aufgefasst oder nicht so befolgt, wie sie war. Im Mansfeldischen Gebiet lag nicht vor keine Besetzung vor, sondern Einmarsch.«¹⁴¹

Diese Darstellung ist nichts anderes als eine Verleumdung der kämpfenden Genossen. Wenn eine Parole ausgegeben war gegen die Fabrikbesetzung, dann kann ein vernünftiger Mensch, er sei denn gerade Mitglied der Zentrale der VKPD, annehmen, dass sie nicht gelten solle bei den sichtbaren Vorbereitungen zur Fabrikbesetzung, dem Einmarsch. Und die Genossen im Mansfeldischen haben auch entsprechend den Parolen der Zentrale gehandelt, als sie zur Waffe griffen. Auch das scheint in dem oben angeführten Satz bestritten werden zu sollen. Dann liegt der – nicht erste – Fall vor, wo die Zentrale gar nicht weiß und erst später merkt, welche Parole sie ausgegeben hat.

Am 18. März begann die »Rote Fahne« mit den Aufrufen zur Bewaffnung.

»Ein jeder Arbeiter pfeift auf das Gesetz und erwirbt sich eine Waffe, wo er sie findet!«¹⁴²

Mit diesem, für eine Massenaktion seltsamen Text läutete die »Rote Fahne« die Bewegung ein, und sie hat diesen Ton beibehalten. Am 19. März schrieb die »Rote Fahne«:

»Die Orgeschbände trumpft auf mit dem Schwert. Sie führt die Sprache der offenen Gewalt. Die deutschen Arbeiter wären Hundsfötter, wenn sie nicht den Mut und die Kraft fänden, den Orgeschbänden in ihrer klaren Sprache zu antworten.«¹⁴³

Am 20. März schrieb die »Rote Fahne«:

»Das Beispiel der Arbeiter im Bezirk Halle, die auf die Herausforderung Hörsings mit dem Streik antworten werden, muss nachgeahmt werden.

¹⁴⁰ D. i. Heinrich Brandler.

¹⁴¹ Heinrich Brandler auf der Sitzung der KPD-Reichsgewerkschaftszentrale mit Beirat und zwei Vertretern der KPD-Zentrale, 30. März 1921, im vorliegenden Band S. 80. – Bei Levi: »Unsere Genossen im Mansfeldischen haben die Parole der Zentrale etwas zu falsch aufgefasst und nicht so befolgt, wie sie war. Im Mansfeldischen lag keine Fabrikbesetzung vor, sondern ein Einmarsch.«

¹⁴² Klare Antwort, in: Die Rote Fahne. Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), 4. Jg., Nr. 129, 18. März 1921, Morgenausgabe, Beilage, ungez.; ebenfalls in: Der zweite Streich der Konterrevolution, in: Die Rote Fahne. Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), 4. Jg., Nr. 131, 19. März 1921, Morgenausgabe, ungez.

¹⁴³ Ebenda.

Die Arbeiterschaft muss sich sogleich wappnen, um dem Feind gerüstet gegenüberzustehen.

Die Waffen in die Hand der Arbeiter.«¹⁴⁴

Am 21. März schrieb die »Rote Fahne«:

»... nur das Proletariat kann die schändlichen Absichten der Orgeschanden zuschanden machen. Es kann dies nur tun, wenn es sich einig zusammenschließt zur Aktion, wenn es den sozialverräterischen Schwätzern den Laufpass gibt und die Gegenrevolution so schlägt, wie diese allein geschlagen werden kann,

mit der Waffe in der Hand.«¹⁴⁵

Gleichzeitig geht durch die Organisation die »neue Theorie« samt dem Aufruf zur Aktivität und samt der Erklärung, loszuschlagen, sobald es geht, und sei es auch nur dank einer Provokation. In dieser Situation fassen die mansfeldischen Arbeiter die Parole so auf, wie sie auf jeden vernünftigen Menschen wirken muss. Es ist eine feige Verleumdung von toten Helden, die im guten Glauben gefallen sind, wenn jetzt diese selben mansfeldischen Arbeiter als die »Disziplinbrecher« hingestellt werden. Kein Mensch konnte denken, dass, wenn die »Rote Fahne« zu den Waffen rief, damit gemeint sei, die Waffen vorläufig hinter den Ofen zu stellen. Es konnte auch nicht jeder Arbeiter ohne weiteres das Gerede von der Waffe so auffassen, wie es der Inseratenchef der »Roten Fahne« in der Nummer vom 24. März 1921 (Nr. 139 Beilage) tat:

»Waffen der Kommunisten bestehen im gegenwärtigen Augenblick nicht zuletzt in ihrer Parteipresse, die schonungslos das Geschwür des Kapitalismus aufsticht. Es ist die Pflicht eines jeden Kommunisten an dieser Waffenverteilung mitzuwirken und neue Mitkämpfer zu gewinnen. Werbt daher unermüdlich an der Arbeitsstätte und im Freundeskreis für die Parteipresse, damit die Rote Armee der proletarischen Kämpfer täglich neue Rekruten erhält!«¹⁴⁶

Und so entbrannte der Aufstand im Mansfeldischen in der ungünstigsten Woche, in einer politisch völlig unmöglichen Situation, in der Defensive vom ersten Tage an, ohne jede organisatorische Vorbereitung, dank der Spielerei mit dem Aufstand, die man in der Zentrale getrieben hatte.

¹⁴⁴ Die Gegenrevolution schlägt los, in: Die Rote Fahne. Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), 4. Jg., Nr. 133, 20. März 1921, Morgenausgabe, ungez.

¹⁴⁵ Der Feldzug gegen das Proletariat, in: ebenda, Nr. 134, 21. März 1921, Abendausgabe, ungez.

¹⁴⁶ Waffen der Kommunisten, in: ebenda, Nr. 139, 24. März 1921, Morgenausgabe, Beilage, ungez.

Es hatte offenbar kein Mitglied der Zentrale und auch nicht der »beste Marxist Westeuropas«¹⁴⁷ die Worte von Marx gelesen oder beherzigt:

»Nun ist der Aufstand eine Kunst, genau wie der Krieg oder irgendeine andere Kunst, und gewissen Regeln unterworfen, deren Vernachlässigung zum Verderben der Partei führt, die sich ihrer schuldig macht. Diese Regeln, logische Schlussfolgerungen aus dem Wesen der Parteien und der Verhältnisse, mit denen man in einem solchen Falle zu tun hat, sind so klar und einfach, dass die kurze Erfahrung von 1848 die Deutschen ziemlich bekannt mit ihnen gemacht hat. Erstens darf man nie mit dem Aufstand spielen, wenn man nicht fest entschlossen ist, alle Konsequenzen des Spiels auf sich zu nehmen. Der Aufstand ist eine Rechnung mit höchst unbestimmten Größen, deren Werte sich jeden Tag ändern können; die Kräfte des Gegners haben alle Vorteile der Organisation, der Disziplin und der hergebrachten Autorität auf ihrer Seite; kann man ihnen nicht mit starker Überlegenheit entgegentreten, so ist man geschlagen und vernichtet. Zweitens, hat man einmal den Weg des Aufstands beschritten, so handle man mit der größten Entschlossenheit und ergreife die Offensive. Die Defensive ist der Tod jedes bewaffneten Aufstands; er ist verloren, noch bevor er sich mit dem Feinde gemessen hat.« (Marx, Revolution und Konterrevolution in Deutschland, Aufl. 1919, S. 117.)¹⁴⁸

Nun war das Geschick im Lauf. Vom Mansfeldischen sprang der Funke nach Hamburg über. Dort gab es sofort reichlich Tote, und wir können uns kein Urteil erlauben, ob dort die »neue Theorie« auf fruchtbaren Boden gefallen war. Jedenfalls waren die Hamburger Genossen naiv genug gewesen zu glauben, eine Parteizentrale, die mit dem Aufstand herumfackle, wisse, was sie tue, und zu glauben, die Zentrale wolle, was sie sage. Sie gingen also »aufs Ganze«. Man sandte ihnen einen expressen Boten, der »bremsen« sollte. Als der Expresse gebremst hatte, fand man, dass er zuviel gebremst hatte. Man sandte einen anderen Expressen, der die Bremsung bremsen sollte. Als aber der zweite Expresse kam, war die Hamburger Bewegung schon gebrochen. Und damit war die Gesamt-»Aktion« im Wesentlichen bereits am Ende ihrer Kräfte. Die »Aktion«, die entstanden war in einem Kopf, der zudem keinen blassen Schimmer hat von deutschen Verhältnissen, und die politisch vorbereitet und geführt war von unpolitischen Kindsköpfen, hatte die Kommunisten allein gelassen.

Es ist nun das natürlichste von der Welt – um eines vorwegzunehmen –, dass die Feldherren dieses Putsches anderswo als bei sich die Schuld su-

¹⁴⁷ Radek hatte August Thalheimer als »beste[n] Marxist[en] Westeuropas« bezeichnet.

¹⁴⁸ Engels: Revolution und Konterrevolution in Deutschland, in: MEW, Bd. 8, S. 95.

chen werden. In der Tat hat bereits das Geschrei begonnen von den »Saboteuren«, den »Miesmachern«, den »Defaitisten« in der eigenen Partei. Die Herrschaften, die diesen Versuch unternehmen, gleichen darin völlig Ludendorff, mit dem wir auch sonst noch wesensverwandte Züge finden werden; sie gleichen Ludendorff nicht nur in der faulen Ausrede, die sie erfinden, um andern die Schuld zu geben, sie gleichen ihm auch in dem Grundirrtum, den er begangen hat. Ludendorff war einer der Leute aus der Schule, die glaubten, man mache Kriege »mit den Prinzipien des Generalstabs oben und dem Kadavergehorsam unten«. Das mag in einem gewissen Zeitalter richtig gewesen sein. Zu Zeiten des Alten Fritz und der Potsdamer Wachtparade war es völlig genügend, wenn unten, in blindem Gehorsam, die Beine zu Karrees aufmarschierten und oben der Wille des Königs lenkte. Im Zeitalter der großen Armeen, der Volksheere, der Massenarmeen genügte das nicht mehr. Der »moralische Faktor« erforderte mehr und mehr sein Recht. Große Armeen sind nicht nur ein militärisches, sie sind auch ein politisches Instrument. Sie hängen mit tausend Fäden an den nichtuniformierten Massen; unsichtbar geht zwischen diesen und jenen ein Austausch des Wollens, des Fühlens, des Denkens vor sich: Der Feldherr, der nicht versteht, in diesem Sinn eine Armee politisch zu führen, verdirbt damit die beste Armee – so wie Ludendorff¹⁴⁹ es getan.

Nicht anders aber ist es mit politischen Parteien. Für einen anarchistischen Klub genügt es vollkommen, wenn der Wille des Führers befiehlt und der Todesmut der Gläubigen gehorcht. Für eine Massenpartei, die nicht nur Massen in Bewegung setzen will, sondern auch selbst Masse ist, genügt das nicht. Was von den Kommunisten erwartet werden muss, das ist, dass sie Kampfsituationen rasch erspähen, energisch ausnützen und jederzeit über das Kampfziel hinweg auf das Endziel weisen. Aber kein Kommunist ist kraft der Aufnahme in die kommunistische Partei und der Übernahme des Mitgliedsbuches verpflichtet oder auch nur befähigt, eine Kampfsituation zu ersehen, wo keine ist und wo nur der Wille der Zentrale in einem unsichtbaren und geheimen Konventikel und aus anderen Gründen als denen, die den Proletariern vor Augen liegen, beschließt: Eine Kampfsituation bestehe. Die Zentrale hat damit noch nicht einmal die simple Kunst jenes Indianerhäuptlings gezeigt, der, um seine Allmacht zu erweisen, jeden Morgen von Sonnenaufgang vor sein Zelt trat und sagte: Sonne, geh

¹⁴⁹ Erich Ludendorff (1865–1937) hatte im Ersten Weltkrieg als Erster Generalquartiermeister und Stellvertreter Paul von Hindenburgs, des Chefs der Obersten Heeresleitung, bestimmenden Einfluss auf die deutsche Kriegführung und ihre Verschleierung vor der Öffentlichkeit.

du den Weg, den ich dir weise. Er deutete dabei mit der Hand von Osten nach Westen. Die Zentrale, von denselben Allmachtsgefühlen beseelt, deutete aus Versehen mit der Hand von Westen nach Osten. Sie hat damit das Grundgesetz verletzt, nach dem eine Massenpartei überhaupt nur bewegt werden kann; nur eigener Wille, eigene Einsicht, eigene Entschlossenheit der Massen kann sie bewegen; auf Grund dieser Voraussetzungen kann eine gute Führung – führen. Die Zentrale hat aber auch die Bedingungen nicht erkannt, unter denen eine Massenpartei, die Masse unter Massen ist, die im persönlichen, im beruflichen Verkehr in den Betrieben, in den Gewerkschaften, überall mit den Proletariern zusammenhängt, die von da dem bestärkenden und beflügelnden Einfluss der Sympathie, dem lähmenden der Antipathie oder Feindschaft unterliegt, überhaupt nur kämpfen kann und damit kommen wir zurück zu der Frage: Wie muss das Verhältnis der Kommunisten zu den Massen in einer Aktion sein? Eine Aktion, die lediglich dem politischen Bedürfnis der Kommunistischen Partei und nicht dem subjektiven Bedürfnis der proletarischen Masse entspricht, ist verfehlt an sich. Die Kommunisten haben nicht die Möglichkeit und zumal nicht, solange sie eine solche Minderheit im Proletariat sind, die Aktion an Stelle des Proletariates, ohne das Proletariat, am Ende gar gegen das Proletariat zu machen. Sie können nichts anderes, als vermöge der oben erwähnten politischen Mittel Situationen schaffen, in denen das Proletariat die Notwendigkeit des Kampfes sieht, kämpft, und in den Kämpfen können dann die Kommunisten durch ihre Parolen das Proletariat führen.

Wie aber dachte sich die Zentrale das Verhältnis der Kommunisten zu den Massen? Wie schon oben angeführt, dachte sie zunächst, man könne die Situation auch mit nichtpolitischen Mitteln schaffen. Nun hatte sie ihre Toten. In Hamburg und im Mansfeldischen lagen sie. Aber die Situation war von Anfang an so ohne jede Voraussetzung für eine Aktion, dass nicht einmal die Toten die Massen in Bewegung zu bringen vermochten. Man hatte aber noch ein anderes Mittel bereit. In Nr. 133 der »Roten Fahne« vom Sonntag, dem 20. März, steht ein Artikel mit der Überschrift: »Wer nicht für mich ist, der ist wider mich! Ein Wort an die sozialdemokratischen und unabhängigen Arbeiter.« Im Artikel ist zwar nur das »für mich« erörtert und lediglich am Schluss den Arbeitern gesagt, unter welchen Bedingungen sie »mittun dürfen«. Es heißt da:

»Unabhängige und sozialdemokratische Arbeiter! Euch strecken wir brüderlich die Hand entgegen. Aber wir sagen euch auch, wenn ihr mit uns kämpfen wollt, so müsst ihr ebenso hart wie die Kapitalisten die treffen, die in euren Reihen die Sache der Kapitalisten führen, die mit der Orgeschbande ins Feld ziehen gegen euch Arbeiter und auch die feigen Memmen,

die euch einschläfern und entmutigen, wo euch Orgesch die Schwertspitze auf die Brust setzt.«¹⁵⁰

Man denke sich: Für die unabhängigen und sozialdemokratischen Arbeiter lag in dieser Situation kein Grund zu einer Aktion vor. Der geniale Kopf, der die Aktion erdacht, war ihnen unbekannt, ein Beschluss der Kommunistischen Partei war für sie kein Ereignis, das sie, ohne dass sie eine Begründung kannten, in eine Aktion riss, und wir vermuten: Hätten sie die Begründung gekannt, so würde ihr Wille zur Aktion nicht größer geworden sein. Man verstehe: Diesen Arbeitern, die der Aktion völlig verständnislos gegenüberstanden, stellt man als Bedingungen dafür, dass sie mitmachen dürfen, die, dass sie möglichst ihre bisherigen Führer an die Laterne knüpfen. Und für den Fall, dass sie sich dieser Bedingung nicht willig fügen, wird ihnen die Alternative gestellt: »Wer nicht für mich ist, der ist wider mich!« Eine Kriegserklärung für vier Fünftel der deutschen Arbeiter zu Beginn der Aktion!

Wir wissen nicht, ob der Verfasser jenes Artikels erfahren genug ist, um zu wissen, dass er mit diesem Artikel einen Vorgänger hat. Dieser Vorgänger freilich besaß wenigstens die Bescheidenheit zu sagen: »Wer nicht für uns ist, der ist wider uns.« Er war nun freilich kein Marxist, er war kein Sozialist; er hieß – Bakunin¹⁵¹, der russische Anarchist, der im Jahre 1870 einen Aufruf an die russischen Offiziere unter dieser Alternative richtete. Der Artikelschreiber der »Roten Fahne« mag in Marx' und Engels' Schrift: »Die Allianz der sozialistischen Demokratie und die internationale Arbeiterassoziation« Marx' Urteil darüber und einiges andere Zeitgemäße nachlesen.¹⁵² Wobei überhaupt bemerkt werden muss, dass die ganze Einstellung zu den revolutionären Klassen unter dem Gesichtspunkt: »Wer nicht für ist, der ist gegen« die dem Anarchismus eigentümliche ist, dass der Satz: »Wer nicht für uns ist, der ist gegen uns« geradezu das Lieblingswort sowohl Bakunins als seines Schülers Netschajew ist, und dass nur aus dieser Gesamteinstellung sich die ganzen Methoden ergeben, die der Anarchismus anwendet – nicht um die Konterrevolution zu besiegen, sondern, um

¹⁵⁰ Wer nicht für mich ist, der ist wider mich! Ein Wort an die sozialdemokratischen und unabhängigen Arbeiter, in: Die Rote Fahne. Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), 4. Jg., Nr. 133, 20. März 1921, Morgenausgabe, ungez.

¹⁵¹ Michail Bakunin (1814–1876) war ein russischer Anarchist, der meistens in Westeuropa wirkte, er war Mitglied der I. Internationale und wurde auf Betreiben von Marx ausgeschlossen.

¹⁵² Vgl. Marx: Die Internationale Arbeiterassoziation und die Allianz der sozialistischen Demokratie, in: MEW, Bd. 16, S. 339–341.

mit einem Mitglied der Zentrale der VKPD zu sprechen, »um die Revolution zu zwingen«. Der Kommunismus ist nie und nimmer gegen die Arbeiterklasse. Aus dieser bakunistischen, allem Marxistischen Hohn sprechenden Grundeinstellung der Aktion, diesem völligen Verkennen, der völligen Verleugnung aller marxistischen Stellung der Kommunisten zu den Massen, ergeben sich dann alle folgenden, bewussten oder unbewussten, gewollten oder ungewollten, gezwungenen oder freiwilligen, bereuten oder nicht bereuten anarchistischen Wesenszüge dieses Märzauflandes ganz von selbst: Der Kampf der Arbeitslosen gegen die Arbeitenden, der Kampf der Kommunisten gegen die Proletarier, das Hervortreten des Lumpenproletariates, die Dynamitattentate – das alles waren die logischen Folgen. Durch das alles wird die Märzbewegung als das charakterisiert, was sie ist:

der größte Bakunisten-Putsch der bisherigen Geschichte.

Also: Die Kriegserklärung an die Arbeiterschaft war da. Die Zentrale scheint auch das nicht bemerkt zu haben. Denn ein oben erwähntes Mitglied der Zentrale gab auch für diese »falsche Einleitung« der Bewegung – den mansfeldischen Arbeitern die Schuld. Und für das, was nun geschah, gibt es kein Wort der Bezeichnung. Das Wort Blanquismus auf diese Aktion anzuwenden, wäre eine Schändung von Blanqui.¹⁵³ Denn auch Blanqui war immerhin nur der – von Marx wie Engels in jedem Teil gemissbilligten – Auffassung: »dass Revolutionen überhaupt sich nicht selbst machen, sondern gemacht werden; dass sie gemacht werden von einer verhältnismäßig geringen Minderzahl«, und dass diese Minderheit die Mehrheit durch ihr Beispiel mit fortreißt. In der »Roten Fahne« aber, unter der Autorität der Zentrale der VKPD, erklärt ein Artikelschreiber zu Beginn der Aktion den Arbeitern den Krieg, um sie dann zur Aktion zu prügeln. Und der Krieg begann. Die Arbeitslosen wurden als Sturmkolonnen vorangeschickt. Sie besetzten die Tore der Fabriken. Sie drangen in die Betriebe ein, löschten hier und da die Feuer und versuchten, die Arbeiter aus den Betrieben herauszuprügeln. Es kam zum offenen Krieg der Kommunisten gegen die Arbeiter. Aus dem Moerser Bezirk kam folgende Nachricht:

»Auf der Kruppschen Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen ist es am Donnerstagmorgen zu heftigen Kämpfen gekommen zwischen Kommunisten, die das Werk besetzt hielten, und Arbeitern, die zur Arbeit wollten. Die Arbeiter gingen schließlich mit Knüppeln auf die

¹⁵³ Louis Auguste Blanqui (1805–1881) war an den Aufständen in Paris 1830, 1848 und an der Kommune 1871 beteiligt, insgesamt über 30 Jahre saß er im Gefängnis. Die »Blanquisten«, zusammengeslossen in der »Parti socialiste de France«, lehnten jegliche Regierungsbeteiligung ab.

Kommunisten los und erzwangen sich den Zutritt zur Arbeitsstelle mit Gewalt. Dabei gab es acht Verwundete. In die Schlägerei griffen schließlich belgische Soldaten ein, die die Kämpfenden auseinanderbrachten und 20 Kommunisten verhafteten. Die aus den Betrieben hinausgeworfenen Kommunisten kehrten später mit Verstärkung zurück und besetzten erneut das Werk.«¹⁵⁴

Noch erschütterndere Berichte werden aus Berlin gegeben. Es sei, so sagt man uns, ein entsetzlicher Anblick gewesen, wie die Arbeitslosen, laut weinend vor Schmerz über die Prügel, die sie empfangen, aus den Betrieben hinausgeworfen wurden, und wie sie denen fluchten, die sie dahin gesandt. Freilich, als es dann zu spät war, als der Krieg der Kommunisten gegen die Arbeiter schon begonnen und für die Kommunisten schon verloren war, kam auch die »Rote Fahne« plötzlich mit guten Lehren. Am 26. März setzte offenbar ein anderer Redakteur der »Roten Fahne« als der, der den Artikel »Wer nicht für mich ist, der ist wider mich« in Druck gegeben hatte, Mahnungen in die Zeitung: »Kein Kampf von Arbeitern gegen Arbeiter!«¹⁵⁵ Dieser Pontius Pilatus wusch seine Hände in Unschuld.

Aber nicht genug damit. Waren nicht schon Arbeitslose genug da, so schuf man neue. Die Kommunisten in den Betrieben waren in der schweren Lage, zu entscheiden, ob sie aus den Betrieben herausgehen sollten, in denen sie die Minderheit waren, in denen also ihr Streik keine Stilllegung, oft nicht einmal eine Behinderung bedeutete. Die Zentrale will die Anweisung gegeben haben, dieses Falles in den Betrieben zu bleiben. Der Berliner Sekretär will dasselbe getan haben, aber es liegt ein Schreiben der Berliner Organisation vom 29. März vor, in dem es heißt: »Unter keinen Umständen darf ein Kommunist, auch wenn er Minderheit ist, zur Arbeit schreiten.« Die Kommunisten gingen heraus aus den Betrieben. In Trupps von 200, 300 Mann, oft mehr, oft weniger, gingen sie aus den Betrieben: Der Betrieb ging weiter; sie sind heute arbeitslos, die Unternehmer haben die Gelegenheit benutzt, die Betriebe »kommunistenrein« zu machen in einem Falle, in dem sie selbst ein Großteil der Arbeiter auf ihrer Seite hatten. Kurzum, die »Aktion«, die begann mit der Kriegserklärung der Kommunisten gegen das Proletariat und der Arbeitslosen gegen die Arbeiter, war verloren vom ersten Augenblick an und in einer Aktion, die so beginnt,

¹⁵⁴ Mord und Totschlag im Kreise Moers, in: Vorwärts. Berliner Volksblatt. Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 38. Jg., Nr. 151, 1. April 1921, Morgenausgabe.

¹⁵⁵ Disziplin halten, in: Die Rote Fahne. Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), 4. Jg., Nr. 142, 26. März 1921, Abendausgabe, ungez.

können die Kommunisten nie und nimmer irgendetwas, auch nur moralische Werte, gewinnen.

Die Zentrale hatte zu entscheiden, was weiter geschah. Sie entschied sich für »Steigerung der Aktion«. Die Aktion, die irrsinnig begonnen war, in der kein Mensch wusste, worum man eigentlich kämpfe, in der die Zentrale – offenbar weil ihr nichts anderes einfiel und weil sie den Kniff für furchtbar klug hielt – zurückgriff auf die Gewerkschaftsforderungen aus dem Kapp-Putsch (!), die Aktion, die Narretei sollte gesteigert werden. Sie war steigerungsfähig. Zu den Toten im Mansfeldischen und Hamburg kamen die Toten in Halle. Auch sie brachten nicht die »Stimmung«. Nach den Toten in Halle kamen die Toten in Essen. Aber die »Stimmung« blieb aus. Nach den Toten in Essen kamen die Toten in Mannheim. Aber noch immer keine »Stimmung«. Man wird nervös in der Zentrale wegen des Ausbleibens der Stimmung. In dieser Situation dann am 30. März sprach jenes Zentralmitglied jenen Stoßseufzer aus, dass doch vielleicht in Berlin die Sipo »die Ruhe verlieren« möge, damit die Arbeiterschaft »gereizt« werde.

Und daneben wurde die Arbeiterschaft, die »gereizt« werden sollte, in der »Roten Fahne« weiter »behandelt«. Am selben 30. März 1921 schrieb dieses Blatt Folgendes:

»Wir sagen den unabhängigen und mehrheitssozialistischen Arbeitern mit aller Deutlichkeit: Nicht nur auf das Haupt eurer Führer, auf das Haupt jedes einzelnen von euch kommt die Blutschuld, wenn ihr stillschweigend oder auch nur unter lahmen Protesten duldet, dass die Ebert, Severing, Hörsing den weißen Schrecken und die weiße Justiz gegen die Arbeiter loslassen, deren Verbrechen darin bestand, dass sie dem gesamten Proletariat vorankämpfen. [...]

Die ›Freiheit‹ fordert eine Intervention der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteien. Wir spucken auf eine Intervention der Schurken, die selbst den weißen Schrecken der Bourgeoisie entfesselt haben, die selbst für die Bourgeoisie das Henkerswerk ausüben ...¹⁵⁶

Schmach und Schande über den Arbeiter, der jetzt noch beiseite steht, Schmach und Schande über den Arbeiter, der jetzt noch nicht weiß, wo sein Platz ist.«¹⁵⁷

Das war freilich ein »vollkommener Bruch mit der Vergangenheit« der Kommunistischen Partei, auf diese Weise die Arbeiter zu »reizen«, in die Aktion zu treten. Das war freilich nichts mehr: nichts vom Geiste von Karl

¹⁵⁶ Auslassung im Original.

¹⁵⁷ Die Henkerarbeit beginnt. Der Generalstreik wächst, in: ebenda, Nr. 145, 30. März 1921, Abendausgabe, ungez.

Liebknecht geschweige denn von Rosa Luxemburg, und darum konnte es auch füglich unterbleiben, dass in der Nummer der »Roten Fahne« vom 26. März (Kampfruf Nr. 1) ein – man verzeihe mir dieses eine harte Wort; doch ich verteidige das Andenken Toter, die sich nicht wehren können – ein Schandbube schrieb:

»Der Geist Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs marschiert an der Spitze des revolutionären Proletariats Deutschlands.«¹⁵⁸

Man hatte genug frischer Leichen zum »Reizen«; man konnte die alten in Frieden lassen.

Und was nun folgte, war ein erschütterndes Schauspiel. Die Zentrale »steigerte die Aktion«. Fähnlein um Fähnlein erhob sich. Da war kein Unterschied zwischen »Altkommunisten« und »Neukommunisten«, über die die ganz Gesalbten noch immer die Nase rümpfen. Mit Heldenmut und Todesverachtung ohnegleichen standen die Genossen auf. In den Städtchen und Dörfern Mitteldeutschlands, im Leuna-Werk, in den kleinen und großen Fabriken: Fähnlein um Fähnlein trat an zum Sturm – wie es die Zentrale gebot. Fähnlein um Fähnlein ging vor in den Kampf – wie es die Zentrale gebot. Fähnlein um Fähnlein ging in den Tod – wie es die Zentrale gebot. Ave morituri te salutant!¹⁵⁹ Da ward nicht einmal, da ward dutzende Male in Mitteldeutschland das Geschick der dreihundert Spartaner unter Leonidas¹⁶⁰ erfüllt. Dutzende und Hunderte von mallosen Gräbern in Mitteldeutschland sprechen heute zum Wanderer, der vorübergeht: »Verkündige dorten, du habest uns hier liegen gesehen, wie das Gesetz es befahl!«¹⁶¹

Und die Zentrale? Sie saß in Berlin und »steigerte die Aktion«. Seit Tagen bereits vor Abbruch der Aktion stand in einer Sitzung der Zentrale das Stimmenverhältnis der anwesenden Mitglieder auf fünf zu drei für Abbruch der Aktion. Aber es zeigte sich auch hier: In die Grube der »Schlappheit«, des »Opportunismus«, der »Inaktivität«, die sie anderen gegraben, fielen sie nun selbst. Gegenüber der Minorität von drei Stimmen, die für »Durchhalten« waren, wagten die fünf nicht, ihre Meinung durchzudrücken, um

¹⁵⁸ Die Rote Fahne. Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), 4. Jg., Kampfruf Nr. 1, 26. März 1921. Diese Ausgabe konnte nicht eingesehen werden.

¹⁵⁹ Eigentlich: »Ave Caesar, morituri te salutant«: Heil dir, Caesar, die Todgeweihten grüßen dich!

¹⁶⁰ In der Schlacht bei den Thermopylen der Perser gegen die zahlenmäßig unterlegenen Griechen (vermutlich um den 11. August 480 v. u. Z.) beschloss der spartanische König Leonidas, sich und 300 Soldaten zu opfern, um durch das Halten eines Gebirgspasses den Abzug des griechischen Hauptheeres zu decken.

¹⁶¹ »Wanderer, kommst du nach Sparta, verkündige dorten, du habest / uns hier liegen gesehen, wie das Gesetz es befahl.« Schiller, Friedrich: Der Spaziergang, 1795.

nicht in den Geruch mangelnden revolutionären Willens zu kommen. Drei vage »Berichte« aus drei Bezirken, dass wahrscheinlich »etwas losgehe«, dass die Landarbeiter in Ostpreußen sich »rühren«, genügten. Und so gingen von neuem die Boten hinaus, um »die Aktion zu steigern«. Und was waren die Gründe jener drei Unentwegten? Wir wissen nicht, ob alle drei ihn teilten, aber einer äußerte als Grund, man müsse jetzt, nachdem die Aktion verloren sei, sie noch so weit treiben, dass man nach Abbruch sich wenigstens nicht auch noch nach »links«, sondern nur nach »rechts« zu verteidigen brauche.

Was soll man dazu sagen? Da verblasst auch der Name Ludendorff. Der schickte, die Niederlage sicher vor Augen, Klassenfremde, Klassenfeinde in den Tod. Die aber schickten ihr eigen Fleisch und Blut zum Sterben für eine Sache, die sie selbst schon als verloren erkannt, zum Sterben, damit ihre, der Zentrale Position, nicht gefährdet werde. Wir wünschen den Genossen, mit denen wir selbst lange frohe und trübe Zeit durchlebt haben, keine Buße für das, was sie getan; nur eine Kasteiung mögen sie sich auferlegen, um ihrer selbst und um der Partei willen, in deren Nutzen zu handeln sie wohl glaubten,

und das ist: deutschen Arbeitern nie mehr unter die Augen treten.

Es hätte also müssen mit dem Teufel zugehen [müssen], wenn in diesem anarchistischen Hexensabbat, den die Zentrale der VKPD aufgespielt hat, nicht auch das Element mit aufgetreten wäre, das schon die Lieblingsgarde Bakunins, des Erfinders solcher Sorte von »Revolution« gewesen war: das Lumpenproletariat. Wobei wir zunächst eines vorausschicken. Wir nehmen – ohne, aber auch nach den vorliegenden Versicherungen – an, dass die kommunistische Partei und ihre Zentrale weder offiziell noch inoffiziell mit den Dynamitattentaten der vergangenen Zeit etwas zu tun hat. Die Parteizentrale wird aber nicht umhin können, diese Dinge öffentlich zu desavouieren, politisch zu ihnen Stellung zu nehmen, sie abzulehnen, von wem auch immer sie ausgegangen sein mögen. Sie ist dazu um so eher gezwungen, als, nachdem einmal der »vollkommene Bruch mit der Vergangenheit« vollzogen ist, die Selbstverständlichkeit, die früher über solche Dinge bestand, nach dem oben Ausgeführten nicht mehr besteht. Was aber das Lumpenproletariat angeht, so müssen wir bemerken, dass die Liebe dafür bereits über die engere Schule Bakunins hinausgegangen ist. Wir haben bereits vor einigen Monaten lediglich mit einem Worte von Engels auf das Lumpenproletariat und auf die Gefahr einer Verbindung der Kommunisten mit dem Lumpenproletariat hingewiesen. Diese Warnung hat es einigen

Genossen angetan. Der Genosse Frölich in der »Hamburger Volkszeitung« versuchte auf den Busch zu klopfen, obgleich er genau wusste, welcher Hase dahinter saß. Der Genosse Frölich hat unterdessen Sukkurs¹⁶² bekommen. In einem Artikel des Genossen Radek, der bis jetzt noch nicht erschienen ist und von dem wir auch nicht wissen, ob sein Verfasser die Veröffentlichung noch wünscht, steht zu lesen:

»Mit seinem revolutionären Instinkt fühlte Genosse Frölich sofort, dass es sich hier um irgendetwas Faules handle. Es handelte sich um nicht mehr und um nicht weniger als die Tatsache, dass bei dem rapiden Verfall des Kapitalismus und der langsamen Entwicklung der Revolution immer größere proletarische Massen in die Reihen der Arbeitslosen hineingedrängt werden und hier verelenden und verlumpen. Wer jetzt nach alter sozialdemokratischer Manier seine theoretische Nase über dieses »Lumpenproletariat« zu rümpfen beginnt, der wird diese Massen niemals zur revolutionären Aktion zu mobilisieren verstehen.«¹⁶³

Also, wohl gemerkt: Das »Faule«, das der Genosse Frölich »mit revolutionärem Instinkt« fühlte, war nicht das Lumpenproletariat, sondern die Warnung vor einer Verbindung damit.

Und nun erlaube der Genosse Radek mir, der ich, selbst ein armer und irrender Mensch, »selbst der klaren Einsicht bar und in Entwicklung begriffen«, zudem ein »revolutionärer Erfolgspolitiker« bin, ihm, dem großen Marxisten, aus meinem schwachen Verstande heraus einige Bemerkungen zu machen. Genosse Radek redet von »theoretischem Naserümpfen« über das Lumpenproletariat »nach alter sozialdemokratischer Manier«. Die Manier ist freilich schon sehr alt. Die Manier hat bereits begonnen in der ersten »sozialdemokratischen« Schrift, die es gibt – im »Kommunistischen Manifest«. Dort heißt es:

»Das Lumpenproletariat, diese passive Verfaulung der untersten Schichten der Gesellschaft, wird durch eine proletarische Revolution stellenweise in die Bewegung hineingeschleudert, seiner ganzen Lebenslage nach wird es bereitwilliger sein, sich zu reaktionären Umtrieben kaufen zu lassen.«¹⁶⁴

Man sieht also: Das »theoretische Naserümpfen« begann schon Marx und leidlich früh. Der geistige Stammvater dieses vergangenen Kommunistenaufstandes, Michael Bakunin, war darüber anderer Meinung. In der

¹⁶² Sukkurs: Hilfe, Unterstützung, Beistand.

¹⁶³ Die Quelle konnte nicht ermittelt werden. Karl Radek hat die Existenz dieses Artikels sowie die Richtigkeit dieses Zitates allerdings nie bestritten.

¹⁶⁴ Marx, Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, S. 472.

oben erwähnten Schrift von Marx und Engels wird folgende Ausführung Bakunins zitiert:

»Das Räubertum ist eine der ehrenvollsten Formen des russischen Volkslebens. Der Räuber ist der Held, der Verteidiger, der Rächer des Volkes, der unversöhnliche Feind des Staates und jeder durch diesen begründeten sozialen und zivilen Ordnung, der auf Leben und Tod jede Zivilisation der Beamten, der Vornehmen, der Priester und der Krone bekämpft ...¹⁶⁵ Wer das Räubertum nicht begreift, wird auch nichts von der russischen Volksgeschichte begreifen. Wem es nicht sympathisch ist, kann keine Freude am Volksleben haben und hat kein Herz für die Jahrhunderte alten und unermesslichen Leiden des Volkes; er gehört ins feindliche Lager, zu den Parteigängern des Staates ...¹⁶⁶ Die in den Wäldern, Städten und Dörfern ganz Russlands verstreuten und die in den zahllosen Gefängnissen des Reiches festgehaltenen Räuber bilden eine einheitliche und unteilbare, stark verbundene Welt, die Welt der russischen Revolution. In ihr, in ihr allein lebt seit langem die wirklich revolutionäre Verschwörung.«¹⁶⁷

Man sieht, ich muss dem Genossen Radek dankbar sein. Während er mich nur mit »theoretischem Naserümpfen« und »jeder Einsicht bar« abstrahlt, ging sein Herr und Meister, Bakunin, mit denen nicht so glimpflich um, die seiner Räubereroica nicht lauschen wollten. Er erklärte sie für »ins feindliche Lager gehörig«, für »Parteigänger des Staates«. Marx und Engels ertrugen das Geschick, von Bakunin für »Parteigänger des Staates« erklärt zu werden, also werde auch ich mein Schicksal tragen müssen; denn vorläufig vermögen auch die Gründe Radeks mich ebenso wenig zu überzeugen, wie Bakunin Marx und Engels zu überzeugen vermochte.

Was sind die Radekschen Gründe? Im Lumpenproletariat sieht der Genosse Radek »die immer größer werdenden Massen, die in die Reihe der Arbeitslosen hineingedrängt werden«. Davon kann gar keine Rede sein. Die Arbeitslosigkeit ist weder überhaupt noch ihrem Umfang, höchstens ihrer Dauer nach für den Kapitalismus etwas Neues. Sie ist der stetige Schatten, der den Kapitalismus begleitet. Es hat noch nie ein Mensch daran gedacht, die »industrielle Reservearmee« mit dem Lumpenproletariat zu identifizieren. Die Lumpenproletarier sind klassenlos. Verfallungsprodukte aus allen möglichen Klassen und Schichten. Die Arbeitslosen, eben weil ihre Arbeitslosigkeit eine stetige und notwendige Folge ihrer

¹⁶⁵ Auslassung im Original.

¹⁶⁶ Auslassung im Original.

¹⁶⁷ Marx, Engels: Ein Komplott gegen die Internationale Arbeiterassoziation. Im Auftrage des Haager Kongresses verfasster Bericht über das Treiben Bakunins und der Allianz der sozialistischen Demokratie, in: MEW, Bd. 18, S. 401f.

ökonomischen Lage als Verkäufer von Arbeitskraft ist, sind Angehörige der Klasse der Verkäufer von Arbeitskraft, der Proletarier. Sie nehmen teil und müssen teilnehmen am Klassenleben ihrer Klasse. Durch die Bande der Gewerkschaften, der Genossenschaften, der politischen Organisationen und – vor allem – der politischen Betätigung müssen die Arbeitslosen Proletarier sein und bleiben. Gewiss ist, dass die Dauer der Arbeitslosigkeit einzelne Individuen aus der Schicht der Arbeitslosen deklassiert und ins Lumpenproletariat hinabstößt. Dem Prozess leistet aber gerade der Vorschub, der jene Bande zwischen Arbeitslosen und ihren arbeitenden Klassengenossen, wer vor allem das Band gemeinschaftlicher politischer Betätigung von Arbeitenden und Arbeitslosen zerschneidet. Und das ist geschehen. Nicht nur dadurch, dass man die Arbeitslosen als Sturmkolonne gegen die Arbeitenden schickte. Auch dadurch, dass man die durch Hunger und Elend zermürbten Arbeitslosen zu Methoden missbrauchte, die sonst dem Lumpenproletariat eigentümlich sind, deklassiert man sie und wirft sie mit Gewalt (und mit schlimmeren Mitteln als Gewalt) in die Reihe des Lumpenproletariates.

Aber, so wird man sagen, wo doch die Kommunisten, wie wir schon oben gesehen haben, sich mit allen anderen revolutionären Klassen verbinden, warum nicht auch mit den Lumpenproletariern? Darauf ist die Antwort sehr einfach. Die anderen Klassen, mit denen sich die Kommunisten zum Zweck des Sturzes des bestehenden Staates verbinden können, die Kleinbauern, die Handwerker, die Bourgeoisie da, wo sie revolutionär ist, sind Klassen. Das heißt eine Vielheit von Menschen, die durch ihre Gleichartigkeit in Beziehung auf die gesellschaftlichen Produktionsmittel zu einem sozialen Körper verbunden sind. Die Lumpenproletarier sind keine Klasse. Sie gehören nicht zu den Arbeitskraftverkäufern wie arbeitende und arbeitslose Proletarier, sie gehören nicht zu den Besitzern von Produktionsmitteln; sie sind verwehte Blätter aus allen Wäldern, sie sind gewiss Opfer einer ungerechten Gesellschaftsordnung, aber ihr schwerster Verlust, den sie erlitten haben, ist der, dass sie eben deklassiert, klassenlos sind und nicht einmal mehr das haben, was der Proletarier noch hat: als Klasse für die Änderung der Zustände kämpfen zu können, deren Opfer sie sind. Gewiss kann aus irgendeiner Bewegung einiger Lumpenproletarier, Räuberbanden usw. eine Situation entstehen, die den Kommunisten erlaubt, sie politisch auszunützen – der Staat muss dann freilich schon sehr geschwächt sein – und ein Tor wäre, wer dann sich nicht der Situation bedienen würde und »theoretisch vernagelt« der, der eine solche Situation ausließe, nur weil sie von Lumpenproletariern geschaffen ist. Aber was die Verbindung mit den Lumpenproletariern anbetrifft, bleibt es bei dem Wort von Engels:

»Das Lumpenproletariat, dieser Abhub der verkommenen Subjekte aller Klassen, der sein Hauptquartier in den großen Städten aufschlägt, ist von allen möglichen Bundesgenossen der schlimmste. Dies Gesindel ist absolut käuflich und absolut zudringlich ...¹⁶⁸ Jeder Arbeiterführer, der diese Lumpen als Garde verwendet oder sich auf sie stützt, beweist sich schon dadurch als Verräter an der Bewegung.«¹⁶⁹

Der große Unterschied zwischen einem kämpfenden Proletarier und einem »politischen« Lumpenproletarier ist eben immer der: Der kämpfende Proletarier begeht auch kriminelle Handlungen zu politischen Zwecken, und der Lumpenproletarier begeht auch politische Handlungen zu kriminellen Zwecken.

Wir haben nun zu allem hin in Deutschland schon unsere praktischen Erfahrungen gemacht. Man muss auch hier mit der Eigentümlichkeit des deutschen Arbeiters rechnen. Ich möchte dem Genossen Radek die Versuchung ersparen, hier einen billigen Witz zu machen und sage: Wie der russische Arbeiter seine Vorzüge und Schwächen hat, so hat auch der deutsche die seinen, und einer der Vorzüge der deutschen Arbeiter ist, um mit Engels zu reden,

»... dass sie dem theoretischsten Volk Europas angehören und dass sie sich den theoretischen Sinn bewahrt haben, der den sogenannten Gebildeten Deutschlands so gänzlich abhandengekommen ist.«¹⁷⁰

Und zumal auf diese Eigentümlichkeit wirkt eine auch nur äußerliche Verbindung mit dem Lumpenproletariat im höchsten Grade ungünstig. Wir haben unsere Erfahrungen gesammelt im Spartakusbund, wo wir sicherlich nicht und nirgendwo mit dem Lumpenproletariat uns verbündet hatten, wo wir nur in den raschen Tagen des November und Dezember 1918 uns das Lumpenproletariat nicht genügend vom Halse schaffen konnten, so dass es nahe daran war, dass auch in der Meinung der Arbeiter dieses uns die Farbe gab. Wir haben uns im langen Kampfe, womit ich nicht unsere Auseinandersetzung mit der KAPD meine, davon gereinigt – nicht ohne auch die Erfahrung gemacht zu haben, dass sich das Lumpenproletariat viel lieber von der Bourgeoisie kaufen lässt, als mit den Proletariern zu gehen – so, dass die Arbeiter uns ernst nahmen und unser Einfluss bei den Arbeitern wuchs und sie Vertrauen zu uns bekamen. Und nun der Kommunistenaufrüstung von 1921! Ich will hier nur die Stimme eines einzi-

¹⁶⁸ Auslassung im Original.

¹⁶⁹ Engels: Vorbemerkung [zu »Der deutsche Bauernkrieg« (Ausgabe 1870 und 1875)], in: MEW, Bd. 7, S. 536; Hervorhebung bei Levi weggelassen.

¹⁷⁰ Ders.: [Ergänzung der Vorbemerkung von 1870 zu »Der deutsche Bauernkrieg«], in: MEW, Bd. 18, S. 516.

gen, freilich in Eisenbahnersachen außerordentlich erfahrenen Genossen wiedergeben, der gar nicht zu meiner, sondern eher zur »Berliner« Schule gehört. Er sagte in einer Sitzung vom 30. März Folgendes:

»Die Spielerei dort bei Ammendorf, den D-Zug zum Entgleisen zu bringen, bringt die Arbeiterschaft gegen uns auf. Jetzt kommen die Eisenbahner, das ganze Zugbegleitpersonal und sagen: Wenn ihr noch wenigstens einen Munitionszug oder Truppentransportzug in die Luft jagen würdet. – Dresden [...] stellt glattweg Militärtransporte zusammen. Sie müssen dort mit allen Kräften daran arbeiten, um dieses Zusammenstellen von Zügen zu verhindern. Diese Verhinderung ist nicht möglich durch die blödsinnigen Attentate. [...] Die Regierung hat die Eisenbahner für sich bekommen. Ich schiebe das [...] den blödsinnigen Dynamitattentaten zu. Die haben dazu beigetragen.«¹⁷¹

So hat das gewirkt. Wobei ich rundweg erkläre: Mit einem einzigen, aus Solidaritätsgefühl und Einsicht in die Lage von Eisenbahnern nicht zusammengestellten Zuge in Dresden war der Sache der Arbeiter in Mitteldeutschland, wie Deutschland überhaupt, viel mehr genützt als mit fünf in die Luft gejagten Zügen.

Das sind unsere deutschen Erfahrungen. Und so werde ich auch weiterhin vorziehen, lieber mit Marx und Engels zu irren, als mit Radek und Bakunin die Wahrheit zu finden. Wobei mir übrigens erlaubt sei, noch einmal auf die »alten sozialdemokratischen Manieren« zurückzukommen. Genosse Radek ist der letzte, der diese Stellung von Marx und Engels nicht wüsste. Ihm habe ich wohl mit alledem nichts Neues gesagt. Diese Tatsache wirft aber ein eigentümliches Licht auf diese Art von Marxismus. Ich bin gewiss nicht der, der irgendeines Toten oder Lebendigen Wort hinnimmt mit dem »autos epha«: »Der Meister hat gesprochen.« Das Gewaltige und Überwältigende an der Marxschen Gedankenwelt, das, was auch die anerkennen, die sie als Ganzes ablehnen, ist, dass sie nicht nur die Tausendfältigkeit der staatlichen und sozialen Geschehnisse erkennt und auflöst, sondern dass sie das Tausendfältige zurückführt auf jene Simplizität, jene Einfachheit, die allem Großen eigentümlich ist. Darum ist es für mich unmöglich, im einzelnen Falle, wenn es gerade so passt, einige Kapitel des Marxismus in die hintere Hosentasche zu stecken und über »alte sozialdemokratische Manier« nun die »Nase zu rümpfen«. Aber auch das kommt vielleicht daher, dass ich ein armes und einfältiges Menschenkind

¹⁷¹ Ge. [möglicherweise Ottomar Geschke] auf der Sitzung der KPD-Reichsgewerkschaftszentrale mit Beirat und zwei Vertretern der KPD-Zentrale, 30. März 1921, im vorliegenden Band S. 93.

bin, »jeder Einsicht bar«, und dass es eines größeren Geistes bedarf, um gelegentlich, weil man kein »Erfolgspolitiker« ist, aber weil es gerade sich so trifft oder weil eine achtmonatige Karenz zu wirken beginnt, bei Michael Bakunin eine Stippvisite zu machen.

Wie also erobern die Kommunisten die Staatsgewalt? Mit einem Wort gesagt: nachdem man mit der Vergangenheit »vollkommen gebrochen hat«, nur dadurch, dass man zunächst vollkommen, gründlich und unnachlässig mit dieser Gegenwart breche, mit einem Zustand, von dem niemand weiß, wo der Hanswurst endet und das politische Verbrechen beginnt. Es gibt nur die Rückkehr zu dem Satze des Kommunistischen Parteiprogrammes:

»Der Spartakusbund wird nie anders die Regierungsgewalt übernehmen als durch den klaren unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in ganz Deutschland, nie anders als kraft ihrer bewussten Zustimmung zu den Aussichten, Zielen und Kampfmethoden des Spartakusbundes.«¹⁷²

Dieses bedeutet zunächst Folgendes. Niemals wieder in der Geschichte der kommunistischen Partei darf es geschehen, dass die Kommunisten den Arbeitern den Krieg erklären. Wer nach bakuninscher Methode glaubt, mit Dynamit oder Prügeln die Arbeiter in Aktionen treiben zu können, hat keinen Platz in einer kommunistischen Partei.

Niemals wieder in der Geschichte der Kommunistischen Partei darf es geschehen, dass auch nur ein Versuch gemacht wird, mit Polizeispitzelmännern »Kampfsituationen« zu »schaffen«. Die kommunistische Partei ist eine Kampfpartei, sie freut sich des Tages und erwartet den Tag, an dem sie mit dem Proletariat und an dessen Spitze kämpfen darf, und sie arbeitet politisch und organisatorisch auf diesen Tag hin, sie sucht mit politischen Mitteln Kampfsituationen zu schaffen, statt, wie die Sozialreformisten [es] tun, sie durch Kompromisse zu umgehen.

Die kommunistische Partei ist nur der Vortrupp des Proletariats und niemandes Büttel gegen das Proletariat; sie kann auch nicht darauf losmarschieren, dass sie die Verbindung mit dem Haupttrupp verliert.

Dazu ist zunächst die erste Vorbedingung, dass das ungeheure Misstrauen, das nach dieser tollen Eskapade die Mehrheit der deutschen Arbeiter beseelt, wieder beseitigt wird. Hier liegt der größte Schaden,

¹⁷² Rosa Luxemburg: Was will der Spartakusbund?, in: dies.: Gesammelte Werke (im Folgenden GW), Berlin 1970ff., Bd. 4, S. 448.

den die Märzvorgänge dieses Jahres angerichtet haben. Niemand täusche sich über die Schwierigkeit dieser Aufgabe. Noch nie war das Misstrauen, um kein stärkeres Wort zu gebrauchen, der deutschen Arbeiter gegen die Kommunisten so stark wie heute. Und doch war es ein unendlich schwerer Kampf, in der Arbeiterschaft organisatorisch und vor allem geistig Fuß zu fassen. Die Frucht dieser Arbeit ist jetzt zerstört, und es gilt offen auszusprechen: Solange die Arbeiterschaft nicht wieder Vertrauen zur Kommunistischen Partei gewinnt, ist von einer Aktionskraft der deutschen Kommunistischen Partei nicht die Rede. Es muss also nach außen hin sichtbar die Korrektur für die Märzvorgänge erfolgen in einer für die Arbeiter sichtbaren Weise. Würde die kommunistische Partei auf ihrem Standpunkt, auf ihrer Gegenwart, verharren, so wäre sie eine Sekte, der das Schicksal aller Sekten: Unbedeutendheit an Zahl und Einfluss, in drei Monaten beschieden wäre.

Daneben aber ist es notwendig, sofort und energisch mit einer politischen Führung der Parteigeschäfte zu beginnen. Auch hier zeigt sich der ungeheure Schaden, den die Bewegung angerichtet hat. Hätte die Zentrale, statt in »geheimen Informationen« herumzuschmökern, die politischen Vorgänge betrachtet, so würde sie wohl anders gehandelt haben. In England brach in diesen Tagen der Bergarbeiterstreik aus. In England ist der Belagerungszustand verhängt. Nicht unerwartet. Wer die Vorgänge auf dem englischen Kohlemarkt verfolgte – der ganze englische Kohleexport, eine Säule der englischen Weltmacht, brach zusammen; seit Oktober vorigen Jahres exportieren die Vereinigten Staaten mehr Kohle als England produziert, die ganze englische Kohlewirtschaft beruhte auf einem Exportpreis von 150 Schilling, während Amerika Kohle frei Frankreich und Belgien für 90 Schilling anbot –, wusste, dass das kam. Hätte die Zentrale, statt meine Reichstagsrede vom 12. März nach »Opportunismus« zu durchschnüffeln, sie gelesen, so würde sie das dort bereits vorausgesagt gefunden haben. Ohne »geheime Informationen«! Die Blockade Deutschlands beginnt. Nicht, wie die »geheimen Informationen« sagten, am 20. März, sondern allmählich. Ein langsames Aushungern wie im Kriege. Der Konflikt zwischen Bayern und dem Reich wird offen, weil das Reich die Entwaffnung durchführen muss. Nicht wegen, sondern trotz dem Kommunistenaufruf. Ja freilich, »die Situation schreit nach Kampf«. Aber durch ein bakunistisches Abenteuer, in das sich die Zentrale durch einen putschistischen Wirrkopf¹⁷³ hat hetzen lassen, um des Ruhmes »gesteigerter Aktivität« willen, ist die Kampfkraft der Kommunistischen Par-

¹⁷³ Gemeint ist Béla Kun.

tei gebrochen und, was schlimmer ist: ist die Kampfkraft des deutschen Proletariats gebrochen, weil es in den kommenden Kämpfen zu dem, was ihr Kopf sein sollte, kein Vertrauen haben würde. »Es hätte nur des Zusammenschlusses zur proletarischen Einheitsfront bedurft, um geschlossenen den Kampf aufzunehmen.« So schreibt die Zentrale am Schluss ihres Putsches, um zu zeigen, dass sie auch später nichts gelernt hat. Ja »nur«. Es hätte nur der Einsicht der Zentrale bedurft, um zu begreifen, dass man nicht heute »Offenen Brief« und morgen Krieg der Kommunisten gegen die Arbeiter machen kann! Es hätte nur der Einsicht der Zentrale bedurft, dass die Einheit des Proletariats die Frucht eines politischen Prozesses und nicht die Frucht von Spitzelprovokationen sein kann. Es hätte nur der Einsicht der Zentrale bedurft, dass sie für das Proletariat und die Partei und nicht die Partei und das Proletariat für sie da sei. Dann, ja dann ständen wir heute in einer glänzenden Situation, stark und kampferüstet. Dann hätten wir sagen können: Weg mit der Regierung! So müssen wir uns bescheiden und sagen:

Weg mit den Putschisten!

IV

Es bleibt in diesem Zusammenhang auch noch die Frage der Beziehungen der VKPD zur Kommunistischen Internationale zu erörtern. Nicht nur weil eine so katastrophale Niederlage der VKPD auch die Kommunistische Internationale trifft, sondern weil, ohne dass auf Einzelheiten eingegangen werden kann, das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale mindestens ein Teil der Schuld trifft.

Zunächst das eine. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale sah und sieht eine gewisse Gefahr in unserer und anderer Genossen ziemlich stark antiputschistischen Haltung. Es ist darob so sehr beunruhigt, dass es seine kundigsten Späher und Deuter ausgesandt hat, um festzustellen, ob nicht da und dorten bereits »Opportunismus« sei. Es geziemt, hierüber ganz offen zu reden und zu sagen: Diese ganze Einstellung ist unrichtig. Was den Opportunismus, den Sozialreformismus angeht, so ist zu bedenken, dass dieser sich in keinem Lande so klar, so eindeutig, so unverhüllt und nicht missverständlich kristallisiert hat wie in Deutschland.

Die deutsche kommunistische Partei ist in ihren führenden Genossen wie in einem überwiegend großen Teil ihrer Mitglieder aus der Sozialdemokratischen Partei hervorgegangen. Der Kampf, die innere und äußere Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie war die Auseinandersetzung mit dem Opportunismus. Und nicht nur das. Unser täglicher Kampf

in der Presse, im Parlament, vor allem der Arbeiter in den Gewerkschaften und in Betrieben, ist ein stetiger, lebendiger, energischer und erfolgreicher Kampf gegen den Opportunismus. Die große Macht, gegen die wir kämpfen müssen, ist die opportunistische Sozialdemokratie. Es besteht also unter diesen Umständen keine große Gefahr, dass in der deutschen Kommunistischen Partei sich Opportunismus finde, wenn man ihn nicht eben finden will. Und so beschäftigt uns innerhalb des Rahmens der Partei der Opportunismus wenig.

Dagegen besteht innerhalb des Rahmens der VKPD eine Gefahr des Putschismus. Wieviel uns der Putschismus schon geschadet hat, werde ich am wenigsten dem Genossen Radek sagen müssen, der die Dinge von der Nähe verfolgt hat. Ich habe, so es nötig sein sollte, die Broschüren bereits zum Zitieren gezückt. Nun waren die Genossen der Exekutive und, ihnen allmählich folgend, Genosse Radek, nach unseren Auseinandersetzungen mit der KAPD, in der sie theoretisch unseren Standpunkt teilten, der Auffassung, dass nunmehr die Gefahr des Putschismus überwunden sei, und dass etwas mehr – sagen wir – »Unruhe« nicht schaden könne. Diese Auffassung war falsch. Die Gefahr des Putschismus war nicht überwunden, sondern war und musste akut werden in dem Augenblick, in dem die Massen der USPD zu uns gekommen waren, die die Schule nicht mit durchlebt hatten, die unsere ehemalige kommunistische Partei durchlebte. Fester denn je galt es, das Ruder zu halten gegen den Putschismus, die Genossen der Exekutive waren anderer Meinung, und – nun liegt das Schiff auf den Felsen!

Wobei wir aber, um keine Irrtümer aufkommen lassen zu wollen, noch einiges über Putschismus sagen wollen.

Dass dieses, was hier in Deutschland vorging, ein aus der Pistole geschossener Aufstand gegen die Bourgeoisie und vier Fünftel des Proletariats, ein Putsch sei, bedarf wohl keines weiteren Wortes. Wir sind aber durchaus nicht der Auffassung, dass jede Teilaktion ein Putsch sei. Wir waren gegen die Teilaktionen im Jahre 1919, als die Revolution im Absteigen war und jede bewaffnete Bewegung nur eine von der Bourgeoisie und Noske heiß ersehnte Gelegenheit war, in Blut die Bewegung zu ersticken. In absteigenden revolutionären Situationen sind Teilaktionen zu vermeiden. In aufsteigenden revolutionären Situationen sind Teilaktionen absolut notwendig. Trotz der hohen revolutionären Durchbildung des deutschen Proletariates ist gar nicht damit zu rechnen – es müsste denn gerade das dann von den Kommunisten nicht missverstandene Wunder eines Kapp-Putsches wiederkommen –, dass das Proletariat auf einen Tag, auf einen Knopfdruck bereitsteht, so wie ein sozialdemokratischer Parteisekretär

und Hilferding sich die Sache vorstellen. Wird in Deutschland die revolutionäre Welle wieder steigen, so wird, genau wie vor 1918, die Aktion in Teilen kommen, wobei freilich die höhere Reife des deutschen Proletariates gegenüber damals darin zum Ausdruck kommen wird, dass die Teilaktionen mächtiger, geschlossener sein werden als damals. Aber unter einer Teilaktion verstehen wir nur eines: nämlich das In-den-Kampftreten der Proletarier eines Teiles Deutschlands, einer großen Stadt, eines Wirtschaftsbezirkes. Wir verstehen unter einer Teilaktion aber nicht, dass in einem Teil des Reiches oder dem Reiche – die Kommunisten streiken oder in Aktion treten. Teilaktion ist immer nur gemeint: Teil im vertikalen und nicht im horizontalen Sinne.

Aber: Abgesehen von der verschiedenen Einschätzung der Putschgefahr in Deutschland, ist noch eine zweite untergeordnete Differenz in der Beurteilung unserer Tätigkeit in Deutschland. Die Art unserer Propaganda, unseres Auftretens im Parlament usw. wird nicht für revolutionär genug gehalten. Über gewisse Dinge, namentlich die agitatorische Wirksamkeit der »Roten Fahne«, besteht kein Streit. Zum größten Teil aber scheinen uns auch hier die Beschwerden des Exekutivkomitees auf falscher Einschätzung zu beruhen. Es möchte mehr, was man in englisch »noisy« heißt, mehr Lärm, mehr Krach. Ich bin aber offen genug, zu sagen, dass wir auch hier schon unsere Erfahrungen gesammelt haben, und die lauten anders. Auch wir haben zu Anfang der Revolution unsere Wanderredner und Propagandisten hinausgesandt, die ein kräftig Wörtlein redeten. Sie hatten in der ersten Versammlung großen Zulauf, und nach der zweiten schrieben uns unsere Organisatoren, wir möchten ihnen andere Redner schicken, die Arbeiter wollten das Geschimpfe nicht hören. Wir müssen auch offen sagen: Ein Großteil der Propagandaliteratur, Aufrufe usw., die wir aus Russland erhalten, sind für uns entweder schädlich oder, ob ihrer allzu robusten Form, nicht so nützlich, wie sie es nach ihrem Inhalt sein könnten. Wir erinnern an einen Fall, wo nach dem einstimmigen Votum der deutschen Parteizentrale eine Schrift für ungeeignet erklärt wurde, die dann über unsere Köpfe hinweg doch veröffentlicht wurde.

Genauso ist es mit dem Auftreten der Parlamentsfraktion. Eine kommunistische Parlamentsfraktion, die eine revolutionäre Situation nicht gebührend und mit allen Mitteln ausnützen würde, wäre pflichtvergessen. Aber revolutionäre Situationen können im Parlament am allerwenigsten »gemacht« werden. Das Parlament ist, zumal in revolutionären Zeiten, das »Spiegelbild dessen«, was draußen vorgeht. Eine Parlamentsfraktion, die nun außerdem alle Zeit in einem Wutkoller herumtoben würde, würde sich lächerlich machen. Es kommt bei alledem auch wieder zum Ausdruck:

Der deutsche Arbeiter ist nachdenklich und theoretisch. Vielleicht viel zu viel; aber man kann ihn nicht durch Schimpfen zu etwas bringen; er will überzeugt sein. Und das ist nicht nur unsere Erfahrung in den 2½ Jahren des Bestehens der Kommunistischen Partei, es ist meine Erfahrung in weit über einem Jahrzehnt praktischer Parteiarbeit und die Erfahrung von Genossen, die ein langes Leben in Parteiarbeit verbracht haben, und es ist, glauben wir, auch dem Genossen Sinowjew nicht entgangen, als er nach Halle¹⁷⁴ schrieb:

»Die alte Schule macht sich geltend. Die Arbeit der besten deutschen Revolutionäre war nicht umsonst.«¹⁷⁵

Und als er sah, wie die große Wirkung seiner Rede in Halle gerade darauf beruhte, dass sie so sachlich war, und er in der Form jeden Anstoß vermied.

Alles dieses sind aber Dinge, die völlig zurücktreten hinter die Aufgaben der Kommunistischen Internationale und der praktischen Lösung dieser Aufgaben.

Zunächst das eine. Wir glauben, dass nicht nur hier in Deutschland, sondern überall empfunden wird, dass die Leitung der Exekutive ungenügend ist. Das liegt nicht nur an der Tatsache, dass an ihrer Spitze weder ein Marx, wie an der Spitze der I. Internationale, noch ein Lenin steht. Es liegt an großen technischen Schwierigkeiten, Mangelhaftigkeit der Postverbindung usw. So ist die Exekutive von Westeuropa, ihrem wichtigsten Betätigungskreis, isoliert. Wir glauben, dass das nicht am wenigsten die Exekutive selbst empfindet. Als Ausweg aber benutzte sie einen, der der allerunglücklichste war, und über den zu reden ich als Vorsitzender der Partei mir etwas Zurückhaltung auferlegen musste, über den ich aber als Parteimitglied mit aller Offenheit reden kann.¹⁷⁶ Es ist das System der Vertrauensleute. Zunächst ist natürlich Russland nicht in der Lage, die besten Kräfte abzugeben. Die haben in Russland Posten, an denen sie nicht zu ersetzen sind. So kommen nach Westeuropa Kräfte und Genossen, jeder einzelne voll des besten Willens, jeder einzelne voll eigener Gedanken, und jeder einzelne voll des Eifers, um einmal zu zeigen, wie er »die Sache schmeißt«. So wird Westeuropa und Deutschland zum Versuchsfeld für allerhand Staatsmänner im Duodezformat, von denen man den

¹⁷⁴ Gemeint ist der Parteitag der USPD in Halle/Saale (12. bis 17. Oktober 1920), auf dem sich die USPD unter Mitwirkung des nach Halle entsandten Vorsitzenden des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, Grigori Sinowjew, spaltete.

¹⁷⁵ G[rigori] Sinowjew: Zwölf Tage in Deutschland, Hamburg 1921, S. 57.

¹⁷⁶ Levi war mit der gesamten Zentrale, darunter Clara Zetkin, am 24. Februar 1921 aus Protest gegen die von der Kommunistischen Internationale herbeigeführte Spaltung der italienischen sozialistischen Partei vom Vorsitz der VKPD zurückgetreten.

Eindruck hat, dass sie ihre Künste entwickeln wollen. Ich habe nichts gegen die Turkestaner und wünsche ihnen nichts Böses: Aber ich habe oft den Eindruck, diese Kräfte würden bei ihren Kunststücken dort weniger Schaden anrichten.

Verhängnisvoll wird die Sache aber dann, wenn Vertreter gesandt werden, die nicht einmal menschlich die nötigen Garantien bieten. Ich muss auch hier noch einmal auf die italienische Angelegenheit zurückkommen. Der Genosse Rákosi,¹⁷⁷ der in Italien die III. Internationale vertrat, kam von da nach Deutschland. Er wurde in die Sitzungen der Zentrale wie des Zentralausschusses als Vertreter der Exekutive eingeführt. Er hat dort wörtlich ausgeführt, man habe in Italien »ein Exempel statuiert«, er hat privat wie öffentlich erklärt, auch die deutsche Partei müsse wieder gespalten werden. Er hat mit dieser Notwendigkeit neuer Spaltung die italienische Spaltung an der Bruchstelle verteidigt. Die Reden sind stenographiert. Hundert Zeugen stehen bereit. Rákosi aber schreibt nach Moskau, und was macht daraus die Kommunistische Internationale? In dem halb- oder ganzoffiziösen, noch apokryphen Artikel des Genossen Radek heißt es:

»Der Versuch (der weiteren Spaltung) existiert allein in der Phantasie Levis, der sich auf eine angebliche Äußerung des ungarischen Genossen Rákosi beruft, der in Italien als Vertreter der Exekutive war und der nach der Behauptung Levis gesagt haben soll, auch die VKPD müsse gereinigt werden. Genosse Rákosi, der an der Sitzung des Berliner Zentralausschusses als Privatperson teilnahm, leugnet, irgendetwas ähnliches gesagt zu haben. Aber selbst wenn Genosse Rákosi das gesagt hätte, war er dazu nicht bevollmächtigt.«¹⁷⁸

Diese Äußerung enthüllt eine geradezu leichtfertige Art, mit Parteien, Dingen und Personen zu spielen. Genosse Radek weiß, dass zu den Zentralausschusssitzungen der VKPD Privatpersonen keinen Zutritt haben. Genosse Radek erklärt, zu einer solchen Äußerung sei Rákosi nicht bevollmächtigt gewesen. Nun: Genosse Rákosi war der Bevollmächtigte des Exekutivkomitees in Livorno. Er gab uns die authentische Erklärung der Grundsätze, die zur Spaltung in dieser Form führten. Er gab dafür Grundsätze, die morgen zur Spaltung der deutschen Partei führen können. Er hat diese Konsequenzen selbst gezogen; wir und 23 Zentralausschussmitglieder missbilligen ausdrücklich diese Grundsätze, und dann

¹⁷⁷ Rákosi: Gemeint ist Mátyás Rákosi (1892–1971), nach 1945 blutiger Diktator von Ungarn.

¹⁷⁸ Die Quelle konnte nicht ermittelt werden. Karl Radek hat die Existenz dieses Artikels sowie die Richtigkeit dieses Zitates nie bestritten.

erklärt die Exekutive: Rákosi war zur Abgabe dieser Erklärung nicht bevollmächtigt. Danach war er offenbar nur zur Spaltung ohne Grundsätze bevollmächtigt. Das ist ein leichtfertiges Spiel, das hier getrieben wird; die Methode, unverantwortliche Personen hinauszusenden, die man nachher je nach Bedarf approbieren oder desavouieren kann, ist gewiss sehr bequem, doch selbst wenn sie durch lange Parteitradition geheiligt ist, ist sie für die III. Internationale verhängnisvoll. Im übrigen aber erlauben wir uns zu bemerken: Das Spiel mit neuen Spaltungen ist jedenfalls im Munde der Auslandsvertreter des Exekutivkomitees ein sehr rasch gespieltes. Ich hoffe, nicht gezwungen zu sein, unter Beweis stellen zu müssen, dass man in den der Exekutive nahestehenden Kreisen in Deutschland, in den Kreisen, für die die Exekutive jedenfalls politisch die Verantwortung trägt, über die entsetzliche Niederlage der Partei sich damit hinwegsetzte, dass man sagte: Wenn die Aktion nur dazu führe, die Partei von dem rechten Flügel zu säubern, so sei der Preis nicht zu hoch. Das hat man den Genossen, die heute in Mitteldeutschland tot liegen, nicht gesagt, als man sie in den Tod sandte, dass man ihre Leichen zum Dynamit für die Partei verarbeiten würde. Wenn die Exekutive es nicht versteht, uns und sich gewissenlose Burschen dieses Kalibers vom Halse zu halten, ruiniert sie uns und sich.

Die offiziöse Äußerung des Genossen Radek enthüllt aber noch einen weiteren und noch schädlicheren Effekt des Delegiertensystems. Das ist der direkte und geheime Verkehr dieser Delegierten mit der Moskauer Zentrale. Wir glauben, dass ungefähr in allen Ländern, in denen solche Sendboten wirken, die Unzufriedenheit darüber die gleiche ist. Das ist ein System wie die geheime Feme. Sie arbeiten nie mit, immer hinter und häufig gegen die Zentrale des einzelnen Landes. Sie finden in Moskau Glauben, die anderen nicht. Das ist ein System, das alles Vertrauen zu gegenseitiger Arbeit auf beiden Seiten, bei der Exekutive wie bei den angeschlossenen Parteien, untergraben muss. Zu einer politischen Leitung sind diese Genossen zumeist unverwendbar, auch zu wenig vertraut. So ergibt sich der trostlose Zustand: Eine politische Leitung vom Zentrum fehlt. Das Einzige, was die Exekutive nach dieser Richtung leistet, sind Aufrufe, die zu spät, und Bannstrahlen, die zu früh kommen. Eine solche politische Leitung der Kommunistischen Internationale führt zu nichts oder ins Unglück. So bleibt von der ganzen Organisation nichts übrig als das, was wir oben schilderten. Die Exekutive wirkt nicht anders als wie eine über die russischen Grenzen hinaus projizierte Tschreswytschaika; ein unmöglicher Zustand. Die bestimmte Forderung, dass das anders werde und dass unberufene Hände unberufener Delegierter nicht die Leitung in den ein-

zelen Ländern an sich reißen, der Ruf nach einer politischen Führung und gegen eine Parteipolizei ist nicht die Forderung nach Autonomie. An derselben Stelle, an der Marx die heftigsten Worte gegen die Autonomie in der Internationale findet, sagt er doch auch:

»Ohne der vollständigen Freiheit für die Bewegungen und Bestrebungen der Arbeiterklasse in den einzelnen Ländern im geringsten Abbruch zu tun, hatte es die Internationale doch vermocht, sie in einem Bunde zusammenzufassen und zum ersten Male die herrschenden Klassen und ihre Regierungen die weltumfassende Macht des Proletariates spüren zu lassen.«¹⁷⁹

Die Exekutive wird selbst am besten ermessen, wie weit sie von diesem Idealzustand entfernt ist. Der jetzige Zustand mag für eine Internationale von Sekten gut sein; für eine Internationale von Massenparteien ist er verderblich.

Wobei wir überhaupt hinweisen möchten auf die Schwere der Entscheidung, vor die dieser Niederbruch der deutschen Partei die Internationale stellt. Wir können uns auf eine eingehende Diskussion der Schuldfrage aus begrifflichen Gründen nicht einlassen; wir müssen feststellen: In der deutschen Kommunistischen Partei ist jetzt mit durch die Schuld der Exekutive und unter ihrer Verantwortung die einzige bisher kommunistisch geführte Massenpartei Europas in ihrer Existenz gefährdet worden. Die deutschen Kommunisten sind vor die Lebensfrage gestellt, ob sie noch einmal die Partei als kommunistische aufbauen können oder ob sie sich auflöst in einen bakunistischen Trümmerhaufen. Es ist das Schicksal revolutionärer Parteien, wenn die Revolution stillsteht, wenn lange gegenrevolutionäre Epochen kommen, dass sie sich zersetzen; der Anarchismus vollendet in solchen Fällen das Schicksal kommunistischer Parteien. Es ist keiner, der hinter das Weben der Geschichte sieht, der die Mannigfaltigkeit der Kräfte nach Stärke und Ziel und Stetigkeit bemessen kann,

¹⁷⁹ Levi hat hier offensichtlich sehr frei Marx' Kritik des Gothaer Programms zitiert: »Und worauf reduziert die deutsche Arbeiterpartei ihren Internationalismus? Auf das Bewußtsein, dass das Ergebnis ihres Strebens ›die internationale Völkerverbrüderung sein wird‹ – eine dem bürgerlichen Freiheits- und Friedensbund entlehnte Phrase, die als Äquivalent passieren soll für die internationale Verbrüderung der Arbeiterklassen im gemeinschaftlichen Kampf gegen die herrschenden Klassen und ihre Regierungen. Von internationalen Funktionen der deutschen Arbeiterklasse also kein Wort! Und so soll sie ihrer eignen, mit den Bourgeois aller andern Länder bereits gegen sie verbrüdernten Bourgeoisie und Herrn Bismarcks internationaler Verschwörungspolitik das Paroli bieten!« Marx: Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, in: MEW, Bd. 19, S. 24. Für den Hinweis bedanke ich mich bei Rolf Hecker.

kein »Auge sieht die goldne Waage nun der Zeit«. ¹⁸⁰ Nur aus den Symptomen kann man die siegende der streitenden Tendenzen bemessen. Gelingt es den Deutschen nicht, noch einmal die kommunistische Partei aufzubauen, ist dieses ihr Märzgeschick ihr Schicksal, so ist es der bündige Beweis, dass die konterrevolutionären Strömungen, die wir durch die ganze Welt sehen, von längerer Dauer und größerer Kraft sind, als wir bisher ihnen beimaßen. Dann ist in diesem Schicksal auch das Schicksal der Kommunistischen Internationale besiegelt.

Gelingt es aber, wie wir hoffen und wünschen, noch einmal den kommunistischen Gedanken in Deutschland zu retten und so zu beweisen, dass es noch die revolutionären Kräfte sind, die die Stunde beherrschen, so möge uns die Internationale keine Schwierigkeiten in den Weg legen, wenn wir zur Vergangenheit der Kommunistischen Partei und zu den Lehren ihrer Gründerin ¹⁸¹ zurückkehren. Den Weg, den wir zu gehen haben, hat sie uns gezeigt in den Worten:

»Die Vereinigung der großen Volksmasse mit einem über die ganze bestehende Ordnung hinausgehenden Ziele, des alltäglichen Kampfes mit der großen Weltreform, das ist das große Problem der sozialdemokratischen Bewegung, die sich auch folgerichtig [...] zwischen den beiden Klippen: zwischen dem Aufgeben des Massencharakters und dem Aufgeben des Endziels, zwischen dem Rückfall in die Sekte und dem Umfall in die bürgerliche Reformbewegung, zwischen Anarchismus und Opportunismus, vorwärtsarbeiten muss.« ¹⁸²

Wir können nicht, um den einen Abgrund zu vermeiden, in den anderen fallen. Beide müssen vermieden werden.

Paul Levi: Unser Weg. Wider den Putschismus. Mit einem Artikel von Karl Radek als Anhang, A. Seehof & Co. Verlag, Berlin (C 54) 1921; wiederveröffentlicht in Paul Levi: Zwischen Spartakus und Sozialdemokratie. Schriften, Aufsätze, Reden und Briefe, hrsg. von Charlotte Beradt, Frankfurt am Main 1969, S. 44–94.

¹⁸⁰ »Gelassen stieg die Nacht ans Land, / Lehnt träumend an der Berge Wand, / Ihr Auge sieht die goldne Waage nun / Der Zeit in gleichen Schalen stille ruhn [...]« Eduard Mörike: Um Mitternacht, 1828.

¹⁸¹ Gemeint ist Rosa Luxemburg.

¹⁸² Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution? In: GW, Bd. 1/1, S. 443.

Béla Kun an Lenin, 6. Mai 1921

[Wien], 6. Mai 1921

Sehr, sehr geehrter Genosse Wladimir Iljitsch!

Ich wollte Sie nicht stören mit meinem Berichte.¹⁸³ Ich glaube, dass Sie über die deutschen Ereignisse durch Karl [Radek], wenn auch mittelbar,¹⁸⁴ informiert sind. Erlauben Sie mir jedoch, dass ich mich mit einer scheinbar persönlichen Angelegenheit an Sie wende.

In dem Kreise der deutschen Parteibürokraten zirkulieren jetzt solche Gerüchte, als ob Sie gegen die Taktik der deutschen Zentrale und für Levi-Zetkin sich erklärt hätten.¹⁸⁵ Nach diesen Gerüchten sollen Sie weiter eine Erklärung gemacht haben, dass ich von der deutschen Partei eine Solidarisierungsaktion gefordert hätte. Diese Gerüchte besagen ferner, dass der Grund dieser Erklärungen ein Brief des Paul Levi und der Clara Zetkin wäre, laut welchem ich gesagt habe: Sowjetrussland braucht Hilfe, also los mit der Aktion. Dank der zwei größten Hysteriker Levi und Zetkin sind in der deutschen Partei jetzt so viele Lügen verbreitet, dass niemand kontrollieren kann, ob etwas Wahres daran ist oder alles unwahr ist. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie, sehr geehrter Genosse, auf Grund der Informationen eines solchen gemeingefährlichen Führers, wie es der Levi ist, solche Erklärung gegen mich tun könnten, ohne mich vorher zu fragen.

Das Desavouiert-Werden ist auf alle Fälle kein Vergnügen für mich, aber ich bin ein solcher Revolutionär, dass ich im Interesse der Revolution auch dieses ertragen kann. Ich bestreite aber, dass mein Desavouiert-Werden in diesem Falle für die Revolution von Vorteil ist. Erstens deshalb, weil ich dem Levi Folgendes gesagt habe: Sowjetrussland ist in einer sehr großen Gefahr. Habt keine Hoffnungen darauf, dass Russland jahrzehntelang isoliert leben kann. Zwei Jahre kann Sowjetrussland vielleicht noch aushal-

¹⁸³ Seinen Bericht übergab Béla Kun vermutlich dem VKPD-Delegierten des III. Kongresses der Komintern, Paul Frölich (Ps. Wilhelm Fröhlich), der vor Kun in Russland ankam. Frölichs Brief an Lenin gleichen Datums, der hier im Anschluss veröffentlicht wird (S. 149–155), wurde als eine Art Fortsetzung des Kun-Briefes verfasst und in Moskau auch an den Kun-Brief anknüpfend paginiert (vgl. RGASPI, Moskau, 2/1/18730, 4–11). Lenin las beide Briefe am 16. Mai 1921.

¹⁸⁴ Karl Radek hielt sich während des März-Putsches nicht in Deutschland auf.

¹⁸⁵ Der Inhalt der Antwort Lenins an Clara Zetkin und Paul Levi vom 16. April 1921 – Lenin spielte wie so oft ein doppeltes Spiel – verbreitete sich schnell in Deutschland. Lenin hatte hierin dem Vertreter des Exekutivkomitees der Komintern eine »dumme Taktik« unterstellt, die mit dem Argument, »den Russen zu helfen«, legitimiert worden sei, und eine Diskussion unmittelbar und offiziell auf dem Plenum des Exekutivbüros gefordert; vgl. Lenin an Clara Zetkin und Paul Levi, 16. April 1921; in Levi I/3, S. 642.

ten ohne tatsächliche Hilfe des westeuropäischen Proletariats. Ihr wisst ganz gut, was für ein Faktor Sowjetrussland für die Welt-Revolution ist, und ferner, was der Fall dieses Sowjet-Staates bedeutet. Wenn Ihr daran denkt, dass Sowjetrussland in zwei Jahren ohne die Hilfe der Weltrevolution fallen wird, dann müsst Ihr Eure Taktik so einstellen, dass die Front der Konterrevolution durchbrochen wird. Wartet nicht in einer defensiven Stellung, bis die Bourgeoisie mit der Restauration des Kapitalismus das Proletariat erwürgen wird.

Dieses habe ich auch der Clara Zetkin gesagt. Ihr schilderte ich die Zustände in Russland viel mehr, aufrichtiger als dem Levi, eben weil sie – ich muss gestehen, dass ich geirrt habe – von mir als viel revolutionärer wie der Levi gehalten wurde. Wenn diese meine Erklärungen eine Dummheit bedeuten, dann werde ich die Verantwortung vor aller Welt tragen. Es ist aber meine feste Überzeugung, dass dies nicht nötig sein wird. Ich will nicht, dass Sie mir ohne weiteres alles glauben, doch muss ich Sie bitten, mir ein wenig mehr Glauben zu schenken, als dem Herren Levi und der Frau Zetkin. Wenn Sie der deutschen Parteigeschichte aufmerksam folgen könnten, dann wüssten Sie, dass Levi im Serrati-Fall wie auch anlässlich der Heidelberger Konferenz¹⁸⁶ seine Schweinereien und Dummheiten mit Radeks Namen decken wollte, obschon Radek in beiden Fällen gegen die Auffassung Levis Stellung genommen hat. Dies verhinderte ihn nicht, ganz gemein zu lügen, dass Radek seinen Standpunkt a posteriori geändert hätte. Was die Behauptung der alten Genossin Zetkin (betrifft), so will ich darauf nur Folgendes bemerken: Die alte Frau leidet an »Dementia seniles«¹⁸⁷ und ist ein lebender Beweis, dass der Lafargue mit seiner Frau vollständig richtig gehandelt hat.¹⁸⁸ Sie ist vollkommen in den Händen Levis, und meine ganze Sentimentalität den alten Kämpfern gegenüber kann mich nicht hindern, auch jede solcher Behauptungen von Zetkin, nach welcher ich eine Solidaritätsaktion von der deutschen Partei forderte, als eine ebenso gemeine Lüge zu qualifizieren.

¹⁸⁶ Gemeint ist der 2. Parteitag der KPD im Raum Heidelberg/Mannheim (20.–23. Oktober 1919), der u. a. gegen das Votum des antiparlamentarischen und antigewerkschaftlichen Flügels der KPD »Leitsätze über Kommunistische Grundsätze und Taktik« (vgl. Levi I/2, S. 1245–1248) verabschiedete. Die Anhänger des unterlegenen Flügels, die u. a. von der Wiederaufrichtung des Bonzentums sprachen, wurden ausgeschlossen oder verließen die Partei; zu Ostern 1920 gründeten sie die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD).

¹⁸⁷ Gemeint ist »dementia senilis«: Altersdemenz.

¹⁸⁸ Paul Lafargue (Jg. 1842) und seine Frau Laura (Jg. 1845), eine Tochter von Karl Marx, hatten beschlossen, aus dem Leben zu scheiden, bevor das Alter ihre Energien paralisieren würde. Sie begingen 1911 gemeinsam Selbstmord.

Ich kenne sehr gut die Fehler der deutschen März-Aktion. Ich sage nicht, dass wir alle ohne Fehler gehandelt haben. Wir haben alle ehrlich revolutionär gehandelt und die sich auf Ihre Erklärung gegen mich berufen, Levi und Zetkin, haben die Aktion auf konterrevolutionäre Art sabotiert. Dieser Umstand festigt mich in der Hoffnung, dass Sie diese Erklärung an Levi und Zetkin nicht getan haben, und dass diese sämtlichen Erklärungen nur einige von den ganzen Lügen Levis sind.

Ich glaube, schon in der nächsten Zeit die Möglichkeit zu haben, mündlich mit Ihnen darüber zu sprechen. Es ist schon ganz sicher, dass die März-Aktion politisch und organisatorisch große Erfolge gebracht hat und noch mehr bringen wird.

Ich bitte Sie aber auch, bis zu meinem mündlichen Bericht diesen Lügen keinen Glauben zu schenken und bis zur Fertigstellung des ganzen Materials kein endgültiges Urteil zu fällen.

Mit komm[unistischem] Gruß

Ihr treuer Anhänger:

Spanier

6.5.21

Typoskript in deutscher Sprache, aus: RGASPI, Moskau, 2/1/18730, 1–3; hier nach der deutschen Erstveröffentlichung: Dok. 43, in: Hermann Weber, Jakov Drabkin, Bernhard H. Bayerlein, Alexander Galkin: Deutschland, Russland, Komintern. II. Dokumente. Nach der Archivrevolution. Neuerschlossene Quellen zu der Geschichte der KPD und den deutsch-russischen Beziehungen [1918 bis 1943]. Wissenschaftliche Bearbeitung: Bernhard H. Bayerlein, Gleb J. Albert. Unter Mitarbeit von Marianna Kortschagina und Natalja Lebedewa, Berlin & Boston 2014, S. 154–156.

Paul Frölich an Lenin, 6. Mai 1921¹⁸⁹

Sehr geehrter Genosse Lenin!

Da ich gerade jetzt bei unserm Freunde bin und dessen Brief lese, halte ich es für meine Pflicht, einige Tatsachen zur Bestätigung hinzuzufügen.

Zunächst etwas über die Wahrheitsliebe Paul Levis. Ich kann bestätigen, dass s[einer] Z[eit] der Genosse Karl [Radek] an die Zentrale des Spartakusbundes eine Warnung vor der Spaltung richtete mit ausführlicher Begründung. Die Ereignisse, die zur Spaltung führten, überstürzten sich damals so sehr, dass uns jener Brief aus dem Gefängnis erst erreichte, als wir nicht mehr zurückkonnten, selbst wenn wir gewollt hätten. Wenn jetzt

¹⁸⁹ Vgl. Béla Kun an Lenin, 6. Mai 1921, im vorliegenden Band S. 147ff.

Levi den Genossen Karl [Radek] für die Spaltung verantwortlich machen will, so ist das eine Lüge von unübertrefflicher Frechheit, weil sich Levi sagen muss, dass er jederzeit nicht nur durch das Zeugnis Karls, sondern aller Mitglieder der damaligen Zentrale des Spartakusbundes überführt werden kann. Es kommt ihm hier wie bei all seinen Behauptungen, die der Wahrheit widersprechen, darauf an, durch die Unverschämtheit, mit der er auftritt, zu überzeugen.

Weiterhin kann ich bestätigen, dass der Genosse Spanier [Béla Kun] uns gegenüber Ausführungen über die Lage in Russland und die Schlussfolgerungen, die sich daraus für die deutsche Partei ergeben, in genau demselben Sinne gemacht hat, wie er es Ihnen hier in dem Briefe schildert. Uns gegenüber hat er außerdem die Stimmung der russischen Arbeiterschaft geschildert, woraus wir entnehmen konnten, dass das schwindende Vertrauen des russischen Proletariats in die Entwicklung der Weltrevolution nur durch starke Beweise revolutionärer Aktivität in Westeuropa gehoben werden kann. Diese Schilderung bekamen wir nicht nur durch den Genossen Spanier, sondern auch unabhängig davon vom Genossen G. und von andern Genossen,¹⁹⁰ die in dieser Zeit aus Russland zurückkehrten, nur im geringen Maße politisch eingestellt sind und auf die Aktion gar keinen Einfluss hatten. Es war für uns alle selbstverständlich, dass dieser Antrieb, den wir durch die Schilderung zweifellos erhielten, nun nicht zu einer unmittelbaren Aktion führen konnte, »aus der Pistole geschossen«, wie Paul Levi sagt, in Rücksicht auf die tatsächlichen Verhältnisse. Das, was uns die Genossen sagten, bestärkte uns vielmehr nur in den Absichten, die wir selber schon hatten, und auf das persönliche Konto der beiden Genossen kommt im Wesentlichen ihr Rat für die taktische Einleitung und Durchführung der Aktion, zu der die Zentrale selbst schon bereit war, ehe sie eintrat.

¹⁹⁰ Wahrscheinlich ist der Wirtschaftswissenschaftler Alfons Goldschmidt (1879–1940) gemeint, bis Dezember 1920 der Herausgeber der »Räte-Zeitung«, des Organs der »Interessengemeinschaft der Auswandererorganisationen nach Sowjetrußland und der Erwerbslosenräte Deutschlands« – am 13. Dezember 1920 umbenannt in »Proletarische Auswanderer-Organisation nach Sowjetrußland« (vgl. Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E 130 b Bü 3530 [https://www2.landesarchiv-bw.de/ofs21/bild_zoom/zoom.php]). Goldschmidt verfügte in Moskau über gute Kontakte; vgl. ders.: Moskau 1920. Tagebuchblätter, Berlin 1920 (1987). Mit den »andern Genossen« ist wahrscheinlich Hugo Gumprich gemeint – 1919 Gründungsmitglied und Leiter der Vereinigung »Ansiedlung Ost« (Leipzig), 1920 Vorsitzender des Vollzugsrates der »Interessengemeinschaft der Auswandererorganisationen nach Sowjetrußland« (IGAO); vgl. Annemarie M. Sammartino: The Impossible Border. Germany and the East 1914–1922, Ithaca and London 2014, S. 71–95.

Gestatten Sie mir, dass ich Ihnen ganz kurz die Stellung in der Führerschaft in der Partei schildere, ehe die Genossen eintrafen. Es besteht durchaus kein Zweifel, dass wir die außerordentlich verschärfte Situation Deutschlands nicht rechtzeitig ausgenutzt haben. Abgesehen von der älteren Vergangenheit der Partei lag die Schuld daran wesentlich in dem Erbteil, das uns die Levi-Zentrale hinterlassen hatte und in der Tatsache, dass wir alle Hände voll zu tun hatten, um über die Partei-Wirren hinwegzukommen, die durch den Rücktritt der Fünf entstanden waren. Als die Londoner Konferenz aufgefliegen war, war die Zentrale der Partei sich durchaus klar darüber, dass die Situation reif wurde für größere Aktionen. Völlig unklar war sie allerdings über den Weg und Ziel der Aktion: dass aber das, was dann nach dem Rat unserer beiden Freunde auf der Zentralausschusssitzung am 17. März vorgeschlagen und beschlossen wurde, nicht eine künstliche Mache von Leuten war, die mit den deutschen Verhältnissen nicht vertraut waren, scheint mir aus einer Tatsache hervorzugehen, über die ich jetzt reden darf, nachdem sie Paul Levi in der zweiten Vorrede seiner Broschüre erwähnt.¹⁹¹ Ich habe in jener Sitzung, als wir über die Möglichkeiten der Aktion zum ersten Mal berieten, erklärt, dass die Voraussetzung der Debatte eine Verständigung über das mögliche Ziel der Aktion sei, und ich schlug vor, die Aktion zu führen auf den Sturz der damals bestehenden Regierung hin. Es ist falsch, wenn Levi trotz wiederholter Richtigstellung behauptet, ich hätte damals und die Zentrale habe später dann den Sturz als Aktionsparole herausgegeben. Wir haben nichts anderes getan, als die Massen propagandistisch auf dieses Ziel eingestellt, wozu ich einmal Gelegenheit hatte in einer Reichstagsrede.¹⁹² Es war selbstverständlich, und wir haben das mit aller Deutlichkeit ausgesprochen, dass die Aktionsparole der augenblicklichen Situation entsprechen sollte, wenn die Massen in Fluss kamen. Als ich in der Zentrale auf jenes Ziel der vorzubereitenden Aktion hinwies, stand ich allein. Am gleichen Tage hatten wir dann eine Besprechung mit der Reichstagsfraktion, wo ich meinen Vorschlag wiederholte, bei der Paul Levi nur ein höhnisches Lachen fand als Antwort. Paul Levi erklärte damals, dass es nur eine einzige Parole gäbe, und die sei: »Bündnis mit Sowjetrußland«. Die ganze Zentrale wies diese Parole, so nackt und bloß, wie sie gefordert

¹⁹¹ Vgl. Levi: Vorwort zur zweiten Auflage von: Unser Weg; in Levi I/3, S. 668f.

¹⁹² Vier Wochen nach der Niederschlagung des März-Putsches verlangte Paul Frölich »zu stürzen diese Regierung, zu stürzen den Kapitalismus und zu schmieden die deutsche Räte-republik!« Ders.: Rede im Reichstag am 27. April 1921. 97. Sitzung des Reichstags, in: Verhandlungen des Reichstags. I. Wahlperiode 1920, Bd. 349: Stenographische Berichte. Von der 90. Sitzung am 19. März 1921 bis zur 115. Sitzung am 16. Juni 1921, Berlin 1921, S. 3457.

wurde, zurück, weil sie sich bewusst war, dass die Partei damit in reiner Propaganda steckenbleiben musste. Ein paar Tage später kamen unsere beiden Freunde hier an, und die Frucht der ersten Besprechung, an der ich nicht teilnahm, war, dass die Genossen, auf deren Stimme es wesentlich ankam, für die Linie gewesen waren, die ich angedeutet hatte, und dass diese Linie sich jetzt noch wesentlich klarer herauslas, als ich sie selber verzeichnen konnte.

Verzeihen Sie, sehr geehrter Genosse Lenin, dass ich Ihnen diese lange Darstellung gebe. Ich glaube aber damit zu beweisen, dass das, was uns von unseren Freunden vorgeschlagen wurde, tatsächlich der Situation entsprach, und dass es von uns nicht klar erkannt, so doch wenigstens als notwendig [...] ¹⁹³ wurde.

Sie kennen den Widerspruch, der vorhanden ist zwischen unserer offensiven Einstellung und der Defensivaktion, zu der wir dann gezwungen worden sind. Ich bin fest überzeugt, dass Sie nicht jenen Leuten Recht geben können, die auf diesem Widerspruch herumreiten, um ihn in dem entgegengesetzten Sinne gegen uns auszunutzen. Denn ich glaube, dass auch Sie den Grundsatz Paul Levis schroff ablehnen, der einfach erklärt, dass man eine solche Provokation, wie die Hörsingsche Aktion es war, ablehnen müsse, eben weil es eine Provokation war. Ich halte diese Auffassung Levis für stumpfsinnig, mechanisch und lächerlich oberflächlich, weil sie nicht nur außer Acht lässt die moralische Wirkung eines solchen Kneifens auf die Arbeiterschaft, sondern auch die ganze objektive Verstärkung der konterrevolutionären Machtposition, sobald das Proletariat kampfflos die militärische Knebelung über sich ergehen ließ. Wenn das richtig ist, dann kann man wohl kritisieren die Methode, mit der die Partei versuchte, die Massen der Arbeiterschaft in den Kampf hineinzuziehen, nicht aber die Tatsache, dass die Kommunisten den Kampf aufnahmen.

Lassen Sie mich noch einige Worte über die Genossin Clara [Zetkin] sagen. Obwohl ich von Anfang an der Meinung war, dass die Genossin Clara im Grunde ihrer Auffassung keine Kommunistin ist, habe ich doch zu ihr stets mit großem Vertrauen aufgeblickt. Ich muss aber sagen, dass es auf die Dauer unmöglich ist, mit ihr in der Partei auszukommen. Sie hat uns nicht nur jetzt, sondern auch früher – und dafür kann Ihnen auch der Genosse Karl [Radek] Tatsachen anführen – wiederholt erklärt, dass ihre Stellung in der Arbeiterbewegung und jetzt in der Kommunistischen Internationale so bedeutend sei, dass sie sich nicht den Beschlüssen der Partei fügen kann, wenn diese Beschlüsse nach ihrer Meinung politische Dummheiten

¹⁹³ Ein Wort nicht entziffert.

seien. Sie werden verstehen, dass mit einer solchen Auffassung die Parteiarbeit einfach unmöglich gemacht wird. Aus dieser Auffassung heraus und aufgeputscht durch Levi hat sie in der gegenwärtigen Situation die Partei in der ungeheuerlichsten Weise herausgefordert und vor der Öffentlichkeit bloßgestellt. Objektiv war die Situation jetzt bereits so, dass wir zum Ausschluss der Genossin Clara und ihrer Trabanten hätten schreiten müssen, wenn uns nicht der bestimmte Wille der Exekutive davon zurückgehalten hätte. Sie dürfen glauben, dass auch wir uns bewusst sind, welche Bedeutung ein Ausschluss Clara Zetkins aus der Partei für die gesamte Internationale bedeutet, und wir haben kein Mittel unversucht gelassen, um sie von ihren Exaltationen zurückzuhalten. Nachdem sich die Beziehungen zwischen ihr und uns so zugespitzt hatten, dass jedes Verhandeln mit ihr vollkommen aussichtslos war, haben wir ihr auch Vermittler gesandt, die ihren taktischen Standpunkt teilten oder ihm doch wenigstens nahestanden und nur die Notwendigkeit straffster Parteidisziplin anerkannten. Wir haben dann nichts anderes erreicht, als dass sie um so häufiger auftrumpfte. Sie wollte ganz offenbar in einem kindischen Starrsinn ihren Ausschluss provozieren, um der Partei oder wenigstens der Zentrale damit einen Schlag zu versetzen. Auf der heutigen Zentralaussschusssitzung gelang es uns nur, einen Ausschluss zu verhindern, indem wir nachträglich auf die Forderung der Exekutive hinwiesen und dadurch, dass wir unter der unmittelbaren Anhängerschaft Clara Zetkins durch zwar übermäßiges Entgegenkommen die Starrsinnigkeit etwas erschütterten. Der Erfolg war, dass wir eine äußerst demagogische und zweideutige Erklärung erhielten, die wir dann notgedrungen hinnahmen. Wir sehen aber der Entwicklung der Dinge mit außerordentlicher Besorgnis entgegen und haben großen Zweifel, ob es richtig gehandelt war, dass wir mit diesen paar Leuten nicht gleich Schluss gemacht haben.¹⁹⁴

Es scheint uns, dass die Frondeure in ihren Absichten untereinander nicht aufrichtig, zum mindesten nicht einheitlich sind. Von Levi, Geier jr. und Düwell jr.¹⁹⁵ glaube ich aber bestimmt annehmen zu können, dass sie mit vollem Bewusstsein auf die Spaltung der Partei hinarbeiten. Sie haben zwar alle in einem weiteren Kreise ihrer Gesinnungsgenossen erklärt, dass sie keinesfalls Spalten würden. Aber sie sind alle viel zu klug, als dass sie sich der Konsequenzen ihrer Handlung nicht bewusst wären, und ich

¹⁹⁴ Nach seinem eigenen Sturz 1924 veröffentlichte Paul Frölich: *Alles für die Revolution! Aus Leben und Werk der Kämpferin Clara Zetkin*, Berlin 1927.

¹⁹⁵ Bernhard Düwell (1891–1944) war ein enger Vertrauter von Levi und ab 1924 gemeinsam mit Otto Braß (1875–1950) und Levi Inhaber der E. Laubschen Verlagsbuchhandlung, er emigrierte 1933 und kam in einem japanischen Internierungslager ums Leben.

kann nicht glauben, dass einer von ihnen sich damit bescheiden würde, politisch mitgespielt zu haben. Für Levi ist charakteristisch, u. a. ein Ausspruch, den er in seiner Verteidigungsrede vor dem Zentralausschuss tat. Er erklärte, dass für die VKPD und die Kommunistische Internationale die Märzaktion dieselbe Bedeutung habe wie der 4te August 1914 für die deutsche Sozialdemokratie und die 2te Internationale, und wie Rosa Luxemburg zu ihrer Junius-Broschüre verpflichtet gewesen sei, sei er jetzt zu seiner Schrift verpflichtet gewesen. Es ist ganz klar, was die Konsequenzen dieser Analyse weiter sind. Für Levi waren sie jedenfalls klar genug, denn er machte diese Äußerung unmittelbar, nachdem ihm von Genossen C.¹⁹⁶ sehr ausführlich die Spaltung als notwendige Konsequenz seiner Handlungsweise nachgewiesen worden war und er selber kein Wort gegen diese Darlegungen gefunden hatte. Wir sind uns dieser Gefahr für die deutsche Partei und für die Kommunistische Internationale vollkommen bewusst, was uns auch veranlasste, seine Clique so sanft als irgendmöglich zu behandeln. Aber der Teufel mag wissen, welche Konsequenzen das auf die Aktionen haben wird, in die wir jetzt wieder hineingehen. Es wird uns ungeheuer schwerfallen, die Disziplin in der Partei aufrechtzuerhalten, wenn wir diesen Führer-Klüngel ungeschoren lassen.

Schließlich noch ein paar Worte zu dem Material der Opposition, das Sie hier erhalten. Wir sind nur im Besitz dieser einen Nummer der Publikationen: Die anderen sind mir wenigstens unbekannt. Für jemand, der die deutsche Partei, so wie sie jetzt ist, nicht kennt, muss aus diesem sogenannten Material ein vollkommen falsches Bild entstehen, selbst wenn er die notwendigen Einschränkungen macht, die einem Pamphlet gegenüber selbstverständlich sind. Ich habe noch nie solch freche Lügen gesehen wie diese. Schon die erste tatsächliche Mitteilung über die Organisation Berlin-Brandenburg ist glatt aus den Fingern gezogen. So frech ist hier geschwindelt, dass man Zahlen angibt, für die absolut jede Grundlage fehlt. Es gibt in der Organisation Berlin-Brandenburg niemanden, der einen zahlenmäßigen Vergleich zwischen der Parteimitgliedschaft vor und nach der Aktion machen könnte. Von einer Mitgliederflucht ist keine Rede, geschweige denn von einem Rückgang von 35.000 auf 20.000. Tatsache ist vielmehr, dass die Partei in Berlin feststeht, und dass wir jetzt nach der Aktion trotz äußerster Anstrengung der USP[D] und der schamlosesten Ausnutzung der Levi-Broschüre eine außerordentlich günstige Stimmung in der Arbeiterschaft für die Partei haben. Unsere Versamm-

¹⁹⁶ Genosse C.: D. i. Carlo alias Christo Kabaktschieff (1878–1940); er war ein bulgarischer Politiker und Historiker.

lungen sind [...] ¹⁹⁷ ordentlich stark besucht. Wir finden die vollkommene Zustimmung der Arbeiterschaft. Die Hetze der USP[D] prallt in den öffentlichen Versammlungen vollkommen an der Arbeiterschaft ab, selbst wenn die Redner so wenig kompromittiert sind und geschickt auftreten wie etwa Kurt Rosenfeld. Die Mai-Feier-Demonstrationen sind ein sehr wesentlicher Gradmesser gewesen. In vielen Städten haben wir mit unseren Demonstrationen die gemeinschaftlichen Unternehmungen der SPD, USP[D] und der Gewerkschaften glatt geschlagen. Natürlich ist uns jetzt die Arbeit in den Gewerkschaften erschwert worden. Vor allem aber gerade deshalb, weil die Empörung gegen die Gewerkschaftsbürokratie durch ihren Verrat der Märzaktion außerordentlich gesteigert wurde und der Drang, aus den Gewerkschaften herauszugehen, stärker geworden ist. So unerfreulich diese Erscheinung ist, so beweist sie gerade die den Kommunisten günstige Stimmung in der Arbeiterschaft und das Einverständnis mit der Märzaktion. Die Partei hat an innerer Festigkeit und an Vertrauen bei den Massen gewonnen. Dafür liegen eine ganze Reihe unzweifelhafter Symptome vor.

Verehrter Genosse Lenin! Uns liegt außerordentlich viel daran, Ihr Urteil über unsere Haltung kennenzulernen, und ich glaube, dass Sie aus den Tatsachen, die Sie inzwischen kennengelernt haben, schon über die entscheidenden Fragen ein abschließendes Urteil abgeben können. Sie werden verstehen, dass wir bei den verhältnismäßig geringen Erfahrungen, die wir haben, leicht schwanken können. Wir haben viele Fehler erkannt, die wir gemacht haben und die gegen unsern Willen gemacht worden sind. Wir sind aber fest überzeugt, dass Ihre Kritik uns noch manche wichtige Erkenntnis geben kann. Nachdem die Exekutive die Erfahrung der Märzaktion zum Gegenstand des internationalen Kongresses gemacht hat, glauben wir, nicht unbescheiden zu sein, wenn wir Sie bitten, uns wenigstens gedrängt das zur Märzaktion zu sagen, was Ihnen notwendig erscheint.

Mit komm[unistischem] Gruß
Paul Frölich

Typoskript in deutscher Sprache, aus: RGASPI, Moskau, 2/1/18730, 4–11.

¹⁹⁷ Ein Wort nicht entziffert.

Was ist das Verbrechen? Die Märzaktion oder die Kritik daran?

Rede auf der Sitzung des Zentralaussschusses der VKPD am 4. Mai 1921¹⁹⁸

VORWORT

Es ist jetzt gerade einen Monat her, dass meine Broschüre »Unser Weg« erschienen ist. Der Erfolg ist bereits einigermaßen zu übersehen.

Der eine Erfolg, der nach außen hin fast als der einzige erscheint, ist der, dass jeder Gassenjunge glaubt, an der Spitze der deutschen Revolution zu marschieren, wenn er mich einen Verräter oder sonst noch wer weiß was schimpft. Dergleichen revolutionären Helden gönne ich ihr so beschaffenes Heldentum, und ich will kein Wort über sie verlieren.

Der andere Erfolg aber, das kann ich heute schon sagen, ist der: In der Sache hat meine Auffassung schon heute gesiegt. Nicht nur ist keine Rede mehr davon, die »Leviten« aus der Partei hinauszuerwerfen, die hohe Zentrale, die sich bereits als Sternkammer etabliert hatte, ist heute froh, als Sekretärkollegium weiterwursteln zu dürfen, der Feldherrnhügel, von dem herab man die »Offensive« zu kommandieren wähnte, ist verlassen, und man gewinnt allmählich sogar Zeit, über der Hetze gegen mich auch die Schäden zu besehen, die die Märzaktion der Kommunistischen Partei zugefügt hat. Es sind inzwischen Leitsätze angenommen,¹⁹⁹ die einer Köpfung jener Zentrale gleichkämen, die die Märzaktion »gemacht« hat, wenn es nicht ein Widerspruch in sich selbst wäre, von Köpfung zu reden, wo kein Kopf ist.

Nach außen aber freilich brüstet sich die Zentrale mit dem Sieg, den sie über mich erfochten hat; mein Skalp, denkt sie, lenkt der Gläubigen Blick von dem Rückzug der Zentrale in der Sache ab. Und wo für die Kommunistische Partei alles verloren ist, muss wenigstens das Prestige derer gewahrt werden, die die Verantwortung für den Verlust zu tragen haben. Die Sprünge, die einige dies- und jenseitige Götzen und Götzchen erlitten haben, sollen von außen nicht gesehen werden. So drückt sich die Zentrale und drücken sich die anderen Verantwortlichen von dem Bekenntnis ih-

¹⁹⁸ Wahrscheinlich hielt Levi diese Rede am Vormittag – die Reichstagsitzung begann an diesem Tag um 14.17 Uhr. Levi war nicht entschuldigt; vgl. 101. Sitzung, 4. Mai 1921, in: Verhandlungen des Reichstags. I. Wahlperiode 1920, Bd. 349: Stenographische Berichte. Von der 90. Sitzung am 19. März 1921 bis zur 115. Sitzung am 16. Juni 1921, Berlin 1921, S. 3566.

¹⁹⁹ Vgl. Leitsätze über die Märzaktion. Angenommen vom Zentralaussschuss der VKPD, in: Die Rote Fahne. Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), 4. Jg., Nr. 160, 10. April 1921, Morgenausgabe; auch in: Die Internationale. Zeitschrift für Theorie und Praxis des Marxismus, 3. Jg., Nr. 4 (undatiert), S. 122–127.

res Fehlers, dem einzigen, was sie der Kommunistischen Partei noch geben können. Sie meinen, je mehr sie gegen mich tobten, um so eher hätten sie die Möglichkeit, um dieses Bekenntnis herumzukommen. Sie mögen sich gedulden: Jene eherne Notwendigkeit, die über allem politischen Handeln und zumal über allen politischen Fehlern waltet, wird auch ihnen es nicht ersparen, ihr Prestige auf dem Altar der Partei zu opfern, an der sie so viel gesündigt haben, dass sie zu größeren Opfern verpflichtet sind als nur dem des Prestiges. Und jeder Tag, an dem die Zentrale diese im tiefsten Innern unehrliche, ja verlogene Existenz weiterführt, vergrößert ihre Schuld, weil sie den Schaden der Partei vergrößert.

Es wäre ein Unrecht nicht anzuerkennen, dass in all der Misere dieser Tage nicht auch Lichtblicke gewesen sind. Viele Genossen, zumal die vom alten Spartakusbund, haben der Sache die Treue bewahrt, für die sie mehr als andere so lange Zeit gekämpft haben. Ich habe auch aus ihrem Munde kein Klagen und kein Zagen gehört. Wir alle wissen, dass die Sache der Deutschen Kommunistischen Partei bald wieder an sie, die Triarier,²⁰⁰ kommen wird, und die schwere Aufgabe wird uns alle wieder so zusammenfinden, wie sie ehemals uns fand.

15. Mai 1921

Paul Levi

Genossen und Genossinnen! Sie haben von mir nicht erwartet, und ich bin auch nicht gesonnen, hier eine Verteidigungsrede in dem Sinne des Wortes zu halten. Ich habe heute nicht das Gefühl, dass ich gezwungen sei, mich zu verteidigen; wenn etwas nötig ist, so ist das eine Auseinandersetzung. Denn mir scheint das Resultat schon festzustehen, dass wir auseinandergelassen werden, und es ist nicht mehr wie Pflicht von beiden Seiten, dass, wenn man eine Zeitlang und mit manchen Genossen solange Zeit, zusammengelebt hat und dann die Ehe löst, man die bestehenden Güter auseinandersetzt. Ich bin aber auch der Meinung, dass nicht nur aus diesem Grunde es notwendig ist, auf das Sachliche der Broschüre einzugehen.

Genosse Pieck sagte, sachlich wollen wir über die Märzaktion nicht sprechen. Es handelt sich einzig und allein um den »Disziplinbruch«. Und ich sage, es handelt sich allein um die Frage: Ist die Märzaktion richtig?

(Zwischenruf: Ja!)

Dann gehöre ich herausgeworfen.

Oder aber ist die Märzaktion ein Fehler, ein so verhängnisvoller Fehler, wie ich und viele meiner Freunde glauben, dass sie sei? Dann ist noch viel

²⁰⁰ Triarier: Elite einer römischen Legion.

mehr entschuldigt und gerechtfertigt als das, was ich in meiner Broschüre getan habe und so ist, glaube ich, durchaus keine andere Möglichkeit als die, sachlich darüber klar zu werden: Wie ist die Märzaktion zu beurteilen?

Bevor ich nun diese Frage erörtere, möchte ich eine andere kurz streifen: Welches Geschick hatte die Broschüre in der Partei? Das eine gebe ich zu: Sie hatte nicht das Geschick, das ich ihr zugerechnet hatte, und ich werde auf diesen Punkt des weiteren noch später eingehen. Ich hätte aber jedenfalls erwarten können, dass man sich mit ihr in Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit abgegeben hätte und nicht etwa in der Weise, für die ich Ihnen nur ein einziges Beispiel erwähnen will. Der Genosse Meyer in der »Roten Fahne« vom 15. April schreibt Folgendes:

»Nach der Manier eines sozialdemokratischen Parteikassierers und Gewerkschaftsbonzen ist Levi vollkommen dadurch befriedigt, dass die Zahl der organisierten Kommunisten seit dem November 1918 von ein paar Tausend auf 500.000 im Frühjahr 1921 gestiegen ist. ›Das hat noch keine Klasse der Welt bisher geleistet.«²⁰¹

In meiner Broschüre sagte ich wörtlich folgendes:

»In Deutschland aber, in dieser Revolution, entwickelten sich die revolutionären Kräfte nahezu Schritt haltend mit der Entfaltung der Konterrevolution. Das kommt in zweierlei zum Ausdruck. Die Stärke einer revolutionären Klasse, des Proletariats, wächst proportional mit der Stärke und Zahl ihrer klarsten, bewusstesten und entschiedensten Vorkämpfer. Die Kommunisten in Deutschland nun, im November 1918, bildeten eine Gruppe, und nicht einmal eine große. Die Kommunisten des Februar 1921 bildeten eine Schar von 500.000 Mann. Die andere Erscheinung, in der die bisher wachsende Stärke der revolutionären Kräfte zum Ausdruck kommt, ist die: Die deutsche proletarische Klasse hat in den 2½ Jahren der deutschen Revolution schon furchtbare Schläge erhalten. Sie hat Blut in Strömen verloren, sie sank ein-, zwei-, dreimal schwer getroffen dahin und hat sich doch nach kurzem schon immer wieder mit neuen Kräften erhoben, riesengroß und riesenstark. Das hat noch keine Klasse der Welt bisher geleistet.«²⁰²

Ich glaube, ich kann durch keine Tatsache als durch die Gegenüberstellung dieser beiden Zitate beweisen, wie von Genossen, denen es ernst sein sollte mit der Beurteilung der aufgeworfenen Frage, ohne Ernst und ohne Ehrlichkeit herangegangen wurde an die Erledigung so schwerer Probleme, dass heute sogar die Kommunistische Internationale schreibt, sie müssten

²⁰¹ Ernst Meyer: Levis Weg zur USPD, in Levi I/4, S. 1507f.

²⁰² Levi: Unser Weg. Wider den Putschismus, S. 7, im vorliegenden Band S. 98–146.

auf dem nächsten Weltkongress erörtert werden. Sie waren noch nicht einmal imstande, ehrlich die Zitate wiederzugeben.

Und nun wird mir vielleicht gesagt: Ja, du hast auch Protokolle veröffentlicht und auch nur auszugsweise. Ich möchte aber doch zwei Punkte dem entgegenhalten. Zunächst wird mir ein Vorwurf daraus gemacht, dass ich Protokolle aus einer Sitzung des Zentralaussschusses überhaupt auf eigene Faust veröffentlicht habe. Darüber besteht nun in keinem Kreise der Partei irgendein Zweifel, dass diese Sitzung des Zentralaussschusses vom 17. März die schwerwiegendste Sitzung irgendeines deutschen Zentralaussschusses gewesen, und dass noch nie in solch einer Sitzung – mag es zum Guten oder zum Schlechten sein – eine Entscheidung getroffen worden ist, die so sehr das Leben und das Wesen der Partei betrifft wie in jener Sitzung.

Und da sage ich, eine solche Entscheidung, bis heute noch von der Zentrale der Mitgliedschaft geheim gehalten, das ist ein Unding. Es ist absolute Notwendigkeit, über so schwerwiegende Entscheidungen ein völliges Protokoll sofort der Mitgliedschaft zur Verfügung zu stellen, ihnen, den Mitgliedern, zu sagen, was vorgeht, sie, die ja die Entscheidung auszuführen haben, vertraut zu machen mit dem, was kommt und so ist es kein Vorwurf gegen mich, sondern ein Vorwurf gegen die Zentrale, wenn ich es gewesen bin, der gezwungen wurde, die entscheidenden Stellen den Mitgliedern der Kommunistischen Partei bekanntzugeben.

(Zwischenruf: Warum nicht früher?)

Das will ich dem Genossen genau sagen. Ich bekam die Protokolle am ersten Tage meiner Rückkehr von einer Auslandsreise, als die sogenannte Aktion schon längst begonnen hatte.

Ich sage aber weiter: Mit der Veröffentlichung von Protokollen, selbst aus geheimen Sitzungen – die vom 17. März war es gar nicht –, in Fällen, wo die Partei in Not ist, bin ich in guter Gesellschaft. Die Genossen, die vertrauter sind mit russischen Verhältnissen, werden sich der Vorgänge erinnern, die der Machtergreifung der Bolschewiki vorangingen.

Am 21. Oktober (3. November 1917), also sechs Tage vor dem Aufstand, veröffentlichte Lenin eine Broschüre, »Brief an die Genossen«, um sie von der Notwendigkeit des sofortigen bewaffneten Aufstandes zu überzeugen. Um seinen Beweisgründen den nötigen Nachdruck zu verleihen, führte er in dieser Broschüre alle jene Gründe an, die seine Parteigegner unter Führung Sinowjews gegen den bewaffneten Aufstand geltend machten. Lenin stellt in der Broschüre ausdrücklich fest, über welche Informationen und von welchem Datum er verfügt, und schreibt in der Einleitung, dass er »am Montag, dem 16. Oktober, morgens einen Genossen traf, der am Tage vorher an einer sehr wichtigen bolschewikischen Sitzung in Peters-

burg teilgenommen hat«. ²⁰³ In dieser geheimen Sitzung nahmen zwei Genossen eine negative Stellung ein. Lenin schreibt:

»Die Motive, die diese Genossen vorbrachten, sind derartig unzulänglich, diese Motive stellen einen so krassen Beweis der Haltlosigkeit, der Hilflosigkeit und des Zusammenbruches aller Grundideen des Bolschewismus und des revolutionär-proletarischen Internationalismus dar, dass es einem schwer fällt, für derart schmäbliche Schwankungen eine Erklärung zu finden. Aber die Tatsache steht fest, und da eine revolutionäre Partei nicht berechtigt ist, in einer so ernsthaften Frage Schwankungen zu dulden, da diese paar Genossen, die ihrer Prinzipien verlustig gegangen sind, immerhin eine gewisse Verwirrung stiften können, so tut es not, ihre Motive zu untersuchen, ihre Schwankungen zu enthüllen und zu zeigen, wie schmäblich sie sind.« ²⁰⁴

Und auf Grund dieses ihm von einem Genossen aus einer geheimen Sitzung überbrachten Materials baute Lenin seine flammende Anklageschrift gegen die »Zauderer«, zeigte den »Abgrund der Charakterlosigkeit«, in den diese zwei Genossen verfallen waren.

Die Genossen, gegen die sich Genosse Lenin wendet, das sind die Genossen Sinowjew und Kamenjew, und er hat sein Material erhalten von einem Genossen, der bei einer geheimen Sitzung dabei war.

Wenn die Partei in Not ist – und ich weiß nicht, ob die Bolschewiki damals in größerer Not waren als die deutsche Kommunistische Partei heute –, dann ist es Pflicht zu reden.

Ich frage aber weiter: Weswegen habe ich diese Stellen veröffentlicht, nicht andere und eben nur die, und weshalb habe ich sie veröffentlicht, ohne zuvor zu den einzelnen Rednern zu gehen und sie zu fragen, ob die Stellen stimmen.

Und so komme ich schon näher an den Kern der Frage, wie die Aktion entstand. Ende Februar oder in den ersten Tagen des März dieses Jahres – ich nehme an, dass Sie das wissen – kam in Deutschland ein Genosse an, der bisher noch nicht in Deutschland gearbeitet hatte. ²⁰⁵ Er hat, ich glaube

²⁰³ Aus welcher Quelle Levi zitiert, konnte nicht geklärt werden. Inhaltlich ist die Aussage identisch mit Lenin: Brief an die Genossen, in: LW, Bd. 26, S. 182.

²⁰⁴ Aus welcher Quelle Levi zitiert, konnte nicht geklärt werden. – »Die Argumente, die diese Genossen vorbrachten, sind so schwach, in diesen Argumenten kommt eine so erstaunliche Kopflosigkeit und Verängstigung, eine solche Preisgabe aller Grundideen des Bolschewismus und des revolutionären proletarischen Internationalismus zum Ausdruck, dass es schwerfällt, für so schwachvolle Schwankungen eine Erklärung zu finden.« Lenin: Brief an die Genossen, in: LW, Bd. 26, S. 182f.

²⁰⁵ Gemeint ist Béla Kun.

am 10. März, mit der Genossin Clara Zetkin eine Unterredung gehabt, die auf die Genossin Clara Zetkin einen so niederschmetternden Eindruck gemacht hat, dass sie in einer gewissen Bestürzung zu mir kam und mir von dem Inhalt der Unterredung Mitteilung machte, und indem sie zugleich sagte, dass sie es künftig ablehnen werde, mit diesem Genossen ohne Zeugen zu konferieren.

Ich hatte dann am 14. März mit demselben Genossen eine Unterredung, und in dieser Unterredung hat der Genosse nicht nur mir dasselbe gesagt, was er nach der Erzählung der Genossin Zetkin ihr gesagt hatte, sondern – es tut mir leid, den Genossen, die jene Ausführungen auf der Sitzung vom 17. März machten, den Ruhm der Originalität wegnehmen zu müssen – wörtlich das, was in den Stellen stand, die ich auszugsweise aus dem Protokoll des Zentralaussschusses veröffentlicht habe bis auf die eine Stelle von dem drohenden Krieg zwischen England und Amerika; die ist Original des betreffenden Redners. Aber bis auf diese eine Stelle ist mir alles, aber auch alles, und mit der Stelle von der Provokation, und nicht nur mir, sondern auch der Genossin Clara Zetkin, ausgeführt worden; auch die zwei bis drei Millionen, die in einer »Angriffsaktion« für uns kämpfen werden, waren schon da.

Ich habe meine Auffassung von der Provokation, genau wie die Genossin Clara Zetkin die ihre dem Genossen klar und deutlich gesagt, und nun, Genossen und Genossinnen, werden sie mir zugeben: Am 10. März dieses Jahres hört Genossin Clara Zetkin diese Ausführungen von der Aktion, die jetzt gemacht werden müsse, wenn es nottut, durch eine Provokation. Am 14. März höre ich sie, diese Theorien, von denen wir ja einig sind, dass sie uns allen fremd und bis dahin von niemand in unserer Partei vertreten worden waren. Am 17. März treten Leitung mit Zentralaussschuss zusammen und stellen dieselbe Theorie auf. Habe ich da ein Recht oder nicht zu sagen, dass hier ein kausaler Zusammenhang sei zwischen jenem Autor und diesem Genossen? Ich sage da bestimmt und heute noch, das kann und sollte auch von jenen Genossen nicht geleugnet werden: Der erste Anstoß zu dieser Aktion in der Form, wie sie erfolgte, kam nicht von deutscher Seite.

Und nun, Genossen und Genossinnen, wird weiter gesagt, die Aktion sei von Hörsing ausgegangen, und Genosse Pieck, der zwar gesagt hat, es seien in meiner Broschüre drei unwahre Behauptungen, von denen ich aber aus seinen Anführungen nur zwei entnehmen konnte – also Genosse Pieck hat gesagt, die erste Unwahrheit sei die, dass ich zu Unrecht behauptet hätte, diese ausgebrochene Aktion, das sei die Aktion, die die Zentrale mit ihren Beschlüssen im Auge gehabt habe.

Das habe ich mitnichten gesagt. Ich habe das Gegenteil gesagt. Ich habe in meiner Broschüre das Folgende gesagt:

»Es ist der Zentrale zunächst erspart geblieben, die neu erworbene theoretische Grundlage in die Praxis umzusetzen. Hörsing kam ihr zuvor. Er rückte ins Mansfeldische ein und hatte damit bereits einen Erfolg für sich: den geeigneten Zeitpunkt. Mit der Gerissenheit eines alten Gewerkschaftsbureaokraten suchte er sich die Woche aus, die Ostern voranging, wohl wissend, was die viertägige Schließung der Betriebe von Karfreitag bis Ostermontag bedeutet. Damit war die Zentrale schon von vornherein die Gefangene ihrer eigenen ›Parolen‹ geworden.«²⁰⁶

Ich habe mitnichten gesagt, dass diese Aktion eben die sei, die die Zentrale gewollt habe, sondern ich habe klar und deutlich gesagt, die Zentrale war die Gefangene ihrer Parolen, sie konnte nicht mehr mit freien Händen die jetzt von Hörsing geschaffene Situation ausnutzen.

Und dann habe ich nur noch einen Punkt weiter zu erörtern, das ist einer, von dem vielleicht die Mitglieder der deutschen Zentrale weniger wissen als ich. Es ist die Frage: Besteht zwischen dem Hörsingschen Einmarsch und zwischen der Gesamtaktion ein kausaler Zusammenhang? Und wie ich das meine, die Gesamtaktion, Genossen und Genossinnen, das will ich Ihnen deutlicher machen.

(Der Redner setzt hier auseinander, dass ein Unterschied sei zwischen dem, was die Zentrale als Körperschaft angeordnet und politisch und juristisch zu vertreten habe und dem Gesamtkomplex von Erscheinungen, die die Aktion begleiteten, die außerhalb des Willens oder auch nur Wissens der Zentrale lagen, die aber politisch doch mit den Entschlüssen der Zentrale eine Einheit bildeten. Er kommt zu dem Schluss, dass möglicherweise der Hörsingsche Einmarsch zu dieser Zeit und an diesem Ort auch nur die Folgeerscheinung von Ereignissen sei, die in diesen, außerhalb des Wissens und Willens der Zentrale liegenden, Gesamtkomplex gehörten.)

Er fährt dann fort:

Wenn nun die Zentrale in ihrem Aufruf, in dem sie zum Generalstreik aufgerufen hat, sagt, nachdem auch Attentate vorlagen, die jedenfalls nicht durchweg Spitzelmache waren, sondern von denen auch die Zentrale in ihren Leitsätzen über die Märzaktion (Internationale Nr. 4) sagt, dass sie ein »Pol der Verzweiflung am revolutionären Massenkampf« seien,²⁰⁷ wenn angesichts dieser Dinge die Zentrale sagt:

²⁰⁶ Levi: Unser Weg. Wider den Putschismus, S. 25f., im vorliegenden Band S. 98–146.

²⁰⁷ »Pole derselben Verzweiflung ...« Leitsätze über die Märzaktion, in: Die Internationale. Zeitschrift für Theorie und Praxis des Marxismus, 3. Jg. (1921), Nr. 4 (undatiert), S. 125.

»Wie 1914. Damals erfand man die Nachricht vom Abwurf von Fliegerbomben auf Nürnberg und Brunnenvergiftung durch die Franzosen. Heute sprengt man Eisenbahnzüge und Amtsgebäude in die Luft und will damit eine kommunistische Hetze entfachen«,²⁰⁸ so sage ich, Genossen und Genossinnen: Wer wie ich zehn Tage zuvor mit aller Deutlichkeit aus dem Munde eines legitimierten Genossen die Theorien von der Provokation gehört hat, die Theorie von der Provokation dann weitergegeben wird in der Sitzung des Zentralausschusses, und dann die Polizei marschiert, da muss ich sagen, Genossen und Genossinnen, dann gehört ein großer Optimismus dazu, noch immer anzunehmen, dass eines mit dem anderen nichts zu tun habe, und dass man sich hinstellen könne und sagen: wie 1914, wo gar keine Fliegerbomben überhaupt da waren und wo alles nur vom W. T. B.²⁰⁹ und vom Generalstab erfunden war.

Nein, Genossen und Genossinnen, das war eine falsche Einleitung, und ich weiß, man wird auch das zum Menschewismus rechnen und mich zu den Menschewisten tun, aber ich sage trotzdem: Es gibt auch gewisse moralische Größen, die nicht verletzt werden dürfen. Eine Zentrale, die oben nicht felsenfest überzeugt ist von ihrem Recht, die im Hinterhalt hat den Gedanken: Du musst provozieren, du musst also etwas scheinend machen, was nicht ist, die hat, Genossen und Genossinnen, die moralische Kraft – ich will nicht vom Recht reden – verwirkt, politische Massen in den Kampf zu führen.

Und so, Genossen und Genossinnen, war mir ganz klar und ist mir ganz klar, dass es eine moralisch und politisch ganz falsche Einstellung war, wenn man den Gedanken verließ, die Massen durch etwas anderes zum Kampf zu gewinnen als durch das, was eben ist – wenn man mit dem Gedanken der Provokation spielt und dann schließlich sich auf den Standpunkt stellt: »Wie 1914. Es ist alles gelogen.«

Und nun, Genossen und Genossinnen, was hat die Zentrale mit dieser ihrer Haltung und ihrer politischen Führung gewollt?

Da kam ich zu dem Punkt, der ja zu den schwerwiegenden Vorwürfen gehört – wie Genosse Pieck sagt –, die gegen mich erhoben werden: Was hat sie gewollt?

Ich nehme mir vor den Aufruf der Zentrale zum Generalstreik, Sie hat zur Parole folgendes:

²⁰⁸ An das deutsche Proletariat!, in: Die Rote Fahne. Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), 4. Jg., Nr. 140, 24. März 1921, Abendausgabe, ungez.

²⁰⁹ W. T. B.: Wolffs Telegraphisches Bureau, Nachrichtenagentur, 1849–1934.

»Brecht mit Gewalt die Gewalt der Konterrevolution! ...²¹⁰

Entwaffnung der Konterrevolution, Bewaffnung, Bildung von Ortswehren aus den Kreisen der Arbeiter ...²¹¹

Bildet sofort proletarische Ortswehren!

Sichert euch die Macht in den Betrieben!

Organisiert die Produktion durch Betriebsräte und Gewerkschaften!

Schafft Arbeit für die Arbeitslosen!

Sichert die Existenz der Kriegsoffer und Rentenempfänger!

Kämpft für die Beschlagnahme der Wohnungen der Reichen und schafft Wohnungen für die Obdachlosen!

Verhindert Transporte von Truppen und Waffen!«²¹²

Von all dem Mischgemüse von Forderungen, die die Zentrale aufgestellt hat als durch den Generalstreik zu verwirklichen, war ungefähr die letzte die einzige von allen Parolen, die einen Sinn hatte.

Und nun, Genossen und Genossinnen, weiter. Nun wird der große Vorwurf gegen mich erhoben: Du hast der Zentrale bewusst falsch in die Schuhe geschoben, sie habe die Regierung stürzen wollen, oder, ich muss mich verbessern, »sie habe die Diktatur des Proletariats aufrichten wollen!«

Genosse Frölich hat in der Nr. 4 der »Internationale« das in der Tat zum Mittelpunkt seiner Angriffe gemacht. Er nimmt aus meiner Broschüre heraus den Satz:

»Wer unter diesen Umständen jetzt, in dieser Situation, eine Aktion beginnt, um die Staatsgewalt zu erobern, der ist ein Narr, und wer der Kommunistischen Partei vorerzählt, sie, die Kommunistische Partei, brauche nur zuzugreifen, der ist ein Lügner.«²¹³

Und Frölich fährt dann fort:

»Hier haben wir die Grundlage für Levis Kritik, und diese Grundlage ist in der Tat eine Narretei und eine Lüge. Es wird Levi nicht gelingen, auch nur eine Tatsache anzuführen, durch die seine pathetisch aufgestellte Behauptung bewiesen würde.«²¹⁴

²¹⁰ Auslassung im Original.

²¹¹ Auslassung im Original.

²¹² An das deutsche Proletariat!, in: Die Rote Fahne. Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), 4. Jg., Nr. 140, 24. März 1921, Abendausgabe.

²¹³ Levi: Unser Weg. Wider den Putschismus, S. 20, im vorliegenden Band S. 114; Paul Frölich: Der Fall Levi, in: Die Internationale. Zeitschrift für Theorie und Praxis des Marxismus, 3. Jg., Nr. 4 (undatiert), S. 117.

²¹⁴ Ebenda.

Doch, Genossen und Genossinnen, ich habe solche Tatsachen, und von solchen Tatsachen führe ich zunächst an den Artikel des Genossen Frölich in Nr. 3 der »Internationale«:

»Seit zwei Jahren gab es keinen Zeitpunkt, wo die Regierung so geschwächt war wie jetzt ...²¹⁵

Diese Regierung kann durch einen einigermaßen starken Stoß gestürzt werden, und jede neue Regierung, wie sie auch aussehen mag, wird für die Revolution von Vorteil sein, weil sie eindeutigeren Verhältnisse bringt. Besteht also die Möglichkeit zu solchem Stoß, dann muss eine revolutionäre Partei ihn führen. Unter diesen Umständen beschloss die VKPD, die Offensive zu ergreifen.«²¹⁶

Ich lasse hier zunächst ganz dahingestellt die Theorie, die auch im Kapp-Putsch seligen Angedenkens eine erhebliche Rolle spielte, die Theorie, dass jede andere Regierung besser sei, dass selbst eine Regierung Kapp-Lüttwitz besser sei, weil sie »eindeutigeren Verhältnisse schaffe«.

Ich lasse also diesen Punkt vollständig daneben und ergreife den Punkt: Die VKPD ginge in die Offensive, um die Regierung zu stürzen.

(Zwischenruf Pieck: Gewiss!)

Und nun sagen die Genossen: Gewiss, wir wollten die Regierung stürzen, aber wir wollten nicht die Diktatur des Proletariates, nicht die Herrschaft der Arbeiterklasse erkämpfen, und das ist zweierlei. Und deswegen frage ich zunächst weiter: Womit hat die Zentrale der VKPD den Sturz der Regierung betrieben?

Die Zentrale verwahrte sich dagegen, dass sie ihn betrieben habe durch den bewaffneten Aufstand, sie habe diesen nicht gewollt, sie sagt, weiter als bis zum Generalstreik sei sie mit den Parolen absichtlich nicht gegangen.

Das ist doch Ihr Gedanke, Genosse Pieck?

Und nun komme ich zurück darauf: Ist die Zentrale der VKPD für den bewaffneten Aufstand, der in Mitteldeutschland ausbrach, politisch verantwortlich oder nicht?

Ich erkläre, dass es keine böswillige Verleumdung der Zentrale durch mich ist, wenn ich behaupte, in einem gewissen Stadium hat man die mittel-deutschen Arbeiter als Disziplinbrecher hingestellt, die durch ihre Schuld, ihren Disziplinbruch, den Schaden angerichtet hätten.

(Zwischenruf: Wer?)

²¹⁵ Auslassung im Original.

²¹⁶ Paul Frölich: Offensive (datiert: 29. März 1921), in: Die Internationale. Zeitschrift für Theorie und Praxis des Marxismus, 3. Jg., Nr. 3 (undatiert), S. 67.

Jawohl, das tat in meiner Gegenwart und öffentlich in der Berliner Funktionsversammlung Eberlein.

Ich sage also: Ist die Zentrale verantwortlich oder nicht? Es wird nun niemand leugnen, dass für die »Rote Fahne« die Zentrale in jedem Fall verantwortlich ist. Die »Rote Fahne« hat da am 18. März 1921 geschrieben:

»Ein jeder Arbeiter pfeift auf das Gesetz und erwirbt sich eine Waffe, wo er sie findet!«²¹⁷

Am 19. März schrieb die »Rote Fahne«:

»Die Orgeschbande trumpft auf mit dem Schwert. Sie führt die Sprache der offenen Gewalt. Die deutschen Arbeiter wären Hundsfötter, wenn sie nicht den Mut und die Kraft fänden, den Orgeschbanden in ihrer klaren Sprache zu antworten.«²¹⁸

Am 20. März schrieb die »Rote Fahne«:

»Das Beispiel der Arbeiter im Bezirk Halle, die auf die Herausforderung Hörsings mit dem Streik antworten werden, muss nachgeahmt werden.

Die Arbeiterschaft muss sich sogleich wappnen, um dem Feind gerüstet gegenüberzustehen.

Die Waffen in die Hand der Arbeiter.«²¹⁹

Am 21. März schrieb die »Rote Fahne«:

»[...] nur das Proletariat kann die schändlichen Absichten der Orgeschbanden zuschanden machen. Es kann dies nur tun, wenn es sich einig zusammenschließt zur Aktion, wenn es den sozialverräterischen Schwätzern den Laufpass gibt und die Gegenrevolution so schlägt, wie diese allein geschlagen werden kann: mit der Waffe in der Hand.«²²⁰

Und da sage ich, Genossen und Genossinnen: Da bedurfte es keiner Reise des Genossen Z. nach dem Mansfeldischen mehr; für das ganze Reich schaf-

²¹⁷ Klare Antwort, in: Die Rote Fahne. Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), 4. Jg., Nr. 129, 18. März 1921, Morgenausgabe, 1. Beilage, ungez.; ebenfalls in: Der zweite Streich der Konterrevolution, in: Die Rote Fahne. Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), 4. Jg., Nr. 131, 19. März 1921, Morgenausgabe, ungez.

²¹⁸ Der zweite Streich der Konterrevolution, in: Die Rote Fahne. Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), 4. Jg., Nr. 131, 19. März 1921, Morgenausgabe, ungez.

²¹⁹ Die Gegenrevolution schlägt los, in: Die Rote Fahne. Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), 4. Jg., Nr. 133, 20. März 1921, Morgenausgabe, ungez.

²²⁰ Der Feldzug gegen das Proletariat, in: Die Rote Fahne. Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), 4. Jg., Nr. 134, 21. März 1921, Abendausgabe, ungez.

fen diese Aufrufe der »Roten Fahne« genug, um der Zentrale die politische Verantwortung für die Geschehnisse aufzuerlegen.

Ich sage also weiter, es ist kein Quatsch, sondern ein unerhörtes Unrecht den Arbeitern gegenüber, wenn man auf Grund dieser Zeitungsschreibereien, für die man verantwortlich ist, nicht die ganze Verantwortung freudig auf sich nimmt, sondern versucht, den Arbeitern sie aufzuladen und die, die sich geschlagen haben, auch noch mit der Schuld zu beladen.

Und nun, Genossen und Genossinnen, freue ich mich: Die Zentrale der VKPD hat mit diesem ihrem Ruf zur Waffe einen Kritiker gefunden, den ich ihr gönne. Es ist die »Kommunistische Arbeiter-Zeitung«, die am 21. März 1921 folgendes schreibt:

Wir »rufen [...] den Arbeitern zu: Seht ihnen nicht aufs Maul, seht ihnen auf die Finger. Zeigt den VKP-Leuten all die schamlosen Frechheiten, die sich das Unternehmertum täglich leistet, fordert aufs neue von ihnen den solidarischen, rücksichtslosen Abwehrkampf gegen diese Frechheiten, fordert von ihnen aufs neue die revolutionäre Zerstörung des kapitalistischen Wirtschaftsaufbaus, fordert aufs neue die revolutionäre Solidarität mit den Arbeitslosen, denen erst der Ruin der kapitalistischen Schandwirtschaft neue Hoffnungen eröffnen kann: und kämpft Tag für Tag gegen den legalen Betriebsräteschwindel, für die Zusammenfassung in revolutionären Aktionsausschüssen.

Es ist schon recht, die Arbeiter zur Selbstbewaffnung aufzurufen. Der wirkliche Kampf aber beginnt in den Betrieben: Dann erst kommt die Straße dran und der Schießprügel.

Ihr VKP-Leute: Seid ihr bereit, das Letzte zu wagen? Dann zeigt auch, dass ihr bereit seid, das Nächste zu tun.«²²¹

Abgesehen von dem Blödsinn mit der »Sabotage der Produktion«, der hier noch immer durchspielt, ist diese ganze Stelle ein Riesenmaß von politischer Weisheit gegenüber dem Verhalten der »Roten Fahne« und der Zentrale, die für die Haltung der »Roten Fahne« verantwortlich ist. Und wenn gegenüber alledem immer wiederholt und gesagt wird: Ja, den Sturz der Regierung wollten wir nicht!, dann muss ich sagen, dann hat die Zentrale bei allen ihren Aufrufen zu den Waffen offenbar überhaupt nichts gedacht, und ich möchte der Zentrale – ich weiß nicht, ob noch einmal Fälle dieser Art kommen – ein Wort von Sorel mit auf den Weg geben:

²²¹ Kampfmittel: Demonstrationen, Streiks, Waffen usw., in: Kommunistische Arbeiter-Zeitung, Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbez. Groß-Berlin, ohne Nummerierung, 21. März 1921, in: Friedrich-Ebert-Stiftung. Archiv der sozialen Demokratie, Nachlass Paul Levi, 1/PLAA000372. Hervorhebungen wie im Original.

»Wer sich mit revolutionären Worten an das Volk wendet, muss seine Aufrichtigkeit einer genauen Probe unterziehen. Denn die Arbeiter verstehen diese Worte in dem Sinne, wie sie sich in ihrer Sprache darstellen und geben sich nicht mit Deutungen ab.«²²²

Ich glaube, das hätte beherzigt werden müssen.

Und nun noch weiter. Wollte die Zentrale die Eroberung der Macht, oder wollte sie das nicht?

(Zwischenruf: Natürlich!)

Da will ich der Zentrale folgendes wiederum vorlesen aus der »Kommunistischen Arbeiterzeitung«. Die »Kommunistische Arbeiter-Zeitung« schreibt in ihrer Nr. 187, leider ohne Datum, folgendes:

»In der Morgenausgabe der »Roten Fahne« vom 15. April wird in einem Artikel, betitelt: »Levis Weg zur USP« die Abrechnung mit dem gefallenem Engel vollzogen. Dabei passiert Ernst Meyer, dem Verfasser jenes Artikels, das Malheur, dass er gegen Levi einen Vorwurf erhebt, der, weil er ein Vorwurf ist, nicht so sehr den »Schandbuben« trifft als die jetzige Zentrale der VKPD. Ernst Meyer schreibt wörtlich:

»Er (Levi) unterstellt der Zentrale und dem Zentralaussschuss, dass ihre Beschlüsse kurz vor und in der Märzaktion die Absicht hatten, die Staatsgewalt zu erobern, d. h. also die Räterepublik Deutschlands zu verwirklichen.

In Wirklichkeit war vor und während der Aktion bei keinem Parteigenossen von solchen Absichten die Rede.«²²³

Nebenbei gesagt – fährt die »Kommunistische Arbeiter-Zeitung« fort – eine furchtbare »Unterstellung«.

(Zwischenruf: Ist das auch Ihre Ansicht?)

Ich komme darauf, Genosse Urbahns, ich werde nichts verschweigen.

Nebenbei gesagt: eine furchtbare »Unterstellung«. Als ob die revolutionären Arbeiter Deutschlands heute zu den Waffen greifen würden, ohne das Ziel der Eroberung der politischen Macht im Auge zu haben! Paul Levis Anklageschrift gegen den »Putschismus« scheint auch seinen Gegnern vom »linken Flügel« solches Entsetzen eingejagt zu haben, dass sie offenbar ihre eigenen Parolen vergessen haben. Die »Rote Fahne« scheint außerdem vergessen zu haben, dass sie vor kaum acht Tagen erst in einer Artikelserie die Märzaktion mit hoher Genugtuung als den Beginn einer »revolutionären Offensive« bezeichnet hat. Hat beispielsweise die deutsche Heeresleitung

²²² Georges Sorel: Apologie de la violence (Apologie der Gewalt), in: Le Matin, 18. Mai 1908; von Levi deutsch zit. aus: Werner Sombart: Grundlagen und Kritik des Sozialismus, Berlin 1919, Bd. 2, S. 189.

²²³ Ernst Meyer: Levis Weg zur USPD, in Levi I/4, S. 1508.

im März 1918 die Offensive ergriffen, um einige verwüstete Quadratkilometer an der Somme zu erobern, oder dachte sie nicht vielmehr daran, den Gegner vernichtend zu schlagen? Kann man sich von irgendeinem Offensivkampf Erfolg versprechen, wenn man von Anbeginn an entschlossen ist, diesen Kampf nur bis zu einer bestimmten Etappe zu führen? Oder wird nicht gerade die Erreichung einer Etappe erst dadurch ermöglicht, dass man das Ziel so weit steckt als nur irgend möglich? Wer sich vornimmt, den Kampf nur bis zu einer gewissen Linie zu führen, erreicht nicht einmal diese, geschweige denn jemals das Endziel. Die Abgrenzung des Offensivfeldes ist das Ergebnis des Kampfes selbst, nicht sein Ziel. Sonst rückt das Endziel in unendliche Ferne.«

Wenn die ›Rote Fahne‹ sich jetzt also gegen den ›Vorwurf‹ zur Wehr setzen muss, dass die Märzaktion die Errichtung der proletarischen Diktatur zum Ziel gehabt hätte, so wäre es besser, sie würde den Gedanken einer ›revolutionären Offensive‹ überhaupt ad acta legen. Noch besser freilich wäre es, darauf zu achten, dass nicht in derselben Nummer der ›Roten Fahne‹ das Gegenteil von dem behauptet wird, was E[rnst] M[eyer] im Leitartikel leugnet und verleugnet. In einem Bericht über die von der VKPD am 13. April veranstalteten Arbeitslosenversammlungen in Berlin wird nämlich eine Resolution veröffentlicht, in der es unter anderm heißt:

›Die Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit kann daher nur erfolgreich durch Ablösung der kapitalistischen und Einführung der sozialistischen Wirtschaftsordnung auf Grundlage der Diktatur des Proletariats geschehen. Auch der letzte von der VKPD zu diesem Zweck proklamierte Generalstreik war auf diese Richtung eingestellt.‹

Welche Lesart soll nun gelten? Ist der Leitartikel maßgebend oder das Beiblatt?«²²⁴

Und nun, Genossen und Genossinnen, fragt mich Genosse Urbahns durch wiederholte Zwischenrufe, ob dies auch meine Auffassung sei. Und da muss ich Ihnen gestehen, Genossen und Genossinnen: Wenn man einmal zu dem rein militärischen Begriff »Offensive« und »Defensive« übergeht in der Politik, dann muss man auch auf diesen militärischen Begriff militärische Begriffe anwenden. Und dann ist absolut richtig, was die »Kommunistische Arbeiter-Zeitung« schreibt. Eine Offensive, so wie Sie sich die Offensive vorgestellt haben: Die Umstellung eines großen Parteikörpers

²²⁴ Zwei verschiedene Lesarten, in: Kommunistische Arbeiter-Zeitung. Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbez. Groß-Berlin, Nr. 187, in: Friedrich-Ebert-Stiftung. Archiv der sozialen Demokratie, Nachlass Paul Levi, 1/PLAA000372.

auf den Angriff, eine solche Offensive, geschaffen durch den Willen der Partei und Parteileitung, eine solche Offensive ist, darüber werde ich später noch sprechen, politisch eine Unmöglichkeit. Sie ist eine anarchistische Spielerei. Aber wenn Sie überhaupt politisch gedacht werden kann, dann ist sie freilich nur möglich mit dem Endsieg, mit der Eroberung der politischen Macht als unmittelbarem Siegespreis. Aus psychologischen Gründen ist das nicht anders möglich. Die »Kommunistische Arbeiter-Zeitung« hat ganz recht: Was 1918 die müden Soldaten noch einmal aus dem Graben herausbrachte, war die Hoffnung auf den entscheidenden Sieg. Was sie 1914 auf die Beine brachte, war die Hoffnung auf den Endsieg in sechs Wochen.

Es hat während des Krieges ein militärischer Schriftsteller bei den Kriegszieldebatten vollkommen mit Recht gesagt: Wer will, dass jemand einen Meter springt, darf das Seil nicht 95 cm legen, sondern muss das Seil 1,05 m legen.

Von der anarchistisch-syndikalistischen Idee des kraft Beschlusses der Organisation herbeigeführten Generalstreiks oder Generalaufstandes ist der Gedanke des unmittelbar mit diesem Generalangriff verbundenen »Endsieg« gar nicht zu trennen. Dieser Ausgangspunkt und dieses Endziel charakterisieren die »direkte Aktion«. Und worin ich mich von der KAPD und von dieser jetzigen Einstellung der VKPD absolut und völlig unterscheide, das ist eben das, dass ich diesen anarchistischen Wunderglauben ablehne und sage: Es ist eine Unmöglichkeit, ein Unding, auf Grund eines Beschlusses der Partei und auf Grund des Beschlusses einer Parteiinstanz oder irgendeines Genossen, der sich für wunder wie genial hält, von heute auf morgen überzugehen von einer Defensive in die Offensive, von der Passivität in die Aktivität, und wie die Dinge alle heißen.

Und damit, Genossen und Genossinnen, komme ich ja wohl zum Kernstück des »Menschewismus«, wie die neueste Lesart und Deutung lautet. Also: Die Partei ist von der Defensive in die Offensive übergegangen und kämpft jetzt im Angriff, um »die Entwicklung der Revolution zu zwingen«.

Wenn dem so ist, dann muss die Zentrale und müssen die, die solch ein Unternehmen machen, nach meiner Meinung auch nach außen hin und vor den Massen, die sie doch gewinnen wollen, diesen siegverheißenden Gedanken auch verkünden.

Und da ist nun der Zentrale ein merkwürdiges Ungemach passiert. Im ersten Moment der ersten Aktion auf der »neuen Linie« der »Offensive« gibt die Zentrale einen Aufruf heraus und sagt da unter anderem folgendes:

»Die Gegenrevolution hat den Kampf jetzt vom Zaune gebrochen ...²²⁵«

²²⁵ Auslassung im Original.

»Der Kampf ist uns aufgezwungen ...²²⁶«

»Erhebt euch mit uns,« heißt es weiter, »zur gemeinsamen Abwehr des Schurkenstreiches.«

Also aus der gloriosen Fanfare wird im ersten Augenblick, in dem man ja schon sah, wie schief die Sache ging, die Schamade.²²⁷ Kein Mensch bekennt sich mehr zur glorreichen Offensive.

Die Zentrale sagt: Ich habe es nicht gewollt; die Exekutive sagt: Ich habe es nicht gewollt; die Vertreter der Exekutive sagen: Wir haben es nicht gewollt, und so sind – und mögen die Genossen wieder von der »Sentimentalität« reden – es offenbar und letztes Endes die Arbeiter, die das gewollt haben, die die These vom Bezwingen der Revolution und vom Übergang von der »Defensive« zur »Offensive« ausgegeben haben.

Und nun weiter. Ich sage, die ganze Einstellung von der »Aktivität« und der »Passivität«, von der »Offensive« und der »Defensive«, vom »Übergang von der Agitation in die Aktion« sind eitel künstlich gemachte Unterscheidungen und vollständig unpolitische Deutereien und Wortspielereien.

Ich habe den Genossen und Genossinnen vor zwei Monaten – so schnell ändern sich die Zeiten –, vor zwei Monaten in diesem Zimmer einen Satz verlesen von der Genossin Rosa Luxemburg und habe von keiner Seite Widersprüche gehört, und der heißt folgendermaßen:

»Grundverschieden sind die Bedingungen der sozialdemokratischen Aktion. Diese wächst historisch aus dem elementaren Klassenkampf heraus. Sie bewegt sich dabei in dem dialektischen Widerspruch, dass hier die proletarische Armee sich erst im Kampfe selbst rekrutiert und erst im Kampfe auch über die Aufgaben des Kampfes klar wird. Organisation, Aufklärung und Kampf sind hier nicht getrennte, mechanisch und auch zeitlich gesonderte Momente wie bei einer blanquistischen Bewegung, sondern sind nur die verschiedenen Seiten desselben Prozesses.«²²⁸

Hier haben Sie die Gründe, warum ich sage, dass der ganze Gedanke vom Übergang von der Offensive in die Defensive kraft eines Beschlusses der Zentrale oder kraft einer noch höheren himmlischen Erleuchtung unmarxistisch ist, unpolitisch ist und vernünftigerweise zu keinem ande-

²²⁶ Auslassung im Original.

²²⁷ Schamade, Chamade: ein mit der Trommel oder Trompete gegebenes Schallsignal, mit dem signalisiert wird, dass eine belagerte Stadt zur Aufnahme von Verhandlungen über die Übergabe oder Kapitulation bereit ist.

²²⁸ Rosa Luxemburg: Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie, in: Die Neue Zeit, 22. Jg. (1903/04), 2. Band, Nr. 42, S. 488; wiederveröffentlicht u. a. in: GW, Bd. 1/2, S. 428.

ren Resultate führen kann, als zu dem jämmerlichen Zusammenbruch, des Zeuge wir sind.

Ja, Revolutionen kann man nicht machen. Das ist ja wohl die These, die dem Wortlaut nach heute noch in diesem Kreise vertreten wird, und über die wir uns am Ende gar alle einig wären.

Sie winken, Genosse Schmidt! Dann will ich Ihnen sagen, als ich diesen simplen Satz seinerzeit dem Genossen sagte, der mir die ersten Offenbarungen über die »neue Taktik« machte, da gab der mir lächelnd zur Antwort:

»Das sagen Sie? Sie sind ein Elementarist!«

Ich sage also, Revolutionen kann man nicht »machen«. Was soll es also heißen, wenn Genosse Frölich Ihnen sagte, wir müssen jetzt darangehen, »das Schicksal der Partei und der Revolution zu zwingen«? Das ist kein anderer Gedanke als der, dass man unter Umständen Revolutionen doch machen könne. Und Genosse Meyer hat in einem Artikel in der »Roten Fahne« vom 15. April 1921 gesagt, für das, was er unsere Passivität heiße, sei es falsch, sei es eine Kühnheit, sich auf die Autorität von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zu berufen.²²⁹ Es fehlten ihm, dem Genossen Meyer, die von mir so reichlich verteilten Schimpfworte dafür.

Genossen und Genossinnen, mich freut, dass die »Rote Fahne« doch wenigstens den Toten gegenüber noch einige Objektivität und Diskussionsfreiheit duldet, und mich freut es, dass die »Rote Fahne« am 1. Mai dieses Jahres als zeitgemäß – und in der Tat sehr zeitgemäß – einen Artikel der Genossin Rosa Luxemburg hat erscheinen lassen. Sie sagt dort:

»Die anscheinend wunde Stelle der wirklichen sozialistischen Politik im Kriege liegt darin, dass sich Revolutionen nicht auf Kommando machen lassen. Dieses Argument soll sowohl für die Haltung des Proletariats beim Ausbruch des Völkermordens wie für seine heutige Stellung zur Friedensfrage als Entschuldigung und als Deckmantel der sozialistischen Selbstpreisgebung dienen. Jedoch der scheinbar durchschlagende »praktische« Einwand ist nichts als eine Ausflucht. Freilich lassen sich Revolutionen nicht auf Kommando machen. Dies ist aber auch gar nicht Aufgabe der sozialistischen Partei. Pflicht ist nur, jederzeit unerschrocken »auszusprechen, was ist«, d. h. den Massen klar und deutlich ihre Aufgaben im gegebenen geschichtlichen Moment vorzuhalten, das politische Aktionsprogramm und die Losungen zu proklamieren, die sich aus der Situation ergeben. Die Sorge dafür, ob und wann die revolutionäre Massenerhebung sich daran knüpft, muss der Sozialismus getrost der Geschichte selbst überlassen.

²²⁹ Vgl. Ernst Meyer: Levis Weg zur USPD, in Levi I/4, S. 1509.

Erfüllt er in diesem Sinne seine Pflicht, dann wirkt er als mächtiger Faktor bei der Entfesselung der revolutionären Elemente der Situation und trägt zur Beschleunigung des Ausbruchs der Massenaktionen bei. Aber auch im schlimmsten Falle, wenn er zunächst als Rufer in der Wüste erscheint, dem die Massen ihre Gefolgschaft versagen, schafft er sich, wie es sich am Schluss der Rechnung stets und unweigerlich herausstellt, eine moralische und politische Position, deren Früchte er später, wenn die Stunde der geschichtlichen Erfüllung schlägt, mit Zinseszinsen einheimst.«²³⁰

(Zwischenruf: Sehr richtig!)

(Zwischenruf: Wann schrieb Rosa Luxemburg das?)

1917 aus dem Gefängnis in Wronke.

(Zwischenruf Meyer: Sehr gut, ich habe den Artikel ins Blatt hineingegeben.)

Ich anerkenne ja diese Unparteilichkeit gegenüber den Toten.

Ich sage also, wo ist in dieser Gedankenwelt irgendein Platz für den Gedanken, dass man Revolutionen machen könne, dass man »das Geschick der Revolution und der Partei zwingen« könne, wenn nötig mit einer Provokation. Keine Spur von diesem Gedanken! Und Sie können uns nicht sagen, dass wir in diesem Sinn, in dem Sinne jener Gedanken, jemals in die Passivität verfallen seien. Es gab nicht ein Moment, und ich sage Ihnen, Genosse Meyer, das werden Sie eines Augenblickes selbst erkennen: Passiver in dem Sinn, als sie die Forderungen des Tages nicht aussprach, war die Zentrale der Kommunistischen Partei nie, als in Ihren Tagen, wo sie den Mund vollnahm und durch alle Gassen ihre Aktivität brüllte.

Kein Mensch wird sagen können, es seien früher keine Fehler vorgekommen, dass in früheren Zeiten, ehe man noch nicht, wie der Genosse Frölich sich ausdrückt, den vollkommenen Bruch mit der Taktik der Partei durchgeführt hatte, alles fehlerlos gewesen sei – wir alle sind fehlbare Menschen, aber dass die Partei ihre Pflicht in so schwerer und katastrophaler Weise verletzt, so ihre eigenen Grundsätze mit Füßen getreten hätte: Das war früher nicht.

Ich sage also, Genossen und Genossinnen, der ganze Gedanke von dem auf Beschluss stattfindenden Übergang von der »Defensive in die Offensive« ist ein Gedanke, der unmarxistisch und unpolitisch ist und zu keinem politischen Resultat führen kann.

²³⁰ Rosa Luxemburg: Revolution ist der einzige Ausweg, in: Die Rote Fahne. Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), 4. Jg., Nr. 195, 1. Mai 1921, Morgenausgabe. Dabei handelt es sich um einen größeren Auszug aus Rosa Luxemburg: Brennende Zeitfragen (1917), in: GW, Bd. 4, S. 288f.

Und nun, Genossen und Genossinnen, weiter. Wir leben nun einmal in Westeuropa in etwas anderen Verhältnissen. Sie wissen, dass ich damals, anschließend an jene Sätze der Genossin Rosa Luxemburg, erörtert habe die völlig verschiedenen Umstände, unter denen wir in Westeuropa gezwungen sind, kommunistische Parteien zu bilden.

Die Kommunistische Partei in Russland vor der Revolution musste sich ausbilden in einem gesellschaftlichen Körper, in dem die Bourgeoisie überhaupt nicht entfaltet war, sie musste sich ausbilden in einem Gesellschaftskörper, in dem der eigentliche, natürliche Antipode des Proletariats, die Bourgeoisie, erst in Andeutungen existierte, und wo ihr als großer Feind gegenüberstand der agrarische Feudalismus. In Westeuropa sind die Verhältnisse völlig anders. Hier steht das Proletariat vor einer völlig entfalten Bourgeoisie und steht gegenüber den politischen Folgen der Entfaltung der Bourgeoisie, der Demokratie, und unter der Demokratie, d. h. dem, was unter der Herrschaft der Bourgeoisie unter Demokratie zu verstehen ist, nimmt die Organisationsform der Arbeiter andere Formen an als unter der Staatsform des agrarischen Feudalismus, unter dem Absolutismus.

Und so kann in Westeuropa die Organisationsform keine andere sein als die der nicht geschlossenen Massenpartei, jener nicht geschlossenen Massenparteien, die also niemals bewegt werden können auf Befehl eines Zentralkomitees, auf Befehl einer Zentrale, die bewegt werden können einzig und allein in dem unsichtbaren Fluidum, in dem sie stehen, in der psychologischen Wechselwirkung mit der gesamten übrigen proletarischen Masse. Sie bewegen sich nicht auf ein Kommandowort; sie bewegen sich in der Bewegung derselben proletarischen Klasse, deren Führer und Leiter sie dann in der Bewegung sein müssen. Sie sind von ihnen abhängig wie jene von ihnen, und deswegen, Genossen und Genossinnen, war es ein verhängnisvoller Fehler, und ich komme darauf noch später zu sprechen, dass die Zentrale nach dem Zusammenbruch dieser Aktion den gar nicht revolutionären Versuch unternommen hat, in ein paar Instanzen die ganzen aufgeworfenen Fragen zu »erledigen«.

Aber ich komme auf etwas anderes zu sprechen. Diese Tatsache, dass wir hier in Westeuropa in einem ganz anderen gesellschaftlichen Körper leben, die hat uns eine Erscheinung gebracht, die neuartig ist. Vor der Revolution in Deutschland spielte sich das Leben der Arbeiterschaft im wesentlichen ab in einer Organisation. Es war eine Organisation, die der feste Kern innerhalb der proletarischen Klasse war; was außerhalb dieser Organisation lag, war indifferent oder erst im Dämmerzustand des Sich-bewusst-werdens.

Das hat nunmehr in Deutschland und hat in Westeuropa eine grundlegende Umstürzung erfahren. In Deutschland und in Westeuropa ist ein

überwiegend großer Teil von Proletariern vereinigt in Arbeiterorganisationen, die bereits bestehen.

Und nun, Genossen und Genossinnen: Diese Tatsache allein bringt die große Gefahr mit sich – schon an sich durch ihr Bestehen –, dass die Arbeiterschaft in ihrer Mitte auseinanderbricht, dass zwei Schichten, etwa die Organisierten und die Unorganisierten, etwa die kommunistische Organisation und die nichtkommunistische Organisation, nicht nur als politisch getrennte Körperschaften einander gegenüberstehen, sondern in gewissem Sinne als sozial getrennte Wesen sich scheiden, dass die eine Organisation andere proletarische Schichten umfasst als die andere Organisation, dass also eine kommunistische Partei nicht ist, was sie sein muss, zwar die Organisation eines Teiles des Proletariates, der Vorgesrittensten, aber eines Teiles durch das ganze Proletariat hindurch, sondern wird ein Teil des Proletariates, vertikal geteilt nach sozialen, differenzierenden Momenten.

Und, Genossen und Genossinnen, welche Bedeutung das Verhältnis der Kommunisten zu diesen Arbeiterorganisationen hat, das freue ich mich, Ihnen noch beweisen zu können mit einem Satz des Genossen Radek, der in seiner allerneuesten Broschüre schreibt:

Es »ist [...] klar, dass, falls diese Masse nicht in Bewegung gebracht wird durch irgendwelche sie vollkommen erschütternde äußere Ereignisse, man in Deutschland auf keine spontanen unorganisierten Bewegungen rechnen kann.«²³¹

Dies ist absolut und vollständig richtig gesehen. Ohne die schwere organisierte Masse werden wir, von ganz besonderen Glücksfällen, mit denen man nicht rechnen soll in seiner täglichen Arbeit, zu großen Bewegungen nicht kommen. Unser Verhältnis zu jenen Arbeiterorganisationen wird unser Wesenskern. An diesen entscheidet sich unsere Existenzberechtigung: Einerseits müssen wir unsere Eigenart und unser Wesen als Kommunisten behalten, andererseits in die engste Verbindung mit diesen Arbeitermassen kommen.

Und nun, Genossen und Genossinnen: der Weg, wie wir als Kommunisten mit jenen Arbeitermassen auf diese Weise in eine Verbindung kommen wollen, der muss von uns in Deutschland zum ersten Male gefunden werden. Er hatte zwei Voraussetzungen. Die eine Voraussetzung war, dass wir rein zahlenmäßig zu einer Stärke kamen, die es uns erlaubt, rein mechanisch die Kräfte zu entwickeln, deren man zur Beeinflussung so großer Arbeitermassen bedarf.

²³¹ Karl Radek: Soll die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands eine Massenpartei der revolutionären Aktion oder eine zentristische Partei des Wartens sein? 2. Auflage, Hamburg 1921, S. 54.

Die zweite Voraussetzung war, dass wir nunmehr auch politisch in irgendeine Verbindung mit jenen Organisationen traten, dass wir versuchten, politisch Einfluss auf sie zu gewinnen.

Wir haben diesen Weg beschritten mit dem »Offenen Brief«. Er war der erste Versuch – und es soll gar nicht gesagt werden, ob er geglückt ist oder nicht geglückt ist, ob er hätte besser oder schlechter durchgeführt werden können. Aber er war ein Versuch aus dem richtigen Gefühl heraus: Man komme an organisierte Arbeitermassen nur heran, wenn man nicht nur [nicht] gegen sie kämpft, sondern wenn man auf ihre eigenen, wenn auch irrenden Gedanken eingeht und ihnen so hilft, durch ihre Erfahrung den Irrtum zu überwinden. Wir müssen ihnen helfen in dem, was sie verstehen, und dürfen sie nicht zwingen zu etwas, was sie nicht verstehen.

Und dieser Gedanke, den ich nach wie vor für richtig und den einzigen möglichen halte, dieser Gedanke, er wurde in seinem Innern geknickt durch diese Aktion der Kommunistischen Partei im März 1921. Ja, man hat darüber gelacht und böse Worte dafür gefunden, als ich sagte, der Kampf im März 1921 sei der Kampf geworden von einem Teil des Proletariats gegen einen anderen Teil des Proletariats, und, was noch schlimmer ist, der Kampf einer Schicht des Proletariats gegen eine andere Schicht des Proletariats. Man hat darüber gelacht. Nun, die »Rote Fahne« findet manchmal, wenn auch selten, den Mut zur Wahrheit, und so hat sie in diesen Tagen den Bericht über eine Verhandlung in Moabit veröffentlicht, in dem es heißt:

»Vor dem Sondergericht des Landgerichts Berlin I wurde unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Braun gegen fünf arbeitslose Kommunisten verhandelt, die zum Teil in die Betriebe von Ludwig Loewe, zum Teil in die A.E.G. hineingegangen waren, um ihre proletarischen Brüder zur Arbeitsniederlegung aufzufordern. Einige hatten sich auch darauf vorbereitet, wegen der Unaufgeklärtheit eines Teiles der Arbeiterschaft durch energische Maßnahmen die Betriebe stillzulegen. Sie hatten zu diesem Zweck einige Handgranaten mitgenommen. Der Staatsanwalt kündete an, dass die fünf Angeklagten, die am Mittwoch abgeurteilt werden sollten, nur aus einer größeren Menge gefangener arbeitsloser Kommunisten herausgegriffen worden seien und noch zwei- bis dreihundert Personen in gleicher Weise verfolgt und abgeurteilt werden sollen.«²³²

Genossen und Genossinnen, klingt das nicht wie blutiger, bitterer Hohn auf alle politischen Gedanken, wie eine von einem Pamphletisten geschrie-

²³² Die Moabiter Schandjustiz gegen die Arbeitslosen, in: Die Rote Fahne. Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), 4. Jg., Nr. 191, 29. April 1921, Morgenausgabe, ungez.

bene Satire auf den Gedanken von der proletarischen Solidarität? Und das steht in der »Roten Fahne« als die ruhige gelassene Wiedergabe oder, wie sie wohl denkt, Beschönigung der Vorgänge in jenen Märztagen.

Und ich habe einen anderen Fall gestern gehört, und die Zentrale kann vielleicht ihre Unternehmungen auch auf diesen Fall ausdehnen.

In Zschornewitz, wo sich das große Elektrizitätswerk befindet, war der »Befehl« gegeben worden, das Kraftwerk zu sabotieren. Die Arbeiterschaft hatte auf einem Wege, den ich nicht weiter erörtern will, von diesem »Befehl« Kenntnis erlangt. Die Arbeiterschaft war fast durchweg kommunistisch. Diese kommunistischen Arbeiter haben Posten aufgestellt, um das Werk zu sichern, und wenn die Sabotagekolonne an das Werk herangekommen wäre, wäre sie nicht von proletarischen Klassengenossen nur, sondern von ihren eigenen Parteigenossen mit Maschinengewehren und mit Prügel empfangen worden.

Und, Genossen und Genossinnen, das sind doch keine einmaligen Entgleisungen, das sind doch Fälle, die Sie typisch hören aus allen deutschen Gegenden, und sie führen in den Kern der Verfehltheit dieser ganzen Märzaktion. Sie war eine Aktion eines kleinen Teiles des Proletariates ohne Rücksicht auf den anderen großen Teil.

Und, Genossen und Genossinnen, da müssen wir uns wieder fragen: Was hat man sich eigentlich gedacht, als man eine solche Aktion auf eigene Faust und auf eigene Kraft unternahm, »um das Schicksal der Partei und der Revolution zu zwingen«?

Auf den einen Gedanken habe ich bereits hingewiesen. Es war der Gedanke, man könne durch Akte des Terrors und der Gewalt Situationen schaffen, die dem Proletariat die Notwendigkeit des Kampfes vorspiegeln, statt weiter in dem Versuch fortzufahren, den Massen die Notwendigkeit des Kampfes aus den bestehenden objektiven Verhältnissen ohne Mogeleyen, derer sie gar nicht bedürfen, zu erweisen.

Das war der eine Gedanke. Der war bei denen vorhanden, die an die Wunderwirkung der Provokation glaubten.

Der andere Gedanke, das ist nun der Gedanke, den ich in irgendeiner Publikation der Zentrale bisher nicht gehört habe, der mir aber um so häufiger bei meinen Unterhaltungen mit Mitgliedern draußen entgegengehalten wurde. Die Genossen haben meistens die Aktion so aufgefasst: Ja, wir Kommunisten sind dazu berufen, den Massen ein Beispiel zu geben, ihnen voranzugehen und sie so mit in den Kampf hereinzureissen.

Das ist nicht nur nahezu wörtlich, wie ich's aus dem Munde der Genossen gehört habe, nein, es ist auch die klassische blanquistische Formel von der entschlossenen Minderheit. Dieser Gedanke hat auch mit logischer

Notwendigkeit geführt zu dem Resultat, zu dem diese Thesen und Parolen nur führen können, in einem Lande mit starken Arbeiterorganisationen, die bewusst reformistisch sind, zu dem Resultat, dass diese starke Arbeiterorganisation als geschlossene Front steht gegen jene Minderheit, die ihr die Revolution »vormachen« will.

Und da schreiben die Genossen, die dieser Sorte von Revolution anhängen, von unserem Opportunismus. Ei, der Opportunismus ist in Wirklichkeit wo ganz anders zu suchen. Ich möchte Ihnen darüber etwas vorlesen:

»In Wirklichkeit hat der Zusammenhang zwischen dem sozialistischen Opportunismus und der revolutionären Abenteuerlust des Terrors seine Wurzeln viel tiefer. Der erstere wie der letztere legen der Geschichte die Rechnung vor dem Zahlungstermin vor. In dem Bestreben, die Geburt künstlich zu beschleunigen, bringen sie es zu Fehlgeburten – des Millerandismus oder [...] der Asew-Wirtschaft.²³³ Sowohl die terroristische Taktik als der parlamentarische Opportunismus übertragen den Schwerpunkt von der Masse auf die repräsentativen Gruppen, von deren Geschicklichkeit, Heldenhaftigkeit, Energie oder Taktgefühl der ganze Erfolg abhängt. Hier wie dort sind breite Kulissen notwendig, die die Führer von der Masse trennen. An dem einen Pol die in Mystik gehüllte »Kampforganisation«; an dem anderen die geheimen Verschwörungen der Parlamentarier, um die blöde Parteimasse zu beglücken, wider ihren Willen.«²³⁴

Und wer diese Worte gegen diese Art von Politik geschrieben hat, wird den Genossen bekannt sein. Es ist der Genosse Leo Trotzki.

Und nun, Genossen und Genossinnen, weiter. Teilaktionen sollen sein. Ich habe über Teilaktionen in meiner Broschüre einige Worte verloren, und der Genosse Frölich hat diese Worte sogar unter Anrufung des himmlischen Vaters auf ihren teuflischen Inhalt hin exorziert. Er hat nämlich gesagt, ich verstünde unter Teilaktionen etwas ganz anderes als das, was die Exekutive unter Teilaktionen verstehe und verstanden wissen wolle. Er und sie meinten Teilaktionen nach Teilzielen, und ich hätte Teilaktionen gemeint nach räumlicher Abgrenzung.

Da muss ich sagen, allerdings. Und wenn Genosse Frölich sich die Sache etwas reiflicher überlegt hätte, hätte er wohl erkennen können, dass ich gezwungen war, gerade über diese Art von Teilaktionen zu reden; denn diese letztere Form von Teilaktion, die Teilaktion nach geographischen Abgren-

²³³ Jewno Asef (1869–1918) war Mitbegründer der Partei der Sozialisten-Revolutionäre und an vielen Attentaten gegen Repräsentanten des Zarismus beteiligt; zugleich war er Agent Provocateur der zaristischen Geheimpolizei Ochrana, an die er seine Mittäter auslieferte.

²³⁴ Trotzki: Die verdorbene Suppe (Das Fazit der Asewaffäre), in: Die Neue Zeit, 27. Jg. (1908/09), 1. Band, Nr. 25, S. 898.

zungen, das war die Form, die uns in Deutschland bisher die größten Sorgen machte, das war die Form, an der sich die große Bewegung von 1918/19 verblutet hat, als geographisch Bezirk um Bezirk in den Aufstand trat und Bezirk um Bezirk niedergeschlagen wurde.

Und Teilaktionen waren es wiederum jetzt, wo die Zentrale einen Bezirk, unsere beste Organisation, in den Schlund warf und nicht sah und nicht darauf achtete, ob das übrige Deutschland imstande sein würde, der Aktion zu folgen.

Ich hatte [es] also notwendig, von einer Teilaktion in diesem Sinne zu sprechen, zumal es ja an den Theoretikern, die auch jetzt wieder diese Art von Teilaktion verteidigten, trotz dem »himmlischen Vater« nicht gefehlt hat.

Und nun, Genossen und Genossinnen, noch weiter. Etwas muss man sich doch gedacht haben. Es sei die Verpflichtung – sagt man jetzt – der Avantgarde, die Aktion zu machen, um »die Revolution zu beschleunigen«.

Ich habe hier einen Satz, der folgendermaßen lautet:

»Die proletarische Avantgarde ist ideell erobert, das ist die Hauptsache. Ohne dieses kann man auch nicht den ersten Schritt zum Siege machen. Aber von hier bis zum Siege ist es noch sehr weit. Mit der Avantgarde allein kann man nicht siegen. Die Avantgarde allein in den entscheidenden Kampf werfen, bevor die ganze Klasse, bevor die breiten Massen die Position entweder der direkten Unterstützung der Avantgarde oder wenigstens der wohlwollenden Neutralität in bezug auf dieselbe und der vollen Unfähigkeit, ihren Gegner zu unterstützen, eingenommen [hat] – das wäre nicht nur eine Dummheit, sondern auch ein Verbrechen.«²³⁵

Der Mann, der dieses schrieb, hat Glück, dass er nicht auch schon bei den »Levitin« ist, hat aber alle Chance, noch dahin zu kommen. Es ist Lenin.

Und nun, Genossen und Genossinnen, haben wir erlebt: Es ist die Kommunistische Partei allein und losgelöst von den Massen in die Schlacht gestürzt worden. Wir haben's gesehen: Unsere besten Organisationen sind in

²³⁵ Lenin: Der »Radikalismus«, die Kinderkrankheit des Kommunismus, hrsg. v. Westeuropäischen Sekr. d. Komm. Internationale, Leipzig & Berlin 1920, S. 70f. – »Die proletarische Avantgarde ist ideologisch gewonnen. Das ist die Hauptsache. Ohne diese Vorbedingung kann man nicht einmal den ersten Schritt zum Sieg tun. Aber von hier bis zum Sieg ist es noch ziemlich weit. Mit der Avantgarde allein kann man nicht siegen. Die Avantgarde allein in den entscheidenden Kampf werfen, solange die ganze Klasse, solange die breiten Massen nicht die Position eingenommen haben, dass sie die Avantgarde entweder direkt unterstützen oder zumindest wohlwollende Neutralität ihr gegenüber üben und dem Gegner der Avantgarde jederlei Unterstützung versagen, wäre nicht nur eine Dummheit, sondern auch ein Verbrechen.« Lenin: Der »linke Radikalismus«, die Kinderkrankheit im Kommunismus, in: LW, Bd. 31, S. 79f.

das Verhängnis gegangen. Die besten Organisationen sind zerschlagen und ganze, große Organisationen konnten überhaupt nicht bewegt werden. Es war einfach ein Trauerspiel, das hier vor sich ging. Fast in ganz Deutschland, mit Ausnahme von Hamburg, war es unmöglich, die Organisationen in Gang zu bringen. Sie konnten einfach einem blödsinnigen Beschluss nicht gehorchen, so wenig wie auf Befehl das Wasser bergaufwärts fließt.

Und da, Genossen und Genossinnen, zu sagen, die Partei habe die Aktion glänzend überstanden, nur die Broschüre sei schuld an dem Misserfolg, das ist eine Kinderei und eine Unwahrhaftigkeit den Genossen gegenüber.

(Zwischenruf von Pieck!)

Ach, Genosse Pieck, wie bescheiden sind Sie geworden! Mögen die Schäden, Genosse Pieck, im Augenblick groß oder klein feststellbar sein, das überlasse ich getrost Ihren größeren Fähigkeiten auf diesem Gebiete. Aber ich glaube, Genosse Pieck, die Fähigkeit kann ich in gewissem Sinne für mich in Anspruch nehmen, dass ich die Tendenz sehe, die vorliegt, und einigermassen die Folgen ermessen kann, wohin sie führt.

(Zwischenruf Pieck: Sie sehen zu schwarz!)

Wohin sie führt, Genosse Pieck? Ich brauche nicht meine Phantasie walten zu lassen. Ich werde Ihnen wieder etwas vorlesen:

»Im Bestreben, den Einfluss über die aktiveren Elemente der Arbeiterschaft zur Zeit des Niederganges der Massenbewegung nicht zu verlieren, sanktionierte ein Teil der Bolschewismus im Namen der marxistischen Lehren die Taktik des Freibeuterkrieges, der Expropriationen usw., in der sich doch nur die anarchische Auflösung der revolutionären Psychologie äußerte. Auf dieser Basis gelangte jener Verschwörerzug, der der Partei in der Zeit vor der Revolution besonders der Fraktion der Bolschewiks eigen war, zur vollen Entfaltung. Hinter dem Rücken der Partei werden Dinge vollbracht, die mit dem politischen Leben der Massen nichts gemein haben und ihrem ganzen Wesen nach der Parteikontrolle nicht unterliegen können. In die Parteiorganisationen dringen abenteuerliche Elemente ein. Verantwortliche Parteistellungen wurden nicht selten Personen anvertraut, die ihre organisatorische Fähigkeit in einer Sphäre bekundeten, die außerhalb der Parteibewegung liegt. Die Unabhängigkeit von jeglicher Arbeiterorganisation, heroisches Spekulieren auf »gut Glück«, Unternehmungen, die vor den Parteigenossen »zweiten Grades« geheim gehalten werden – dies alles entwickelt einen zügellosen Individualismus, Verachtung gegen die »Konventionalitäten« des Parteistatuts und der Parteimoral, kurz – eine politische Psychologie, die der Atmosphäre der Arbeiterdemokratie innerlich vollständig fremd und feindlich ist. Während der Hamlet des menschewistischen Kritizismus, bedrängt

durch die Widersprüche der politischen Entwicklung, die Existenzfrage der Partei mit seinem liquidatorischen ›nicht Sein!‹ beantwortet, ist der autoritär-zentralistische Bolschewik unter dem Drucke des Selbsterhaltungstriebes bestrebt, die Partei von der Klasse, die Fraktion von der Partei, das Zentrum seiner Fraktion von ihrer Peripherie loszulösen, und er gelangt mit fataler Notwendigkeit dazu, seine ganze politische Praxis in die Stirnersche Formel ›der Einzige und sein Eigentum‹ einzuzwängen.

Je tiefer die Welle der Massenerregung sinkt, je mehr die Desorganisation in den Reihen der Bolschewiks durch den unaufhaltsamen Rückzug der Intelligenz fortschreitet, desto schärfer das Misstrauen einiger Elemente im Bolschewismus gegen alles, was außerhalb ihrer Fraktion liegt, desto deutlicher äußert sich die Tendenz, die Arbeiterorganisationen durch Verordnungen, Zurechtweisungen, Ultimativforderungen ›im Namen der Partei!‹ in Subordination zu erhalten.

Diese Elemente, die sogenannten Ultimaten, kennen nur eine Methode, die Dumafraktion oder die legalen Arbeiterorganisationen dem Einfluss der Partei zu unterstellen: die Drohung – ihnen den Rücken zu kehren. Die boykottistische Tendenz, die durch die ganze Geschichte des Bolschewismus geht – Boykottierung der Gewerkschaften, der Reichsduma, der Gemeindevertretungen usw. – das Produkt der sektiererischen Furcht vor dem ›Aufgehen‹ in den Massen, der Radikalismus ›der unversöhnlichen Enthaltbarkeit!‹ –, verdichtet sich zur Zeit der dritten Duma zu einer besonderen Strömung innerhalb des Bolschewismus, die ihrerseits verschiedene Schattierungen aufweist: von vollständiger, anarchistisch gefärbter Ablehnung jeder parlamentarischen Tätigkeit bis zu einer gewissen verächtlich nachlässigen Duldung dieser Tätigkeit.²³⁶

Dinge, die Sie in Andeutung – Genosse Pieck, das werden Sie nicht leugnen – heute schon sehen, und der sie beschrieb, war wiederum der Genosse Trotzki.

Und nun, Genossen und Genossinnen, wird weiter gesagt oder gesagt werden: Ja, aber die Bolschewiki, die stehen doch oder das Bureau der Exekutive, das steht doch nach den Veröffentlichungen gegen mich hinter der Sache; sie kann also so falsch nicht sein.

Ja, in der Tat hat das Exekutivkomitee, wenigstens äußerlich, die Rolle des lieben Herrgott am sechsten Tage der Schöpfung angenommen: Er sah an alle Werke, die er gemacht, und siehe, da war alles gut. Und er segnete sie. Und über diese Tat des lieben Herrgott vom sechsten Tage der Schöp-

²³⁶ Trotzki: Die Entwicklungstendenzen der russischen Sozialdemokratie, in: Die Neue Zeit, 28. Jg. (1909/10), 2. Band, Nr. 50, S. 865f.

fung hinaus, sandte das Exekutivkomitee auch gleichzeitig und mit wendender Post seinen Fluch gegen die, die nicht das gleiche Wohlgefallen fanden an diesen Werken.

Äußerlich sieht es so aus. Und doch ist kein Zweifel, Genossen und Genossinnen, dass diese Geschichte, die hier gemacht wurde, nicht ein einziger Bolschewik deckt. Es ist gar kein Zweifel, wer zwischen den Zeilen lesen kann: »Selbst wenn Paul Levi recht hätte ...«

Ach, ich kenne die Taktik, den alten Trick. Im Augenblick, in dem man sich gegen unbeliebte Kritiker wehren will, haut man doppelt scharf auf die Kritiker, damit man es nicht merkt oder die Dummen es nicht merken sollen, wie in der Sache der Kritiker recht hat.

Und ich bin mir auch vollständig klar, weswegen das Exekutivkomitee die letzte Entscheidung über diese Probleme des praktischen Anarchismus, die gar nicht so neu sind wie das Exekutivkomitee sich stellt, dem III. Weltkongress vorbehalten will. Ganz einfach deswegen, weil man annimmt, die deutsche Partei, die die Dummheit gemacht habe, sei am Ende auch imstande, die Dummheit zu sanktionieren.

So will man also die sachliche Entscheidung selbst in Händen behalten, und das wird nicht zum Schaden der sachlichen Erledigung der Angelegenheit sein.

Aber, Genossen und Genossinnen, prinzipiell ist diese ganze Methode, die Entscheidung in so schwerwiegenden Parteifragen von einer Instanz an die andere Instanz, oder einem Konventikel an ein anderes Konventikel zu verschleppen, das wiederhole ich, vollständig der Grundanschauung entsprechend, aus der heraus die Aktion gewachsen ist, dass man so, wie man die Eseleien im Konventikel macht, auch die Korrektur der Eseleien im Konventikel vornehmen könne.

Wenn aus dieser Märzaktion überhaupt irgendetwas kann gelernt werden, dann kann es nur gelernt werden, wenn die Massen im breitesten und freiesten Rahmen die Fehler kennenlernen und erörtern.

(Zwischenruf Koenen²³⁷: Das haben Sie verhindert!)

Nein, Genosse Koenen, das haben Sie nicht gewollt. Das konnten Sie machen auch neben der persönlichen Hetze gegen mich;²³⁸ die stand der sachlichen Debatte nicht im Wege.

²³⁷ Wilhelm Koenen (1886–1963) war seit 1920 in der KPD und der SED in führenden Funktionen, er emigrierte 1933, zuletzt nach Großbritannien.

²³⁸ Auf dem Hallenser Parteitag der USPD sagte deren Parteivorsitzender Arthur Crispian zum anwesenden KPD-Vorsitzenden Paul Levi – sie kannten sich aus gemeinsamen Spartakus-Zeiten in Württemberg – über Wilhelm Koenen & Co: »Genosse Levi, ich gratuliere Ihnen zu dem Gewinn, den Sie mit solchen Leuten machen.« Der unabhängige

(Zwischenruf: Wie Sie mit Radeks Brief in Heidelberg!)

Ich weiß nicht genau, was dieser Zwischenruf soll, aber ich will darauf antworten. Ich habe den Brief Radeks, der seinerzeit in Heidelberg verlesen wurde, von der Genossin, die hier sitzt,²³⁹ eine halbe Stunde vor Beginn des Parteitages, und also vor seiner Verlesung, erhalten. Das bezeugt die Genossin selbst. Ich weiß auch ganz genau, wie es zu deuten ist, wenn Radek, der zwei Jahre lang mit dem Heidelberger Parteitag als seinem Ruhmesblatt in der Weltgeschichte herumoperierte, plötzlich von Heidelberg nichts mehr wissen will in dem Augenblick, wo die KAPD hoffähig wird. Ich habe ihm seine Ruhmesblätter, die er sich zulegte, solange es Ruhm war, immer gegönnt, wie ich auch jetzt ihm gerne die Feigenblätter liefere, hinter denen er verdecken mag, was immer er für zu decken nötig hält.

Also, Genossen und Genossinnen, ich komme zurück zu dem, wovon ich ausging; denn die auch in der Liquidierung der Märzaktion eingeschlagene Methode bedeutet, dass die Partei ihrer Grundeinstellung, die unmarxistisch und anarchistisch ist, treu bleiben will. Und dass sie das will, Genossen und Genossinnen, entnehme ich aus einem anderen. Ich hatte das Gefühl schon lange, und, Genossen aus der Zentrale, dazu bin ich zulange mit Euch zusammengewesen, um das nicht zu wissen, dass Euch bei der Geschichte nicht wohl war. Und wenn dieses mein Gefühl einer Bestätigung brauchte, dann ist es mir bestätigt worden durch die Leitsätze, die gestern vorgelegt und auch angenommen sind.²⁴⁰ Denn wie Ihr die Märzaktion mit diesen Leitsätzen, die mir zu opportunistisch sind, vereinbaren wollt, ist mir ein Rätsel. Jeder Satz dieser Leitsätze schlägt Eurer Märzaktion auf den Kopf.

Die Leitsätze sprechen ganz klar, und wenn man über Euer Inneres Stimmen hört und schon lange hörte, dann waren es die, dass Ihr Euch sagt: Wir haben einmal die Sache gemacht, wir müssen jetzt das Prestige als Zentrale wahren. Ein zweites Mal wird so eine Geschichte doch nicht gemacht werden.

Und die, die so rechnen, die machen die Rechnung ohne den Wirt. Man kann in einen Fehler hineinstolpern, man kann aber nicht, auch wenn man es will, aus einem Fehler, aus so einem katastrophalen Fehler, wie er be-

Parteitag, in: Vorwärts. Berliner Volksblatt. Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 37. Jg., Nr. 506, 13. Oktober 1920, Morgenausgabe.

²³⁹ Gemeint ist Ruth Fischer.

²⁴⁰ Vgl. Leitsätze zur Taktik der Kommunistischen Internationale während der Revolution, in: Die Rote Fahne. Zentralorgan der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), 4. Jg., Nr. 213, 13. Mai 1921, Morgenausgabe; auch in: Die Internationale. Zeitschrift für Theorie und Praxis des Marxismus, 3. Jg., H. 7, 1. Juni 1921, S. 239–245.

gangen worden ist, sich herausmogeln wollen, indem man einerseits Leitsätze annimmt, in denen man schwört, fest und treu auf der eingeschlagenen Linie zu verharren – um das Prestige zu wahren – und andererseits Leitsätze, die diese Aktion verneinen –, um der Vernunft Geltung zu verschaffen – und dann denkt: »Zeit gewonnen, alles gewonnen; die Sache wird nicht mehr gemacht werden.«

Nein, Genossen, die Geister, die ihr gerufen habt, die werdet (zur Zentrale) ihr überhaupt nicht mehr loswerden, und die wird die Partei nicht mehr loswerden, wenn sie nicht die Kraft findet, ganz klar, eindeutig und scharf die Fehler, die begangen worden sind, durchzusprechen, zu kennzeichnen, alles zu sagen, bis aufs letzte.

(Zwischenruf: Ohne Sie!)

Ohne mich! Ich freue mich, Genosse Koenen, dass – in besserer Form als ich – Sie der Mann sein werden, der schonungslos die Fehler aufdeckt. Ich freue mich für Sie.

Aber, Genossen und Genossinnen, damit komme ich zu der Frage, warum ich die Broschüre geschrieben habe.

Zunächst eines. Da wird gesagt, der Zeitpunkt der Veröffentlichung sei der denkbar ungeeignetste gewesen.

Ich möchte da zunächst eines nur richtigstellen. Die Zentrale macht mir den Vorwurf, dass ich über ihre Reden im Zentralausschuss vom 17. März berichtet hätte, ohne die Mitglieder der Zentrale zuvor zu fragen.

Ein kleines Missgeschick ist der Zentrale nun auch hier passiert. Sie ist in ihrem Ausschlussdokument zu einer öffentlichen Diffamierung eines Genossen übergegangen, ohne erst den Genossen zu fragen, was er dazu zu sagen hat.

Sie haben nun, Genosse Pieck, in Ihrer heutigen Rede gesagt, ich hätte die Broschüre geschrieben in einem Zeitpunkt, als die Kämpfe noch im Gange gewesen seien, und in Ihrem Ausschlussdokument sogar gesagt, in Druck gegeben, als noch gekämpft wurde.

Das ist nicht richtig. Der Kampf ist abgebrochen worden offiziell am 31. März abends,

(Zwischenruf!)

schön, also am 1. April, aber der Beschluss war mir schon am 31. abends bekannt.

Ich sage also, am 1. April ging der Aufruf zum Abbruch der »Aktion« ins Land. Ich habe die Broschüre geschrieben am 3./4. April, und es ist wohl keine kleine Oberflächlichkeit, wenn der Genosse Pieck – ja wohl der Verfasser des Ausschlussdokumentes – »geschrieben« und »in Druck gegeben« einander gleichsetzt. Am 7. April war die Zentralausschusssitzung.

(Zwischenruf!)

Ich konstatiere, dass damals ein Antrag, mich mit meiner Kritik zu hören, zweimal durch Abstimmung abgelehnt wurde; man wollte und brauchte keine Kritiker. Und einen Tag danach, als ich das katastrophale Ergebnis hörte, dass Zentrale und Zentralausschuss in einer Resolution auf ihrem Fehler beharrten, habe ich die Broschüre in Druck gegeben, und sie ist erschienen am 12. April. Am 12. April, als die Broschüre erschien, waren keine Kämpfe irgendwo im Deutschen Reiche mehr im Gange.

(Zwischenruf: Die Aktion der Konterrevolution war noch im Gange!)
Ja, Genosse Koenen, die wird noch lange im Gange sein.

Also, die Broschüre ist erschienen am 12. April. Damals waren alle und jede Kämpfe vorüber, und man konnte nicht warten, bis der letzte Mann im letzten Winkel des Deutschen Reiches abgeurteilt war. Dazu sah ich und sehe ich die Gefahr zu groß. Wenn solch katastrophale Fehler, wie sie begangen worden sind, nicht rasch und scharf repariert werden, dann fresen sie sich ein.

Und da werden mich die Genossen fragen: Ja, die scharfe Zuspitzung gegen die Zentrale, war die nötig?

Da möchte ich doch ein Wort festhalten, nicht weil es grundsätzlich von so großer Bedeutung wäre, aber weil es den Geist immerhin zeigt, aus dem heraus dieses Ausschlussdokument gewachsen ist. Der Genosse Pieck sagte wörtlich:

»Das Schlimmste aber ist: Levi hat Misstrauen gegen die Zentrale und gegen die Vertreter der Exekutive gesät.«²⁴¹

Ja, das habe ich getan, und dieses Majestätsverbrechens bekenne ich mich schuldig. Und ich sage sogar weiter, ich bin bewusst in meiner Broschüre weitergegangen, als nur Misstrauen zu säen

(Zwischenruf: Hört!)

– ich verheimliche nichts, ich verteidige mich nicht: Die Partei hatte ihre alten Wege verlassen, war in ein Verhängnis gerannt, es gab nur eine einzige Reparatur, die imstande war, die Krankheit mit einem Schlag an weiteren Ausbrüchen zu hindern, man sagt medizinisch: zu coupieren,²⁴² und diese eine Methode war nicht, Misstrauen gegen die Zentrale zu säen, sondern das ganze politische Verbrechen, den ganzen Verrat an den bisher-

²⁴¹ Wörtlich hat das Wilhelm Pieck nicht gesagt. Er sagte: »Levi hätte sich genau unterrichten können, um was es sich bei der Märzaktion gehandelt hat. Levi will aber mit seiner Broschüre unter die Parteigenossen Misstrauen gegen die Zentrale, gegen die Exekutive und ihre Vertreter säen.« Wilhelm Pieck auf der Sitzung des Zentralausschusses der VKPD am 4. Mai 1921, in: Bundesarchiv Berlin, RY 1/162, Bl. 239.

²⁴² Coupieren: einen Krankheitsverlauf abkürzen.

gen Grundsätzen der Partei rücksichtslos aufzudecken und zu brandmarken: Das war die Coupierung der Krankheit, und das gebe ich ruhig zu, getan und versucht zu haben.

(Zwischenruf Meyer: Sie haben auf die Führung freiwillig verzichtet!)

Jawohl, Genosse Meyer, das habe ich schon getan bei der Gründung der Partei. Ich habe immer gesagt, vielleicht habt Ihr die besseren Gedanken, und ich wünsche, dass Ihr linker Flügel, der sich als linker Flügel aufmacht, mit besonderer Auserlesenheit aufmacht, die Führung übernehme. Daraus macht Ihr mir jetzt einen Vorwurf? Was wollt Ihr mit einer Opposition, die nicht stolz darauf ist und sich dieses Tages freut, an dem sie ihre Gedanken in die Praxis umsetzen und für ihre Praxis die Verantwortung übernehmen kann? Ich verachte diese saubere Art der Opposition, die sich darüber beschwert. Ich weiß, weshalb Ihr Euch beschwert. Ihr wolltet, dass wir die Esel seien, auf denen diese Opposition überhaupt einmal erst reiten lerne, und für diese Rolle gebe ich mich nicht her.

(Zwischenruf Koenen: Das haben Sie jetzt mit uns versucht!)

Nein, das werde ich nicht machen, obgleich, Genosse Koenen, die Rolle, die dabei Ihnen zufällt, vielleicht richtig gesehen wäre.

Ich sage also, da war die Krankheit! Dem Versuch, die Krankheit zu coupieren, muss sich selbstverständlich mit Gewalt entgegenstemmen, der keine Krankheit sieht. Und das ist deswegen der Kernpunkt, über den wir uns streiten. Und weil ich absolut keine Aussicht sehe, dass jetzt in diesem Augenblick irgendeiner von Euch hier sieht, dass das eine Krankheit ist oder es sehen will, wie es der Verderb der Partei ist, weil Sie das nicht sehen, deshalb haben Sie recht, dass Sie ausschließen. Dann sollen Sie aber auch nur, Genosse Pieck, ruhig sich solche Mätzchen schenken, wie: am 3./4. in Druck gegeben – am 7. der USP[D] zugänglich gemacht; diesen und anderen Schwindel mag man getrost sich sparen.

Und man soll sich auch all die anderen schönen Dinge sparen, wie die »Freude der Gegner«. Genosse Pieck, die habt Ihr mir schon einmal eingewendet. Im Kapp-Putsch habe ich den bekannten Brief aus dem Gefängnis an die Zentrale²⁴³ gerichtet, der auch nicht milder war in der Form als meine Broschüre jetzt. Ihr wisst, der Brief ist seinerzeit gegen meinen Willen in der »Kommunistischen Internationale« veröffentlicht worden. Ich habe damals in Petersburg, als ich von der beabsichtigten Veröffentlichung hörte, sofort widersprochen und gesagt, der Brief war nicht für die Öffentlichkeit. Damals war es Sinowjew, der sagte, wenn eine Partei so katastro-

²⁴³ Der Kapp-Lüttwitz-Putsch und die Kommunistische Partei Deutschlands; in: Levi I-4, S. 1395–1400.

phale Dummheiten macht wie die deutsche im Kapp-Putsch, dann ist die Kritik daran nicht eine Privatangelegenheit. Und so ward der Brief gegen meinen Wunsch veröffentlicht, und die Exekutive hat darüber geschrieben:

»Der leidenschaftliche Ton der Briefe – insbesondere im Brief des Genossen Levi, der im Zellengefängnis schrieb – ist nur zu begreiflich. Unsere Feinde werden natürlich über die Unstimmigkeiten im Innern der KPD frohlocken. Mögen sie nur! Wir Kommunisten haben uns nie vor Selbstkritik gefürchtet.«²⁴⁴

Ihr von der Zentrale habt damals drei Monate den Druck der Nummer hintangehalten vor lauter Sorge um Euer Prestige und um die »Freude der Gegner«, und die Exekutive hat gesagt: Wir pfeifen auf Eure Sorgen; die Kritik muss 'raus! und hat jene Nummer der »Kommunistischen Internationale« auf eigene Faust veröffentlicht.

Und glaubt Ihr, Genossen, wenn die Exekutive nicht jetzt eine besondere Stellung hätte, aus anderen Gründen, gegen die Kritiker und gegen mich im Besonderen, und wenn sie die Kritik billigte, wie ich glaube, dass sie sie billigt, glaubt einer, dass das Exekutivkomitee gegen die Veröffentlichung der Broschüre dann ein Wort eingewendet hätte? Ach, Lorbeerkränze hätte es verteilt, wenn es Lorbeerkränze zu verteilen hätte.

Und nun ist mir weiter eingewendet worden, die Haltung von Rosa Luxemburg damals, im Januaraufstand 1919, die sei doch anders gewesen. Ja, das erkenne ich auch an, ich vergleiche mich nie mit Rosa Luxemburg. Aber was ist hier der Unterschied? Man sagt, auch Rosa Luxemburg sei damals gegen die Aktion gewesen, und doch hätte sie Artikel und Aufrufe geschrieben. Doch Sie wissen, Genosse Meyer, dass auch ich damals der Bewegung ablehnend gegenüberstand, und dass auch ich damals Flugblätter und Artikel schrieb. Und warum so? Aus dem ganz anderen Gesichtspunkt heraus, dass dort große Massen irrten und nicht ein kleines Konventikel von Führern nichtirrende Massen in das Verderben jagten, und dass damals eine wirkliche, große, gewaltige, spontane Massenbewegung war, dass damals im Berliner Tiergarten mehr Arbeiter auf einmal standen als diesmal in ganz Deutschland auf die Beine kamen.

Und, Genosse Meyer, Sie waren, glaube ich, nicht mehr zugegen, aber ich denke, Genosse Pieck war bei jener Sitzung in der Puttkamerstraße, als wir mit Karl Liebknechts Haltung in Widerspruch kamen! Sie erinnern sich, wie Karl Liebknecht widerspenstig war, und Sie erinnern sich, wie Leo Jogiches damals es war, der den Vorschlag machte, noch jetzt, während der Aktion eine scharfe Erklärung in der »Roten Fahne« zu veröffentlichen, die von

²⁴⁴ Ebenda, S. 1395.

Karl Liebknecht ganz deutlich abrückte, die einfach erklären sollte: Karl Liebknecht vertritt den Spartakusbund nicht mehr bei den revolutionären Obleuten. Sie wissen genau, wie ablehnend Rosa Luxemburg dem Verhalten Karls gegenüberstand, und wissen, wie scharf ihre Kritik war; und sie wäre im Augenblick, in dem die Aktion zu Ende war, mit ihrer Kritik gekommen, sie hätte auch nicht gewartet bis in den Juni, wo der letzte Gefangene des Januaraufstandes abgeurteilt war.

Und ich glaube, Genosse Pieck, Sie werden es auch wissen, dass die Genossin Rosa Luxemburg damals sogar den Gedanken hatte, es könne nicht mehr lange gehen mit Karl Liebknecht zusammen, so scharf lehnte sie sein Verhalten damals ab. Sie hat nicht mehr geschrieben, nicht weil sie der Auffassung war, dass die Kritik Sache der Geschichte und nicht des politischen Kampfes sei, sie hat nicht mehr geschrieben, weil ihr der Tod die Feder nahm.

Und nun, Genossen und Genossinnen, noch ein paar Worte über die Internationale. Das kann ja auch kein Zufall sein, dass der Fall Levi eine gewisse Wirkung gehabt hat in der ganzen Internationale und dass ohne jede Verbindung, dass ganz spontan da und dort und fast in jedem Lande Genossen sich mit mir solidarisch erklärt haben. Und das kann ich sagen, dass es nicht überall die schlechtesten Köpfe waren, die das getan haben. Wie, auch das kann ich ja getrost sagen, es in Deutschland nicht eben die schlechtesten Köpfe sind, die meinen Weg teilen.

Und so ist ganz klar, die Krise gegen den Anarchismus, die jetzt in Deutschland eingetreten ist, wird jetzt die Kommunistische Internationale in ihrer Gesamtheit zu überwinden haben, und so wird das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale gehalten sein, einmal über seine eigene politische Tätigkeit nachzudenken, das uns deutschen Kommunisten Passivität vorwirft.

Ja, wie hat denn das Exekutivkomitee gearbeitet? Es konnte einem das Herz weh tun, wenn man in diesen letzten Wochen der größten europäischen Krise, die seit 1914 bestand, die Zweite Internationale täglich auf dem Damm sah, mit falschen Worten, mit reformistischen Aufrufen und Litanen. Aber sie hat sich gezeigt, sie trat auf die politische Bühne.

Und die Kommunistische Internationale? Sie hatte Zeit, mich einen infamen Lügner zu schimpfen, und Radek hatte Zeit, eine Broschüre über mich zu schreiben, in der er haarklein beweist, dass ich der deutsche Serrati bin, und dass die Serratiner und die Leviten die schlimmsten Strolche von allen politischen Strolchen sind und dass es höchste Zeit ist, dass man vor ihnen warnt und sich von ihnen trennt.

Aber irgendeine Spur von politischer Führung in solch einer schweren politischen Krise haben wir von der »aktiven« Kommunistischen Internati-

onale ebensowenig gesehen, als irgendeinmal, solange sie existiert. Es bleibt dabei: Aufrufe, die zu spät, und Bannflüche, die zu früh kommen, und ein paar übler Nachttöpfe mit Jouhaux²⁴⁵449 gewechselt: Das ist die Aktivität der Kommunistischen Internationale!

(Zwischenruf Remmele:²⁴⁶ Da müssen Sie an die Spitze!)

Nein, nein, Genosse Remmele, ich will nicht an die Spitze, wenn ich vielleicht auch, ohne stolz zu sein, es mit manchem aufnehme, der heute so die große Rolle spielt. Ich habe noch nie, glaube ich, eine Situation so katastrophal verkannt wie beispielsweise der Genosse Sinowjew die Situation im Oktober 1917 verkannte, als er die Machtergreifung der Bolschewiki für einen sinnlosen Putsch erklärte – ich habe noch nie in einer Aktion, die so entscheidend war, wie sie diese Oktoberaktion von 1917 für die Existenz der Bolschewiki war, mein Parteimandat niedergelegt und nicht mitgemacht wie Sinowjew damals, um nachher als der große Ankläger zu erscheinen wider die »Menschewiki« und die »Disziplinbrecher«.

Und diese absolute Passivität der Exekutive seit einem Jahr hat der Sache des Kommunismus mehr Schaden getan als aller »Menschewismus«. Erinnern Sie sich doch, wie vor einem Jahr der Glanz der Kommunistischen Internationale strahlte. Und denken Sie doch, was heute ist! Ein gewaltiger moralischer Fonds ist vertan, er hat eben dazu hingereicht, die Abspaltung vom Reformismus durchzuführen, und er droht, infolge Passivität und Unfähigkeit, zu Ende zu gehen, wo er den Aufbau kommunistischer Parteien übernehmen soll.

Denn, Genossen und Genossinnen, darüber bin ich mir vollständig klar: Diese Krise für die Kommunistische Internationale, die an meinem Fall oder besser am Fall der deutschen Kommunistischen Partei den Ausgang genommen hat, geht durch die ganze Welt, und ich habe Ihnen vorhin Stellen vorgelesen aus der Entwicklung der russischen Revolution in Perioden, die unserer heutigen in Deutschland, das wird keiner leugnen, sehr sehr ähnlich sind. Nur mit dem einen Unterschied, dass diese heutige Krise in Deutschland keine deutsche Krise ist, sondern nicht nur äußerlich und durch Personen mit der Internationale zusammenhängt.

²⁴⁵ Léon Jouhaux (1879–1954) war ein französischer Gewerkschafter und 1919 Mitbegründer der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) sowie Vizepräsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes, 1943 wurde er im KZ Buchenwald inhaftiert, 1951 erhielt er den Friedensnobelpreis.

²⁴⁶ Hermann Remmele, Pseudonym: Freimuth (1880–1939), war bis zu seiner Entmachtung 1932 ein führender KPD-Funktionär; während der von der Stalinschen Bolschewikiführung organisierten Kommunistenverfolgung wurde er ermordet.

Die russischen Genossen werden also vorläufig jetzt verharren in ihrem Kampf gegen die »Menschewiki«, gegen das, was sie nicht immer guten Glaubens die »Menschewiki« heißen, und ich bin wenigstens froh, dass jetzt noch ganz andere Leute unter den Begriff der Menschewiki fallen, Leute, neben denen man sich sehen lassen darf.

Es ist ganz und gar nicht so, wie Radek in seiner neuesten Broschüre schreibt, dass Rosa Luxemburg einmal in einer Verirrung bei den Menschewisten gestanden hat.²⁴⁷ Ich werde nachweisen können, dass diese Verirrung keine drei bis vier Monate währende Bewusstseinsstörung von Rosa Luxemburg war – sowenig wie es eine momentane Geistesstörung von Clara Zetkin ist, dass sie bei mir steht, oder die Folge von persönlichen Beziehungen zu mir, wie Sinowjew und Radek den guten Geschmack haben, es auszudrücken.

Die Internationale und die deutsche Partei werden gegen die Zerfallserscheinungen kämpfen müssen, die die typischen Erscheinungen sind einer Periode, in der die Revolution rückläufig geht und die man nicht durch Beschluss der Parteiinstanz umdeuten kann in eine Offensive. Wobei ich eines allerdings ausdrücklich sagen will: dass jetzt in Deutschland die Verhältnisse anders sind als 1906 in Russland. Ist auch die politische revolutionäre Bewegung reflux, so sind die Verhältnisse doch so, dass die ökonomische Weltkrise dauert, stärker wird und kein Zeichen der Überwindung aufweist. Und damit ist auch der Grund vorhanden, dass es nicht nach zehn Jahren Dauer, sondern täglich geschehen kann, dass die Defensive, die Ebbe, umschlägt in die Offensive, in die Flut. Nicht dann durch einen Beschluss der VKPD, dass die Revolution jetzt in die Offensive einzutreten habe, sondern dadurch, dass infolge ökonomischer und politischer Entwicklung und Tatsachen es die Geschichte – und keine Provokation, nur die Geschichte – dahin bringt, dass die Massen kämpfen.

Und bis Ihr das begreift und dahin kommt, werdet Ihr eben Euch noch weiter mit solchem »Machen der Geschichte« die Zähne ausbeißen, bis Ihr es dahin bringt, dass Ihr die kommunistische Partei, die berufen war, jene Stunde propagandistisch und organisatorisch vorzubereiten, hoffnungslos kompromittiert und auf einen Anarchistenklub reduziert, während die Massen irre davonlaufen.

²⁴⁷ »[...] als sie in der Spaltung der russischen Sozialdemokratie im Jahre 1904 auf der Seite der Menschewiki vorübergehend stand«. Karl Radek: Soll die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands eine Massenpartei der revolutionären Aktion oder eine zentristische Partei des Wartens sein? 2. Auflage, Hamburg 1921, S. 57.

Das ist die Erfahrung, die wir aus der russischen Bewegung machen können aus dem Jahre der Ebbe. Aber aus den Lehren, die die Russen uns – nicht durch ihre mehr oder weniger erhebenden Worte sondern – durch ihre Geschichte geben, können die deutschen Massen freilich nicht alles lernen. Es bleibt bei dem, was Trotzki gesagt hat:

»Jedes Land musste und muss für sich aufs neue den Marxismus erwerben, um ihn zu besitzen. Der internationale Charakter der sozialistischen Bewegung zeigt sich nicht nur darin, dass jedes Land aus den Erfahrungen des fortgeschrittenen Landes Lehren zieht, sondern auch darin, dass es dessen Fehler wiederholt.«²⁴⁸

Die Fehler der Russen, die sie selbst damals als Fehler erkannten und dann ausmerzten, die haben wir jetzt reichlich wiederholt. Es gibt freilich Genossen, die glauben, die Dosis der Dummheiten sei noch nicht groß genug, es müssten neue und stärkere Dosen kommen. Ihr werdet heute beschließen, zu tun, was das Gesetz und die Gesetzgeber befahlen und meinen Ausschluss dekretieren. Ich werde darüber nicht von der Welt versinken, sondern wir werden sehen, und bald sehen, wer recht hat und auf welchem Weg ihr wieder zurückkommt zu den Theorien und Methoden, die die des Spartakusbundes, der Kommunistischen Partei bisher wie der Kommunistischen Internationale waren. Ob freilich (zur Zentrale) Ihr dann noch dabei sein werdet, das ist eine andere Frage. Denn irren auch die Massen nie ohne Nutzen, so irren die Führer nie ungestraft.

Schlusswort auf der Sitzung des Zentralausschusses der VKPD

Genossen und Genossinnen! Ich werde mich trotz der ausführlichen Entgegnungen, die mir zuteil geworden sind, kurz fassen.

Zunächst ist die Frage an mich gerichtet worden: Ja, was hättest du getan, wenn du zu entscheiden gehabt hättest. Ich habe ja auseinandergesetzt, dass die Möglichkeit besteht, dass, als die Aktion von Hörsing einsetzte, dies nicht ohne einen gewissen Zusammenhang mit manchen früheren Geschehnissen war. Ist dem so, dann ist natürlich die Frage so überhaupt nicht zu beantworten, weil ich für diese vorangehenden Ereignisse in keinem Fall auch nur die politische Verantwortung übernommen haben würde.

Gesetzt aber den Fall, der Hörsingsche Einmarsch war eine durch nichts veranlasste Provokation, dann muss ich gestehen: Gegenüber einer Provokation des Gegners bin ich an sich geneigt, auszuweichen, weil ich mir sage: Der Gegner provoziert, wenn ihm die Sache passt, und wenn dem Gegner

²⁴⁸ Trotzki: Die Entwicklungstendenzen der russischen Sozialdemokratie, in: Die Neue Zeit, 28. Jg. (1909/10), 2. Band, Nr. 50, S. 861.

die Sache passt, sprechen meistens – es ist keine feste Regel – alle Umstände dafür, dass für uns die Sache nicht passt und also für mich die Möglichkeit bestehen muss, zur Seite zu treten, damit der Stoß, den er mir in ungünstiger Situation zudedacht, ins Leere treffe oder treffe in einer Situation, wo die Verhältnisse für mich günstiger geworden sind.

Ich persönlich bin der Auffassung, dass, wenn die Hörsingsche Polizeiaktion in Wirklichkeit eine Provokation war, dann die Zentrale in der Situation, die sie selbst beschreibt: acht Tage vor Ostern, die Provokation nicht annehmen durfte.

Und nun weiter, selbst den Fall gesetzt, dass trotz alledem, ob sie wollte oder nicht, sie die Provokation annehmen musste – ich bestreite durchaus, dass es so war und steht, ja auch ganz im Gegensatz zur ergriffenen »Offensive« –: Also gesetzt diesen Fall, was musste dann die Zentrale tun? Ja, da hat der Genosse Radek jetzt in seiner dankenswerten Broschüre bereits einige Aufklärungen gegeben:

»Der Aufmarsch musste erfolgen in Anknüpfung an die bisherige Arbeit der Partei. Die Taktik des ›Offenen Briefes‹, wenn er nicht ein einmaliger Trick war, forderte, bevor wir in die Aktion schritten, vor den Massen festzustellen, dass es nicht unsere Schuld ist, wenn wir genötigt sind, zu einer selbständigen Sonderaktion zu greifen. Die Bedürfnisse des Aufmarsches erforderten also, dass wir uns noch einmal an die Gewerkschaften und an die sozialdemokratischen Parteien wenden und an sie die Frage stellen: ›Wollt ihr zusammen mit uns die Bergarbeiter Mitteldeutschlands verteidigen oder nicht?‹ Da die Regierungsaktion in Mitteldeutschland von dem preußischen Innenminister, dem Sozialdemokraten Severing ausging, da sie von dem Sozialdemokraten Hörsing auf Geheiß der Bourgeoisie erfolgte, so hatten wir erstens die Aufgabe, die Sozialdemokratie zu nötigen, sich offen zu diesem Schläge gegen die Arbeiter zu bekennen, zweitens, die Unabhängigen zu nötigen, sich vor den Arbeitern in klarer Weise dazu zu bekennen, ob sie in einer Front mit der Orgesch und mit Severing oder mit den Bergarbeitern Mitteldeutschlands stehen wollen.«²⁴⁹

Das alles wurde unterlassen, und damit ist ein großer Teil meiner Kritik bereits weggenommen. Und was der Genosse Radek nicht durchschaut hat oder nicht anerkennen will, das ist, und ich wiederhole es, dass es einfach nicht wahr ist, dass die Partei gezwungen war, jetzt in die Aktion zu

²⁴⁹ Karl Radek: Soll die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands eine Massenpartei der revolutionären Aktion oder eine zentristische Partei des Wartens sein?, S. 68f.; ein Auszug unter dem Titel »Lehren der Märzkämpfe«, in: Die Internationale. Zeitschrift für Theorie und Praxis des Marxismus, 3. Jg., H. 8, 15. Juni 1921, Berlin 1921, S. 278f.

treten, gezwungen war, großen kommenden Aktionen voranzutreten. Die Aktion in ihrer Gesamtheit freilich war nicht geplant von der Zentrale, die Aktion der Kommunistischen Partei war auch nicht geplant für die Woche vor Ostern; ich bleibe aber dabei: Die Aktion Hörsings war nur ein Gegenzug im Rahmen einer großen Aktion, und die Verantwortung dafür trifft die, die diesen Gegenzug unbesonnenerweise auslösten. Es geht eben nicht, Offensivkraftmeiertum zu spielen und dann vom schmähhlichen Überfall zu reden; es geht nicht, mit Provokation zu spielen und dann die Folgen nicht erkennen wollen.

(Es folgen hier noch detaillierte Angaben über diesen Punkt.)

Und nun weiter. Es ist mir vorgeworfen worden, ich hätte eine Liebe für die KAPD, und im selben Atemzuge, ich kämpfte mit dem ganzen Temperament immer nach links.

Ich weiß nicht, wie man die Vorwürfe miteinander vereinigen will, aber etwas Richtiges ist daran. Es ist wahr: Ich glaube, dass uns in der Revolution die KAP, d. h. die anarchistischen Strömungen, schweren Schaden getan haben, und ich habe sie bekämpft – aber eines erkenne ich an: Wenn schon einmal ich KAP-Politik mache, dann ist mir die KAPD mit ihrer Lausbubenpolitik zehnmal lieber, weil sie zehnmal echter und ehrlicher ist als die KAP-Politik im Gehrock und mit der Hornbrille auf der Nase.

Es ist nun allerseits gesagt worden, wir müssten aus unsern Fehlern lernen. Da muss ich sagen, da war ich eigentlich gespannt zu hören, welche Fehler nun die der Märzaktion gewesen sein sollen. Es kann ja sein, dass diese etwas delikate Frage in einem auserwählteren Kreise erörtert wird, als in dem, zu dem ich zugelassen wurde, aber Genosse [Felix] Schmidt hat ja bereits rekapituliert; die Lehren sind: Wir müssen lernen schroffste Disziplin und stärkste Leitung. Also, die Fehler, die zum Scheitern der Märzaktion geführt haben sollen, sind rein organisatorische: Eine straffere Disziplin, eine stärkere Leitung, und dann wird das nächste Mal alles wie am Schnürchen gehen.

Da kann ich dem Genossen [Felix] Schmidt gleichfalls wieder zu seiner Belehrung vorlesen das, was die »Kommunistische Arbeiter-Zeitung« schreibt. Sie schreibt in Nr. 191:

»Damit ist die Praxis, die auf Grund der These über Massenparteien betrieben

wurde, durch die Praxis selbst als falsch erwiesen. – Damit ist zugleich auch jene übertriebene, ganz äußerliche Vorstellung von den Möglichkeiten der Parteidisziplin als falsch erwiesen, mit der man geglaubt hatte, die Massen als willenloses Werkzeug der Führer heute so und morgen so kommandieren zu können.

Vielleicht sieht jetzt allmählich die Kommunistische Internationale ein, was die KAPD gemeint hat, als sie stets von einer, wenn auch kleinen, so doch festen und absolut einheitlich zusammengeschweißten Partei sprach. Nämlich nicht eine Partei, die so klein als möglich sein sollte, sondern eine Partei, die niemals versuchen sollte, auf Kosten der Klarheit und Einheitlichkeit zur Massenpartei zu werden.«²⁵⁰

(Zwischenruf: Ist das denn Ihre Psychologie?)

Ja, Genosse [Felix] Schmidt, das ist die Psychologie von Leuten, die sich klar sind, dass man entweder eine politische Partei aufbaut auf das Prinzip der individuellen Auswahl, dann werden Sie eine kleine, das sage ich hundertmal wieder, hingebende, alles freudig opfernde Partei bekommen, aber keine Partei, sondern eine Sekte. Die kann und wird, in ihrem kleinen Rahmen, militärische Disziplin, Kadavergehorsam wahren können. Wenn Sie aber Massen in einer Partei haben wollen, dann können Sie sie nie und nimmer bewegen nach Kommandoworten einer militärischen Führung, auf Geheiß einer Zentrale, und weil ein Führerkonventikel es beschlossen hat, sondern Sie können sie nur bewegen nach politischen Prinzipien, weil sie ein politischer und kein militärischer Körper ist. Und wenn Sie deswegen aus der Märzaktion nichts Gescheiteres gelernt haben, als dass man die »Disziplin« ausbessern, verstärken soll, so zeigen Sie, dass Sie aus der Märzaktion nichts gelernt haben.

Genosse Schmidt hat mit außerordentlichem Scharfsinn auseinandergesetzt, dass meine Situation in der Partei bereits bei deren Gründung unhaltbar gewesen sei.

Ja, an mir hat es nicht gelegen, dass ich damals in die Zentrale gekommen bin. Vielleicht, das gebe ich zu, habe ich damals einen Fehler gemacht, dass ich, der ich mich bis zum letzten Augenblick sträubte, in die Zentrale zu gehen, dem Druck anderer und des Genossen Schmidt nachgegeben habe. Vielleicht hätte ich damals, als Brandler aufstand und den Ausschluss gegen mich beantragte für den Fall, dass ich die Wahl in die Zentrale nicht annehme, das Lokal verlassen und sagen sollen, dass ich auf die Drohung hin hier nichts mehr zu suchen hätte.

Aber was war die »unhaltbare Situation«? Das ist ganz klar, dazu brauchte man kein politisches Genie zu sein, um das nicht erst heute, sondern schon damals so klar zu sehen, wie ich es sah. Wie Sie alle wissen,

²⁵⁰ Die VKPD und die III. Internationale, in: Kommunistische Arbeiter-Zeitung. Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbez. Groß-Berlin, Nr. 191, in: Friedrich-Ebert-Stiftung. Archiv der sozialen Demokratie, Nachlass Paul Levi, 1/PLAA000372.

stand ich schon in Moskau in einem gewissen Gegensatz zur Exekutive, und wie ich in manchen anderen Dingen abwich, so war ich auch gegen die 21 Bedingungen.

Warum das? Deswegen, weil ich sagte: Werden diese Massen von der USP[D] losgelöst, auf Grund einer rein organisatorischen Bestimmung, so wird der Loslösungsprozess eine organisatorische Katzbalgerei und kein politischer Schulungsprozess. Und es war mir eine, wenn auch nicht freudige, Genugtuung, dass selbst Sinowjew in seiner Hallenser Rede als erstes feststellen und bedauern musste, dass die Auseinandersetzung so ganz organisatorisch und gar nicht politisch war.

So kamen die großen Massen der USP[D] ungeschult zu uns. Ich wollte ihnen schärfere Bedingungen stellen als die 21 Punkte, aber politische Bedingungen und nicht organisatorische, und weil so die Massen keine klaren politischen Vorstellungen in der Auseinandersetzung hatten, kamen diese Massen der USP[D] zu uns mit falschen Hoffnungen, sie kamen zu uns mit der Hoffnung: Jetzt sind wir bei Moskau, Moskau macht jetzt alles, jetzt ist eine große zentralisierte Leitung über uns, jetzt muss die Revolution in Deutschland vorangehen.

Das war ganz klar eine KAP[D]-Stimmung, und der Genosse [Felix] Schmidt wird nicht bestreiten wollen, dass ich sie damals schon in Gesprächen mit ihm erkannte, und dass er und ich uns über die Gefahren einig waren. Meine Stellung zu jenen Strömungen war klar, ich habe mir in unseren langen Erfahrungen auch meine Meinung gebildet. Ich bin fest überzeugt gewesen: Wir hätten die KAP[D]-Strömung in der Partei überwinden können dann, wenn wir alle, die diese Erfahrungen gemacht, einig, geschlossen und fest geblieben, zumal wenn der alte Spartakusbund geistig beisammen geblieben wäre.

Der alte Spartakusbund ist aber bereits damals – und das soll gegen niemand ein Vorwurf sein – auseinandergefallen. Die Konkurrenz um den höheren Grad von »Revolutionärismus« hatte begonnen, und so waren es, und das gestehe ich, nicht nur Stimmungen, die mich veranlassten, mich dem Amt des Vorsitzenden entziehen zu wollen, sondern es war der klare Wille, sich an dieser Konkurrenz nicht beteiligen zu sollen. Mir war in Moskau jeden Tag von der Passivität der Partei geredet worden; was ist da verständlicher als der ehrliche Wunsch, die »Aktiveren« an die Leitung kommen zu lassen. Aber die Aktiven spielten schon damals, na, ich will kein scharfes Wort gebrauchen, das ungewöhnliche Spiel, das sie auch heute spielen.

»Es war verhängnisvoll für die Partei«, sagte heute der Genosse Schmidt, dass wir im Februar gegangen seien, und dass die Linke an die Spitze getreten sei.

Ja, entweder hat man eine bestimmte Vorstellung von dem, was man will, wenn man vom »linken Flügel« redet, dann muss man auch durch Taten zeigen, was man will, oder aber, man muss schweigen.

Aber wie können Sie, Genosse Schmidt, und wie kann irgendein Genosse sagen, dass wir im Unrecht seien, wenn wir die »Linken« ans Ruder ließen. Es gibt doch keine politische Strömung, die das Privileg für sich hätte, sich immer nur in Worten der Opposition erschöpfen zu können; die Krone jeder Opposition ist doch die Leitung; die Opposition, die dem Gegner einen Vorwurf macht, dass er ihr die Leitung überlassen hat: Ja, das ist eine saubere Opposition, ja, es ist schon so, wie ich vorhin sagte: Ihr hättet gern gewünscht, dass ich das Tier sein sollte, auf dem der »linke Flügel« reiten lernt.

Und nun, Genossen und Genossinnen, sagt Genosse Schmidt weiter, ich sei Vertreter der Internationale in Italien gewesen.

Erstens ist das nicht wahr. Die Exekutive, Genosse Sinowjew, hat abgelehnt, mich als Vertreter nach Italien zu senden, und ich war und bin nicht unglücklich darüber. Aber was hat man mit der italienischen Frage ein Geschrei gemacht, weil wir wollten, dass man nicht die Brücke abbreche nach der Gruppe Serrati hin.

Und was ist jetzt geschehen nach allem Geschrei? Man hat sie zum Kongress nach Moskau eingeladen! Und was wird man in Moskau mit ihnen machen? Man wird in Moskau mit den Arbeitern sprechen und versuchen, sie für die Internationale und für den Bruch mit den Reformisten zu gewinnen, und wenn Sie meine sämtlichen Artikel und Reden lesen, so werden Sie überall nur immer eben diesen Gedanken finden. Um das zu tun, brauchte man nicht das Geschrei, das man über uns erhoben hat, das konnte man billiger haben, wenn man auf uns hörte. Es ist auch hier nur dieselbe Taktik von Moskau: Hat man einen Fehler gemacht, dann dreimal draufhauen auf den, der den Fehler rügt und ihm in der Sache dann Gönüge tun. Es ist die Taktik, mit der man seine eigene Unfehlbarkeit hochhält, und die vielleicht sogar noch Leute findet, auf die sie wirkt.

Und nun weiter. Genosse Schmidt verkündet uns: Man spuckt in Moskau auf unsere Bündnisparole! Ach, man hat heute schon sehr viel gespuckt. Das Spucken war ja auch in der Märzaktion eine beliebte Sache. Man hat ja jeden anderen Tag den Mehrheitlern und Unabhängigen, die man für die Aktion brauchte, »in die Augen gespuckt«.

Ja, Genossen und Genossinnen, es kann sein, dass die Genossen in Moskau auf unsere Bündnisparole spucken. Der Genosse Schmidt muss das ja wissen. Die Parole war aber viele Wochen lang die Parole der deutschen Partei; wir hatten sie schon im »Offenen Brief« und haben mit der Zuspit-

zung der auswärtigen Verhältnisse uns immer mehr auf diese Parole konzentriert. Es ist nun ja sicher: Wir sind sündige Menschen und haben vielleicht in diesem Punkt sehr viel gesündigt und schwer geirrt, so schwer, wie es bei berufeneren Köpfen nie vorkommt. Aber dann war es nicht Aufgabe des Exekutivkomitees, auf uns zu spucken, sondern dann war es die Aufgabe der Kommunistischen Internationale, selbst die Initiative zu ergreifen, um etwas von dem erleuchteteren Geiste des kleinen Bureaus uns zu übermitteln, auf dass wir unsere Sünden erkennen, und das Exekutivkomitee hatte selbst mit seinen Anschauungen in Westeuropa herauszutreten. Uns ist nicht gedient mit Spucken auf unsere Parolen in Moskau, sondern uns ist gedient, wenn uns dann die Kritik ruhig und sachlich gesagt wird, und, was wir besser machen sollen.

Nun noch einen Punkt, den ich nachtragen wollte.

Weswegen habe ich die Broschüre veröffentlicht? Da muss ich den Genossen Schmidt an eines erinnern. Der X. Kongress der Kommunistischen Partei Russlands fand, wenn ich nicht irre, am 6. März dieses Jahres statt, und am 15. März hatte man schon die Berichte in Europa, worin Sinowjew erklärt: »Wir haben den Kampf gegen Levi eröffnet.«²⁵¹ Wenn die russischen Genossen Kämpfe ansagen, dann bin ich nicht kindlich genug, um nicht zu wissen, was das bedeutet. Und ich bin mir auch klar gewesen, dass, als in Deutschland die Aktion abgebrochen wurde, es kein falscher Zungenschlag eines Vertreters der Exekutive gewesen war, als er schon während der Aktion sagte, wenn sie zur »Säuberung« der deutschen Partei vom »rechten Flügel« führt, dann sei die Aktion gerechtfertigt. Und die Zentrale damals hat das auch bestätigt, indem sie »organisatorische Maßnahmen« bei Abbruch der Aktion beschloss.

Und dann wurde die Aktion abgebrochen »mit organisatorischen Maßnahmen«, und am selbigen Tag bereits lädt man den Genossen Richard Müller und den Genossen Wolf vor das hohe Synhedrion und hat sie zunächst von ihren Ämtern abberufen. Ich bin doch nicht einfältig genug, um nicht zu wissen, was das heißt. Ein paar Tage später hätte man sie ausgeschlossen, und, nachdem Müller und Wolf ausgeschlossen waren, hätte man ein paar andere Genossen ausgeschlossen, dann hätte man den Genossen Däumig ausgeschlossen auf Grund seines Briefes. Und dann wären wieder ein paar ausgeschlossen worden, und nach nicht gar langer Zeit auch ich.

Verehrte Genossen, solch ein Spiel mache ich nicht mit. Da habe ich frank und frei gesagt: Wollt Ihr die »Leviten« rauskriegen, dann bin ich

²⁵¹ Grigori Sinowjew: Bericht über die Kommunistische Internationale (Auszug), in: Levi 1/3, S. 504f.

Manns genug, mit meiner Visitenkarte und meiner politischen Anschauung mich vor die »Leviten« zu stellen. Wenn ihr reinigen wollt, so lasse ich mich auch von Euch nicht auf Grund eines organisatorischen Paragraphen ausschließen. Dann wollen wir wissen, warum wir auseinandergehen, das bin ich Euch und mir schuldig. Und das ist kein In-den-Rücken-Fallen; es ist die allerhöchste revolutionäre Pflicht, wenn eine Partei so fehlt wie die, dass einer die Wahrheit sagt, und ich wünsche der Partei nicht, dass sie noch einmal solche Fehler macht wie jetzt, aber wenn: dass einer sich findet, der das gleiche tut.

Und nun ist noch gesagt worden: aber nicht in der Öffentlichkeit. Was ist das für eine Einstellung! Ich habe schon ausgeführt, dass für mich ein anderer Weg gar nicht existierte. Der Zentralausschuss, in seiner Unfehlbarkeit, hat es abgelehnt, mich zu hören. Ich war gar nicht eingeladen und nicht aufgefordert, und ein Antrag, mich zu hören, wurde von den Genossen in ihrer Gottähnlichkeit abgelehnt. Aber davon ganz abgesehen. Es ist eine vollständig falsche Einstellung, als könnten die Kommunisten ihre Fehler im stillen Kämmerlein unter sich abmachen. Die Fehler und Irrtümer der Kommunisten sind genauso ein Bestandteil des politischen Erlebens der proletarischen Klasse wie ihre Vorzüge. Sie können und dürfen weder das eine noch das andere den Massen vorenthalten. Haben sie Fehler gemacht, so haben sie sie nicht für die Partei gemacht, und selbst wenn die Partei drüber zugrunde ginge: Wenn das der einzige Weg ist, auf dem das Proletariat die Lehren aus Ereignissen ziehen kann, so müsste es sein, weil die Partei um des Proletariates willen da ist und nicht umgekehrt.

Und immer wieder der Vergleich mit Rosa Luxemburg. Gewiss hat Rosa Luxemburg keine Broschüre gegen den Putschismus geschrieben. Sie kam nicht mehr dazu. Aber bei einem ähnlich katastrophalen Zusammenbruch der alten sozialdemokratischen Partei hat Rosa Luxemburg eine Broschüre geschrieben,²⁵² die nicht gelinder war als jetzt die meine

(Zwischenrufe!)

und der Vergleich stimmt bis aufs letzte. Genau denselben katastrophalen Fall in den Opportunismus hat die alte Sozialdemokratie erlitten 1914 wie die jetzige jetzt in den Anarchismus.

Und noch ein Wort. Genosse Pieck hat vorhin gesagt, der Bankrott der Partei, das sei eine Sache, die er sich überhaupt nicht vorstellen könne. Ich freue mich über diesen Optimismus. Ich will hier nur eine Stelle vorlesen:

»In der Konspiration wie in der Duma verrichtet die russische Sozialdemokratie die gleiche Arbeit: Sie klärt die Arbeiter auf und vereint sie.

²⁵² Vgl. Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie, in: GW, Bd. 4, S. 51–164.

Sie kann das besser oder schlechter tun, jedoch eines steht fest: Auf diesem Wege können wohl Fehler begangen werden, aber auf diesem Wege gibt es keinen Bankrott.«²⁵³

Und damit ist es der Genosse Trotzki, der andeutet, dass, wenn der Weg des Kommunismus verlassen ist, wenn die Partei vom Anarchismus erfasst wird, das Ende der Bankrott ist und sein muss.

Und ich werde nicht in die vielen Prophezeiungen verfallen, mit denen die letzte Stunde gefüllt war, wir werden das Ende des Weges, den Ihr gegangen seid, noch sehen und wollen des Ends erwarten.

Paul Levi: Was ist das Verbrechen? Die Märzaktion oder die Kritik daran? Rede auf der Sitzung des Zentralausschusses der VKPD am 4. Mai 1921, A. Seehof & Co. Verlag, Berlin (C 54) 1921; Teile des Typoskriptes mit handschriftlichen Korrekturen durch Levi in: Friedrich-Ebert-Stiftung. Archiv der sozialen Demokratie, Nachlass Paul Levi, 1/PLAA000290; Mitschrift in: Bundesarchiv Berlin, RY 1/162, Bl. 243–286.

Leo Trotzki

Rede auf dem III. Kongress der Kommunistischen Internationale

Gen. Trotzki: Zunächst eine ganz kleine formelle Bemerkung. Gen. Thelmann,²⁵⁴ dessen leidenschaftliche Rede wir soeben hier gehört haben, beklagte sich darüber, dass es ihm nicht vergönnt war, nach mir zu sprechen. Nun wird ja die Reihenfolge durch die Rednerliste bestimmt. Gen. Thelmann sagte auch, er sei ein sehr disziplinierter Genosse. Als solcher musste er sich auch der Disziplin der Rednerliste fügen und hatte eigentlich kein Recht, sich über diese objektive Tatsache zu beklagen.

Gen. Thelmann hat sich auch, und zwar ebenfalls zu Unrecht, über den Gen. Lenin beklagt und die Sache so hingestellt, als ob Gen. Lenin gesagt hätte: Da schlagen wir ihnen taktische Thesen vor und die übrigen Delegationen haben nicht das Recht, für sich in Anspruch zu nehmen, Amendements vorzuschlagen. So war es nicht gemeint und diese Einstellung des Gen. Thelmann ist in dieser Beziehung ganz falsch. Lenin hat gesagt: Die Thesen, die wir vorschlagen, sind nicht das Elaborat, nicht das Produkt der russischen Delegation, die sich in einem Stübchen versammelt

²⁵³ Trotzki: Die verdorbene Suppe (Das Fazit der Asewaffäre), in: Die Neue Zeit, 27. Jg. (1908/09), 1. Band, Nr. 25, S. 899.

²⁵⁴ Thelmann: Gemeint ist der spätere Vorsitzende der KPD Ernst Thälmann (1886–1944).

und dann in einer kleinen Stunde die Thesen ausgearbeitet hat. O nein, Genosse Thelmann kann diesbezügliche Erkundigungen bei den Mitgliedern seiner eigenen Delegation darüber einholen, dass wir ziemlich große, langwierige und stellenweise leidenschaftliche Verhandlungen und Diskussionen auch mit den Mitgliedern der deutschen Delegation über die Thesen hatten, dass verschiedene Vorschläge vorgelegt worden sind, auch von der deutschen Delegation, dass man einander Konzessionen machte. Aus diesem ziemlich langwierigen Prozess sind diese Thesen entstanden. Und wir, die an der Ausarbeitung dieser Thesen teilgenommen haben, – ja, ich behaupte nicht, dass diese Thesen von allen Parteien, Gruppen und Tendenzen gebilligt worden sind, ich behaupte aber, dass diese Thesen unsererseits als Kompromiss betrachtet werden, als Kompromiss in der Richtung nach links. Was das Wort links hier bedeutet, werde ich später des näheren zu erörtern versuchen. Jetzt will ich nur noch mit Nachdruck feststellen, dass wir diese Thesen als maximale Zugeständnisse betrachten an diejenige Tendenz, die hier von vielen Genossen, so auch vom Gen. Thelmann verteidigt worden ist.

Genossen, mehrere Delegierte haben mir gegenüber privatim ihrer Ungeduld darüber Ausdruck verliehen, dass die deutsche Delegation hier ziemlich viel Zeit für sich in Anspruch nimmt und ihre internen Angelegenheiten so breit hier erörtert. Die Ungeduld dieser Genossen ist meines Erachtens nach nicht berechtigt. Es handelt sich hier in erster Linie um die Märzaktion. Selbstverständlich ist es etwas Menschliches, allzu Menschliches, dass mit dieser ganz politischen Frage auch persönliche Fragen, persönliche Reibungen, Leidenschaften zusammenhängen. Wohl haben manche unserer Genossen diese persönliche Seite der Frage und diese Leidenschaften etwas allzu sehr zugespitzt, wie es Gen. Heckert tat, dessen Rede im Übrigen sehr interessant war. Aber ich meine, wir müssen doch die Hauptsache herausfinden, die Hauptfrage herauschälen und diese Frage, diese Hauptfrage ist keine deutsche Frage, sie ist eine eminent internationale Frage. Die deutsche Partei ist diejenige unter den westeuropäischen, vom russischen geographischen Standpunkte aus, die, nachdem sie sich zu einer selbständigen, festumrissenen großen Partei entwickelt hatte, zum ersten Mal selbständig eine Aktion leitete. Und weil die junge, ganz junge italienische Partei, und die größere, aber als kommunistische Partei ebenfalls junge französische Partei in dieser Beziehung ähnlichen Situationen gegenüberstehen, glaube ich, dass alle Delegationen, und insbesondere die erwähnten, aus dieser Frage vieles zu lernen haben.

Ich werde meine Ausführungen über die Märzaktion mit der Erörterung der Amendements beginnen, die vorgeschlagen worden sind. Denn

wir werden zwischen zwei Tendenzen zu wählen haben. Von redaktionellen und sachlichen Ergänzungen zu der ursprünglichen Fassung der Thesen will ich natürlich gar nicht sprechen. Wir werden also zwischen zwei Tendenzen zu wählen haben. Zwischen der einen Tendenz, die hier vom Gen. Lenin, Gen. Sinowjew und in erster Linie vom Gen. Radek, der ja den Bericht erstattete, und jetzt von mir verteidigt, und dann sind da diese Änderungen, diese Vorschläge, in denen man eine andere Tendenz zum Ausdruck bringt oder bringen möchte. Daher ist es wichtig, dass man sich mit diesen Abänderungsvorschlägen beschäftigt. Ich will mich nur auf jenen Passus beschränken, der sich auf die Märzaktion bezieht. Unsere Vorschläge sagen darüber, dass wir die Märzaktion »als einen der VKPD durch den Angriff der Regierung auf das mitteldeutsche Proletariat aufgezwungenen Kampf ansehen, dass wir das mutige Auftreten der VKPD anerkennen, die dadurch bewiesen hat, dass sie die Partei des revolutionären Proletariats Deutschlands ist«. Dann deckt man die wichtigen Fehler auf, die bei diesen Aktionen begangen worden sind, und dann erteilen wir zum Schluss folgenden Rat:

»Die VKPD muss im Interesse der sorgfältigen Abwägung der Kampfemöglichkeiten aufmerksam die Stimmen berücksichtigen, die auf Schwierigkeiten der Aktionen hinweisen und sie auf ihre Berechtigung sorgfältig prüfen. Aber sobald eine Aktion von den Parteibehörden beschlossen wird, haben sich alle Genossen den Beschlüssen der Partei zu fügen, um diese Aktionen durchzuführen. Die Kritik an Aktionen darf nur nach ihrem Abschluss beginnen, sie darf nur in Parteiorganisationen geübt werden und muss Rücksicht nehmen auf die Lage, in der sich die Partei dem Klassengegner gegenüber befindet. Da Levi diese selbstverständlichen Forderungen der Parteidisziplin und die Bedingungen der Parteikritik missachtet hat, heißt der Kongress seinen Ausschluss aus der Partei gut und hält jede politische Mitarbeit der Mitglieder der Kommunistischen Internationale mit ihm für unzulässig.«

Nun, der Gen. Brand war ja entschieden dagegen, dass man eine Stelle errichte, auf deren mahnende Stimme die Partei zu horchen hat.²⁵⁵ Zu dem Gen. Brand, der verschiedene, wie die mahnende Stimme, die Statistik und manches andere zurückweist, werden wir vielleicht noch zurück-

²⁵⁵ »[...] aber dass wir in den kommunistischen Parteien ein besonderes Amt von Warnern einführen sollen, Stimmen, die man besonders aufmerksam hören sollte, das ist sehr zweideutig oder nicht einmal zweideutig. Wer sind diese Stimmen, die immer nur Schwierigkeiten sehen? Serrati, Levi und andere.« [Ernest] Brand (d. i. Henryk Lauer, Polen): Vierzehnte Sitzung, 2. Juli 1921, 8 Uhr 45 abends, in: Protokoll des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale. Moskau, 22. Juni bis 12. Juli 1921, Hamburg 1921, S. 581.

kehren. Was schlagen uns nun die deutschen und die anderen Genossen, die die Abänderungsvorschläge unterfertigt haben, zu diesen Paragraphen vor? Sie schlagen uns vor anzuerkennen, dass der III. Kongress der Kommunistischen Internationale die Märzaktion der VKPD für einen Schritt nach vorwärts halte und sagen: »Diese Aktion bedeutet den Übergang der stärksten Massenpartei Mitteleuropas zum wirklichen Kampf, den ersten Versuch zur Verwirklichung der führenden Rolle der Kommunistischen Partei in den Kämpfen des deutschen Proletariats, zu der die Partei sich in ihrem Gründungsprogramm bekannt hatte. Die Märzaktion bedeutet die Enthüllung und Überwindung des offenen konterrevolutionären Charakters der USP und der verkappten zentristischen Elemente in den Reihen der VKPD selbst. Die Märzaktion hat infolge zahlreicher in der Aktion aufgetretener Fehler und organisatorischer Mängel der Partei ermöglicht, diese Mängel und Fehler klar zu sehen und mit ihrer Abstellung zu beginnen. Sie hat in ihrem Verlauf die nicht genügend straffe Kampfdisziplin der Partei aufgedeckt und zu ihrer Festigung beigetragen. Sie hat ferner nicht unbeträchtliche Massen sozialdemokratischer Arbeiter mitgerissen und eine revolutionäre Gärung in diesen Parteien veranlasst. Die Aktion hat, weil davon entfernt, die Organisation zu zerrütten, ihren Kampfgeist gestärkt usw. usw.«

Wenn man vom Kongress fordert, dass er feststelle, die Märzaktion war nicht nur ein Massenkampf, eine Massenaktion der Arbeiterschaft und somit auch der Partei aufgezwungen, dass die Partei dabei sich mutig gehalten habe, wenn man vom Kongress auch fordert, dass er anerkenne, die Partei habe den Versuch gemacht, die führende Rolle der Kommunistischen Partei in den Kämpfen zu verwirklichen, so muss man ja auch dem Kongress das Recht überlassen, zu sagen, ob dieser Versuch glücklich oder unglücklich war. Wenn wir sagen, die Märzaktion war ein Schritt nach vorwärts, so verstehen wir darunter – ich wenigstens – die Tatsache, dass die Kommunistische Partei nicht mehr als Opposition innerhalb der Unabhängigen Sozialistischen Partei oder als eine propagandistische kommunistische Organisation vor uns steht, sondern als eine einheitliche, selbständige, geschlossene, zentristische Partei, die die Möglichkeit hat, selbständig in den Kampf des Proletariats einzugreifen, und dass dies zum ersten Mal in der Märzaktion geschehen ist. Ich habe mit den französischen Freunden anlässlich des II. Kongresses oft über die Situation innerhalb der Gewerkschaften und der Partei gesprochen und habe gesagt: Ja, ihr seid zusammen mit Syndikalisten, Anarchisten, Sozialisten und ihr seid nichts mehr als eine Opposition. Man sieht ja die Tendenz, Nuancen in Erfolg, vielleicht auch die potentiellen Dummheiten. Es wird das ein großer Fortschritt sein in

dem Moment, wo sie sich aus der alten Organisation loslösen und als selbständige Macht auftreten. Nun ist das im ganzen Umfange geschehen. Das will aber gar nicht sagen, dass dieses erste Auftreten, dieser Versuch, selbständig eine führende Rolle zu spielen, ein Glück war. Man sagt aber, wir haben daraus sehr viel gelernt und auch aus den Fehlern. So heißt es in den Abänderungsvorschlägen, ich will sie nicht verlesen, allein es wird dort gesagt, dass gerade das große Verdienst der Märzaktion darin bestehe, dass sie die Möglichkeit gegeben hat, die Fehler, die man dabei gemacht hatte, festzustellen, um sie dann später zu beseitigen. Ja, wenn wir auf diesem Wege Verdienste suchen, so ist das selbstverständlich eine ganz kühne Auffassung. Ich habe dem Gen. Thalheimer im Privatgespräch gesagt, es erinnere dies an einen russischen Übersetzer, der in den siebziger Jahren ein englisches Buch übersetzt und im Vorwort vorausgeschickt hat, er habe das Buch übersetzt, damit die Welt sehe, dass dieses Buch wertlos ist.

(Heiterkeit.)

Man beginnt doch eine Aktion nicht darum, dass man aus der Aktion ersehen soll, welche Fehler man dabei begeht, um sie dann zu beseitigen. Diese Abänderungsvorschläge sind im Geiste der Verteidigung geschrieben, nicht im Geiste der Analyse.

Gen. Heckert hat in seiner interessanten Rede uns ein Bild der Märzaktion gegeben in dem Sinne, man habe eine sehr stark zugespitzte Lage gehabt. Die Frage der Reparationen, die Ruhrbesetzung, Oberschlesien, ökonomische Krise, Arbeitslose, große Streiks. In diesem ganzen Rahmen der weltgeschichtlichen Bewegung verschärften sich noch die Gegensätze, und da gab sozusagen den letzten Anstoß für den Angriff der Partei die Bewegung der Arbeiter Mitteldeutschlands. Wahrlich ein schönes, ehrliches, ökonomisches Bild. Aber ein anderer Genosse, der dieselbe Aktion verteidigte, entwarf uns ein ganz entgegengesetztes Bild. Wenn Gen. Thalheimer nach dreißig Jahren, wenn er schon ergraut sein wird, die Feder Mehrings nimmt, um die Geschichte der Kommunistischen Partei zu schreiben, so wird er Dokumente und Bücher aufreiben, in denen man ein ganz anderes Bild der Bewegung findet. Nämlich die internationale Lage war ziemlich konfus und sie steuerte im Großen und Ganzen einem Kompromiss zu. Die oberschlesische Frage schwebte in der Luft. Sie konnte auch keine revolutionäre Wirkung ausüben. Die Entwaffnungsfrage in Bayern. Die »Rote Fahne« erklärte stets im Gegensatz zu Heckerts gestriger Rede, es werde immer klarer, dass man die Angelegenheit mit einem Kompromiss auf Kosten der revolutionären Arbeiterschaft Bayerns und ganz Deutschlands erledigen werde, und zwar, ohne große weltpolitische Zusammenstöße und ohne Zusammenstöße zwischen der deutschen und bayerischen

Regierung. Auch dafür wird Gen. Thalheimer nach 30 Jahren Artikel entdecken, die beweisen, dass die Krise in Deutschland einen ganz anderen Charakter hatte und hat wie in den Vereinigten Staaten oder in England, dass sie sich nicht so katastrophal zuspitzte wie in diesen beiden Staaten, dass in Deutschland das ganze ökonomische Leben eine Fäulnis darstelle, und auch die Krise keine Kraft habe, sich in den ökonomischen Bedingungen Deutschlands so auszutoben. Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist minimal im Vergleich zu den Vereinigten Staaten und England.

Und die innere Konstellation, die Sozialdemokraten nehmen an der Regierung zur Hälfte teil, zur Hälfte bilden sie Opposition. Die Unabhängige Partei verfährt ebenso, und sie nähert sich immer mehr den Sozialdemokraten. Die Gewerkschaften, die bürokratische Führerschaft ist ganz gegen uns. Und welcher Schluss ist daraus zu ziehen? Derselbe Genosse sagt uns ja, es herrschte in der Arbeiterschaft ein Wall der Passivität und es galt, diesen Wall der Passivität zu brechen durch die revolutionäre Initiative einer entschlossenen Minderheit. Heckert sagte dagegen, alles war in Aufruhr, alles war aufgewühlt. Sturm und Drang. Und dann kam die mitteleuropäische Geschichte. Der andere Genosse sagt: Alles war versumpft. Es war ein Wall der Passivität vorhanden. Wir mussten durchbrechen, koste es, was es wolle. Jedes dieser Bilder ist ja vortrefflich als ein in sich geschlossenes logisches Bild, aber ich meine, sie passen kaum zueinander. Ein anderer Genosse wieder, es war Gen. Könen, meinte, es herrschte in Mitteleuropa heller Aufruhr und ringsumher herrschte Passivität. Es war Aktivität in die Passivität eingekapselt. Man gewinnt aus alledem den Eindruck, dass die Mitglieder der deutschen Delegation die Sache noch immer so ansehen, dass man sie um jeden Preis verteidigen muss, nicht untersuchen, nicht analysieren, und alles was wir hören, ist sozusagen nur das Mittel, der Zweck ist aber, dass man die Märzaktion vor der Internationale um jeden Preis verteidigt. Das wird ja kaum gelingen, und dabei ist für mich das die Hauptsache, worauf Gen. Thelma hingewiesen hat. Er hat gesagt, wenn wir die Thesen und sogar die Abänderungsvorschläge annehmen, so »werden wir in unserem Lande eine Umstellung machen«, und ich glaube, unser tapferer und hartnäckiger Gen. Thelma hat damit recht, er muss eine sehr gute Fühlung mit den Massen haben.

Ich bezweifle das gar nicht, insbesondere, wenn ich den Geist der Verfassung in Betracht ziehe, in der manche Genossen aus Deutschland gekommen sind, oder in der sie in Deutschland manche Artikel und Broschüren veröffentlicht haben. Sie hatten ja eine ziemlich lange, unbequeme Reise nach Russland, um etwas kühler die Situation zu betrachten. Es sind die Thesen dann gekommen, die auf harten Widerstand stießen. Später folgte

die mündliche Aussprache mit anderen Delegationen und auch mit der russischen, und da mussten die deutschen Genossen bemerken, dass die Genossen der Internationale die Dinge nicht mit der Brille der Deutschen ansehen. Da beginnen sie einen gewissen strategischen Rückzug anzutreten.

Es ist ja nicht zu leugnen, dass diese Abänderungsvorschläge in erster Linie gefährlich sind, nicht darin, was sie direkt und unmittelbar zum Ausdruck bringen, sondern darin, dass sie ziemlich verkappt, in ziemlich konfuser Form diejenigen Gedanken zum Ausdruck bringen möchten, die man im Namen der Zentrale in den heißesten Tages des Kampfes und nach dem Kampfe unter der deutschen Arbeiterschaft im Apparat der Deutschen Kommunistischen Partei verbreitete. Und Gen. Thelman und andere Genossen sagen sich, wir müssen mit Thesen zurückkommen, die uns nicht desavouieren. Wir wollen übrigens das auch nicht, wir wollen die Partei keineswegs desavouieren, denn die deutsche Partei ist eine unserer besten Parteien. Aber die ganze Auffassung der Märzaktion, die Bedingungen des Kampfes und des Sieges sind hier so aufgerollt, dass manche Artikel, manche Reden, manche Zirkulare der deutschen Zentrale, ihrer Mitglieder als etwas ganz Schrofes und Gefährliches aufgefasst werden müssen. Das ist die Hauptsache. Sie wollen die Situation in dem Sinne beeinflussen, dass man Ihnen keine präzise Resolution gibt, sondern eine konfuse Resolution, in die Sie allmählich den neuen Sinn, dem Sie vielleicht doch ein wenig ihr Gehör leihen möchten, allmählich und unmerklich hineininterpretieren wollen. Das ist die Hauptsache. So kann es nicht gehen. Denn wie wir die Gefahr auffassen, ist sie viel zu groß, um diesen Spielraum für das allmähliche und unmerkliche Austoben dieses Offensivgeistes zuzulassen. Darauf werden wir unter keinem Fall eingehen, das ist ausgeschlossen. Ja, Sie können uns durch den Beschluss der Mehrheit des Kongresses erdrücken. Dann werden wir innerhalb des Rahmens, den uns der Kongress lassen wird, kämpfen. Aber ganz entschieden in dem Rahmen, den Sie uns lassen werden. Aber ich hoffe, dass es mit der taktischen Resolution ebenso gehen wird, wie mit der ökonomischen. Da haben auch die Genossen unserer deutschen Delegation aus dem linken Flügel paradieren wollen und haben diesen Thesen im Prinzip zugestimmt, doch eine Resolution unterbreitet, die ganz entschiedene Gegensätze enthielt. Dann hat sich aber erwiesen, dass sie das, was sie früher vorbringen wollten, nicht mehr vorzubringen wagten. Und in der Kommission sind nur ganz kleinliche Reste geblieben. Ich glaube, ganz dasselbe wird mit den taktischen Fragen der Fall sein. Ich weiß aus eigener Erfahrung, dass es ziemlich unangenehm ist, von einem Parteikongress, von einem Internationalen Kongress desavouiert zu werden. Allein, Genossen, ich glaube, dass es für Ihre Situation in Deutsch-

land besser ist, in diese Frage Klarheit zu bringen. Ich glaube nicht, was Levi behauptet hat, dass die Partei daran zugrunde gehen wird. Allein der Kongress muss den deutschen Arbeitern sagen, dass das ein Fehler war, und dass der Versuch der Partei, eine führende Rolle in einer großen Massenbewegung zu spielen, nicht glücklich war. Wir müssen es verzeichnen, dass dieser Versuch ganz unglücklich war in dem Sinne, dass er, wenn er wiederholt werden sollte, diese gute Partei wirklich zugrunde richten könnte.

Gen Thalheimer: Sie wissen, dass das ausgeschlossen ist.

Gen. Trotzki: Bei Ihnen ja, nicht aber bei den Tausenden der organisierten Arbeiter, die da meinten, der Kongress werde mit Jubel das begrüßen, was wir als Fehler betrachten.

(Lebhafte Zustimmung.)

Dasselbe gilt auch für unsere jungen französischen Freunde. In der Exekutive haben wir die Frage der Einberufung des Jahres 1919 erörtert und wir haben die Frage gestellt, ob die französische Partei nicht die Parole hätte ausgeben müssen, dass man der Einberufungsorder nicht Folge leisten soll.

Da habe ich unseren jungen Freund Laporte gefragt: Wie meinen Sie das, ob diejenigen, die zu mobilisieren waren, bewaffneten Widerstand leisten sollten oder rein passiven Widerstand? Und der Genosse hat aus vollem Herzen geantwortet: Aber selbstverständlich mit dem Revolver in der Hand. Ja, er meinte auch, dass er dadurch aus dem ganzen Herzen mit der Dritten Internationale übereinstimme, dass er dadurch der Dritten Internationale die größte revolutionäre Freude erweise und seine Pflicht erfülle, wenn er das sagt, und er meinte es auch ganz ernst und ist vollkommen bereit, mit dem Revolver gegen die Einberufung zu kämpfen. Natürlich haben wir ein Gefäß kalten Wassers auf ihn gegossen, und ich glaube, der Kamerad wird sich eines Besseren besinnen. Er ist hergekommen in ein neues Milieu, das er nicht jeden Tag hat, die Ecken werden etwas abgeschliffen. Aber in Deutschland, Frankreich, Ungarn: diese zwei bis drei Wochen, die hier in unseren Schädeln manches geändert haben, diese zwei bis drei Wochen, wo sie auf dem Kongress zusammenkommen! Aber dort, in den Ländern, was hat sich dort geändert? Nichts. Und diese famose Offensivphilosophie, die absolut unmarxistisch ist, ist folgendem seltsamen Geist entsprungen. Es bildet sich allmählich der Wall der Passivität heraus, und das ist ein Unglück, dass die Bewegung versumpft. Also auf! diesen Wall zu brechen! Ich meine, in diesem Geiste hatte man im Laufe einer gewissen Zeit eine ganze Schicht der leitenden, halbleitenden Genossen der deutschen Partei erzogen, und sie warten, was der Kongress darüber sagen wird: Und wenn wir nun sagen, wir schleudern Paul Levi zum Fenster hinaus und über die Märzaktion nur in ganz konfu-

sen Redensarten sagen, sie sei der erste Versuch gewesen, ein Schritt nach vorwärts, mit einem Wort, dass wir die Kritik phraseologisch verdecken, so haben wir damit unsere Pflicht nicht erfüllt. Wir sind verpflichtet, der deutschen Arbeiterschaft klipp und klar zu sagen, dass wir diese Offensivphilosophie als die größte Gefahr und in der praktischen Anwendung als das größte politische Verbrechen auffassen.

Ich bin ganz mit dem Genossen Sinowjew einverstanden und hege wie er die Hoffnung, dass wir auf diesem Kongress ganz einheitlich unsere Tätigkeit festlegen werden, und ich glaube, dass wir in dieser hauptsächlichen, taktischen Frage keine großen Zugeständnisse an die sogenannte Linke werden machen können. Und manche Genossen, ich glaube, auch die französischen, waren etwas besorgt, dass man gegen die Linke kämpft; Genosse Sinowjew hat darüber gesprochen. Und glücklicherweise hat gerade in der französischen Sprache das Wort »la gauche« zweierlei Bedeutung: gauche, d. h. was links steht, und gauche, was unbeholfen und plump ist.

(Zuruf: linkisch.)

Ja, linkisch, aber im schlimmen Sinne des Wortes. Deutsch ist es auch halbwegs so. Also, ich meine, wir, die wir gegen die sogenannte Linke kämpfen, fühlen uns gar nicht rechts von dieser Linken.

Wie sehen keine Partei links von uns, denn wir sind die Internationale, die kommunistische, marxistisch Internationale, wir sind die revolutionärste Partei, die es geben kann. Das bedeutet, diejenige Partei, die alle Situationen, alle Möglichkeiten auszubeuten imstande ist, und nicht nur Kämpfe zu führen, sondern auch den Sieg zu sichern vermag. Das ist das eigentliche Ziel, und man vergisst manchmal, dass wir Strategie üben müssen, die Kraft des Feindes und unsere eigene kühlen Auges abzuschätzen, die Situationen abzumessen und nicht in den Kampf zu gehen, um den Wall der Passivität zu brechen, oder wie ein anderer Genosse sagt: »um die Partei zu aktivisieren«. Dabei müssen wir selbstverständlich auch etwas Statistik treiben. Obwohl der Genosse Brand sagt, dass sich die Opportunisten viel mit Statistik beschäftigen, doch haben wir in seiner Rede die Gegenüberstellung Schwert und Statistik gehört, und in einer zweiten Rede wurden uns die Opportunisten überhaupt als Beute entgegengeschleudert. Diese Einstellung ist gefährlich für unsere italienischen Genossen, die mit Statistik noch viel zu tun haben werden. Wenn ich mit Heckert und Thalheimer über Italien sprechen sollte, dann würde ich sagen: Da hat man ein Land, das vom Kriege zerstört ist, ein Land, in dem die Arbeiterschaft die Fabriken besetzt hat, wo die Serratiner ihren Verrat geübt haben, wo die Fasziisten die Arbeiterdruckereien stürmen und die Bureaus in Brand stecken – wenn diese Partei nicht aufruft: »Mit aller Macht vorwärts gegen den Feind«,

dann ist das eine feige Partei, die vor dem Gericht der Weltgeschichte vollkommen verurteilt dastehen wird. Aber wenn wir nicht vom Standpunkt dieser phraseologischen Auffassung, sondern vom Standpunkte des kühlen Abwägens die Situation betrachten, dann werden wir sagen müssen, was Sinowjew gesagt hat. Sie müssen das Vertrauen der Arbeiterschaft von neuem gewinnen, da eben der Verrat die Arbeiterschaft viel vorsichtiger gemacht hat. Sie werden sich sagen, wir haben die Phraseologie gehört von Serrati. Der hat ungefähr dasselbe gesagt und hat sie dann verraten. Wo ist die Bürgschaft, dass die neue Partei sie nicht verrät? Sie wird von der Partei Taten sehen wollen, bevor sie unter ihrer Führerschaft in entscheidende Kämpfe gehen wird.

Wir haben hier auf dem Kongress drei einigermaßen ausgesprochene Tendenzen, drei Gruppen, die zeitweilig zu Tendenzen geworden sind und ohne deren Beachtung man das Spiel der Kräfte auf diesem Kongress nicht recht beurteilen kann. Da ist in erster Linie die deutsche Delegation, die aus dem Feuer der Märzaktion herausgekommen ist und ihre Auffassung am schärfsten in der Offensivphilosophie zum Ausdruck gebracht hat, welche selbstverständlich von manchem Genossen aufgegeben worden ist.

Dann die italienischen Genossen, die sich auf denselben Wegen befinden, selbstverständlich, weil die Partei von den Zentristen abgeprallt ist. Die italienischen Genossen sagen, jetzt haben wir endlich die Hände frei, jetzt können wir unsere Pflicht erfüllen, in revolutionäre Massenaktionen einzutreten und uns für den Verrat Serratis revanchieren. Und nun, Genossen – sie wissen, dass darüber nicht nur von Levi gesprochen worden ist, sondern auch von der kapitalistischen und unabhängigen Presse –, dass die Märzaktion von der Exekutive befohlen und Levi ausgeschlossen worden sei, weil er den Ukas nicht befolgt habe. Mancher Genosse in der französischen und tschechischen Partei fragte sich – das beweist, dass er mit dem Geist der Exekutive nicht ganz vertraut ist, aber es existieren in der Kommunistischen Internationale bei manchen Genossen solche Befürchtungen – vielleicht wird man mir im Namen der Exekutive auch einmal solche Befehle geben, und wenn ich sie dann nicht erfülle, dann werde ich aus der Partei ausgewiesen. Diese zwei Stimmen existieren hier. Auch eine dritte Stimmung, die, wie wir hoffen, in unseren Thesen zum Ausdruck gekommen ist. Die sagt, dass es selbstverständlich Unsinn gewesen wäre, wenn die Exekutive sich auf diese taktische Philosophie der Steigerung der Kämpfe durch mehr oder minder künstliche Massenaktionen stellen wollte und Befehle in mehrere Länder schicken würde. Im Gegenteil, weil wir jetzt stark geworden sind und weil wir dadurch vor die Aufgabe gestellt wurden, als selbständige, zentralisierte Partei die Massenbe-

wegung zu führen, vielmehr die Schuldigkeit haben, die Situation in jedem Lande ganz genau mit kühlen Augen zu analysieren und wenn es möglich und notwendig ist, mit der ganzen Leidenschaft anzugreifen und vorzuziehen. Das eben sagen die taktischen Thesen, die wir vorgeschlagen haben. In Frankreich, sagt der Genosse, gibt es keine Linken. Ja, es gibt nicht. Die französische Partei befindet sich im Zustande der Mauerung. Wenn Sie das Hauptorgan, die »Humanité« lesen, so finden Sie, was ja unsere Thesen klipp und klar sagen, einen ziemlich konfusen verschwommenen Ton in der Agitation, in der Rede. Also, man findet selbstverständlich in der »Humanité« diejenigen – um mit dem Genossen Bucharin zu reden – Schweinereien, die Longuet und seine engeren Freunde geschrieben haben. Es ist ein vom kommunistischen Willen getragenes Blatt. Aber dieser Wille ist nicht genügend gespannt, der kommunistische Gedanke ist nicht genügend präzisiert und klar, man sieht nicht diesen Willen, der immer die Situation im revolutionären Sinne vorwärtstreiben und aufklären muss. Wenn man das in dem Hauptorgan der Partei nicht sieht, so ist es für mich ausgeschlossen, dass so eine Partei von heute auf morgen die Möglichkeit bekommt, eine große, revolutionäre Massenaktion auszulösen und zu leiten. Die erste Voraussetzung ist, dass sich ihm der klare revolutionäre Gedanke und Wille herauskristallisiert, und in der gesamten Agitation und Propaganda zum Ausdruck kommt. Dieser Prozess der Herauskrystallisierung, er kann zwei, drei, sechs Monate, vielleicht ein Jahr in Anspruch nehmen, das hängt von den Verhältnissen ab und wird für viele Genossen nicht genügend schnell vor sich gehen. Sie geben sich nicht die Rechenschaft ab von der inneren Lage dieses Prozesses, der revolutionären Mauerung einer großen Partei. Sie wollen das umgehen und es scheint, als ob ihnen nur der Vorwand mangelt, um die revolutionäre Aktion zu beginnen. Da sagen sie, Frossard und andere machen es nicht. Das ist ein ausgezeichneter Vorwand. Da beginnen wir erst recht. Der Appell der Klasse 19, und gerade in Frankreich, wo die Anarchisten, Syndikalisten so stark sind, mit dem französischen Temperament, mit der Pariser Arbeiterklasse ist es möglich, dass mancher Teil dieser Arbeiterschaft, ein ausgezeichneter Teil, der in den großen Kämpfen ausschlaggebend sein wird, dass dieser Teil von den jüngeren, weniger erfahrenen, durch ihre Ungeduld getriebenen Genossen in eine Aktion hineingetrieben wird, die für die Entwicklung in Frankreich für Jahre verhängnisvoll werden kann. Das ist die Situation. Selbstverständlich kann man sagen, Sie greifen diesen oder jenen Genossen an. Das ist unbedeutend. Er hat eine falsche Rede gehalten. Ja, Genossen, wenn jeder sich ein Urteil bilden könnte, dann hätte man kein Bedürfnis, diese Internationale zu haben. Darin besteht die Aufgabe, dass

man, wenn man die Gefahr sieht, sei sie noch so klein, sie scharf zum Ausdruck bringt, dass man auf sie aufmerksam macht, wenn Sie wollen, dass man sie übertreibt. Dass ich oder Sie die Gefahr übertreiben, ist doch ganz unbedeutend, also eine Mahnung mit etwas erhöhter Stimme. Aber die andere Gefahr, dass man es versäumt oder verpasst, dass diese Tendenz heranwächst und mit einer Provokation zusammenstößt, dass daraus das Feuer des Abenteurers lodert, das ist die große Gefahr. Dadurch erklärt sich auch die Leidenschaft, mit der mancher Genosse darüber spricht. Und ich werde Ihnen sagen, wenn ich mit dem einen oder anderen Genossen privatim darüber spräche und merkte, er versteht mich nicht, er denkt, ich bin älter, er ist jünger, ich habe schon etwas graue Haare, er ist etwas entschlossener, er fasst es als die Frage des Temperaments auf und sagt: »Du bist zu vorsichtig«, da sage ich mir: Die größte Gefahr besteht darin, dass mancher Genosse auch den Boden der Gefahr nicht versteht, dass er politisch, in revolutionärem Sinne, unerfahren ist, dass er diese Mahnung in ihrer Wirklichkeit, aber auch in ihrer Begrenztheit nicht versteht. Er meint, man rückt nach rechts. Nein, aber gar nicht.

Man sagt, du bist jetzt von den Opportunisten abgeprallt und du machst diese Bewegung von innen, aber schau, auf der Welt existieren nicht nur die Opportunisten, sondern die Klassen, die kapitalistische Gesellschaft, die Polizei, die Armee, bestimmte ökonomische Verhältnisse, ein Teil von dir, ein anderer gegen dich, der dritte ziemlich neutral, der vierte gegen dich, eine ganz komplizierte Welt, in der sich zurechtzufinden eine große Aufgabe ist, Das muss du lernen, wenn du mir antwortest. Ja, willst du, dass ich den Kampf mit den Zentristen aufnehme. Alle die Resolutionen des I. und II. Kongresses bleiben doch bestehen. Und die ganze Tätigkeit, die wir zu entfalten haben, ist doch immer für den Opportunismus ein Schlag ins Gesicht. Aber wir haben doch nicht nur die Aufgabe, den Opportunismus immer theoretisch zu verurteilen, wir haben praktisch die kapitalistische Gesellschaft zu überwinden, die Bourgeoisie auf den Rücken zu werfen und zu töten. Das ist die Aufgabe. Und für die Aufgabe – ich muss das wiederholen – muss man die kühle Sprache der Statistik mit der leidenschaftlichen Sprache der revolutionären Gewalt vereinigen. Wir werden das lernen und wir werden siegen.

(Lebhafter Beifall und Applaus.)

Aus: Unser Weg (Sowjet). Zeitschrift für kommunistische Politik, 3. Jg., H. 6, 15. Juli 1921, S. 181 bis 191; Vierzehnte Sitzung. 2. Juli 1921, 8 Uhr 45 abends, in: Protokoll des III. Kongresses der Kommunistischen Internationale. Moskau, 22. Juni bis 12. Juli 1921, Hamburg 1921, S. 637–650.

Personenregister

- Abramowitsch 69
 Asef, Jewno 178
 Askew, John Bertram 18

 Bakunin, Michail 126, 132f., 136f.
 Bästlein, Bernhard 74
 Berger, Fritz 58
 Berger (Hamburg) 71ff.
 Bestlein *d. i.* → Bästlein, Bernhard
 Blanqui, Louis Auguste 127
 Bowitzki *auch* → Bowitzky, Paul
 Bowitzky, Paul 14f., 45f., 48, 56, 58, 61f., 64, 68
 Böttcher, Paul 13, 82
 Brand, Ernest *siehe* → Lauer, Henryk
 Brandler, Heinrich 13, 15, 16, 19, 27, 31, 80, 84–88, 90, 92–95, 116f., 194, 121,
 Bucharin, Nikolai Iwanowitsch 13, 23, 209
 Bückler, Johannes (der »Schinderhannes«) 61

 Caesar 130
 Crispian, Arthur 17, 30, 182
 Curzon, George 33

 Däumig, Ernst 17, 48, 62, 65, 197
 Delacroix, Léon 33
 Delz 70
 Denikin, Anton Iwanowitsch 104
 Duczynska, Ilona 13
 Düwell, Bernhard 153

 Eberlein, Hugo 14f., 48, 50ff., 55ff., 61ff., 70, 74f., 77, 79, 166
 Eckert, Paul 63, 89
 Engels, Friedrich 100, 106ff., 123, 126f., 131–136
 Fehrenbach, Constantin 33

 Fiedler, Oskar 62
 Fischer, Ruth 85, 183
 Frenzow 60
 Freundlieb 68f.
 Friedrich II (»Alter Fritz«) 125
 Fritsch 45
 Fröhlich, Wilhelm *siehe* → Frölich, Paul
 Frölich, Paul 13, 20ff., 40, 72, 83, 86ff., 93ff., 118, 120, 132, 147, 149, 151, 153, 155, 164f., 172f., 178

 George, David Lloyd 33
 Geschke, Ottomar 57, 93, 136
 Geßler, Otto 33
 Geyer, Anna 29
 Geyer, Curt 28, 64
 Goldschmidt, Alfons 150
 Goldstein, Arthur 27
 Groh 59, 62
 Groh der Ältere 69
 Gumprich, Hugo 150
 Guralski *siehe* → Guralsky
 Guralsky, Samuel bzw. Abraham (Parteiname: August Kleine) 13, 25, 28

 Halbe, Erna 72f.
 Heckert, Fritz 83, 94, 200, 203f., 207
 Hennig-Merseburg 77
 Hilferding, Rudolf 141
 Hoelz, Max 45, 54, 57–62, 64f.
 Hoernle, Edwin 91
 Höllein, Emil 46, 68, 91
 Hörsing, Otto 33, 39, 53, 74, 120f., 129, 161f., 191f.
 Hymans, Paul 33

 Joffe, Adolf 7
 Jouhaux, Léon 189

- Kamenjew, Lew 160
 Kapp, Wolfgang (Kapp-Putsch) 25,
 34, 35, 53f., 66, 100, 116, 129, 140,
 165, 186f.
 Kempin 59f., 78
 Kippenberger, Hans 72
 Klein, Karl 85
 Kleine, August *siehe* → Guralsky,
 Abram
 Kobetzky *auch* Kobezki, Kobetzki
siehe → Kobezki, Michail
 Kobezki, Michail 23, 25
 Koenen, Wilhelm 182, 184ff.
 Koltshak, Alexander Wassiljewitsch
 104
 König, Arthur 66
 Köppen, Karl 71–74
 Kopp, Viktor 29
 Kotlaski 60
 Krauser 54
 Krüger, Erich *d. i.* → Lemck, Alfred 60
 Kuenzer, Hermann Emil 44
 Kun, Béla 13f., 18f., 25ff., 30, 138, 147,
 149f., 160
 Lafargue, Laura 148
 Lafargue, Paul 148
 Lassalle, Ferdinand 102
 Lauer, Henryk 201f., 207
 Lemck, Alfred 45f., 51, 53f., 56, 59f.,
 62ff., 68, 76, 92
 Lemck, Lotte 63
 Lenin, Wladimir Iljitsch 7–10, 12ff.,
 19ff., 23, 25, 30, 104, 109, 112f., 115,
 142, 147, 149, 152, 155, 159f., 179,
 199, 201
 Leonidas (spartanischer König) 130
 Lessing, Gotthold Ephraim 99
 Letsch, Paul 56, 63
 Lettow-Vorbeck, Paul von 105
 Leupold (möglicherweise Hermann)
 71f.
 Levi, Paul 11–14, 16–24, 26–31, 46,
 48, 64, 98f., 142, 145, 147–158, 160,
 162, 164, 167ff., 172, 182, 185f., 188,
 194, 197, 199, 201, 206ff.
 Liebknecht, Karl 130, 172, 187f.
 Lindau, Rudolf 72f.
 Ludendorff, Erich 124, 131
 Lunatscharski, Anatoli 7
 Lüttwitz, Walther Freiherr von 34,
 165, 186
 Luxemburg, Rosa 7ff., 20ff., 120, 130,
 137, 146, 154, 171–174, 187f., 190,
 198
 Maercker (Teutschenthal) 50
 Marx, Karl 100ff., 105ff., 123, 126f.,
 132f., 136, 142, 145, 148
 Mau 63
 Merges, August 46
 Merker (Mansfeld) 50, 62f., 67
 Metz, Richard 45f.
 Meyer, Ernst 13, 43, 118f., 158, 168,
 172f., 186f.
 Millerand, Alexandre 33
 Morgner, Gertrud 46, 69
 Mörike, Eduard 146
 Müller-Brandenburg, Hermann 47, 61
 Müller, Richard 17, 80, 87, 90, 197
 Muschka, Paul 54
 Netschajew, Sergej 7, 126
 Neumann, Heinz 45ff.
 Noske, Gustav 12, 34, 140
 Oelssner (*auch* Oelßner), Alfred 14,
 45f., 49f., 52f., 56, 62, 64–69
 Paeplow, Fritz 37
 Pätzold 65, 68
 Paulsen 73
 Pepper, John *siehe* → Pogány, József
 Petrich 61
 Pieck, Wilhelm 22, 95, 157, 161, 163,
 165, 180f., 184–188, 198
 Pogány, József 13, 25
 Pontius Pilatus 128

- Radek, Karl 12f., 16f., 19, 21–25, 28, 45, 123, 132f., 135f., 140, 143f., 146–150, 152, 175, 183, 188, 190, 192, 201
- Rákosi, Mátyás 143f.
- Rakow, Werner Waldemar Richard *siehe* → Wolf, Felix
- Rasch, Fritz 45, 52f., 55, 57, 64f.
- Reichert, Mina 62
- Reich, Jakob 29
- Remisch *siehe* → Sämisch
- Remmele, Hermann 189
- Reuter, Ernst 23
- Richter (ein Zeuge) 65, 68f.
- Robert *auch* → Robter
- Robter 55, 62, 65
- Rubinstein, Arnold Thomas *siehe* → Reich Jakob
- Ruschka 68
- Sämisch, Arthur 62
- Schäfer, Bruno 70
- Schatt 55, 62
- Schiller, Friedrich 130
- Schinderhannes *siehe* → Bückler, Johannes
- Schlag, Martha 92
- Schmidt, Felix 45, 52, 57f., 61f., 64f.
- Schmidt, Franz 60
- Schmidt, Gustav 58
- Schmidt (USPD) 61
- Schneider, Josef 45f., 54, 58f., 65ff.
- Schneidewind 52f., 56
- Schnetter, Richard 55, 61, 63
- Scholem, Emmy 63
- Scholem, Gershom 69
- Scholem, Werner 63, 69f.
- Schulz, Karl 85, 90
- Schumann, Georg 14, 49, 51, 54, 56, 61f.
- Seeckt, Hans von 33
- Seidel 73
- Serge, Victor 18f.
- Serrati, Giacinto Menotti 18, 148, 188, 196, 201, 208
- Sforza, Carlo Graf 33
- Siebenmüller 55f., 65
- Simons, Walter 33
- Sinowjew, Grigori 12ff., 16f., 22f., 25ff., 142, 160, 186, 189f., 195ff., 201, 207f.
- Sorel, Georges 167f.
- Spangenberg 45, 47, 61
- Spanier *d. i.* → Kun, Bèla
- Stoecker, Walter 27
- Sutemi, Chinda 33
- Thalheimer, August 13, 15, 19, 23, 27f., 30, 123, 203f., 206f.
- Thälmann, Ernst 43, 72, 199
- Themann, Thelmann *siehe* → Thälmann, Ernst
- Thomas, James *siehe* → Reich, Jakob
- Trotzki, Leo 7, 10, 13, 23, 178, 181, 191, 199, 206
- Ungar, Henrik *siehe* → Wolf, Berthold
- Urbahns, Hugo 72, 168f.
- Walcher, Jacob 57, 95
- Waldemar *siehe* → Geyer, Anna 29
- Warski, Adolf 20
- Weber 70
- Wegner, Richard 70
- Weismann, Robert (*auch* Weißman, Weißmann) 45f., 48
- Wendt 58
- Weyer, Paul 69
- Wirth, Joseph 33
- Wolf, Berthold 13
- Wolf, Felix 13, 23, 72f., 197
- Wolff, August 60
- Wolff, Fritz 17, 83, 89, 93, 95
- Wolfstein, Rosi 20
- Zetkin, Clara 14, 20, 46f., 74, 91, 142, 147ff., 152f., 161, 190
- Zöllner 74

VSA: Erinnerungskultur



Jörn Schütrumpf

Deutsche mit Anstand

Der »Bund Neues Vaterland« wird
»Deutsche Liga für Menschenrechte«
Eine Veröffentlichung

der Rosa-Luxemburg-Stiftung

176 Seiten | € 14.80

ISBN 978-3-96488-185-4

Aus Anlass des 75. Jahrestags der »Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte« erinnert der Autor an die »Deutschen mit Anstand« – unter ihnen Lilli Jannasch, Albert Einstein, Emil Julius Gumbel, Kurt Tucholsky und Carl von Ossietzky –, die sich bereits zuvor in der Deutschen Liga für Menschenrechte engagiert hatten.

Prospekte anfordern!

VSA: Verlag

St. Georgs Kirchhof 6

20099 Hamburg

Tel. 040/28 09 52 77-0

Fax 040/28 09 52 77-50

Mail: info@vsa-verlag.de



Jörn Schütrumpf

Fememorde der deutschen Rechten

von Rosa Luxemburg und Maria Sandmayr
über Matthias Erzberger bis
Walther Rathenau

Eine Veröffentlichung

der Rosa-Luxemburg-Stiftung

176 Seiten | € 14.80

ISBN 978-3-96488-229-5

Die deutsche Rechte mordete sich ab Anfang Dezember 1918 durch die frühe Weimarer Republik. Prominenteste Opfer waren Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, der USPD-Vorsitzende Hugo Haase, der Zentrums-Politiker Matthias Erzberger und Außenminister Walther Rathenau. Diesen frühen rechten Terror, seine politischen Hintergründe und -männer arbeitet der Autor auf.

www.vsa-verlag.de

VSA: